

DE GRUYTER

Hergard Robel (Ed.)

WILHELM KÜLZ

BIOGRAPHISCHE QUELLEN ZUR ZEITGESCHICHTE



Biographische Quellen zur deutschen Geschichte nach 1945

Herausgegeben im Auftrag des Instituts für Zeitgeschichte
und in Verbindung mit dem Bundesarchiv
von Wolfgang Benz

Band 7

R. Oldenbourg Verlag München 1989

Wilhelm Külz

Ein Liberaler zwischen Ost und West

Aufzeichnungen
1947-1948

Herausgegeben von
Hergard Robel

R. Oldenbourg Verlag München 1989

CIP-Titelaufnahme der Deutschen Bibliothek

Külz, Wilhelm:

Ein Liberaler zwischen Ost und West: Aufzeichnungen 1947–
1948 / Wilhelm Külz. Hrsg. von Hergard Robel. – München:
Oldenbourg, 1989

(Biographische Quellen zur deutschen Geschichte nach 1945; Bd. 7)

ISBN 3-486-54101-3

NE: GT

© 1989 R. Oldenbourg Verlag GmbH, München

Das Werk einschließlich aller Abbildungen ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwertung außerhalb der Grenzen des Urheberrechtsgesetzes ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und die Einspeicherung und Bearbeitung in elektronischen Systemen.

Umschlaggestaltung: Dieter Vollendorf, München

Gesamtherstellung: R. Oldenbourg Graphische Betriebe GmbH, München

ISBN 3-486-54101-3

Inhalt

Der Politiker Wilhelm Külz	7
Tagebuch: Januar 1947–April 1948	47
Anmerkungen	146
Dokumente	155
1. Wilhelm Külz: „Staatsaufbau im neuen Deutschland“. Rede auf dem Erfurter Parteitag 6.–8. Juli 1946	155
2. Wilhelm Külz: „Wohin gehen wir?“ Rede auf dem Eisenacher Parteitag 4.–7. Juli 1947	163
3. Wilhelm Külz: „Über alle Zonen“. Artikel im Spiegel, 23. August 1947	177
4. Theodor Heuss an Wilhelm Külz, 19. Dezember 1947	179
Kurzbiographien	183
Zeittafel	199
Abkürzungsverzeichnis	208
Personenregister	209

Der Politiker Wilhelm Külz

Im Gegensatz zu ihren westlichen Alliierten, die sich nach dem Zusammenbruch der nationalsozialistischen Herrschaft einem sofortigen Wiederaufbau des politischen Lebens in Deutschland gegenüber zurückhaltend verhielten, gestattete die Sowjetunion bereits fünf Tage nach der Errichtung des Alliierten Kontrollrates die Gründung „antifaschistisch-demokratischer“ Parteien. Diese rasche Einbeziehung des vom NS-Regime nicht belasteten deutschen politischen Potentials in die Wiederaufbauarbeit, die geeignet schien, nicht nur der Sowjetunion Sympathien zu erwerben, sondern auch einen dem Neuanfang förderlichen Konsens zwischen Besatzungsmacht und Besetzten zu stiften, war durch die von Stalin öffentlich verkündete Trennung zwischen Hitler und dem „deutschen Volk“ legitimiert. Sie beruhte ideologisch auf dem Klassenkampf-Theorem des Marxismus Stalinscher Prägung, demzufolge die Herrschaft Hitlers als „Faschismus“ ein Produkt des „Imperialismus“ bildete, Ergebnis eines hoffnungslosen, wenn auch erbitterten Bemühens der deutschen „Bourgeoisie“, den Sieg des Sozialismus – und damit der „Arbeiterklasse“ – zu verhindern. De facto wurde damit ein Versuch unternommen, die künftige politische Struktur Nachkriegsdeutschlands vorzubestimmen. Die in der SBZ gegründeten Parteien besaßen gegenüber den deutschen politischen Kräften der anderen Besatzungszonen einen erheblichen Entwicklungsvorsprung und damit ein hohes Organisationsniveau, woraus sich ein Führungsanspruch ableiten ließ, der auch durch den Sitz der Parteiführungen in der alten „Reichshauptstadt“ Berlin dokumentiert wurde. Dies korrespondierte mit den Deutschlandplänen der Sowjetunion, die eine gesamtdeutsche zentralistische Neuordnung Deutschlands anstrebte, wie sie auch in den vorbereitenden Beratungen und Programmentwürfen der Moskauer KPD-Führung vom Herbst 1944 konzipiert war.

Es verstand sich von selbst, daß die Führer der wiederzugründenden oder neuen Parteien frei von dem Makel einer Unterstützung des Nationalsozialismus sein mußten. Darüber hinaus war politische Erfahrung gefordert, und hatte sich der Betreffende noch dazu in der Weimarer Zeit einen Namen als Politiker erworben, so stand, sofern er in seinen Zielen und Handeln akzeptiert werden konnte, d. h. soweit dies mit den sowjetischen Plänen vereinbar war oder gar konform ging, einer Karriere nichts entgegen. Der spätere Führer der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands, Wilhelm Külz, 1926 Reichsminister des Inneren und bis zum Jahre 1933 Oberbürgermeister von Dresden, besaß alle diese Voraussetzungen.

Külz in der Wilhelminischen Zeit

Wilhelm Külz, am 18. Februar 1875 in Borna als Sohn eines lutherischen Pfarrers geboren,¹ wuchs in der äußerlichen Ruhe und Sicherheit des bürgerlichen Deutschland der späten Bismarckzeit auf. Obwohl seine Heimatstadt, als Sitz einer Amtshauptmannschaft ein kleineres Provinzzentrum mit Gewerbe- und Industriebetrieben im Umfeld Leipzigs, von den sozialen Problemen der Zeit nicht ausgenommen blieb, hat die soziale Frage, ja die soziale Problematik überhaupt in seinem Denken kaum Niederschlag gefunden. Sein Vater war ein Vertreter jener bürgerlichen Mittelschicht vorwiegend mittel- und süddeutscher Provenienz, die zwar national gesonnen war, aber Preußen und Berlin mit Vorbehalten begegnete, gemessen liberales Denken mit Patriarchalität und Treue zum angestammten – hier wettinischen – Herrscherhaus in einem spezifischen Amalgam zu verbinden wußte. In dieser Haltung wurde er durch seine Schule noch bestätigt: Ostern 1888 wurde er gemeinsam mit seinem Zwillingsbruder Ludwig² als Internatsschüler in die Quarta von St. Augustin zu Grimma aufgenommen,³ einer der drei traditionsreichen „Fürsten- und Landesschulen“, die dem sächsischen Staat seit der Reformation eine lange Reihe von Theologen und Pädagogen, Juristen und Medizinern ausgebildet haben.

Nach seinem Abitur (1894) studierte Külz Jura an der Universität Leipzig. Er trat während dieser Zeit in eine (nichtsschlagende) studentische Verbindung, die Sängerschaft „Arion“ ein, der er stets tief verbunden blieb und auch im hohen Alter noch dankbar gedachte, „denn ich verdanke dem Arion fast alles in meinem Leben. Der Arion war mir in meiner Studentenzeit die Heimstätte eines unbekümmerten Frohseins, von der ich einen großen Fonds von Lebensfreude in mein künftiges Dasein mitgenommen habe. Er ließ mich meine natürliche Schüchternheit überwinden und in mir das Bedürfnis entstehen, einem selbstgewählten Kreise dienstbar zu sein. Er zwang mich erstmalig zu öffentlichen Reden und stärkte in mir das Gefühl, daß ich hierzu nicht ungeeignet sei ... Die wenigen

¹ Zu Külz siehe: Bundesarchiv (BA) Koblenz. Nachlaß Külz (NK), biographische Daten u. a. NK 1; Das Deutsche Reich seit 1918 bis heute. Hrsg. v. Cuno Horkenbach. Berlin 1935, passim; Ekkehart Krippendorff: Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands in der Sowjetischen Besatzungszone 1945/48. Entstehung, Struktur, Politik. Düsseldorf 1961, S. 45–54; ders.: Külz, Wilhelm, in: Neue Deutsche Biographie. Band 13, S. 210–211.

² Ludwig Külz, Dr. med., Geheimer Medizinal-Rat, starb am 20. August 1938 in Erdmannshain b. Naunhof.

³ BA Koblenz. NK 10 (dort die Broschüre: Verein ehemaliger Fürstenschüler. Mitgliederliste. St. Augustin. 1938, S. 6).

wirklichen Freunde, die ich im Leben gehabt habe, stammen aus den Reihen des Arion.“⁴

Ein „alter Herr“ dieser Verbindung war es dann auch, der Külz' Interesse auf das Gebiet der Kommunalverwaltung lenkte. Schon während seines juristischen Vorbereitungsdienstes, der Referendarzeit in Leipzig und dem Assessorat am Amtsgericht Hainichen bei Freiberg/Sa., das durch seine Dienstzeit als Einjährigen-Freiwilliger im 7. Königl.-Sächsischen Infanterie-Regiment (I.-R. Nr. 106) unterbrochen wurde,⁵ widmete er sich kommunalrechtlichen Fragen. Im Wintersemester 1900/01 nahm er das Studium wieder auf, er schloß es im folgenden Sommer mit der Promotion zum Dr. sc.pol. ab.

Seine Karriere begann bescheiden: Sein „Arion“-Gönner verhalf ihm zur Stelle eines städtischen Juristen – „Stadtschreibers“ – in Zittau,⁶ die es ihm ermöglichte, Erna Freymond zu heiraten, die er durch den „Arion“ kennengelernt hatte. Doch auch die Beförderung zum „Oberstadtschreiber“ hielt ihn nicht, als er 1903 das Amt des Stellvertreters des Bürgermeisters von Meerane (wo sein Sohn Helmut⁷ geboren wurde) übernehmen konnte. Schon ein Jahr später wurde er Oberbürgermeister der Stadt Bückeburg. Hier konnte er seine administrativen Fähigkeiten entfalten, schuf die erste Gemeindeordnung des Fürstentums. Die Hauptstadt des Fürstentums Schaumburg-Lippe war zwar nicht größer als sein Geburtsort, aber in seinem Amt fungierte er zugleich als Landtagssprecher des Fürstentums. Er zog dabei die Aufmerksamkeit Kaiser Wilhelms II. bei dessen Besuchen auf sich, und als ein Fachmann für den Aufbau der kommunalen Selbstverwaltung in Deutsch-Südwestafrika gesucht wurde, erinnerte man sich

⁴ Tagebuch, 12. Mai 1947.

⁵ BA Koblenz. NK 1, Bl. 23.

⁶ Vgl. Tagebuch, 12. Mai 1947.

⁷ Helmut R. Külz, geb. 27. 7. 1903 in Meerane, besuchte das Gymnasium Zittau, studierte in Marburg und Berlin Jura und Staatswissenschaft. Promotion zum Dr. iur. Nach der Referendarzeit 1928–1934 Tätigkeit als Rechtsanwalt in Windhoek/Südwestafrika. Seit 1934 Rechtsanwalt am Kammergericht Berlin, verteidigte viele Opfer der Nationalsozialisten, u. a. auch Ernst Thälmann, so daß die Anwaltskammer ihm einen Verweis erteilte und mit Ausschluß drohte. 1940–1945 Dienst in der deutschen Wehrmacht. LDP-Mitglied, seit Dezember 1946 im Kabinett Paul des Landes Thüringen, zuerst als Landesdirektor, später Justizminister. Nach Pauls Flucht nach Westdeutschland zunehmende Differenzen mit dem SED-beherrschten Kabinett Eggerath über die Prinzipien der Rechtsstaatlichkeit, Demission und Übersiedlung nach Frankfurt am Main. 1948–1950 Ministerialdirektor in der Wirtschaftsverwaltung der Bizone, 1950–1953 im Wirtschaftsministerium der Bundesrepublik. Geschäftsführender Vorsitzender des „Königsteiner Kreises“ bis 1952. Am 13. 3. 1953 zum Senatspräsidenten des Bundesverwaltungsgerichts in Berlin gewählt, 1970–1971 dessen Vizepräsident. Zahlreiche Veröffentlichungen zu internationalen Rechtsfragen. 1968 Honorarprofessor der Universität Gießen für Verwaltungsprozeßrecht. Gestorben am 24. September 1985 in Berlin/West.

in Berlin des Bückeburger Oberbürgermeisters. So wurde Külz im Oktober 1907⁸ als Reichskommissar für Selbstverwaltung in die Kolonie gesandt – am 1. Dezember 1908 hatte er seine Aufgabe erfüllt und in Deutsch-Südwest eine Kommunalverwaltung aufgebaut, von der wesentliche Teile die deutsche Kolonialzeit überdauerten.

Külz war zu dieser Zeit schon des längeren Mitglied der National-Liberalen Partei. Als die Januar-Wahlen des Jahres 1912 bevorstanden, hatte er sich in der Partei bereits soviel Ansehen erworben, daß er als Kandidat für den sächsischen Wahlkreis Freiberg-Hainichen nominiert wurde. Aus seiner, wenn auch kurzen, Tätigkeit als Assessor am Amtsgericht Hainichen besaß er zwar noch einige Verbindungen, doch war seine Kandidatur angesichts der sozio-ökonomischen Struktur des Wahlkreises mit seiner überwiegenden Wählerschaft von Kleinbauern und Industriearbeitern zum Mißerfolg verurteilt.

Erfolg hatte hingegen seine Bewerbung um das Amt des Oberbürgermeisters der Stadt Zittau; am 31. Mai 1912 fiel die Wahl auf den ehemaligen „Stadtschreiber“, Külz hat dieses Amt bis 1923 ausgeübt. Der Ausbruch des Ersten Weltkrieges unterbrach diese Tätigkeit jedoch bald, schon im September rückte der Hauptmann der Reserve des Infanterie-Regiments 106 als Kompanieführer nach Frankreich ab. Zweimal wurde er für ein Vierteljahr „zur Zivilbehörde beurlaubt“, bis zum Oktober 1918 stand er, zuletzt als Bataillonskommandeur, an der Westfront.⁹

Nach dem Krieg wurde Külz von einem französischen Militärtribunal wegen „Bandendiebstahls, Brandstiftung und Plünderung“ der Prozeß gemacht, der Angeklagte konnte sich dabei in absentia nicht durch einen Verteidiger vertreten lassen. So wurde er in contumaciam zum Tode verurteilt. Eine Auslieferung erfolgte nicht: Reichsjustizminister Eugen Schiffer hatte die Auslieferung der „Kriegsverbrecher“ generell abgelehnt, statt dessen wurden die Verfahren in Deutschland durchgeführt. Külz, der selbst die Aufhebung seiner Immunität als Reichstagsabgeordneter beantragte, wurde in dem deutschen Verfahren, wie es hieß, „glänzend“ rehabilitiert.¹⁰

⁸ BA Koblenz. NK 1, Bl. 1. – Krippendorffs Angabe (a.a.O., S. 45), Külz sei 1910 nach Deutsch-Südwestafrika gegangen und 1912 zurückgekehrt, ist irrig, auch mit Külz' Kandidatur bei den Januar-Wahlen 1912 nicht vereinbar.

⁹ BA Koblenz. NK 1, Bl. 23–24.

¹⁰ BA Koblenz. NK 7.

Zwischen den Kriegen

Nach dem Zusammenbruch des Kaiserreiches gehörte Külz zu jener Gruppe der Nationalliberalen, die sich der Deutschen Demokratischen Partei anschlossen. Im Juli 1919 wurde er in den Parteiausschuß gewählt und noch im gleichen Jahre in die Weimarer Nationalversammlung delegiert, seit 1920 gehörte er dem Reichstag als Abgeordneter seiner Partei an, deren Landesverband Sachsen er seit 1920 vorstand.¹¹ Die Wahl zum 2. Bürgermeister der Sächsischen Landeshauptstadt im Mai 1923 war ein zweiter Schritt in seiner Karriere, die am 20. Januar 1926 mit der Ernennung zum Reichsinnenminister des 2. Kabinetts Luther einen Höhepunkt erreichte. Er wurde als Ersatz für seinen Parteifreund Erich Koch-Weser – wenn auch nur mit einer Stimme Mehrheit – nominiert, den der Koalitionspartner Bayerische Volkspartei als „zu zentralistisch“, ein „zu prononcierter Demokrat“ entschieden ablehnte.¹² Der „Ersatzmann“ bewährte sich, auch im 3. Kabinett Marx diente er als Innenminister. Zu den wohl bedeutsamsten Ereignissen seiner ersten Amtszeit gehörte seine Mitarbeit am Zustandekommen des sogen. Berliner Vertrages vom 24. April 1926, dem Neutralitätsabkommen zwischen Deutschland und der Sowjetunion, das als eine Art Gegengewicht gegen den Vertrag von Locarno und die bevorstehende Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund galt und als Versicherung der Sowjetunion diente, daß Deutschland sich trotz der „Annäherung“ an die Westmächte im Falle eines Konfliktes Moskaus mit Paris oder London streng neutral verhalten werde. Aus seiner zweiten Amtsperiode ist besonders das von ihm vorgelegte und im Dezember 1926 auch vom Reichstag verabschiedete sogen. Schund- und Schmutzgesetz („Schmutzgesetz“) bemerkenswert, bei dessen Diskussion u. a. der DDP-Abgeordnete Theodor Heuss seinen Parteifreund Külz lebhaft unterstützte. Die Befürworter des „Schmutzgesetzes“ (das schließlich mit fast 100 Stimmen Mehrheit angenommen wurde) sind von vielen Intellektuellen, besonders Literaten und Journalisten, z. T. massiv angegriffen worden; Theodor Wolff, der einflußreiche Chefredakteur des „Berliner Tageblattes“, trat aus Protest sogar aus der DDP aus. Auch Külz als der verantwortliche Ressortchef wurde heftig gescholten. Es half ihm nichts, daß das Gesetz aus der Arbeit eines bereits 1925 eingesetzten Parlamentsausschusses hervorgegangen war: Die Einsetzung einer Reichszensurbehörde, die durch eine Indizierung „jugendgefährdender“ Schriften der zunehmenden

¹¹ BA Koblenz, NK 1. – Zur parlamentarischen Laufbahn siehe: Handbuch für das Deutsche Reich 1922 (–1931), Berlin 1922 (–1931). Külz vertrat 1920–1929 den Wahlkreis Dresden-Bautzen (Nr. 31, ab 1924 Nr. 28), 1931 den Wahlkreis 29/Leipzig (letzteren für die Deutsche Staatspartei).

¹² Das Deutsche Reich seit 1918 bis heute. Hrsg. v. Cuno Horkenbach. 1918–1930. Berlin 1930, S. 220/5, 519/24.

Verbreitung pornographischer u. ä. Literatur wehren sollte, war ein höchst zweischneidiges Unterfangen.

Külz haben die gegen ihn gerichteten publizistischen Attacken wenig angefochten, er war von der Notwendigkeit dieses Gesetzes überzeugt, wenngleich er eine Zentralinstanz nur *contre cœur* akzeptierte – eine föderative Lösung, die er bevorzugt hätte, war nicht praktikabel.¹³

Mit dem Sturz des 3. Kabinetts Marx (17. 12. 1926) schied Külz aus dem Regierungsamt aus, doch wurde er in der Folgezeit von der Reichsregierung mit verschiedenen politischen Aufgaben betraut. Er erfreute sich dabei der besonderen Förderung Stresemanns, der „ihn wegen seiner diplomatischen Fähigkeiten gern mehr im Auswärtigen Dienst einsetzen wollte“,¹⁴ aber auch zu dieser Zeit in Verhandlungen mit dem DDP-Politiker Koch-Weser stand, der die bei den Mai-Wahlen 1928 schwer angeschlagene DDP an Stresemanns DVP heranzuführen suchte, mit dem Traumziel eines Zusammenschlusses der Parteien der Mitte.¹⁵ Für sein Auftreten als deutscher Repräsentant auf der „Weltkonferenz des Roten Kreuzes“ in den Haag (23. bis 27. Oktober 1928) empfahl Külz sich jedoch vor allem deshalb, weil er während seiner Amtszeit als Minister den „Welthilfsverband für Katastrophenhilfe“ (Union Internationale des Secours aux Populations frappées) auf der von ihm präsierten Gründungssitzung in Genf (12. Juli 1926) mitbegründet hatte.¹⁶ Die Haager Konferenz, die mit dem Internationalen Komitee vom Roten Kreuz und der Liga der Roten-Kreuz-Gesellschaften die beiden wichtigsten Hilfsinstitutionen zusammenführte, war für die Ziele des „Welthilfsverbandes“ von größter Bedeutung – nur mit der hier diskutierten einheitlichen internationalen Rot-Kreuz-Organisation meinte Külz sie verwirklichen zu können.

Ebenfalls im Jahre 1928 wurde der Reichsminister a. D. zum Reichskommissar für die Presseausstellung (PRESSA) in Köln – bestellt.¹⁷ Im Reichstag wurde er 1929 in das Wahlprüfungsgericht entsandt, auch dem Parlamentarischen Beirat der „Reichszentrale für Heimatdienst“ gehörte er an, von seinen außerparlamentarischen Funktionen ist besonders seine Arbeit im Vorstand des „Reichsstädtebundes“ zu nennen,¹⁸ die ihn mit

¹³ Erik Eyck: Geschichte der Weimarer Republik. Band 2. Erlenbach, Stuttgart 1956, S. 123–125.

¹⁴ Krippendorff: a.a.O., S. 46.

¹⁵ Modris Eksteins: Theodor Heuss und die Weimarer Republik, Ein Beitrag zur Geschichte des deutschen Liberalismus (= Stuttgarter Beiträge zur Geschichte und Politik Band 3). Stuttgart 1969, S. 79.

¹⁶ BA Koblenz. NK 59, 1.

¹⁷ Krippendorff: a.a.O., S. 46.

¹⁸ Handbuch für das Deutsche Reich. 1929. 44. Jahrgang. Berlin 1929, S. 14, 21, 25, 26, 60, 333; 1931. 45. Jahrgang. Berlin 1931, S. 17, 24, 30, 246.

den hervorragenden Vertretern der deutschen Kommunalpolitik wie Konrad Adenauer, damals Oberbürgermeister von Köln, Karl Goerdeler, dem Stadtoberhaupt von Leipzig (und späterem Angehörigen des deutschen Widerstandes) u. a. zusammenführte.¹⁹ Auch im „Verein für das Deutschtum im Ausland“ (VDA) arbeitete er mit – wohl die Folge seiner noch immer bestehenden Verbindungen zum ehemaligen Deutsch-Südwestafrika, die auf seine dortige Tätigkeit 1907–1908 zurückgingen.²⁰

Der Zusammenschluß der DDP mit der „Volksnationalen Vereinigung“, in der Arthur Mahraun die Kräfte seines Jungdeutschen Ordens (Jungdo) politisch zu organisieren und dem demokratischen Lager zuzuführen suchte, hat Külz, soweit ersichtlich, nicht ernstlich angefochten – er fand sich dabei in Gesellschaft von Theodor Heuss. Die Empörung der DDP-Mitglieder galt vorwiegend dem Vorgehen der Parteispitze, die die Verhandlungen mit Mahraun geheim geführt hatte,²¹ nur ein kleiner Teil „linker“ Demokraten versagte der am 27. Juli 1930 entstandenen „Deutschen Staatspartei“ seine Gefolgschaft – darunter auch Ludwig Quidde. Külz aber gehörte eher zur „Rechten“, er war sehr stark national gesonnen. So vermerkte er etwa mit Stolz, daß er 1920 den „Charakter als Major und Erlaubnis zum Tragen der Regiments-Uniform erhalten“ hatte.²² Seine Rede auf dem Kavallerie-Tag 1931 in Dresden und seine begeisterte Verehrung Hindenburgs²³ zeigen die Nähe zu deutsch-nationalen Vorstellungen, wie sie im Jungdo vorherrschten, das Erlebnis als Frontsoldat des Weltkrieges verband ihn mit dessen Mitgliedern. Anstoß dürfte er aber am offenen Antisemitismus Mahrauns genommen haben, denn Külz besaß eine Reihe jüdischer Freunde und hat auch während der NS-Zeit – wie auch sein Sohn – deren Rechte vertreten. Auch die Jungdo-Vorstellungen vom „organischen Staate“ entsprachen demokratischem Denken nicht, wenngleich auch bei den konservativen Liberalen nach Külz' Art autoritäre und ordnungsstaatliche Gedanken mit dem Demokratieverständnis verbunden waren. Külz hat der „Deutschen Staatspartei“ bis zu ihrem Ende angehört, er hat sie im Reichstag bis 1931 repräsentiert. Im Februar 1931 hat er als Abgeordneter noch einmal Schlagzeilen gemacht – allerdings ohne sein Zutun: Am 20. Februar feuerte der 72jährige Rentner Georg Schmitt in der Wandelhalle des Reichstags aus einer Schreckschußpistole auf ihn, um auf die schwierige Lage der Rentner aufmerksam zu machen. Der „Attentäter“ kannte Külz nicht; er entschuldigte sich spä-

¹⁹ Krippendorff: a.a.O., S. 46.

²⁰ Külz' Sohn Helmut war 1928–1934 in Windhoek, der Hauptstadt der früheren deutschen Kolonie, als Anwalt tätig.

²¹ Vgl. Eksteins: a.a.O., S. 91 f.

²² BA Koblenz. NK I, Bl. 24.

²³ Krippendorff: a.a.O., S. 46.

ter bei ihm und bedauerte die Wahl seines „Opfers“ um so mehr, als er erfahren hatte, daß Külz eben an einem Gesetz zur Verbesserung der Situation der Rentner mitgewirkt hatte.²⁴

Wenig später wurde Külz als Abgeordneter beurlaubt – er war am 9. Februar 1931 für die Dauer von sechs Jahren zum Oberbürgermeister von Dresden gewählt worden.²⁵ In diesem Amte erlebte er die „Machtergreifung“ des Nationalsozialismus, den er entschieden verurteilte. Er hat die Zustimmung der wenigen verbliebenen Abgeordneten seiner Partei zum „Ermächtigungsgesetz“ (Gesetz zur Behebung der Not von Volk und Reich) am 24. März 1933 schärfstens kritisiert – es blieb dies ein bleibender Dissens mit Theodor Heuss.²⁶ Die Abstimmung selbst sah ihn schon nicht mehr in seinem Amte: Am 7. März verweigerte er dem SA-Sturmführer Schreiter und seinem Trupp das Hissen der Hakenkreuz-Flagge auf dem Dresdner Rathaus – am 14. März verfügte der „Reichskommissar für Sachsen“, von Killinger, seine Beurlaubung.²⁷ Dem Regime schien er davon jedoch nicht genügend beeindruckt, am 2. Dezember 1934 wurde er, wie er vermerkt: „ohne Angabe von Gründen“, in „Schutzhaft“ genommen.²⁸ Sie währte glücklicherweise nicht lange: Bereits Ende März 1935 konnte er von Dresden nach Berlin-Wilmersdorf umziehen, wo er dann mit seinem aus Windhoek zurückgekehrten Sohn eine gemeinsame Anwaltskanzlei führte. Seine Tätigkeit erregte bald den Unwillen des Hetzblattes „Der Stürmer“: Unter der Überschrift „Was der Dresdner nicht verstehen kann“ mokierte sich ein „Fips“: „Der ehemalige Demokrat und Oberbürgermeister der Landeshauptstadt Dresden, Dr. Külz, nunmehr in der Neuen Wilhelmstraße 2 zu Berlin NW 7, Privatwohnung in der Pfalzburger Straße [82] zu Berlin W 15, besitzt Briefbögen, auf welchen als Firmenbezeichnung, ‚Reichsminister a. D.‘ steht. Dr. Külz wickelt die Geschäfte der jüdischen Bankfirma Bondi & Maron ab. Er hat auch die vermögensrechtliche Vollmacht der Vollblutjüdin Dora Maron, z. Zt. auf Reisen. Seine Briefe sind nicht mit dem deutschen Gruß versehen, sondern lediglich mit seiner Unterschrift. In deutschen Judenkreisen scheint der Briefkopf, versehen mit ‚Reichsminister a. D.‘ sicher tiefen Eindruck zu machen. Darauf scheint es dem Herrn Dr. Külz ja auch bloß anzukommen.“²⁹

²⁴ BA Koblenz. NK 133.

²⁵ Das Deutsche Reich (1933), S. 114.

²⁶ Krippendorff: a.a.O., S. 46.

²⁷ Das Deutsche Reich (1933), S. 114.

²⁸ BA Koblenz. NK 1, Bl. 25. – Külz hatte die Häftlingszahl Nr. 12 524.

²⁹ BA Koblenz. NK 137. Der Artikel erschien in Folge 27 des „Stürmer“.

Kam diese publizistische Attacke gegen ihn auch von Seiten der Eiferer des Regimes, so zeigte sie Külz doch, daß man ihn weiterhin beargwöhnte. Er hat es jedoch verstanden, die NS-Zeit in Berlin zu überstehen. Geholfen haben mag ihm dabei wohl auch in manchen Kreisen der „Reichsminister a. D.“, und dies nicht nur bei potentiellen Klienten seiner Anwaltskanzlei. Der erzwungene Rückzug aus dem öffentlichen politischen Leben bot ihm Raum, private Kontakte zu pflegen – etwa zu seinen politischen Freunden, die wie Theodor Heuss in der „Reichshauptstadt“ lebten – oder wiederanzuknüpfen: so nahm er verschiedentlich an den Treffen des ‚Vereins ehemaliger Fürstenschüler‘ von St. Augustin teil.³⁰ Der Krieg hat dann in den Kreis seiner Freunde und Bekannten Lücken geschlagen, so verließ Theodor Heuss 1944 die bombenzerstörte Stadt, in der Külz den Zusammenbruch des Dritten Reiches erlebte.

Aufbau der LDP

Dem politischen Neuaufbau hat er seine ganze Kraft und Erfahrung gewidmet. Er war nicht weniger schwierig als der wirtschaftliche, denn das NS-Regime hatte nicht nur die Parteien zerstört, sondern die gesamte politische Kultur vernichtet. Die Initiative zu einem Wiederaufbau ging hier von den Sowjets aus, die schon mit dem Befehl Nr. 2 der sowjetischen Militäradministration Deutschlands (SMAD) vom 9. Juni die Bildung „antifaschistisch-demokratischer“ Parteien gestatteten.³¹ Am 11. Juni bereits veröffentlichte die KPD ihren Gründungsaufruf. Dem demokratischen Reichsfinanz- und -justizminister der Weimarer Zeit, Eugen Schiffer, gelang es erst am 16. Juni, die konstituierende Versammlung der „Deutschen [später: Liberal-] Demokratischen Partei Deutschlands“ in seinem Hause zu versammeln. Die Evakuierungen aus der zerbombten Stadt hatten alte Gesinnungsgenossen aus Berlin hinweggeführt, und die Kommunikationsprobleme erschwerten die Verständigung mit den Verbliebenen, so daß nur eine sehr kleine konstituierende Gruppe zusammenfand. Unter den Geladenen befand sich auch Külz, der in Kontakt mit Schiffer gestanden hatte. Waldemar Koch legte eine Satzung vor, die von den sechs Teilnehmern als „Hauptausschuß“ der Partei gebilligt wurde. Vorsitzender wurde Waldemar Koch, Külz fungierte als sein Stellvertreter.³² Seinen Aufzeichnungen zufolge drängte er auf rasche Gründung, um

³⁰ BA Koblenz. NK, passim.

³¹ Veröffentlicht am 10. Juni 1945.

³² Ekkehart Krippendorff: Die Gründung der Liberal-Demokratischen Partei in der Sowjetischen Besatzungszone 1945, in: Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte (VjZ) 8 (1960), S. 291.

„wenigstens den Kommunisten gegenüber einen Anfang zu einer nicht-kommunistischen Partei zu schaffen“, auch wenn angesichts der Nachrichten- und Verkehrsschwierigkeiten diesem Schritt wohl nur Signalwirkung zukommen werde.³³ Während Koch sich um die Zulassung bei den sowjetischen Stellen bemühte, nahm Külz Kontakte zu anderen demokratischen Gruppen in Berlin auf, er führte auch Arthur Lieutenant dem „Hauptausschuß“ zu, um die erforderliche Zahl von sieben Gründungsmitgliedern zu komplettieren.³⁴ Der Parteiname allerdings mußte geändert werden, und als sich die Zusammenarbeit mit der Gruppe Andreas Hermes – Walther Schreiber zerschlagen hatte,³⁵ deren Gründung als CDU zugelassen wurde, wählte man die Bezeichnung „Liberal-Demokratische Partei Deutschlands“, um sich von der CDU abzugrenzen, in der nach Külz' Meinung das Weimarer Zentrum dominierte.³⁶ Am 10. Juli schließlich war die langwierige Prüfungsprozedur der SMAD abgeschlossen und die Partei zugelassen. Andere Gruppen, zumeist aus Mitgliedern der Weimarer DDP und DVP, die sich vor allem in Sachsen und Thüringen gebildet hatten, schlossen sich bald an. Zugute kam den Parteigründern – auch im sowjetischen Kalkül – zweifellos, daß die LDP eine Zusammenfassung aller nichtmarxistischen Kräfte durch die CDU verhinderte, was die Position der ohnehin nicht sehr starken KPD verschlechtert hätte.³⁷

Den Sowjets lagen zur Zeit der Parteizulassung noch weitere Anträge vor, etwa von der Gruppe um den Berlin-Steglitzer Bürgermeister Schwarz. Bei der Entscheidung, der Koch-Külz-Gruppe schließlich die Registrierung zu erteilen, dürfte gewiß auch der Bekanntheitsgrad und das Ansehen der beiden Weimarer Reichsminister Schiffer und Külz mitberücksichtigt worden sein, wobei Külz sich noch dadurch auszeichnete, daß er – als Minister – am Abschluß des sogen. Berliner Vertrages, des deutsch-sowjetischen Neutralitätspaktes vom 24. April 1926 beteiligt gewesen war, einer außenpolitischen Stützung der bedrängten Sowjetunion.³⁸ Külz besaß dadurch ein Vertrauenspotential, das er im Umgang mit den SMAD-Vertretern, aber auch mit sowjetischen Offizieren in den Städten der SBZ, in denen er für die Partei warb, mit Geschick zu festigen

³³ Aufzeichnung Külz' über die Gründungssitzung (ohne Datum) (BA Koblenz, NK 74).

³⁴ Krippendorff: Gründung, S. 292.

³⁵ Zum Dissens mit den CDU-Gründern s. Krippendorff: Gründung, S. 293.

³⁶ Schreiben Külz' an Johannes Dieckmann vom 25. 7. 1945 (NK 74).

³⁷ Siehe dazu Wolfgang Leonhard: Die Revolution entläßt ihre Kinder. Köln, Berlin 1955, S. 402 ff.

³⁸ Georg von Rauch: Geschichte der Sowjetunion. 5., verb. und erw. Aufl. Stuttgart 1969, S. 227 f.

wußte.³⁹ Auch seine Tätigkeit im „Gemeinsamen Ausschuß“ des „Blockes der antifaschistischen Parteien“ als Sprecher der liberalen Demokraten (seit 14. Juni 1945) empfahl ihn. Dazu kam Külz' weitreichendes Einverständnis mit der sowjetischen Deutschlandkonzeption; so erwies sich der ehemals zur Berücksichtigung förderativer Aspekte Tendierende nun als Vertreter eines deutschen Zentralismus. Wie weit zu dieser veränderten Haltung Erkenntnisse aus der Weimarer Entwicklung beigetragen haben, läßt sich nicht feststellen, mit Sicherheit legte die Situation der Partei in ihrer Konkurrenz mit der CDU um das „bürgerliche Lager“ eine straffe Gliederung (und Führung) nahe, der Vergleich mit den Organisationsformen der sozialistischen Parteien, vor allem der KPD, trug gleichfalls dazu bei. Eine starke Parteiführung in Berlin korrespondierte mit der sowjetischen Konzeption eines zentralistischen, von Berlin aus geleiteten Deutschland, die SMAD setzte dabei auf Külz. Denn Waldemar Koch hatte den Parteivorsitz mehr als Schwiegersohn des sich im Hintergrund haltenden Schiffer übernommen, er war zudem – und das gab den Ausschlag – den Sowjets wegen seiner festen Ansicht in Wirtschaftsfragen nicht genehm. Die Sowjets förderten Külz massiv, sie scheuten sich auch nicht, Koch und den Parteivorstand zu erpressen: Sie sicherten sofortige Lizenzerteilung für einige Partei-Tageszeitungen in den Ländern der SBZ zu, wenn Koch den Vorsitz an Külz abgebe. Kochs Verzicht wurde noch dadurch erleichtert, daß man ihm eine Rückkehr an die Universität, die er 1934 hatte verlassen müssen, als Professor anbot.⁴⁰

Es spricht nicht für Külz, daß er dieses Spiel der Sowjets mitspielte. Was ihn dazu bewogen hat, ist mangels Quellen nur zu vermuten. Sein überaus ausgeprägtes Selbstbewußtsein, das sich auch in seinem Tagebuchfragment immer wieder zeigt, verbunden mit einem entschiedenen politischen Gestaltungswillen und der psychologisch einfühlsamen Ermunterung seitens der tatsächlichen Machthaber ließen ihn sich selbst als den geeignetsten Mann für dieses Amt erscheinen. Dazu kam, daß er als der Herausgeber des „Morgen“, der zentralen Parteizeitung, als der Sprecher der Partei erschien, daß ihm seine Mitwirkung im „Gemeinsamen Ausschuß“ große Publizität verschaffte, und daß man sich aus den Ländern mit Anfragen vorwiegend an den bekannten Reichsminister a. D. und Herausgeber wandte. So verfügte er über die wichtigen Verbindungen zu den Parteiorganisationen im Lande und wurde zur zentralen Instanz. Dennoch zeigte er, als er auf das sowjetische Spiel einging, ein sehr einseitiges Verantwortungsbewußtsein: die Akzeptanz dieses erpresserischen Manövers war eine Absage an die politische Moral, sie mußte die Sowjets

³⁹ Siehe dazu Külz: Tagebuch, u. a. 27. 1., 4. und 7. 3., 9. 5., 1. 9., 1. 11. 1947, 9. 2. 1948.

⁴⁰ Krippendorff: Die Liberal-Demokratische Partei, S. 40.

geradezu einladen, sich im Zweifelsfall dieser oder ähnlicher (und schlimmerer) Prozeduren zu bedienen.

Einen Machtkampf hat es im Vorstand nicht gegeben. Das verhinderte das gemeinsame Bewußtsein, daß jeder derartige Konflikt die Einheit der Partei und ihre Integrationskraft bedrohe.⁴¹ So wuchs die Führung der Partei allmählich immer mehr Külz zu, und die Einmischung der Sowjets ist wohl vor allem mit ihrer Ungeduld zu erklären, die von ihnen beabsichtigten Ordnungsstrukturen zu verwirklichen, bevor die Westmächte ihrerseits entsprechende Initiativen entfalteten und sich in die Neuordnung Deutschlands einschalteten. (Tatsächlich hat denn auch die Besetzung der gesamtdeutschen zentralistischen Position durch die SBZ dazu beigetragen, die föderative Lösung im Westen durchzusetzen.)

Als Külz am 29. November von dem resignierenden Koch den Parteivorsitz übernahm,⁴² legte er die bis dahin getrennte Parteigeschäftsstelle und die Redaktion des „Morgen“ zusammen, er führte die Geschäftsstelle vom Kurfürstendamm in die Taubenstraße des sowjetischen Sektors, ein Schritt, der zumindest in der Rückschau Symbolcharakter besitzt⁴³ – eine Option für die Sowjetunion.

Er hat sich in der Folgezeit mit aller Energie dem Ausbau der Parteiorganisation in den Ländern der SBZ gewidmet, auf vielen Reisen hat er die einzelnen Orts- und Kreisverbände besucht und ihre Arbeit durch Reden und auf Kundgebungen unterstützt. Als eine erste Delegiertenkonferenz der LDP am 3.–4. Februar 1946 in Weimar zusammentrat, auf dem alle führenden Mitglieder der Partei vertreten waren, wurde Külz daher auch in seiner Funktion bestätigt, und auch der erste Parteitag in Erfurt (6.–8. Juli 1946) betraute ihn – ohne Gegenstimmen – mit diesem Amt.

Külz' Wahl zum Vorsitzenden legte nicht nur sein persönliches Ansehen und sein intensiver Einsatz für die Partei nahe, auch seine Nähe zum Machtzentrum der SMAD und sein bekannt gutes Verhältnis zu den Sowjets sprachen für ihn. Doch auch Külz' unerschütterliches Selbstbewußtsein und die überzeugende Selbstverständlichkeit, mit der er die Führungsposition als ihm zustehend einnahm, anscheinend ohne jeden Zweifel an sich und seiner Aufgabe, trugen dazu bei. Dies zeigte sich, als auf dem Weimarer Delegiertentag⁴⁴ der Landesverband Brandenburg einen Mißtrauensantrag gegen den Vorstand wegen ungenügender Vertretung der Parteiinteressen einbrachte. Külz' Beschwörungen, die Geschlossen-

⁴¹ Ebenda.

⁴² Armin Behrendt: Wilhelm Külz. Aus dem Leben eines Suchenden. Berlin (Ost) (1968), S. 326.

⁴³ Krippendorff: Die Liberal-Demokratische Partei, S. 40.

⁴⁴ Ein zusammenfassendes Protokoll, das vervielfältigt wurde, in: BA Koblenz. NK 68.

heit der Partei nicht durch Richtungsstreitigkeiten und kleinliche Auseinandersetzungen zu gefährden, sondern gerade in dieser Aufbauphase und angesichts der Konfrontation mit der künftigen SED (die „Vereinigung“ von KPD und SPD war bereits abzusehen) und dem „bürgerlichen“ Rivalen CDU Einheit zu demonstrieren, überzeugte die Delegierten – der Antrag der Brandenburger wurde zurückgezogen. Külz verstand es, den ihm entgegengebrachten Vertrauensvorschuß geschickt zu nutzen. Er klammerte in seinem Grundsatzreferat alle konkreten Fragen des politischen Alltags, die so konfliktträchtig waren, aus und beschränkte sich auf ein emphatisches Bekenntnis zu Demokratie und Liberalismus, das aus Grundsatzbetrachtungen und Globalerörterungen bestand – er gab der Partei die Generallinie. Sein demonstrativer Optimismus überzeugte, er brachte die kritischen Vorbehalte zum Verstummen und verhinderte eine kontroverse Diskussion, die eine Klärung der Probleme des Alltags vor Ort, an der Basis, zumindest hätte fördern können. Das allgemeine Harmoniestreben und die Akzeptanz seines Führungsanspruchs nutzte er, um einen Parteivorstand nach seinen Vorstellungen zu bilden und von den Delegierten bestätigen zu lassen – ein Verfahren, das nach den Parteisatzungen unzulässig war. Dem neuen Vorstand gehörten nur noch fünf (von zwölf) der Mitglieder des alten Hauptausschusses an,⁴⁵ er war auf die Person des Vorsitzenden zugeschnitten, der damit seine Machtposition verstärkte. Hier zeigte sich Külz' autoritärer Führungsstil erstmals in voller Deutlichkeit.

Daß „sein“ Vorstand den Erfurter Parteitag bestand, verstand sich von selbst. Allerdings fehlte eine praktikable und überzeugende personelle Alternative für den Vorsitzenden. Auch die Erfurter Delegierten wurden von ihm und seinen Mitarbeitern überzeugt, und schließlich sprach der rasche Aufschwung der Partei⁴⁶ für ein Festhalten an der bewährten Führungsmannschaft.

Diese strapaziöse Tätigkeit des Siebzigjährigen verstärkte den Einfluß der Parteizentrale, und als Külz forderte, die Hälfte der Mitgliedsbeiträge nach Berlin abzuführen, setzte er sich damit durch – was der Parteileitung auch finanziell einen erheblichen Spielraum gewährte. Külz hat ihn genutzt, u. a. auch zur finanziellen Hilfe für die verschiedenen demokratischen Parteien in den Westzonen, die sich später zur FDP zusammenschlossen. Er hat sie auch durch Reisen, vor allem in der Britischen Besatzungszone, und im Auftreten auf öffentlichen Kundgebungen der Partei unterstützt. Damit aber wuchs auch der Einfluß der Berliner Parteileitung über die Grenzen der SBZ hinaus.

⁴⁵ Krippendorff: a.a.O., S. 41.

⁴⁶ Ebenda, S. 42.

Külz und seine Berliner Parteiführung hatten nie einen Zweifel daran gelassen, daß sie sich als zentrale Leitung aller liberalen demokratischen Organisationen Deutschlands verstanden. Dieser Prioritätsanspruch gründete sich nicht nur auf eine Art Recht der Primogenitur, da die LDP als erste liberale Partei entstanden war, auf ihren – daraus resultierenden – höheren Organisations- und Wirkungsgrad, sondern auch auf ihre Residenz in Berlin: Nicht nur Külz war es in dieser Zeit eine unbefragte Selbstverständlichkeit, daß die alte preußische und spätere „Reichshauptstadt“ auch die Machtzentrale des neuen Deutschlands sei und den hier situierten Organisationen und Institutionen zentrale Leitungskompetenzen zukamen. Die Berliner Parteiführung hatte bereits eine Gesamtorganisation der Partei in der SBZ verwirklicht, als die Liberalen der drei westlichen Besatzungszonen noch kaum Zusammenschlüsse auf Länderebene erreicht hatten. Der Führungsanspruch des Külz'schen Parteivorstandes dokumentierte sich u. a. darin, daß man sich öffentlich als „Reichsparteileitung“ bezeichnete, Külz als „Reichsvorsitzender“ der Partei erschien – noch der Eisenacher Parteitag der LDP (4.–7. Juli 1947) firmiert in Külz' Tagebuch als „Reichsparteitag“.⁴⁷ Dieser gesamtdeutsche Führungsanspruch, den Külz selbstbewußt trug,⁴⁸ entsprach den sowjetischen Deutschlandplänen vorzüglich, denen eine Ausdehnung des politischen Einflusses auf die Liberalen der westlichen Besatzungszonen höchst verteilhaft war; Külz und andere LDP-Funktionäre haben denn auch für ihre politischen Aktivitäten im westlichen Deutschland zumindest auf Verständnis der Sowjets rechnen dürfen, und diese Interessengleichheit erklärt die Aufmerksamkeit, die Külz von sowjetischer Seite erfuhr. Die föderalistischen Tendenzen, die sich in der politischen Entwicklung der westlichen Besatzungszonen bald bemerkbar machten, hat er scharf verurteilt, er sprach vom „Separatistenklüngel“ und einer ihm zu extensiven „weitherzigen Handhabung demokratischer Selbstbestimmung“.⁴⁹ Sie gefährdete auch seine eigene Position, denn die württembergischen Liberalen der „Demokratischen Volkspartei“ um Theodor Heuss und Reinhold Maier waren nicht gesonnen, den Berliner Führungsanspruch zu akzeptieren. Da sie in diesem Lande mit seiner großen demokratischen Tradition eine gut funktionierende Partei aufgebaut hatten, die auch finanziell unabhängig war, waren sie – im Gegensatz zu den Liberalen der Britischen Besatzungszone und in Hessen, auch Bayern – nicht nur von Berlin unabhängig, sondern auch mit gesundem Selbstbewußtsein ausgestattet. Hier erwuchs Külz eine starke Opposition gegen seine Pläne einer „Reichspartei“.

⁴⁷ Tagebuch, 12. 7. 1947.

⁴⁸ Der Morgen (12. 1. 46). Krippendorff (a.a.O., S. 142) geht etwas zu weit.

⁴⁹ Der Morgen (10. 2. 1946).

Für deren Unterstützung waren von Berlin her gute Vorkehrungen getroffen. Seine Reise im März nach Hessen, auf der ihn Lieutenant begleitete und auf der er wohl finanzielle Unterstützung zugesagt hatte,⁵⁰ die Betrauung mit dem Einleitungsreferat des Hessischen Landesparteitags und auf der Abschlußkundgebung der Konferenz liberaler Parteien der US-Zone⁵¹ waren nur die herausragenden Ereignisse beharrlicher zielgerichteter Arbeit, die durch eine Fülle von Parteireisenden minderen Ranges die Dominanz der Berliner Führung demonstrierte und sie ausbaute. Der Parteitag des Verbandes der Britischen Besatzungszone (18.–20. Mai 1946) in Bad Pyrmont brachte einen ersten Erfolg, als mit dessen Generalsekretär Hermes Absprachen über die Bildung eines Koordinierungsausschusses getroffen wurden, der den Zusammenschluß auf „Reichs“-ebene vorbereiten sollte. Da hierbei auch die Spitzen aller anderen liberalen Landesparteien mit Ausnahme der Württemberger vertreten waren, schien Külz der Erfolg sicher.⁵²

Die Gründung des Zonenverbandes der US-Zone, die am 28./29. August 1946 erfolgte, konnte jedoch nicht verhindert werden, obwohl Lieutenant auf seiner Reise nach Bayern, wo Otto Bezolds und Thomas Dehlers FDP zu Külz neigte, und Hessen, dessen LDP-Vorsitzender Fertsch die „Reichspartei“ unterstützte, die Berliner Position zu festigen suchte. Mit der Ablösung Fertschs durch August Martin Euler im Sommer 1946 aber hatte sich im US-Zonenverband die Linie Heuss-Maier gegen die Külz-Richtung durchgesetzt.

Külz' württembergische Opponenten durften sich der Unterstützung der US-Besatzungsbehörden in ihrem Kampf gegen die Berliner Führung gewiß sein, doch gab es auch in anderen Landesverbänden Stimmen, die an den Verhältnissen in der SBZ und an Külz' Führung der Partei scharfe Kritik übten. Sein autoritärer Führungsstil und die unverkennbaren Züge obrigkeitsstaatlichen Denkens entsprachen demokratischen Vorstellungen wenig, und die in der „Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien“ vertretene Politik erschien als zu willfährig gegenüber der SED. Einen entscheidenden Anlaß zum Umschwung in den westlichen Parteien aber gab Külz selbst.

⁵⁰ Vgl. die Aktennotiz Ernst Mayers vom 16. Juli 1947 [?] (Krippendorff: a.a.O., S. 164); Zwischen Verständigungsbereitschaft, Anpassung und Widerstand: Die Liberal-Demokratische Partei Deutschlands in Berlin und der Sowjetischen Besatzungszone Deutschlands 1945–1949. Eine Dokumentation zur Sonderausstellung der F.D.P. im Reichstagsgebäude. Zusammengestellt und kommentiert von Karl-Heinz Grundmann unter Mitarbeit von Dieter Hein. Bonn 1978, S. 87.

⁵¹ Vgl. Tagesspiegel (23. 3. 1946), zusammenfassend: Thüringische Landeszeitung (30. 3. 1946).

⁵² Der Morgen (21. 5. 1946); Thüringische Landeszeitung (22. 5. 1946); Tagesspiegel (23. 5. 1946).

Es zählt wohl zu den folgenschwersten Fehlentscheidungen, daß er und der Berliner Zonenvorstand glaubten, angesichts der wachsenden Widerstände durch einen Gewaltstreich zum Ziele gelangen zu können. Als auf dem Erfurter Parteitag außer Hermes einige untergeordnete Funktionäre aus den hessischen, bayerischen und rheinland-pfälzischen Parteien erschienen, wurden sie im Anschluß daran nach Berlin gefahren, wo ihnen Külz in einer Ansprache die Notwendigkeit der Konstituierung einer liberalen Reichspartei darlegte. Sie stimmten zu, ein Vorstand wurde nominiert, dem neben Külz und Lieutenant (als Geschäftsführer) je ein Vertreter der westlichen Zonenparteien angehörten – wobei deren Zustimmung erst eingeholt werden sollte. „Das Ganze war nur ein der persönlichen Überredungskunst von Külz zu verdankendes und politisch ebenso wertloses wie im Westen fast durchwegs abgelehntes Manöver“,⁵³ denn die Vertreter der westlichen Parteien waren zu einem solchen Schritt in keiner Weise legitimiert, ihre Zustimmung erfolgte dann auch vorbehaltlich der Billigung ihrer Organisationen. Der Coup aber scheiterte nicht nur – er lieferte Külz’ Gegner auch beeindruckende Argumente gegen die Berliner Ambitionen, der Verlauf der US-Zonenkonferenz der Liberalen in Augsburg (13.–14. Juli 1946) wurde davon stark beeinflusst, so daß der Weg für die Bildung des US-Zonenverbandes frei wurde.⁵⁴ Külz beantragte auf dem US-Zonenparteitag, den Pyrmonter Beschluß über die Bildung eines Koordinationsausschusses zu verwirklichen. Reinhold Maier widersprach der „demokratischen Einheitspartei“ und der Berliner Führung zwar entschieden, doch Külz’ Beschwörung der Gefahr einer baldigen Teilung Deutschlands gewann ihm die Vertreter der britischen und französischen Zone. Heuss vermittelte geschickt, ohne den grundsätzlichen Dissens ausräumen zu können.⁵⁵ Für Külz sprachen die beträchtlichen Erfolge seiner Partei bei den Gemeinderatswahlen im September 1946 in der SBZ, und aus den Kreis- und Landtagswahlen vom 20. Oktober ging sie trotz massivster Behinderungen und Eingriffe in den Wahlkampf durch die Sowjets⁵⁶ als zweitstärkste Partei der SBZ hervor.⁵⁷ Auf einer Konferenz in Coburg (8.–9. November 1946), der nur die württembergische „Demokratische Volkspartei“ fernblieb, erlebte Külz die Genugtuung, daß der Koordinierungsausschuß geschaffen wurde, der den Zusammenschluß der

⁵³ Krippendorff: a.a.O., S. 144.

⁵⁴ Vgl. Ernst Mayer (ebenda, S. 162 f.).

⁵⁵ Der Morgen (5. 10. 1946).

⁵⁶ Dazu Krippendorff: a.a.O., S. 94 ff.

⁵⁷ Vgl. Die Wahlen in der Sowjetzone. Dokumente und Materialien. Hrsg. v. Bundesministerium für gesamtdeutsche Fragen. 3. Aufl. Bonn 1958, S. 11; Der Morgen (4., 7., 10. 9. 1946).

„Demokratischen Partei Deutschlands“ vorbereiten sollte. Daß wenige Tage zuvor eine Direktive des Alliierten Kontrollrates für Deutschland, die eine Bildung gesamtdeutscher politischer Parteien und zentraler Leitungsorgane gestatten sollte, am französischen Veto gescheitert war (29. Oktober), konnte den Eindruck dieser gesamtdeutschen Willensbekundung nicht wesentlich schmälern.

Dieser Gefahr für den Wiederaufbau eines einheitlichen Deutschland, wie sie hier in der französischen Haltung sichtbar wurde, war sich Külz bewußt, doch setzte er darauf, daß Frankreich sich dem gemeinsamen politischen Willen der Sowjetunion, der USA und Großbritanniens auf Dauer nicht werde widersetzen können, zumal dann, wenn den „Großen Drei“ deutscherseits durch ein einmütiges und entschiedenes Bekenntnis zur deutschen Einheit sekundierte werde. Dieser Gedanke motivierte auch seine intensiven Bemühungen um die Liberalen der britischen und US-amerikanischen Besatzungszone – die französische hat er in seine Arbeit nicht einbezogen, auch wenn auf dem Erfurter Parteitag Rautenstrauch und Dr. Dohr als Vertreter aus der französischen Zone figuriert und anschließend in Berlin Külz zugestimmt hatten.⁵⁸

Der Coburger Beschluß aber zeigte eine Wandlung Thomas Dehlers und der bayerischen FDP. Noch im Mai, auf der Pyrmonter Tagung, hatten sie Külz und die LDP wegen ihrer engen Zusammenarbeit mit der SED und SMAD heftig attackiert,⁵⁹ jetzt unterstützten sie Külz massiv. So mußten die württembergischen Liberalen und Reinhold Maier, die auf dem US-Zonenparteitag im September 1946 der Berliner „Reichspartei“ entschieden abgesagt hatten, sich, wollten sie nicht in die Isolierung geraten und Külz das Feld überlassen, an der Arbeit des Koordinationsausschusses beteiligen.

An dessen zweiter Sitzung teilzunehmen, die am 16.–17. März in Rothenburg ob der Tauber stattfand, hätte Külz fast die Tücke des Objekts verwehrt: Defekte an seinem Wagen hielten ihn in Weimar und nochmals an der Zonengrenze fest.⁶⁰ So entfiel sein Auftritt auf der vorbereitenden Sitzung des US-Zonenvorstandes in Stuttgart, und auch in Rothenburg traf er erst am späten Vormittag des zweiten Konferenztages ein. Er war vom stürmischen Verlauf des ersten Sitzungstages mit seinen heftigen Debatten über die Aufgaben und die Kompetenz des Koordinationsausschusses bereits informiert, der Vertreter Thüringens, Leonhard Moog,

⁵⁸ Thüringische Landeszeitung (13. 7. 1946).

⁵⁹ Krippendorff: a.a.O., S. 143 f.

⁶⁰ Külz: Tagebuch, 19. März 1947. – Es ist wenig wahrscheinlich, daß er trotz seines „Ärgers über diese trostlosen Zustände“, wie er schreibt, tatsächlich von der Teilnahme Abstand genommen hätte, denn für ihn und seine Ziele stand zuviel auf dem Spiel.

hatte ihn am Vorabend telephonisch unterrichtet, daß der Bestand der Arbeitsgemeinschaft gefährdet war. „Die Freude der Anwesenden, daß ich noch gekommen war, zeigte sich stark und unverhohlen“, notiert er⁶¹ – allerdings dürfte die seiner württembergischen Opponenten gemessen gewesen sein; denn in Külz erhielten die Befürworter der Gesamtpartei ihren überzeugenden Sprecher. Ein wesentlicher Punkt der Auseinandersetzung war ja die Lage der LDP und die Entwicklung in der SBZ – und hier verfügte Külz über beeindruckende Argumente. Er konnte sich jedoch nicht in gewünschtem Maße durchsetzen, obwohl Heuss, der bis dahin präsiert hatte, ihm nun den Vorsitz überließ. Auf seiner Stuttgarter Konferenz hatte der US-Zonenvorstand sich schließlich darüber geeinigt, daß ein Vertreter der SBZ – und das hieß Külz – als Führer der Partei nicht annehmbar sei, da diese dann unter sowjetischen Einfluß geraten werde. Damit war Külz’ Konzeption gescheitert, auch wenn er schließlich zusammen mit Theodor Heuss zum „gleichberechtigten Vorsitzenden“ der „Demokratischen Partei Deutschlands“ gewählt wurde.⁶² Der geteilte Vorsitz symbolisierte die Teilung Deutschlands, die sich allmählich ankündigte – wenn auch ihre Anzeichen vorerst nur von Wenigen wahrgenommen wurden.

Anfang April unternahm Külz eine ausgedehnte Reise in die britische Besatzungszone, wo am 20. des Monats Landtagswahlen stattfanden, um Franz Blücher und seine FDP im Wahlkampf zu unterstützen. Er sprach in Berleburg, Siegen, Köln und Aachen sowie gemeinsam mit Lieutenant in Kiel, Neumünster, Oldenburg, Lüneburg, Lübeck, Osnabrück, Bremen, Minden und Braunschweig.⁶³ Die Krise um den Berliner SPD-Oberbürgermeister Ostrowski, den seine Partei wegen seiner engen Zusammenarbeit mit dem sowjetischen Chef der Alliierten Stadtkommandatur, General Kotelnikow und der SED im Stadtparlament heftig angriff,⁶⁴ ließ ihm seine Anwesenheit in Berlin geraten erscheinen.

⁶¹ Ebenda.

⁶² Ebenda. Ein Bericht in: Der Morgen (19. 3. 1947) – Külz’ Formulierung, „Heuss hatte in meiner Abwesenheit die Verhandlungen bis dahin geführt“, gleichsam als Ersatz des legitimen Vorsitzenden, entspringt wohl Külz’ Selbsteinschätzung, wie die anschließende Vorsitzendenwahl zeigt. – Text der Rothenburger Erklärung nach Külz (a.a.O.) bei Krippendorff: a.a.O., S. 146.

⁶³ Ein ausführlicher Bericht über die Unterstützung der LDP, die neun Redner entsandte, in: Der Morgen (16. 4. 1947), über Külz’ Rede in Köln: Thüringische Landeszeitung (2. 4. 1947), Der Morgen (2. 4. 1947). Siehe auch: Külz: Tagebuch, 1. April 1947.

⁶⁴ Die Mehrheit des Berliner Abgeordnetenhauses entzog Ostrowski am 17. März das Vertrauen, endgültig resignierte er am 1. Mai 1947.

Der Weg in die Krise

Denn diese Krise hatte auch die LDP berührt,⁶⁵ die Diskussion um den Weg der Partei, insbesondere ihre Einbindung in die „Blockpolitik“, wurde durch die Oberbürgermeister-Krise⁶⁶ neu und in einer dem Parteivorstand unliebsamen Richtung – auch im Hinblick auf den Koordinationsausschuß und die Liberalen der Westzonen – belebt. Die Entwicklung in Berlin, wo sich unter dem Schirm der Alliierten Kommandantur das politische Leben in offener Konkurrenz der Parteien vollziehen konnte, war von besonderer Bedeutung, sie bildete gleichsam einen Indikator für den tatsächlichen politischen Willen der Bevölkerung und ihre Akzeptanz der Parteien und ihrer Zielsetzungen. Die Lage der Stadt inmitten der SBZ ließ sie auf die dortigen Veränderungen rasch und offen reagieren, von hier gingen auch für die Westzonen wichtige Impulse aus.

Bis gegen Mitte des Jahres 1946 hatte sich die Kritik an der Politik des Parteivorstandes in engen Grenzen gehalten, doch mit dem Ende der ersten Aufbau- und Integrationsphase entstand eine wachsende innerparteiliche Opposition, vor allem in der Parteijugend, die sich besonders gegen Külz richtete. Einen Wendepunkt bildete hier die Haltung der Parteiführung im Sommer und Herbst 1946. Die starken Benachteiligungen der Partei bei den Wahlvorbereitungen durch die sowjetischen Besatzungsbehörden⁶⁷ erregten besonders bei den sehr aktiven Jugendgruppen Empörung, die den Wahlkampf in den Städten und Gemeinden sehr engagiert geführt hatten. Sie fühlten sich dabei von der Parteileitung ungenügend unterstützt, ja im Stiche gelassen und beschuldigten sie, die Interessen der Partei nicht energisch genug gewahrt zu haben. Das weitete sich rasch zum Vorwurf aus, aus opportunistischen Gründen gegenüber SMAD und SED zu nachsichtig zu agieren. Die Konflikt- und Risikobereitschaft der Parteijugend stieß sich nun zunehmend an der von der Parteiführung strikt befolgten „Einheitsfront-“ oder „Blockpolitik“, deren Konformitätszwang mit dem Demokratieverständnis vieler aktiver Parteimitglieder unvereinbar war, da sie der SED die Führungsrolle garantierte und eine offene politische Auseinandersetzung durch die Einbindung in die „Block“-disziplin unmöglich machte. Külz hielt angesichts der deutschen Situation die Zusammenarbeit aller politischen Kräfte für geboten, und die starke Be-

⁶⁵ Mit Ostrowskis Rücktritt war die Krise nicht beendet, zwar wurde Louise Schroeder (SPD) am 8. Mai zur stellvertretenden Oberbürgermeisterin gewählt, doch gegen den am 24. Juni zum Oberbürgermeister gewählten Ernst Reuter sprachen die Sowjets ihr Veto aus, sodaß die Alliierte Kommandantur am 9. Juli die Bestätigung Reuters ablehnen mußte.

⁶⁶ Külz' Tagebucheintrag (18. April 1947) gibt seine Stellungnahme im „Morgen“ wieder, entspricht nicht der Diskussion in der Partei.

⁶⁷ Siehe dazu Krippendorff: a.a.O., S. 94 ff.

tonung des deutschen Einheitsgedankens durch die SED entsprach ganz seinen gesamtdeutschen Bemühungen. Er hat zudem in der „marxistischen“ Partei nicht die Herausforderung gesehen, die viele Parteimitglieder erblickten. Seine Abgrenzung gegen die SED blieb rein formal, er beschränkte sich dabei auf globale Feststellungen, deklamatorisch und inhaltsleer. Sein Urteil über die „Vereinigung“ von KPD und SPD als einer „weltanschaulich absolut verständlichen Maßnahme“ – da sich beide Parteien nicht in ihren Zielen, sondern nur in ihren Methoden unterschieden⁶⁸ – wirft ein bezeichnendes Licht auf sein Demokratieverständnis. Es ist ihm daraus besonders von jenen Parteimitgliedern ein Vorwurf gemacht worden, die aus der SPD in die LDP übergetreten waren, um sich der erzwungenen Vereinigung mit der KPD zu entziehen: Selbst wenn man berücksichtigt, daß eine offene Kritik nicht möglich war, bedurfte es einer derart bekundeten Rechtfertigung der erzwungenen Fusion in keiner Weise. Zwischen Külz (in dem nur eine bestimmte politische Richtung personifiziert war) und der innerparteilichen Opposition bestand ein grundsätzlicher Dissens: Külz war bereit, auch undemokratische Verfahrens- und Verhaltensweisen in Kauf zu nehmen, wenn dies die Kooperation mit den Sowjets und der SED geboten scheinen ließ, die er um des Primats der deutschen Einheit willen für erforderlich erachtete. Seine innerparteilichen Gegner aber vertraten, belehrt durch das Schicksal der Weimarer Republik und des Dritten Reiches, den Standpunkt, daß auch eine nur temporäre, ja fallweise Sistierung demokratischer Prinzipien den Neuaufbau Deutschlands schwer belasten, das politische Leben korrumpieren müsse und nicht, wie Külz meinen mochte, später, in einem geeinten Deutschland, reparabel sei. Sie betrachteten die von der SED eingenommenen Machtpositionen als eine ernste und dauerhafte Bedrohung der deutschen Demokratie, als eine Hypothek für Gesamtdeutschland – eine Auffassung, die Külz nicht teilte.

Diese Bereitschaft, sein Ziel auch unter zumindest partiellem Verzicht auf Demokratie als Methode politischen Handelns und Verhaltens zu erreichen, zeigte sich auch in seinem Urteil über Schumacher und die SPD. Schon im Februar 1947 hatte der Führer der deutschen Sozialdemokratie für seine Teilnahme in einer von Eugen Schiffer angeregten Konferenz der vier großen Parteien – LDP, CDU, SED und SPD – über die deutsche Frage wie auch für die im März von der CDU geplanten die Bedingungen gestellt, daß zum einen daran alle, auch die kleinen, Parteien geladen würden, die für die deutsche Einheit eintraten, und zum anderen, daß die SPD in der SBZ wieder zugelassen werden müsse. In seiner Begründung dieser Bedingungen hat Schumacher exemplarisch jene prinzipielle Frage formuliert, die auch die LDP-Opposition von Külz trennte: „Es ist die Frage nach den Möglichkeiten der Demokratie auf deutschen Boden und

⁶⁸ Thüringische Landeszeitung (4. 2. 1947).

damit die nationale Frage schlechthin.“⁶⁹ Külz hat dies nie so gesehen, er hat es offenbar auch nie als Problem begriffen. Im „Morgen“ bezichtigte er Schumacher des Mangels an „gutem Willen“ und schalt den SPD-Vorsitzenden heftig ob seines obstruktiven Verhaltens, das eine potentielle gemeinsame Deutschland-Initiative verhindere. Auch auf dem Parteitag des Berliner Landesverbandes am 30. Mai griff er Schumacher aufs Heftigste an.⁷⁰ Entsprechend abfällig notierte er auch in seinem Tagebuch über Schumacher: „ein sehr wirkungsvoller Demagoge von geistvoller Ideologie, aber ohne den geringsten Schein staatsmännischer Begabung“⁷¹ – ein Urteil, das für sich selbst spricht.

Es war nicht nur dieses oft und demonstrativ bezeugte Einverständnis mit der SED und ihrer Politik, das Kritik an Külz' politischer Linie hervorrief, sondern auch seine Polemik gegen die CDU. Daß Külz in ihr den Rivalen der LDP im Kampf um das nicht-sozialistische Wählerpotential sah, war berechtigt, auf diesem Felde konkurrierten die beiden Parteien. Doch befremdete es, daß er seine heftige Polemik auch nach den Wahlen fortsetzte, denn in der Politik vor Ort, im politischen Alltag der Gemeinderäte, Kreistage und Länderparlamente erleichterte es nicht eben die Zusammenarbeit der nichtmarxistischen Kräfte. Daß die CDU daran Anstoß nahm und Külz dieses politischen Fehlverhaltens zieh, bestärkte ihn freilich in seiner Haltung nur noch mehr. Trotzdem haben die Vertreter der beiden demokratischen Parteien in der praktischen politischen Arbeit zumeist eng und gut zusammengearbeitet – um so mehr stieß Külz mit seiner hartnäckigen Gegnerschaft hier auf das Unverständnis, ja die Ablehnung vieler Parteiaktivisten.

Diese Gegensätze zwischen den beiden Richtungen in der Partei wiesen zumindest teilweise Züge eines Generationenkonflikts auf: Hier Külz, dessen Mentalität und Verhaltensweise noch ganz von der Weimarer Zeit mit ihren wilhelmischen Relikten geprägt waren, der eine (modifizierte) Wiederanknüpfung an diese Traditionen anstrebte, und ihm gegenüber die Generation der Söhne⁷² und Enkel, geschockt vom Erlebnis des deutschen Zusammenbruches, geprägt vom Erkennen der Schuld des NS-Re-

⁶⁹ Acht Jahre sozialdemokratischer Kampf um Einheit, Frieden, Freiheit. Hrsg. vom Vorstand der Sozialdemokratischen Partei. Bonn [1954], S. 27.

⁷⁰ Der Morgen (23. 3. 1947), siehe auch den Bericht über die Besprechung von CDU und SPD in Hannover Ende Mai in: Der Morgen (30. 5. 1947). – Bericht über den Berliner Parteitag: Der Kurier (31. 5. 1947). Vgl. auch Neues Deutschland (3. 6. 1947): „Die Ostzone bezeichnete Dr. Külz als die demokratischste Zone“ (Bericht über den Parteitag).

⁷¹ Külz: Tagebuch, 22. März 1947.

⁷² Man vergleiche die entschiedene Haltung von Helmut Külz im thüringischen Konflikt vom Herbst 1947 (vgl. Stenographischer Bericht des Thüringischen Landtages. Band 1. 1946/47, S. 692 ff., siehe auch Külz: Tagebuch, 7. November 1947) mit jener seines Vaters.

gimes und der eigenen Teilhabe, desillusioniert, dem großen Wort mißtrauend. Das aber war Külz zu eigen; seine emotionsbestimmte Sprache, der es an normativer Begrifflichkeit mangelte, die zum Allgemeinen tendierte, verschwommen blieb, entsprach dieser zur Skepsis neigenden Generation nicht.⁷³

Dieses politische Konfliktpotential wurde durch Külz' autoritäre Handhabung des Parteivorsitzes, seinen gelegentlich wenig skrupulösen Umgang mit institutionellen Verfahrensweisen, wo er oft mehr als Führer denn als Vorsitzender agierte, noch verstärkt. In der Auseinandersetzung mit dem Berliner Landesvorstand zu Beginn des Jahres 1947, als dieser in die Debatte über die Sozialisierung der sequestrierten Produktionsmittel eingriff⁷⁴ und dem Parteivorstand vorwarf, den Sozialisierungstendenzen nicht entschieden genug entgegenzutreten,⁷⁵ durfte Külz die Mehrheit der Partei, vor allem der jüngeren Mitglieder, noch auf seiner Seite wissen, doch die immer stärker hervortretende Dominanz der SED, die zunehmende Verankerung ihres Einflusses in den staatlichen und wirtschaftlichen Leitungsorganen ließ die Unzufriedenheit in der Partei anwachsen. Den Dissens konnte auch Külz' entschiedenes Eintreten für den LDP-Ministerpräsidenten von Sachsen-Anhalt, Erhard Hübener, nicht überdecken, als er dessen Entschluß, die Münchner Ministerpräsidenten-Konferenz am 6.-7. Juni entgegen sowjetischen Wünschen zu besuchen, mit seiner Parteinahme für Hübener beim Vorsitzenden der SMAD, Marschall Sokolowskij, unterstützte.⁷⁶ Denn Külz lastete das Scheitern dieser Beratungen über eine gemeinsame deutsche Zukunft, für die er sich so sehr engagiert hatte, ausschließlich den westlichen Teilnehmern und ihren Besatzungsmächten an.⁷⁷ Dagegen nahm eine große Versammlung der Berliner LDP-Jugend offen Stellung. Sie griff das SED-konforme Verhalten der SBZ-Ministerpräsidenten heftig an und forderte die Parteileitung auf, die „totalitäre Politik der SED“ nicht länger zu tolerieren, eine Kritik, die in der Erklärung des Berliner Landesverbandes vom 9. Juni wieder

⁷³ Dieser sich in der Sprache manifestierende Unterschied zeigt etwa ein Vergleich der Rede Külz' mit jener des Leipziger Studentenrats-Vorsitzenden, Wolfgang Natonek, auf dem Eisenacher Parteitag (2. Parteitag der LDP in Eisenach, 4.-7. Juli 1947. Berlin 1947).

⁷⁴ Die Diskussion wurde vom Vorsitzenden des „linken“ Leipziger Bezirksverbandes, von Stoltzenberg, mit einem Schreiben an Külz im Februar 1947 eröffnet (Krippendorff: a.a.O., S. 73 ff.).

⁷⁵ Vgl. Gegen Sozialisierung. Reden der Stadtverordneten Schwennicke, Dr. Reif, Schöpke und Markewitz in der Berliner Stadtverordnetenversammlung. Hrsg. LDP Landesverband Berlin. Berlin 1947.

⁷⁶ Siehe dazu Külz: Tagebuch, 2. Juni 1947; Krippendorff: a.a.O., S. 131 ff. – Hübeners feste Haltung führte zur Teilnahme aller fünf Ministerpräsidenten der SBZ.

⁷⁷ Der Morgen (10. 6. 1947).

aufgegriffen wurde. Da auch der Landesverband Thüringen zu einer ähnlichen Entschließung kam,⁷⁸ von der zudem der Berliner „Abend“ – anonym – unterrichtet wurde,⁷⁹ reagierte die SMAD mit Unwillen, Külz zufolge drohte Karlshorst sogar, den Eisenacher Parteitag zu untersagen,⁸⁰ zumal die Angelegenheit weitere Publizität erhielt: Als Külz in der „Thüringischen Landeszeitung“ einen Artikel veröffentlichte, in dem er angesichts der Unruhe in der Partei zu vermitteln suchte, griff der „Abend“ dies erneut auf.⁸¹ Da die Stimmung in der Partei Befürchtungen über den Verlauf des Parteitages auch im Vorstand aufkommen ließ, veröffentlichte dieser am 18. Juni eine Erklärung zur Münchner Konferenz, die Külz' Stellungnahme vom 10. Juni deutlich korrigierte und auf Schuldzuweisungen verzichtete.⁸²

Damit schien der Opposition zunächst ein zentrales Argument in der innerparteilichen Auseinandersetzung genommen: Die Korrektur des Parteivorstandes sprach gegen eine autoritäre Parteiführung durch Külz. Doch auch mit einem solchen geschickten Schachzug war der Konflikt zwischen den beiden Richtungen in der Partei⁸³ nicht beizulegen, und die Opposition blieb entschlossen, ihn auf dem Parteitag zur Sprache zu bringen – Külz wurde von sowjetischer Seite vorsorglich darüber informiert.⁸⁴ Auch die vorbereitende Sitzung des Parteivorstandes in Halle konnte die Kluft nicht überbrücken.⁸⁵ Als am 7. Juli die Neuwahl des Vorstandes durch die Delegierten auf der Tagesordnung stand, gab Anton Schöpke im Namen der Berliner Delegierten, die als Sprecher der Opposition fungierten, eine Erklärung ab, in der Külz' Wiederwahl zum Parteivorsitzenden abgelehnt wurde, denn Külz habe, „ganz gewiß von der Sorge um Partei und Vaterland getrieben“, „eine Haltung nach außen gezeigt, die den Namen der Partei mit dem schädlichen Odium des Opportunismus behaftet hat“.⁸⁶

⁷⁸ Krippendorff: a.a.O., S. 132 f.

⁷⁹ Eine umstrittene Erklärung, in: Der Abend (11. 6. 1947), vgl. auch Berliner Zeitung (11. 6. 1947); Der Kurier, 11. 6. 1947.

⁸⁰ Külz: Tagebuch, 19. Juni 1947.

⁸¹ Wilhelm Külz: Auf der Suche nach neuen Wegen, in: Thüringische Landeszeitung (15. 6. 1947). Ein Kommentar dazu in: Der Abend (16. 6. 1947).

⁸² Der Morgen, 19. Juni 1947.

⁸³ Ds.: Zweierlei Liberaldemokraten, in: Der Telegraf (21. 6. 1947). – Siehe dazu Külz: Tagebuch, 23. Juni 1947.

⁸⁴ Tagebuch, 1. Juli 1947.

⁸⁵ Der Morgen (1. 7. 1947). – Die beiden Entschließungen in: Thüringische Landeszeitung (2. 7. 1947).

⁸⁶ Text in: Zwischen Verständigungsbereitschaft (wie Anm. 50), S. 116 f.

Külz konnte diese Attacke gelassen über sich ergehen lassen. Er hatte in Halle dem Landesvorsitzenden der Partei seine Sicht der Dinge eindringlich dargelegt, überzeugt, „daß ein sich jetzt vollziehender Wechsel im ersten Vorsitz der Partei verheerende Folgen haben müßte“.⁸⁷ Daß dies zu einer extremen Belastung des Verhältnisses zur SMAD führen werde, dessen waren sich die Delegierten bewußt, und die Mehrheit der Zonen-delegierten scheute vor diesem schwer kalkulierbaren Risiko zurück. So verlief Külz' Wiederwahl programmgemäß. Der Berliner Landesverband, gegen den in der Zonenpresse besonders im Zusammenhang mit dem Attentat auf den Landespräsidenten von Thüringen, Fröhlich, Stimmung gemacht worden war,⁸⁸ geriet sogar in Bedrängnis: Ihm wurde im Hinblick auf seine besondere Situation nahegelegt, einen eigenen Zonenverband zu bilden. Als auch noch die Berliner Repräsentanz in den Führungsgremien – satzungsgemäß – reduziert wurde, sah sich Schwenicke zu einem aufsehenerregenden Schritt veranlaßt: der Berliner Landesverband zog seine Vertreter aus dem geschäftsführenden Parteivorstand zurück und verzichtete auf eine Beteiligung an der Zonenparteileitung. Külz hatte einen entscheidenden Sieg errungen – freilich um einen hohen Preis: den Verzicht auf das anstößige demokratische Potential der Berliner Partei. Danach war es nur eine Frage der Zeit, bis die in Eisenach begonnene Separierung der LDP von Gruppen mit anderem Demokratieverständnis auch ihre Isolierung von den liberalen Parteien der Westzonen zur Folge hatte.

Derartige Überlegungen waren Külz freilich fern. „Das politische Ergebnis war groß“, beurteilte er den Parteitag, und den Konflikt mit dem Berliner Verband wertete er als bloße „Meinungsverschiedenheiten“, die „keine über das politische Gedankengut der Partei, sondern über die persönliche Taktik“ seien. „Persönlich“, so notierte er, „haben mich diese Divergenzen nicht im geringsten berührt, wenschon ich sie lebhaft bedauere.“⁸⁹

Die Krönung seines Triumphes erfolgte in Berlin. Hier trafen sich im Anschluß an die Eisenacher Veranstaltung – Heuss hatte dort eine vielbeachtete Rede gehalten⁹⁰ – die Zonenvorstände der Partei, deren Konferenz die Beachtung aller vier Besatzungsmächte fand: Schließlich wurde hier der Versuch unternommen, eine alle Zonen umfassende Parteiorganisation zu schaffen. Die sehr stark von der LDP bestimmten „Grundsätze der Demokratischen Partei Deutschlands“ wurden gebilligt, man kam überein, einen an Weimar anknüpfenden Verfassungsentwurf auszuarbeiten

⁸⁷ Tagebuch, 1. Juli 1947.

⁸⁸ Tagebuch, 2. Juli 1947.

⁸⁹ Tagebuch, 12. Juli 1947. Vgl. dazu jedoch den Eintrag vom 1. Juli 1947.

⁹⁰ Die Rede Heuss' in: Der Morgen, 8. Juli 1947.

und in Berlin und Frankfurt Informations- und Koordinationsstellen für die politische Arbeit zu schaffen. Külz betrachtete dies als einen wichtigen Schritt zur „Reichspartei“⁹¹ – er übersah dabei, daß alle Vereinbarungen der Zustimmung der Zonenverbände bedurften, in denen zunehmende Kritik am Vorstand der LDP laut wurde. Als „ein schönes und weithin leuchtendes Beispiel politischer Einheit“⁹² hat es wohl vor allem Külz gesehen.

Daß Külz die Berliner Situation fehl einschätzte, zeigte sich schon Anfang August. Die Haltung der Berliner Repräsentanten in Eisenach war zwar auf einer Versammlung der Delegierten des Landesverbandes am 21. Juli eindeutig gebilligt worden,⁹³ aber die Anhänger des Zonenvorstandes mobilisierten ihren Anhang in den Orts- und Bezirksgruppen, es kam zu heftigen Auseinandersetzungen zwischen den beiden Richtungen, so daß Neuwahlen des Vorstandes angesetzt wurden. Carl Hubert Schwennicke wurde jedoch trotz intensiven Bemühens der Külz-Anhänger erneut zum Vorsitzenden des Landesverbandes gewählt, dem auch Külz selbst angehörte – ein Vorgang, der ihn, wie seine Aufzeichnungen verraten, offenbar sehr getroffen hat, wenngleich er den ganzen Konflikt als „kleinliche Zänkereien“ abzutun suchte.⁹⁴

Bei diesem Mißerfolg in Berlin sollte es indes nicht bleiben. Der Vorsitzende des Landesverbandes Sachsen, Hermann Kastner, galt als SMAD-hörig, gegen ihn hatte sich eine starke Opposition gebildet, die auf seine Abwahl drängte.⁹⁵ Verfahrensfragen schoben jedoch den satzungsgemäßen Parteitag mehrfach hinaus, bis er schließlich am 23. Oktober in Bad Schandau zusammentrat.⁹⁶ Külz nahm auch hier energisch Kastners Partei, doch ungeachtet aller Anstrengungen und Stützungsversuche von sowjetischer Seite unterlag sein Kandidat, allerdings nicht, wie Külz notierte, wegen seiner Lebensart und Verhaltensweise. Die SMAD-Vertreter wußten diese Mißtrauensbekundung gegen Kastner sehr viel treffender einzuschätzen: „Die Russen“, schreibt Külz, „waren sehr ungehalten über die Nichtwiederwahl Kastners“.⁹⁷ Külz' Beschwichtigungsversuche haben sie gewiß nicht überzeugt, zumal sie über die eifrigen Koordinierungsbemühungen der Kastner-Gegner im Vorfeld des Parteitages wohl unterrichtet waren.

⁹¹ Siehe: Der Morgen, 10. Juli 1947.

⁹² Tagebuch, 12. Juli 1947.

⁹³ Text der Resolution in: Zwischen Verständigungsbereitschaft, S. 118.

⁹⁴ Siehe Tagebuch, 18. August 1947, vgl. auch ebenda, 4. August 1947.

⁹⁵ Zu Kastner siehe auch Tagebuch, 19. September 1947.

⁹⁶ Berichte über den Parteitag in: Sächsisches Tageblatt, 24.–27. 10. 1947; Tagespiegel, 28. 10. 1947.

⁹⁷ Tagebuch, 24. Oktober 1947.

Was Külz für diese Fehlschläge und die Mißhelligkeiten des Partei-
amts-Alltages entschädigte, war die Akzeptanz und Bewunderung, die ihm
von seiten einfacher Parteimitglieder bei seinen Reden in den Orten der
SBZ bekundet wurde, und auch die geschäftige Dienstfertigkeit lokaler
Parteigrößen, deren Eitelkeit vom Glanze des Reichsministers a. D. und
Parteivorsitzenden zu partizipieren suchte, rechnete er der gebührenden
Verehrung zu. Um so mehr war er von der Kühle betroffen, mit der man
ihn in Hamburg begegnete.⁹⁸

Es war dies ein Zeichen der Distanzierung der westlichen liberalen Par-
teien von der LDP. Sie wurde Külz in ihrem ganzen Ausmaß auf der Vor-
standssitzung der DPD am 3. November in Frankfurt vor Augen geführt.
Die Vormittagssitzung unter Külz' Vorsitz erledigte ihre Arbeit ziemlich
reibungslos, die bereits in Berlin erörterte Einsetzung einer Verfassungs-
kommission wurde beschlossen, Külz erhielt den Auftrag, ihr einen Ent-
wurf vorzulegen. Doch als Külz die Frage einer deutschen Repräsentation
für die Londoner Außenministerkonferenz aufwarf, fand er eine entschie-
dene Ablehnung der Zusammenarbeit mit der SED durch die westlichen
Delegierten, die in dieser Partei ein Instrument der Sowjets erblickten.
In der von Heuss geleiteten Nachmittagssitzung nahmen Külz und Lieute-
nant dann zu den Vorwürfen gegen die LDP Stellung, auf der besonders
die im Namen der „Blockpolitik“ betriebene Unterordnung der Partei un-
ter SED und SMAD kritisiert wurde, so wie sie in der Auseinandersetzung
um den Marshallplan zutagegetreten war. Külz versicherte, daß es sich
nur um „eine verständnisvolle Zusammenarbeit mit der Besatzungs-
macht“ handle, die „LDP kenne kein willenloses Nachgeben gegenüber
dem Druck der Besatzungsmacht“. Er vermochte seine Partner nicht zu
überzeugen: Thomas Dehler konstatierte trocken, „daß in der Blockpoli-
tik vom demokratischen Standpunkt aus doch alles schiefgegangen“ sei.
Auch die Berichterstattung des „Morgen“ wurde heftig angegriffen.⁹⁹
Külz hat in seinem Tagebuch diese ausführliche kontroverse Diskussion
sehr kurz behandelt, er bemerkte dazu: „Das Vorurteil gegen die Ostzone
war auffällig entwickelt und an kritischen Bemerkungen fehlte es nicht
...“, schob dies aber darauf, „daß das Denken und Fühlen hinter Zonen-
schlagbäumen schon sehr weit fortgeschritten ist.“¹⁰⁰

Immerhin konnte er für sich verbuchen, daß wenigstens die von ihm
angeregte gemeinsame Resolution der Konferenz an die Alliierten – aller-
dings nicht an die Londoner Außenministerkonferenz, und nicht in Külz'

⁹⁸ Tagebuch, 27. Oktober 1947; Norddeutsche Zeitung, 30. 10. 1947.

⁹⁹ Vgl. den Protokoll-Auszug in: Zwischen Verständigungsbereitschaft, S. 94–98.
Berichte über die Konferenz in: Der Morgen, 5. 11. 1947; Berliner Zeitung, 6. 11.
1947.

¹⁰⁰ Tagebuch, 4. November 1947.

Formulierung¹⁰¹ – verabschiedet wurde: Sie forderte „die baldige Ausschreibung von allgemeinen, unbeeinflussten demokratischen Wahlen bei ungehinderter Zulassung und Entfaltung aller demokratischer Parteien in allen Besatzungszonen und die Bildung einer deutschen Gesamtregierung nach dem Willen des deutschen Volkes“.¹⁰² Külz mußte wissen, daß eine derartige Forderung für die Sowjets unannehmbar war: Sie bedingte die Wiedenzulassung der SPD in der SBZ und hätte die SED zur Randerscheinung degradiert. Aber auch wirklich freie und geheime Wahlen im gesamten Deutschland hätten, selbst wenn die SPD in der SBZ nicht zugelassen würde, die SED in die Rolle einer machtlosen Opposition gedrängt. Daher die Forderung der SED und SMAD, zuerst und paritätisch – zonenparitätisch – eine gesamtdeutsche Regierung zu bilden, um die Beteiligung dieser Partei an der Machtausübung zu garantieren, wobei man sehr wohl wußte, daß die westlichen Parteien ein derartiges Vorgehen ablehnten, weil es den Prinzipien der Demokratie strikt widersprach.

Nach seiner Rückkehr hatte sich Külz erneut mit dem oppositionellen Berliner Landesverband zu befassen, dessen Vertreter ihn und Lieutenant in Frankfurt mit höchst unangenehmen Fragen konfrontiert hatten. Trotz des eindeutigen Votums für Schwennicke im August hatte dieser sich gezwungen gesehen, für den 7. November eine Delegiertenversammlung einzuberufen. Denn die unabhängige Haltung des Berliner Verbandes wurde von der SMAD als gegen die sowjetischen Interessen gerichtet beurteilt, der Zonenvorstand unternahm daher den Versuch, die Berliner Bezirksvorstände auf seine Seite zu ziehen und den Landesvorstand zu stürzen. Die Konferenz brachte Külz nicht den gewünschten Erfolg, der nach Berlin geflüchtete frühere Leipziger Bezirksvorstand Hans Reif, der schon während der Vorbereitungen für den Eisenacher Parteitag zur tatkräftigen Opposition gegen den Zonenvorstand gehört hatte, legte in einer beeindruckenden Rede die Haltung des Landesverbandes und die Gravamina dar, die gegen die Politik des Zonenvorstandes vorzubringen waren. Külz' Kunstgriff, den Landesverband zur Rückkehr in das oberste Gremium der Partei aufzufordern, verfing nicht, doch Lieutenants Vorschlag, die Angelegenheit im Hauptausschuß der Partei zu behandeln, ermöglichte einen akzeptablen Abgang. Damit war die Auseinandersetzung, wie Külz notierte, jedoch nur verlagert. Denn Külz konnte sich im Hauptausschuß zwar auf die fünf Landesverbände der SBZ stützen, doch war nicht anzunehmen, daß sich Berlin dieser Mehrheit unterwarf.

¹⁰¹ Krippendorff: a.a.O., S. 148. Das Protokoll in: Zwischen Verständigungsbereitschaft, S. 97, gibt eine etwas verkürzte Fassung.

¹⁰² Zwischen Verständigungsbereitschaft, S. 97.

Der Bruch

Diese Konstellation mußte letztlich zur Trennung der Berliner Organisation, die im Schutze der Westmächte agierte, von der Zonen-Partei führen, deren Vorstand sich des sowjetischen Druckes nicht zu erwehren verstand. Den Anstoß zu einer unerwarteten Beschleunigung dieser Entwicklung gab die Londoner Außenministerkonferenz (25. November – 15. Dezember 1947). Da die westlichen und östlichen Interessen weiterhin als kaum vereinbar eingeschätzt wurden, inszenierte die SMAD eine gesamtdeutsche Initiative: Am 26. November rief die SED zur Bildung eines „Deutschen Volkskongresses für Einheit und gerechten Frieden“ auf, eines Gremiums, das der Londoner Konferenz eine machtvolle Bekundung des deutschen Willens zur Einheit übermitteln sollte. Das Echo war enttäuschend: Die aufgerufenen Organisationen der Westzonen lehnten es mit Ausnahme der KPD ab, als Repräsentanten ohne Mandat zu handeln. Auch die beiden anderen Parteien der SBZ hielten sich zurück. Oberst Sergej Iwanowitsch Tjulpanow, der in der SMAD für die politisch-ideologischen Fragen zuständig war, lud daraufhin Külz und Lieutenant für den 28. November zu einer Unterredung,¹⁰³ in deren Verlauf er die LDP zur Teilnahme am „Volkskongreß“ aufforderte. Külz erbat sich Bedenkzeit, denn es „handelt sich hierbei“, wie er schreibt, „um eine Frage von ungeheurer Tragweite, in der ich mich nicht entschließen möchte, ohne die Auffassung des Parteivorstandes kennenzulernen.“¹⁰⁴ Dieser trat am 1. Dezember zusammen. Trotz Bedenken entschied er sich für eine Teilnahme an dieser „Volksbewegung“ im übergeordneten Interesse der deutschen Einheit. Am folgenden Tage lehnte der CDU-Vorstand eine Beteiligung ab – am 19. Dezember erzwang Tjulpanow, der zuvor das CDU-Vorstandsmitglied Otto Nuschke für die sowjetische Position hatte gewinnen können, die Absetzung der beiden Vorsitzenden Jakob Kaiser und Ernst Lemmer, tags darauf erklärte er, daß die SMAD die Beziehungen zu ihnen abbreche.

Külz sprach als Repräsentant der LDP auf dem Kongreß, er gehörte dem Präsidium an und wurde mit Pieck und Grotewohl für jene Abordnung nominiert, die dessen Forderungen den Außenministern vortragen sollte¹⁰⁵ – eine Aufgabe, die er politisch für erforderlich hielt, auch wenn ihm persönlich „all die ungeheuren Strapazen und Verantwortungen . . ., die mit einer solchen geschichtlichen Aktion verbunden sind“, eine schwe-

¹⁰³ Der Kurier, 28. 11. 1947.

¹⁰⁴ Tagebuch, 28. November 1947.

¹⁰⁵ Der Morgen, 2. 12. 1947; Zwischen Verständigungsbereitschaft, S. 99 f.

re Last bedeuteten.¹⁰⁶ Er war sich jedoch bewußt, daß kaum Aussicht bestand, diesen Auftrag ausführen zu müssen. Und er gab dem Unterfangen auch deshalb wenig Erfolgchancen, weil es nur von einem kleinen Teil der politischen Kräfte Deutschlands getragen wurde, wofür er vor allem Kurt Schumacher und die SPD verantwortlich hielt. Auch hier setzte sich, wenn auch wohl auf Tjulpanows Drängen hin, die Forderung nach deutscher Einheit gegenüber dem Willen zur Demokratie durch. Es muß offen bleiben, ob er den Gedanken, daß bei einer Verweigerung der LDP nach dem Vorbild der CDU man mehr Demokratie für die SBZ erreichen könne, überhaupt erwogen hat. Aus seinen Notizen ist zu entnehmen, daß er diese Deutschland-Initiative nicht der SED allein überlassen wollte. Daß SMAD und SED entschlossen waren, ungeachtet der Reaktionen der anderen politischen Gruppen den Kongreß zusammentreten zu lassen, ist ihm offenbar im Gespräch mit Tjulpanow klar geworden. Külz sah es als die wohl letzte Chance der deutschen Einheit, denn schon Mitte September hatte Tjulpanow ihm in einem Gespräch mitgeteilt,¹⁰⁷ daß die Sowjets einen separaten „Ost-Staat“ zu schaffen beabsichtigten, falls die Londoner Verhandlungen der Außenminister nicht zu einer mit den sowjetischen Zielsetzungen zu vereinbarenden Übereinkunft führten, und es konnte auch Külz nicht entgehen, daß seit der Errichtung der „Deutschen Wirtschaftskommission“ (DWK) laut SMAD-Befehl Nr. 138 vom 4. Juni 1947 hierfür bereits ein institutioneller Rahmen geschaffen worden war. Die Einheit Deutschlands war die einzige Alternative zu diesem „Ost-Staat“, in dem die SED bestimmende politische Kraft war; in einem Gesamtdeutschland, so mochte er hoffen, lag die Majorität bei den Demokraten. Dabei übersah er allerdings gänzlich, welche politischen Voraussetzungen von den Sowjets für dieses Gesamtdeutschland zur Bedingung gemacht wurden, und er wollte nicht akzeptieren, daß die demokratischen Kräfte in den Westzonen, eingedenk der Erfahrungen von Weimar und der NS-Zeit, sich den sowjetischen Forderungen nicht unterwerfen wollten. Denn die Einübung in Demokratie hatte eben erst begonnen, und man war sich wohl bewußt, daß die zwölfjährige Indoktrinierung des NS-Regimes in Mentalität und Verhaltensweisen der Bevölkerung Spuren hinterlassen hatte, die auch bei gutem Willen nur langsam zu überwinden waren. Und die Erfahrungen mit der KPD in der Weimarer Republik ließen deren Nachfolgeorganisation, die in so offener Übereinstimmung mit der sowjetischen Politik handelte, mit großem Mißtrauen begegnen – einem Mißtrauen, dessen Berechtigung die schweren kommunistischen Unruhen des

¹⁰⁶ Tagebuch, 8. Dezember 1947. – Der Text bei Manfred Bogisch: Wilhelm Külz. Aus Reden und Aufsätzen. Berlin (Ost) 1984, S. 136 f., ist im ersten Absatz durch Kürzung entstellt.

¹⁰⁷ Tagebuch, 19. September 1947.

Spätherbst 1947 – Folge des auf der Kominform-Konferenz von Schreiberhau (22.–27. September 1947) dekretierten Kurswechsels – in Frankreich und Italien, die besonders die Pariser Regierung in ernste Bedrängnis brachten, nachdrücklich bestätigte.

So mußte Külz' Entscheidung für die SED-Politik seine Beziehungen zu den westdeutschen Parteien (sieht man von der KPD ab) schwer belasten und insbesondere die DPD einer Zerreißprobe aussetzen, denn er verstieß damit gegen die Frankfurter Vereinbarungen, die als Vertretung des deutschen Volkes ausdrücklich ein aus allgemeiner freier Wahl hervorgegangenes Parlament vorsahen. Euler, der Külz schon vor der Frankfurter Besprechung heftig angegriffen hatte, forderte, ihn von den weiteren Beratungen auszuschließen.¹⁰⁸ Auch die anderen westdeutschen Parteiführer bezogen entschieden Stellung gegen Külz.¹⁰⁹

Theodor Heuss hat in seinem Brief vom 19. Dezember an Külz dann die Kritik an dessen Haltung zusammengefaßt. Es sei „eine Erbitterung, wenn nicht Verbitterung, über Ihre Mißachtung der Grundlage der Frankfurter Beschlüsse entstanden“, so daß er von Külz' Teilnahme an der für den 18. Januar 1948 einberufenen Sitzung des Koordinierungsausschusses abrate. Und er ließ Külz wissen, daß er durch seine Beteiligung am „Volkskongreß“, mit der er vermeinte, die deutsche Einheit zu fördern, eben diese Einheit wohl gesprengt hatte: Er, Heuss „fürchte, daß die kommende Politik des Volkskongresses ein Scheidungsgefühl akzenturieren wird, das für die deutsche Gesamtlage nur unerwünscht sein kann“. Es muß Külz besonders getroffen haben, daß ihm Heuss die Haltung eines Mannes gegenüberstellte, dem sich Külz so sehr überlegen dünkte: „Ich habe die Empfindung“, fuhr Heuss fort, „daß Jakob Kaiser, den ich in meinem Leben noch nie gesehen hatte, in der Niederlage eine deutsche Figur geworden ist, während Sie, so hart es ist, das auszusprechen, eine gewesen sind“.¹¹⁰ Lieutenants Reise nach Essen, wo er am 14. Dezember die Führer der FDP der britischen Zone von der Haltlosigkeit der Vorwürfe zu überzeugen suchte,¹¹¹ war vergeblich gewesen, auch die LDP- und FDP-Führung hatten sich der DPD angeschlossen.¹¹² Am 29. Dezember schließlich berief Ernst Mayer in Heuss' Auftrag den Koordinationsaus-

¹⁰⁸ Siehe: LDP-Kurier. Mitteilungsblatt der LDP Hessen, 1. und 8. 12. 1947. Külz' Reaktion siehe: Tagebuch, 16. Dezember 1947.

¹⁰⁹ Vgl. die Stellungnahmen Dehlers, Heuss' und Eulers in: Der Telegraf, 13. 12. 1947 („DFP gegen Dr. Külz“).

¹¹⁰ Zwischen Verständigungsbereitschaft, S. 103. Siehe unten, Dokument 4.

¹¹¹ Tagebuch, 16. Dezember 1947.

¹¹² Middelhaues Erklärung über die Einberufung der Konferenz der LDP/FDP-Führer und eine erweiterte Kritik Eulers in: Der Kurier, 19. 12. 1947 („Konferenz über den Fall Külz“).

schuß, den provisorischen Vorstand der DPD, zum 18. Januar 1948 nach Frankfurt ein. Auch die Vertreter der LDP wurden – mit Ausnahme von Külz – geladen. Thema der Konferenz war die causa Külz.¹¹³

Eine derartige Eskalation des Konfliktes war für den Vorstand der SBZ-LDP überraschend und alarmierend. Da Külz an seinem Volkskongreß-Engagement festhielt, konnte allenfalls eine Beilegung des Streites mit dem Berliner Landesverband die Spannungen etwas mildern; so wurde versucht, auf der Tagung des Hauptausschusses der LDP in Weimar (5.–7. Januar 1948) die Berliner Vertreter zu einem Nachgeben zu bewegen. Doch trotz massiver Einschüchterungsversuche des SMAD-Vertreters Oberstleutnant Nasarow, eines engen Mitarbeiters Tjulpanows, der als „Betreuungsoffizier“ der Parteien fungierte,¹¹⁴ gab Schwennicke – bei aller formalen Verbindlichkeit – in der Sache nicht nach. Es zeigte sich hier, daß Külz mit seinem Entscheid vom 1. Dezember 1947 den Bogen überspannt hatte. Zwar zog der Jugendausschuß der Partei nach eindringlichen Vorstellungen seinen Mißtrauensantrag gegen den Parteivorsitzenden schließlich zurück, doch Külz mußte einen Beschluß des Hauptausschusses hinnehmen, der den Parteivorstand verpflichtete, den Berliner Landesvorstand zu respektieren. Darüber hinaus wurde ihm auferlegt, bei „grundsätzlichen politischen Entscheidungen“ die Landesverbände zu konsultieren, bei Unvereinbarkeit der Meinungen sollte der Hauptausschuß oder der Parteitag entscheiden.¹¹⁵ Es war ein sehr deutliches Votum gegen Külz und seine Art, die Partei zu führen.

Doch Külz war nicht bereit, diese demokratische Entscheidung zu respektieren: Schon am 9. Januar 1948 erschien im „Morgen“ eine Erklärung, in der er die Entwicklung in den Westzonen in „Volkskongreß“-Manier angriff, eine Erklärung, die durchaus grundsätzlichen Charakter besaß und mit der er gegen den eben in Weimar gefaßten Beschluß in eklatanter Weise verstieß. Der Berliner Landesverband, der allein dazu in der Lage war, reagierte auf diesen Affront gegen den Hauptausschuß, in angemessener Weise: Da Külz nicht willens war, Demokratie in der Partei zu praktizieren, forderte die Landes-Delegiertenversammlung vom 12. Januar Külz auf, sein Mandat in der Stadtverordnetenversammlung

¹¹³ Krippendorff: a.a.O., S. 151.

¹¹⁴ Nach einem Bericht des „Telegraf“ (9. 1. 1948) fragte Nasarow Schwennicke, ob er sich bei seiner „Hetze“ gegen die Sowjetunion nicht klar sei, daß Berlin bald nur noch eine, d. h. die sowjetische Besatzungsmacht haben werde. Angesichts der zu dieser Zeit anlaufenden Verhaftungen oppositioneller LDP-Mitglieder war diese Drohung nur allzu deutlich.

¹¹⁵ Siehe Thüringische Landeszeitung, 4., 6. und 9. 1. 1948; Der Kurier, 5., 7. und 8. 1. 1948; Tägliche Rundschau, 6. 1. 1948; Der Morgen, 7. 1. 1948; Der Abend, 8. 1. 1948; Der Telegraf, 8. 1. 1948. Vgl. auch Krippendorff: a.a.O., S. 150.

niederzulegen.¹¹⁶ Eine Gesamtberliner Funktionärstagung billigte zwei Tage darauf Schwennicks Verhalten mit überwältigender Mehrheit von 490 gegen 6 Stimmen.¹¹⁷ Am 16. Januar teilte der „Morgen“ mit, daß Külz auf seinen Sitz im Berliner Abgeordnetenhaus verzichtet habe¹¹⁸ – am 20. rief die Zeitung die Berliner auf, eine neue „Landesgruppe Berlin“ der Partei zu bilden, um der „Parteizersplitterung“ entgegenzuwirken. Dieser Bruch zwischen Külz und dem Berliner Verband überschattete das Treffen des Koordinationsausschusses in Frankfurt am Main (18. Januar). Die LDP entsandte neben Lieutenant als Külz' Stellvertreter die Parteivorsitzenden ihrer Landesverbände, daneben Johannes Dieckmann, der in der Partei als Konfident der SMAD galt. Seine Anwesenheit mag die Erklärung und Diskussionsbeiträge der LDP-Vertreter beeinflußt haben, doch wurde deutlich, daß man in der SBZ mehr Verständnis von Seiten der westlichen Parteien für die schwierige Lage der LDP erwartete. Bereitschaft hierzu war vorhanden, doch alles Entgegenkommen scheiterte an der Person Külz und, nachdem Lieutenant sich zum Mitbeteiligten an der Volkskongreßentscheidung erklärt hatte, auch an diesem. Zwar wurden ihre Namen im Kommuniqué schließlich nicht genannt, doch wurde „den Sprechern der Ostzone nahegelegt, nach der personellen und sachlichen Seite . . . die Folgerungen zu ziehen“ – Folgerungen auch daraus, daß der Beschluß vom 3. November 1947 über die Repräsentation des deutschen Volkes durch ein frei gewähltes Parlament erneut nachdrücklich bestätigt wurde.¹¹⁹

Damit war die Konzeption einer gesamtdeutschen liberalen Partei gescheitert, denn die Ausschließung von Külz und Lieutenant machte der LDP der SBZ eine weitere Mitarbeit im Koordinationsausschuß unmöglich, wie Gaertner darlegte: „Die Ostzone könne Külz nicht opfern. Ein Scherbengericht über ihn sei für die Ostzone untragbar.“¹²⁰ Die Westzonenvertreter aber sahen keinen Sinn darin, mit einem Manne zusammenzuarbeiten, der Mehrheitsbeschlüsse nicht akzeptieren konnte oder wollte, und der dann auch seinen unveränderten Standpunkt, ein Bekenntnis aus Volkskongreß-Politik, im „Morgen“ am 23. Januar nochmals bekräftigte.

¹¹⁶ Der Kurier, 13. 1. 1948; Informationen des Landesverbandes Berlin der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands Nr. 2 (31. 1. 1948). Vgl. dazu: Tagebuch, 14. Januar 1948, 3. Eintrag.

¹¹⁷ Krippendorff: a.a.O., S. 150 f.

¹¹⁸ Schwennicks Bestätigung des Empfanges von Külz' Schreiben erfolgte erst am 27. 1. 1948 (Text in: Zwischen Verständigungsbereitschaft, S. 120 f.). Vgl. auch: Tagebuch, 28. Januar 1948.

¹¹⁹ Ein Protokoll der Sitzung in: Zwischen Verständigungsbereitschaft, S. 103–110. Bericht Moogs und Gärtners in: Thüringische Landeszeitung, 23. 1. 1948.

¹²⁰ Zwischen Verständigungsbereitschaft, S. 107.

Külz' Stellung war dank der Solidarität der SBZ-Repräsentanten gewahrt, seine Autorität aber und noch mehr sein Prestige hatten durch die Entwicklung der letzten Monate auch in der Zonen-LDP schwer gelitten. Er mußte es bitter erfahren, als ihm der Verleger des „Morgen“, Karl Mossner, eröffnete, daß der Verlag angesichts der Angriffe gegen seine Person auf einen Empfang anläßlich Külz' Geburtstag verzichten werde.¹²¹ Die für den 10. Februar nach Halle einberufene Sitzung des „Zentralvorstandes“ (erweiterter Parteivorstand) drohte schwierig zu werden, denn ungeachtet der in Frankfurt gezeigten „Parteidisziplin“ hatte sich auch in den Landesvorständen der Unwille gegen Külz ausgebreitet. In dieser kritischen Situation kam ihm die SMAD zu Hilfe, die auf den kooperationsbereiten und bereits bewährten Külz nicht verzichten mochte und fürchten mußte, daß die Frankfurter Verhandlungen sich auf die Hallesche Sitzung unerwünscht auswirken, ja wohl auch Külz' Position bei dem zu verhandelnden Ausschluß des Berliner Landesverbandes ernstlich gefährden könne. So bat Marschall Sokolowskij, der Chef der SMAD selbst, Külz und Lieutenant für den 7. Februar zu einer Audienz. Sie war sorgfältig vorbereitet: Külz hatte seine Anliegen schriftlich eingereicht, Sokolowskij beantwortete diese Fragen anhand eines vorgefertigten Manuskriptes. „Der Inhalt der Antworten war verblüffend“, notierte Külz.¹²² „Sokolowskij machte Zugeständnisse an unsere politischen Forderungen in einem Umfang, den ich nie für möglich gehalten hätte . . . So bekannte er sich zum Berufsbeamtentum, er bekannte sich zur freien Unternehmer-Initiative, er erklärte sich bereit, eine mittelständische Abordnung aus Handel und Gewerbe zu empfangen und sicherte uns zu, eine Verordnung zu erlassen, nach der die Sequestrierungen eingestellt werden sollen und eine andere Verordnung, die einen Abschluß der Entnazifizierungs-Komödie bis Mitte Juni ds. Jahres vorsieht.“

Es muß offen bleiben, ob Külz' Interpretation der Antworten von Wunschdenken bestimmt war oder auf nachlassender Urteilskraft beruhte, denn die sorgsam formulierten Erklärungen des Marschalls waren keineswegs eindeutige Zusagen. So hieß es etwa: „Die Frage der Sequestrierung wird geprüft, und in der nächsten Zeit wird eine Anordnung ergehen, in der wir uns bemühen werden, sowohl die Meinung der Leitung der Liberal-Demokratischen Partei als auch die anderer Parteien sowie der Gewerkschaften der sowjetischen Zone zu berücksichtigen.“¹²³ Es waren nicht einmal vage Versprechungen, die Külz als Zusagen nahm, sondern nur die Erklärung, Möglichkeiten zu prüfen, Argumente zu bedenken.

¹²¹ Tagebuch, 5. Februar 1948.

¹²² Tagebuch, 9. Februar 1948.

¹²³ Der Morgen, 11. 2. 1948.

Und er ignorierte völlig die Hinweise auf die „anderen“ politischen Kräfte der SBZ.

Wie sehr sich Külz von seinem hohen Selbstwertgefühl bestimmen ließ, zeigt auch seine Schilderung des sich an das folgende Diner anschließenden freien Gesprächs: es „war hochpolitisch und man merkte es den Russen an, daß sie froh waren, einmal die Auffassung eines deutschen Politikers über die Weltprobleme (Amerika, England, China usw.) hören zu können.“¹²⁴ Der Gedanke, daß man ihn hier aus anderen Gründen sprechen ließ, ist ihm offenbar nicht gekommen. Er sah sich als Partner, als „elder statesman“, auf dessen Ansichten die Repräsentanten einer Weltmacht Wert legten.

Derart gestärkt und mit solch' großartigen „Erfolgen“ seiner Politik ausgerüstet, hatte Külz in Halle keine Opposition zu fürchten. Der Zonenvorstand erfuhr aus seinem Bericht erstmals vom Inhalt der Unterredung – mit der Veröffentlichung des Protokolls, das Külz und Nasarow gemeinsam erarbeitet hatten,¹²⁵ wartete der „Morgen“ bis zum Tag nach der Sitzung in Halle¹²⁶ – und zeigte sich gebührend beeindruckt. Er verzichtete auf die Diskussion. So konnte Külz das „Berliner-Problem“ der Partei endlich jener Lösung zuführen, die schon auf dem Eisenacher Parteitag vorgeschlagen worden war: der Trennung. Der Berliner Antrag, den Konflikt auf einem Parteitag oder im Hauptausschuß zu behandeln, wurde abgelehnt – ein eklatanter Verstoß gegen den Beschluß des Hauptausschusses vom Anfang Januar. Statt dessen wurde Berlin aus dem Zonenverband wegen „parteischädigenden“ Verhaltens ausgeschlossen. Daß die SMAD am Zustandekommen dieses Beschlusses beteiligt war, verrät die Feststellung, daß der Berliner Landesvorstand das „Vertrauensverhältnis“ zur „sowjetischen Besatzungsmacht unwiderbringlich zerstört“ habe.¹²⁷ Diesen Antrag brachte Külz selbst ein, er „wirkte wie eine Erlösung“, befand er,¹²⁸ „und wurde nach verhältnismäßig nur ganz kurzer Aussprache einstimmig angenommen“.

Das war der endgültige „Sieg“ über Berlin. Die Mahner, die auf die Einhaltung demokratischer Grundsätze innerhalb der Partei, aber auch gegenüber ihren politischen Partnern drängten und, dies vor allem, auch von den Sowjets und der SED demokratische Verfahrensweisen forderten,

¹²⁴ Tagebuch, 9. Februar 1948.

¹²⁵ Ebenda.

¹²⁶ Sie trug den bezeichnenden Titel: „Eine Unterredung von historischer Bedeutung. Marshall Sokolowski erfüllt wesentliche Wünsche der LDP-Führer und betont erneut die Einheit Deutschlands“ (Der Morgen, 11. 2. 1948).

¹²⁷ Text der Resolution in: Zwischen Verständigungsbereitschaft, S. 121.

¹²⁸ Tagebuch, 16. Februar 1948.

waren eliminiert, auch Querelen wie im Falle Markgraf,¹²⁹ die das Verhältnis zur Besatzungsmacht trübten, mußte Külz nun nicht mehr befürchten. So konnte er sich wieder ganz der Parteiarbeit widmen und der Vorbereitung des zweiten „Volkskongresses“, der vom 17.–18. März zusammentrat und ihn zusammen mit Pieck und dem nunmehrigen, SMAD-genehmen CDU-Vorsitzenden Otto Nuschke zum Vorsitzenden des „Deutschen Volksrates“ wählte, eines 400-köpfigen Gremiums, das der Kongreß zur ständigen Vertretung des gesamten Deutschland, eine Art Vorparlament also, erklärte.¹³⁰

Wann Külz sich zu der Erkenntnis durchrang, daß die SMAD nicht daran dachte, „die wesentlichen Wünsche der LDP-Führer“ vom 7. Februar zu erfüllen, geht aus seinem Tagebuch nicht hervor; das Bewußtsein, getäuscht worden zu sein – es war freilich eher eine Selbsttäuschung – muß ihn hart getroffen haben; als Düpierte dazustehen, vertrug sich schlecht mit seinem Selbstbewußtsein. Es ist sehr wahrscheinlich, daß die aufsehenerregenden Vorgänge in der ČSR während des Februar 1948, die mit der Machtergreifung der Kommunisten endeten, ihm die Augen öffnen halfen. Seine Rede auf dem Landesparteitag Sachsen-Anhalt (20.–21. März) läßt noch nichts von einer Desillusionierung erkennen, sie ist noch ganz im Stile der LDP-Blockpolitik gehalten,¹³¹ allerdings kann seine Weigerung, Nasarows (d. h. der SMAD) „Empfehlung“ zu entsprechen, den in Karlshorst beargwöhnten Damerow als Landesvorsitzenden durch den als konform und kooperativ angesehenen Schwarz abzulösen¹³², ein Indiz für die Erschütterung des noch am 10. Februar zum Prinzip erhobenen „Vertrauensverhältnisses“ zur sowjetischen Besatzungsmacht sein. Daß er aber Konsequenzen aus dieser Erfahrung gezogen hat, die die Basis seiner gesamten politischen Entscheidungen seit 1945 traf, bezeugen sein Leitartikel im „Morgen“ vom 2. April, vor allem aber seine Ausführungen auf der Zonenvorstandssitzung vom 6. April.¹³³ Er erklärte dort, daß er auf

¹²⁹ Am 3. 11. 1947 verschwand der den Sowjets mißliebige Journalist Dieter Friede im Sowjetsektor Berlins. Als am 13. 11. 1947 die Stadtverordnetenversammlung sich dieser Frage annahm, kam es zum Konflikt mit dem SED-Polizeipräsidenten Paul Markgraf, dem eine Unterstützung der Sowjets bei derartigen Praktiken vorgeworfen wurde. Die LDP-Abgeordneten stimmten dem Mißtrauensantrag gegen Markgraf zu, nur Külz beteiligte sich nicht. Die SMAD zeigte sich über den Antrag erzürnt – selbstverständlich blieb er für Markgraf ohne jede Folge. Siehe: Der Kurier, 28. 11. 1947; Tagebuch, 21. November 1947.

¹³⁰ Siehe dazu: Protokoll des 2. Deutschen Volkskongresses für Einheit und gerechten Frieden am 17./18. März 1948. Berlin (Ost) 1948. Dort auch Külz' Rede.

¹³¹ Liberal-Demokratische Zeitung [Halle], 22. 3. 1948.

¹³² Tagebuch, 23. März 1948.

¹³³ Krippendorff: a.a.O., S. 155.

der Sitzung des Vorstandes des „antifaschistisch-demokratischen Blocks“ gefordert habe, daß in jedem Land der SBZ entweder das Innen- oder das Volksbildungsministerium von der LDP besetzt werden solle – eine scharfe Herausforderung der SED, die diese beiden Ressorts in allen fünf Ländern innehatte. Es war auch nicht zu erwarten, daß die SMAD Külz' Anspruch tolerieren werde: beiden Ressorts kam in der sowjetischen Politik große Bedeutung zu, denn dem Innenministerium unterstand die Polizei, das Volksbildungsministerium galt ob seiner Verfügung über das für die politische Bewußtseinsbildung der Kinder und Jugendlichen entscheidende Erziehungswesen gleichfalls als Schlüsselministerium. Neben dem – in der SBZ noch nicht existierenden – Verteidigungsministerium waren diese beiden Ressorts in den Ländern des sowjetischen Machtbereichs durchwegs von Kommunisten besetzt. Dies alles dürfte Külz bewußt gewesen sein, auch die Vergeblichkeit seiner Forderung. Daß er sie dennoch stellte, ist wohl aus der Empörung des Enttäuschten zu verstehen. Doch für einen solchen Widerstand war es zu spät, er war zum Scheitern verurteilt.

Külz hat die von ihm eingeleitete Wendung nicht weiter verfolgen können, am 10. April 1948 nahm ihm der Tod die Führung der Partei aus der Hand. Doch der provisorische Parteivorstand, dem neben Lieutenant noch Kastner, Moog und Damerow angehörten, war entschlossen, diese neue Linie der LDP-Politik fortzuführen. Er wagte sogar die offene Konfrontation mit SMAD und SED: Er sagte die Teilnahme an den 1.-Mai-Feiern ab, da diese eine Demonstration für den Sozialismus seien.

Dieser spektakuläre Schritt kam freilich viel zu spät. Die Westmächte, mit den Schwierigkeiten der Erhaltung von 43 Millionen Menschenleben in ihren Zonen belastet und der sowjetischen Obstruktion müde, hatten den Zusammenschluß ihrer Zonen eingeleitet. Damit waren gesamtdeutsche Rücksichtnahmen für die sowjetische Politik nicht mehr erforderlich. Die LDP, die sich nun als Störfaktor zeigte, wurde „gleichgeschaltet“. Verhaftungen, Flucht und Einschüchterungen schwächten die demokratischen Kräfte in der Partei; mit tatkräftiger Förderung durch SMAD und SED übernahmen Opportunisten ihre Führung und degradierten sie zur Erfüllungsgehilfin der Politik des „Überganges zum Sozialismus“.

Külz hat diese Depravierung der Liberal-Demokratischen Partei nicht mehr miterleben müssen. Es macht die Tragik seines Lebens aus, daß er, der dem Nationalsozialismus so mannhaft entgegengetreten war und es verstanden hatte, die nationalsozialistische Herrschaft integer zu überstehen, wider seinen Willen und trotz bester Absichten und großer persönlicher Anstrengungen durch seine allzu lange allzu unkritische Zusammenarbeit mit den Sowjets dazu beitrug, einer neuen Diktatur – wenn auch der des Proletariats – den Weg zu bereiten. Er erkannte zu spät, daß eine auch nur temporäre Sistierung demokratischer Grundsätze für die Demokratie tödlich ist.

Zur Edition

Wilhelm Külz hat tagebuchartige Aufzeichnungen hinterlassen, von denen sich ein Fragment im Bundesarchiv Koblenz unter der Signatur Nr. 155 seines Nachlasses findet. Es handelt sich dabei um ein 147 Blatt umfassendes Konvolut, einer Kopie auf Schreibmaschinen-Durchschlagpapier verschiedener Provenienz, unterschiedlich nach Farbe und Format, zumeist in DIN-A4-Größe. Der überwiegende Teil des Manuskriptes ist auf einer älteren Büromaschine geschrieben, doch sind auch andere Fabrikate benutzt worden. Trotz einseitigen Beschreibens ist eine nachträgliche Paginierung mittels Paginierstempel beidseitig vorgenommen worden (S. 1–294). Die Eintragungen tragen alle die Ortsangabe „Berlin“ und sind unter dem Datum ihrer Niederschrift aufgeführt, in einigen Fällen mit mehreren Einzeleintragungen gleichen Datums. Sie beginnen jeweils auf einer Seite und sind in sich maschinenschriftlich paginiert, ihre Länge schwankt zwischen 1–4 Seiten. Sie beginnen mit dem 17. Januar 1947 und enden unter dem 6. April 1948. Eine vollständigere Fassung hat Manfred Bogisch für seine Edition „Wilhelm Külz: Aus Reden und Aufsätzen“ (Berlin-Ost 1984) benutzt. Das handschriftliche Vorwort seiner Frau¹³⁴ deutet darauf hin, daß das Originalmanuskript dieser „Erinnerungen“ auch die Jahre vor 1945 mit umfaßt, Külz wollte es, ihren Angaben zufolge, noch überarbeiten, wobei er offensichtlich auch an eine inhaltliche Erweiterung gedacht hat.

Dieses „Tagebuch“, wie diese Memoiren ihrer Form halber in der Literatur bezeichnet werden,¹³⁵ besteht nicht aus fortlaufenden täglichen Eintragungen, sondern ist sehr unregelmäßig geführt worden, in den wenigen Mußestunden des Autors, oft auch in zwei- oder mehrtätigem Abstand von den Ereignissen. Die Sprache ist streng kontrolliert, spontane Äußerungen fehlen ganz, selbst die Emotionen des Autors sind nur selten erkennbar, er tritt dem Leser als ein sehr beherrschter Mann nüchternen, faktenorientierten Denkens entgegen. Diese Glättung läßt wenig von dem Menschen Wilhelm Külz erkennen. Sichtbar wird seine Freude an den

¹³⁴ BA Koblenz. Nachlaß Külz, Nr. 155, fol. 1: „Mitten aus der Niederschrift der ‚Erinnerungen‘ nahm der Tod dem Verfasser die Feder aus der Hand. An den stillen Abenden, an denen er mir daraus vorlas, äußerte er oft, daß er das Ganze noch überarbeiten müsse, den Stoff noch besser gliedern u. die einzelnen Lebensabschnitte besser auseinanderhalten müsse. Sein letzter Lebensabschnitt aber war ihm näher als er dachte, so unterblieb diese wichtige Überarbeitung. Vielleicht aber gibt es diesen ‚Erinnerungen‘ einen besonderen Reiz, eine besondere Note, wenn unter Verzicht genauer und abstrakter Datenangaben durch vertiefte, manchmal ins Philosophische gehende Schilderungen einer Vielfalt auch persönlicher Einzelerlebnisse eine vergangene Zeitepoche den noch Lebenden ins Gedächtnis zurückgerufen u. der Nachwelt erhalten u. später einmal nahegebracht wird – gez. Erna Külz“

¹³⁵ So bei Krippendorff: a.a.O.; Bogisch: a.a.O.

Genüssen der Tafel, sein Vergnügen an gepflegter Geselligkeit, gelegentlich schlägt auch sein Verdruß über die Misere langer Fahrten in den wenig zuverlässigen Autos durch. Der sorgsam Gemessenen der Niederschrift entspricht die bedachte Selbstdarstellung des Autors, der sich um Distanz zu den kleinlichen Kontroversen des politischen Alltags bemüht¹³⁶ und, wie auch in seinen Reden und Artikeln, sich staatsmännischer Besonnenheit und Weitsicht befleißigt. Im Zentrum seines politischen Denkens stand die Einheit Deutschlands, sie dominierte so sehr, daß ihm die Wege zu ihrer Realisierung sekundär schienen – von seinem – zu späten – Erwachen im März 1948 geben die Aufzeichnungen keine Kunde, ein Zeichen, wie tief ihn diese Desillusionierung getroffen haben muß.

Denn die Einseitigkeit seiner politischen Bindung, die starke Präferenz der Sowjets, machen diese Aufzeichnung immer wieder deutlich. Dem entspricht eine Abwertung der westlichen Besatzungsmächte, die mit anderem Maßstab gemessen werden. Diese Ungleichgewichtigkeit äußert sich selbst im Alltäglichen: Bei seinem Besuch in Siegen hatten ihn die „Offiziere der britischen Kommandantur . . . zum Abendessen eingeladen, aber Balogh hatte in meinem Namen abgelehnt, so lange die Bevölkerung hungern mußte, könnten wir nicht gut an vollgedecktem Tisch sitzen“.¹³⁷ Bei sowjetischen Einladungen plagten ihn, wie das Tagebuch zeigt, derartige Skrupel nicht.

Auch seine Ausführungen über die Auseinandersetzungen um die von ihm repräsentierte Politik der Anlehnung an die Sowjetunion in der Partei und im Koordinierungsausschuß der DPD sind von dieser starken Einseitigkeit geprägt, die über das übliche Maß autobiographischer Selbstrechtfertigung¹³⁸ hinausgeht. Hier werden ganze Bereiche der den Autor und die Partei betreffenden, gravierenden politischen Entscheidungen entweder ganz ausgespart oder nur marginal erwähnt. Der tiefe Dissens über die Stellung zur SMAD und die Kollaboration mit der SED, der ja bis zu dem vom Jugendreferenten Helmut Kiefer in Weimar (6. Januar 1948) vorgebrachten, nur mit Mühe abgewendeten Mißtrauensantrag der Parteijugend gegen den Parteivorsitzenden führte, reduziert sich fast ganz auf den Konflikt mit dem Berliner Landesvorstand um Carl Hubert Schwenicke, eine Erklärung gar, was ihn – und Lieutenant – bewog, nach der Unterredung mit Tjulpanow entgegen den Vereinbarungen mit den Führern der liberalen Parteien der Westzonen auf die „Volkskongreß“-Politik

¹³⁶ Vgl. etwa: Tagebuch, 18. August 1947: „Die ganzen Vorgänge zeigen das kleine Niveau, auf dem sich die Partei in Berlin bewegt. Dies ist doppelt zu beklagen in einer Zeit, wo schicksalshafte Entscheidungen für Deutschland bevorstehen . . .“

¹³⁷ Tagebuch, 1. April 1947.

¹³⁸ Nach Franz Schnabels Formulierung: „Memoiren sind Selbstrechtfertigungen.“

der SED einzuschwenken, findet sich nicht – auch das Votum des Berliner Landesvorstandes gegen diese Entscheidung bleibt unerwähnt. Daß er auf die wichtige Besprechung der Parteiführer vom 20. und die Sitzung der Repräsentanten der „Block“-Parteien vom 24. November 1947 nicht eingeht,¹³⁹ ist dagegen schon fast unerheblich.

Manche dieser offenen Fragen, deren Beantwortung die Entscheidungen des Autors und deren Motive dem Leser verständlicher machen könnten, mag darauf beruhen, daß es zu der beabsichtigten Überarbeitung des Manuskriptes nicht mehr kam. Dennoch bleibt der Eindruck, daß Kütz vieles verdrängte, was seiner Selbsteinschätzung widersprach: Kritische Selbstreflexion, Infragestellung der eigenen Person, war seine Sache nicht. Daß ihn die Angriffe gegen seine Politik wohl doch nicht so wenig berührten, wie es nach seinen Aufzeichnungen scheint, verraten die häufigen Erwähnungen der Beifallskundgebungen und der „Begeisterung“, die ihn bei seinen Auftritten auf Parteiveranstaltungen in der SBZ entgegengebracht wurden; er schloß daraus, daß – von einigen individuellen Fällen abgesehen – sich die Opposition gegen seine Politik auf Berlin beschränkte. Eine Formulierung wie „Ostsachsen hatte wieder einmal Sehnsucht nach mir . . .“¹⁴⁰ verrät zwar eine leichte ironische Distanz, doch rührten ihn diese Sympathiebekundungen tief. Auch die Anerkennung von anderer Seite – etwa durch sowjetische Beobachter der Parteiveranstaltungen –, Piecks Lobrede und die „persönliche Huldigung der Russen für mich“ auf der Leipziger Messe, Heuss' Worte auf der Rothenburger Konferenz registrierte er sehr wohl¹⁴¹ – Kompensation der Angriffe, denen er sich ausgesetzt sah. Um so mehr befremdete ihn dann die Zurückhaltung, die ihm bei seinen Reden im westlichen Deutschland begegnete. Anteilnahme kann er konstatieren, doch nicht den begeisterten Beifall, den er in der SBZ notiert. Sein Urteil, die Bewohner der Westzone „. . . sind tatsächlich viel langweiliger, und ergeben sich fatalistisch in ihr Schicksal“,¹⁴² „. . . sind apathisch, zum Teil stumpfsinnig“,¹⁴³ läßt nicht nur die von der Besatzungsmacht geförderte, ja geforderte Beteiligung der SBZ-Bevölkerung am politischen Leben außer acht – in ihm verbirgt sich auch die Enttäuschung über ihm ungenügende Akzeptanz.

¹³⁹ Zur Besprechung vom 20. siehe: Der Tagesspiegel, 21. 11. 1947; Der Telegraf, 21. 11. 1947; Der Kurier, 21. 11. 1947; Neue Zeitung, 22. 11. 1947. Zur Sitzung vom 24. November siehe Krippendorff: a.a.O., S. 134.

¹⁴⁰ Tagebuch, 1. September 1947.

¹⁴¹ In diesen Komplex der Fremdbestätigung gehören auch Äußerungen wie: „Ich hatte das Gefühl, als ob die Franzosen mit stärkster Aufmerksamkeit meinen Ausführungen folgten“ (Tagebuch, 25. Juli 1947).

¹⁴² Tagebuch, 17. März 1947.

¹⁴³ Ebenda, 1. April 1947.

Die Eigenheiten des Manuskriptes führen dazu, daß sein Quellenwert für die Geschichte der SBZ gering ist. Es beleuchtet aber die Einstellung seines Autors, eines Mannes, der an der Entwicklung der liberaldemokratischen Bewegung im Nachkriegsdeutschland tatkräftig mitgewirkt hat und der zu einer Zeit, als die deutsche Frage noch offen war, entschieden, wenn auch nicht vorbehaltlos, auf die Zusammenarbeit mit der Sowjetunion gesetzt hatte. Mit seiner Person verbindet sich das Schicksal der LDP, er verkörpert paradigmatisch das Scheitern der demokratischen Kräfte an der kommunistischen Machtpolitik im Zusammenspiel von Besatzungsmacht und SED.

Im vorliegenden Text der Külzschen Tagebuchaufzeichnungen sind die – wenigen – orthographischen Versehen und fehlerhaften Namensschreibungen (besonders bei russischen Namen) des Manuskriptes stillschweigend korrigiert worden.

Zur Ergänzung der Ausführungen von Külz wurden einige Dokumente beigegeben. Seine Reden auf den Parteitag in Erfurt (1946) und Eisenach (1947), die den vom Parteivorstand herausgegebenen Publikationen der Protokolle entnommen sind, sollen ebenso wie der Artikel aus dem „Spiegel“ dazu dienen, Külz' politische Ansichten, sein Problembewußtsein und die Veränderungen sichtbar zu machen, die sie in der politischen Praxis erfuhren, da sie im „Tagebuch“, das nach der erklärten Absicht seines Autors privaten Charakter trägt, weniger klar zum Ausdruck kommen. Theodor Heuss' Schreiben an Külz vom 19. Dezember 1947 schließlich zeigt die tiefgreifenden Unterschiede im Demokratieverständnis der beiden Brieffartner auf, es wurde dankenswerterweise vom Archiv des Deutschen Liberalismus, Gummersbach, zur Verfügung gestellt, dessen Leiterin, Frau Dr. Monika Faßbender die Bearbeiterin für ihre Unterstützung danken darf.

Meinem Mann, Gert Robel, der diese Zeit als Handelnder und Betroffener erlebte, gilt mein großer Dank für seine Hilfe.

Hergard Robel

Tagebuch

Januar 1947 – April 1948

17. Januar 1947

Der Originalität wegen sei folgendes Intermezzo vermerkt:

Nachts gegen 12 Uhr rief der Deutsche Pressedienst an und teilte mir mit, daß er aus Hamburg sowohl wie aus der französischen Zone eine Nachricht bekommen habe, nach welcher ich als deutscher Vertreter in Moskau¹ erscheinen sollte. Ich hätte den Wunsch geäußert, noch eine zweite Person mitnehmen zu können, dieser Wunsch sei jedoch abgelehnt worden.

Wahrheitsgemäß erklärte ich, daß ich von solchen Dingen nichts wisse; ich hielte es im übrigen auch für ganz unwahrscheinlich, daß hierüber irgend etwas Tatsächliches vorliege.

Erklären kann ich mir diese Nachricht nur nach der Richtung hin, daß irgend eine mir wohlwollende Person einen Versuchsballon hat aufsteigen lassen wollen, aber man kann niemandem mehr schaden, als dadurch, daß man ihn in eine lächerliche Atmosphäre bringt, und von diesem Gesichtspunkt aus ist auch die andere Möglichkeit denkbar, daß etwa die Sozialistische Einheitspartei hinter der Meldung steht, um dadurch eine evtl. Kandidatur für Moskau von vornherein auszuschalten.

Im übrigen würde mir es außerordentlich unangenehm sein, wenn eine solche Mission ernsthaft an mich heranträte, denn sowohl die Anstrengungen wie die Verantwortung sind dabei so groß, daß ich sie im nötigen Umfang doch kaum noch übernehmen könnte. Auch würde eine längere Abwesenheit von Berlin in den dann hier in Deutschland besonders lebhaften Zeiten für die Partei schwer erträglich sein. Gerade in solchen Zeiten käme es dann darauf an, daß die Partei eine einheitliche und geschlossene Linie hält. Auch heute schon beneide ich die deutschen Menschen nicht, die vielleicht doch als deutsche Vertreter in Moskau angehört werden oder ein evtl. Friedensstatut unterschreiben müssen. Alles das wird mit so viel Schwerem für Deutschland verbunden sein, daß auf diese Deutschen die ganze Enttäuschung über das an sich Unvermeidliche, aber von der Mehrheit des deutschen Volkes doch nicht Erkannte abgeladen werden würde. Es würden Situationen wie die entstehen, denen Erzberger und Rathenau zum Opfer fielen.²

21. Januar 1947

Nachdem unsere Wohnung endlich wieder bis auf ein Zimmer in menschenwürdigem Zustand ist, hatte meine Frau das Bedürfnis, wieder einmal Gäste einzuladen. Leider! Ein Winter mit 20 Grad Kälte, mit Stromabsperungen und mit Kohlenmangel sollte nicht dazu verlocken, 20 Gäste einzuladen. Das sind so sinnfällige Bedenken, daß man schon mit Rücksicht auf die Gäste ein derartiges großes Risiko nicht übernehmen sollte. Glücklicherweise gelang jedoch diesmal die Sache. Die 20 Gäste haben sich bei primitiver äußerer Bewirtung, die in Tee mit Gebäck, einer Erbsensuppe, einem Likör und einigen Zigarren bestand, in den angewärmten Räumen sicherlich ganz wohl gefühlt und haben auch die künstlerischen Darbietungen, die in einer Strauß'schen Sonate (Klavier und Cello) und in einem kurzen Vortrag der Frau Zahn-Harnack über ihre Eindrücke in London bestanden, dankbar entgegen genommen. Acht Uhr abends war das fünf Uhr nachmittags begonnene Fest zu Ende. Der Zusammensetzung der Gäste lag eine bestimmte Idee nicht zugrunde, aber die z. T. sich gegenseitig wildfremden Menschen fanden sich ganz gut miteinander ab. Besonders wohl fühlten sich offenbar der russische Major Golowtschiner und seine kleine zierliche Frau, der dieses Milieu sicherlich ganz neu war.

Am Mittwoch, den 22. 1. soll eine Wiederholung folgen; hoffentlich geht sie auch so glimpflich vorüber, wie ihre Vorgängerin.

23. Januar 1947

Tatsächlich glückte auch diese Wiederholung, und 23 genügsame Gäste erfreuten sich auch diesmal wieder an der Strauß'schen Sonate, an einem Vortrag der Frau Beer über Frauenfragen und an den bescheidenen materiellen Genüssen, die wir bieten konnten.

27. Januar 1947

Bei 10–15 Grad Kälte vier Versammlungen abzuhalten, und zwar binnen 36 Stunden, ist an sich keine verlockende Aussicht. Aber die Hilferufe aus Sachsen waren so dringend, daß ich mich ihnen nicht widersetzen konnte, denn es ist ja von den Parteifreunden geradezu rührend, bei solcher Jahreszeit trotzdem den Parteibetrieb auf Hochtouren zu halten. Sie haben dabei ja viel mehr Arbeit, viel mehr Kosten und viel mehr Verantwortung als ich, und so entschloß ich mich, den Rufen aus Pirna, Kamenz, Meißen und Großenhain³ zu folgen, und machte mich Sonnabend, d. 25. 1. früh noch im Dunkeln auf, um zunächst nach Dresden zu fahren. Dort fand Parteivorstands-Sitzung⁴ statt, an der ich teilnahm. Ich hatte dabei Gelegenheit, in 2stündigen Ausführungen im intimsten Kreise mein Urteil über den gegenwärtigen Stand unserer außenpolitischen Lage zu verbreiten. In

der Provinz sind sie für solche intimen Vorträge immer besonders dankbar, denn sie hören ja naturgemäß von diesen Ereignissen viel weniger als wir in der Zentrale.

Von Dresden machte ich mich auf die Fahrt nach Pirna,⁵ wo ich sehr liebenswürdig aufgenommen wurde und im Hotel „Zum Schwan“ gute Aufnahme fand. Die Versammlung verlief bei voll gefülltem Hause imposant, und die Dankbarkeit der Parteifreunde in Pirna war rührend. An leiblichen Genüssen fehlte es nicht, es wurde mir ein ausgezeichnete Braten serviert, und die Liebenswürdigkeit der Parteifreunde umgab mich auch sonst auf Schritt und Tritt. Dem russischen Kommandanten hatte ich meinen Besuch gemacht, es war ein liebenswürdiger, höflicher, verhältnismäßig noch junger Oberstleutnant. Er sowohl wie sein politischer Offizier waren ebenfalls in der Versammlung und sprachen mir nach der Veranstaltung ihre Hochachtung aus. Weniger erfreut waren die Sozialisten, die natürlich sehr gern in dieser imposanten Versammlung auch ihre Weisheit verzapft hätten. Da es aber eine Kundgebung war, wurde dieses Ansinnen abgelehnt. Bemerkenswert bei dieser Versammlung war vor allem der Umstand, daß trotz der sibirischen Kälte viele Parteifreunde von auswärts kilometerweit zu ihr erschienen waren.

Am nächsten Morgen ging die Fahrt gen Kamenz, wo eine überaus herzliche Bewillkommnung stattfand und eine großartige Kundgebung vom Stapel lief. Die mir von früher her bekannte sächsische Abgeordnete Eva Büttner, hysterischer noch geworden als früher, versuchte sich in einigen Zwischenrufen. Die ersten ignorierte ich, beim dritten sagte ich ihr: „Meine Verehrteste, ich pflege Zwischenrufe nur dann zu beantworten, wenn sie die Versammlung fördern. Von Ihren Zwischenrufen kann ich das zu meinem lebhaften Bedauern noch nicht behaupten.“ Der tosende Beifall, der sich dieser an sich harmlosen Zurechtweisung anschloß, wollte lange nicht verstummen.

Ohne Pause ging die Fahrt von Kamenz nach Meißen, woselbst mich der Vorsitzende der Partei in seinem und seiner Eltern Einfamilienhaus festlich bewirtete. Der Senior ihres Hühnerstalles hatte dafür sein Leben lassen müssen und ein wunderbarer Hühnerbraten war daraus geworden. Dazu echter sog. Meißner Schieler Wien, der trefflich mundete. Etwa 20 Vorsitzende von Ortsgruppen außerhalb Meißen waren erschienen und begrüßten mich festlich. Auch diese Versammlung verlief glänzend vor fast überfülltem Raum.

Unmittelbar nach der Meißner Kundgebung ging's bei inzwischen eingetretener tiefster Finsternis nach Großenhain. Auch hier war die Aufnahme durch die hocheifreuten Parteifreunde von rührender Herzlichkeit. Genau vor 29 Jahren hatte ich das erste Mal dort gesprochen, und der damalige Versammlungsleiter lebte frisch und munter auch heute noch. Auch diese mit musikalischen Darbietungen verbrämte Kundgebung verlief bei übervollem Hause ausgezeichnet. Es zeigte sich bei den Versam-

melten etwas wie Ergriffenheit. Nach der Kundgebung waren wir im erweiterten Kreise des Parteivorstands noch 1½ Stunden zusammen, und zwar bei einem schlichten Abendessen. Einquartiert war ich bei der Mutter des Parteisekretärs, die mir in ihrer an sich bescheidenen Wohnung ein geheiztes Zimmer eingerichtet hatte.

Bei grimmiger Kälte und hohem Schnee trat ich die Rückreise nach Berlin an, wo ich ½2 Uhr mittags völlig durchfroren in kalter Stube eintraf, und als verheißungsvollen Gruß einen Berg unerledigter Briefsachen vorfand.

31. Januar 1947

Für heute 10 Uhr hatte sich Lord Beveridge bei der Parteileitung angesagt.⁶ Schon vorigen Dienstag hatte er erscheinen wollen, konnte dann aber wegen Unwohlseins nicht kommen. Wir hatten der britischen Kommandantur keinen Zweifel darüber gelassen, daß wir es peinlich empfinden müßten, wenn die Liberal-Demokratische Partei die einzige bleiben müßte, mit der Lord Beveridge keine Fühlung aufgenommen hätte.

Lord Beveridge kam in Begleitung eines Adjutanten. Von unserer Seite waren Lieutenant und Schwennicke (als Landesverband-Vorsitzender) anwesend.

Lord Beveridge erwies sich als ein ganz prächtiger Herr. Sein vorgeschrittenes Alter beeinträchtigte seine Jugendfrische in keiner Weise. Die Aussprache trug von vornherein einen herzlichen Charakter; sie wurde auf beiden Seiten mit rückhaltloser Offenheit geführt. Kein Problem blieb unerörtert, das jetzt im Vordergrund der politischen Interessen steht. Unmittelbare und konkrete Auswirkungen sind von einer solchen Besprechung im allgemeinen nicht zu erwarten, aber es genügt schon, wenn dadurch eine Atmosphäre geschaffen wird, die für Deutschland günstig ist. Ich habe die Überzeugung, daß die Aussprache mit Beveridge sein Verständnis für deutsche Art, deutsches Wollen, deutsche Notwendigkeiten usw. wesentlich gefördert hat. Beveridge machte sich vielfach Notizen und die Unterhaltung von seiner Seite aus zeigte, daß er sich sehr eingehend mit der Lage und der Zukunft Deutschlands beschäftigt. Wir schieden voneinander nach etwa einstündiger Beratung mit warmem Händedruck.

14. Februar 1947

Die Zugehörigkeit zur Stadtverordneten-Versammlung⁷ ergibt erfreulicherweise auch ab und zu Gelegenheit, die Frage der allgemeinen Politik in den Vordergrund zu rücken.

Um auf die bevorstehenden Friedensbesprechungen über Deutschland⁸ einwirken zu können, brachte ich bei den Stadtverordneten einen Antrag ein,⁹ den Magistrat zu ersuchen, die für die Beurteilung deutscher Verhältnisse auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet wesentlichen Dinge als

Material für die Friedensbesprechung zusammenzustellen. Ich gab gleichzeitig den Landtagsfraktionen unserer Partei anheim, ein Gleiches zu tun. Die Fraktionen haben dann auch tatsächlich in ihren Landtagen diese Anträge eingebracht, und so gelang es der Partei, die politische Führung bei dieser ersten außenpolitischen Aktion an sich zu bringen. Bei den anderen Parteien in Berlin war der Neid über diese Initiative klar erkennbar.¹⁰ Die Behandlung des Antrages bei den Stadtverordneten wuchs sich zu einem politischen Ereignis aus. Ich benutzte die Gelegenheit, um auch unseren ehemaligen Feinden gegenüber Offenheit anzubringen, die mir im Interesse der deutschen Politik notwendig erschien. Es sitzen ja auch heute noch regelmäßig Vertreter der Besatzungsmächte bei unseren Verhandlungen im Sitzungsraum.

Die Politik kommt auch sonst immer mehr atmosphärisch in den Bereich der Friedensbesprechungen über Deutschland, und es scheint gegenwärtig so, als ob man doch deutschen Vertretern in Moskau Gelegenheit geben wird, sich unmittelbar zu den deutschen Problemen zu äußern. Beidenwert sind die armen Menschen nicht, die hierzu ausersehen werden, denn auf der einen Seite ist ihre Verantwortung geschichtlich von ungeheurer Schwere, auf der anderen Seite ist ihre Einwirkungsmöglichkeit zugunsten Deutschlands außerordentlich gering.

21. Februar 1947

In der letzten Zeit häuften sich die Feste.

Zunächst fand ein solches Sonnabend, den 15. 2. und Sonntag, den 16. 2. in Leipzig statt.¹¹ Dort hatte man auf Sonntag 10 Uhr vormittags in der Staatsoper (Dreilinden in Lindenau) eine Morgenfeier angesetzt. Das Gewandhaus-Orchester sollte die „Eroica“ spielen und mit Sätzen aus den „Meistersingern“ schließen. Ich beging zunächst den Gewaltakt, daß ich dem Gewandhaus-Kapellmeister, der damit sehr einverstanden war, anheim gab, nur den ersten und den letzten Satz der „Eroica“ zu spielen. Mehr wäre von Übel gewesen. Die „Eroica“ gab mir ein wunderbares Sprungbrett zum Ausgangspunkt meines Vortrages. „Ich will dem Schicksal in den Rachen greifen“, so hatte Beethoven bei der „Eroica“ empfunden, wie er es dann vollendet bei der 9. Symphonie zum Ausdruck brachte. Die den großen Raum bis auf den letzten Platz füllende Zuhörerschaft machte den Eindruck einer andächtigen Kirchengemeinde, was sich auch äußerlich insofern wirksam machte, als Beifall auf offener Szene nur sehr selten geäußert wurde; dafür um so stärker und herzlicher am Schluß.

Für das leibliche Wohl war vorbildlich gesorgt. Ich wohnte im Gästehaus der Stadt Leipzig in einem friedensmäßig geheizten Zimmer, ebenso der Fahrer. Am Ankunftsstage vereinte ein kleiner Kreis von sechs Vorstandsmitgliedern sich bei einem nach jetzigen Begriffen üppigen Essen

im Gästehaus. Am Abend folgte ich einer Einladung zum Demokratischen Club, der in sehr stilvollen Räumen untergebracht ist und ebenfalls gut geheizt war. Echter Burgunder belebte die Gemüter. Ohne Vortrag ging es natürlich nicht ab und so benutzte ich die Gelegenheit zu einigen intimen politischen Betrachtungen, die mit herzlicher Dankbarkeit aufgenommen wurden. Nach dem Vortrag am Sonntag Morgen vereinnahmte mich mein sehr gastfreier Schwager. Sämtliche in Leipzig anwesenden fünf Angehörigen der Familie Freymond waren im Vortrag, und wir saßen dann in der Schmiedestr. 14 in Plagwitz eineinhalb Stunden bei einem gemütlichen Mittagessen, ebenfalls bei Burgunder zusammen. Ohne irgendwelche Schwierigkeiten brachte mich das Auto 6 Uhr nachmittags wieder ins traute, aber kalte Heim.

Einen Höhepunkt von Feiern brachte der Geburtstag am 18. Februar. Obwohl ich klar zu erkennen gegeben hatte, daß mir aus solchem Anlaß große Feiern höchst unerwünscht sind, hatten es doch die Partei und der Verlag Mossner¹² für nötig gehalten, solche in Szene zu setzen und zwar deswegen, weil angeblich die Bedeutung und der Ruf der Partei es verlangten; eine Auffassung, die ich keineswegs teile.

Früh morgens 10 Uhr erschienen Lieutenant, Mossner und Hermann zur persönlichen Beglückwünschung. Die Sache löste sich in einer Tasse Bohnenkaffe auf unter gutem, selbstgebackenem Kuchen und an der unmittelbaren Ofenecke im Eßzimmer. Weiteren persönlichen Huldigungen war ich zunächst entzogen, da mich Oberst Tjulpanow auf 11 Uhr zur Entgegennahme seiner Glückwünsche nach dem Hauptquartier in Lichtenberg bestellt hatte. Dort schenkte er mir als Parteivorsitzendem ein Auto und unterhielt sich sehr freundschaftlich mit mir über alle möglichen und unmöglichen politischen Einzelheiten. Bei meiner Rückkehr fand ich in der Pfalzburgerstraße¹³ noch 5–6 Gratulanten vor, die bei Butterbroten und einem Glas Schnaps ebenfalls die Ofenecke bevölkerten. Mein Sohn¹⁴ war aus Weimar herübergekommen und machte die sog. Honneurs, besser als ich das gekonnt hätte. Er hatte auch erhebliche leibliche Genüsse seinem alten Vater aus Weimar mitgebracht. Das gleiche hatten Mossner und die Partei getan. Das Zimmer hatte sich mit Blumen gefüllt, so daß eine ganz behagliche Stimmung sich einzustellen begann.

Nachmittags 4 Uhr hatten die Partei und Karl Mossner zu einem großen Empfang in die Räume des Verlags eingeladen.¹⁵ Diese Räume waren als Büroräume des Verlags überhaupt nicht wiederzuerkennen, sie waren ein einziges großes Empfangsgebiet. Alles was in Berlin im öffentlichen, kulturellen oder militärischen Leben eine Rolle spielt, war eigentlich vertreten, und der reichlich vorhandene Schnaps brachte auch bald eine sehr angeregte Stimmung in die Menschenmassen. Lieutenant hielt eine kurze Glückwunschede, in der er mir mitteilte, daß von befreundeter Seite RM 10 000,- an die Wilhelm-Külz-Stiftung gespendet worden seien. Die Spende stammt natürlich von Mossner. Ich antwortete mit einer kurzen

Rede, in der ich die Aufmerksamkeit von mir ab und auf die Politik hinzulenken versuchte. Gegen 7 Uhr stellten sich weitere Gäste zu dem Empfang ein, und zwar die, die nicht aus offiziellen Gründen eingeladen waren, sondern im Hinblick auf bestehende freundschaftliche Beziehungen. Auch diese Gäste wurden schnell in den Strudel der Stimmung einbezogen; ein nochmaliges kaltes Büfett sorgte für solide Grundlagen für den immer noch reichlich fließenden Schnaps. Schiffer als 87jähriger ältester Gast hielt eine von sprühendem Humor erfüllte Rede, die mich meinerseits zu einer Erwiderung zwang, die ich weniger politisch als persönlich gestalten konnte.

Alles in allem hatte ich den Eindruck, daß der Empfang wohl gelungen war und daß sich alle Leute auf ihm recht wohl fühlten, einschl. der Parteiführer Pieck, Grotewohl, Kaiser und vor allem einschl. der zahlreichen Offiziere der Besatzungsmächte.

Im Gegensatz zum vorigen Jahre, wo ich den materiellen Genüssen reichlich und gut zugesprochen hatte, legte ich mir diesmal eine gewisse Beschränkung auf, vor allem im Schnapsgenuß. Das erwies sich als sehr vorteilhaft. Abends 10 Uhr entzog ich mich durch Rückkehr in mein Heim nebst meiner Frau allen weiteren Huldigungen und Genüssen. Wie ich später hörte, sind die letzten Gäste nach 1 Uhr heimwärts gewankt.

4. März 1947

Eine sehr interessante politische Reise brachte Anstrengung, aber auch Befriedigung und Gewinn. Die Landespartei in der Provinz Sachsen-Anhalt beging am 28. Febr. bis 2. März ihren ersten Landesparteitag.¹⁶ Freitag, den 28. 2. wurde er eingeleitet durch eine feierlich ausgestaltete Eröffnungssitzung im Großen Schützenhaus-Saal. Trotz der sibirischen Kälte und der starken Verkehrserschwerungen waren Hunderte von Delegierten aus dem Lande erschienen. Die Feier war musikalisch mit prachtvollen Leistungen des Halleschen Orchesters eingerahmt. Der Vorsitzende des Landesverbandes, Minister Dr. Damerow, hielt eine Begrüßungsansprache, die in Wirklichkeit eine gute politische Perspektive bedeutete. Die Vertreter der Stadt, der Regierung, der anderen Parteien und der Gewerkschaften antworteten auf die Worte der Begrüßung. Der Vortrag, den der Parteivorsitzende Dr. Külz hielt, hatte zum Thema: „Deutschlands außenpolitische Aufgaben“. Die bevorstehenden Friedensbesprechungen in Moskau gaben willkommenen Anlaß, sich über die Möglichkeiten zu äußern, die Deutschland habe, um auf diese Besprechungen unmittelbaren und mittelbaren Einfluß zu gewinnen. Der Vortrag gab natürlich die Möglichkeit, auch sonstige im Vordergrund des Interesses stehende Probleme zu streifen. Wie mir von den Parteifreunden in überschwenglicher Dankbarkeit versichert wurde, wäre der Vortrag für die Anwesenden ein starkes Erlebnis gewesen. Im ähnlichen Sinne sprach sich mir gegenüber der kom-

munistische Vizepräsident der Regierung Siewert aus. Auch die Offiziere der russischen Besatzung hielten mit ihren zustimmenden Äußerungen nicht zurück.

Gott sei Dank war nach der Kundgebung eine allgemeine Festlichkeit nicht angesetzt, so daß ich mich schon verhältnismäßig zeitig in mein Quartier begeben konnte, das ich auch diesmal wieder bei der Gefährtin meiner Kindheit hatte, und zwar bei Frau Oberin Conrad, Universitätsring 32–33. Die liebevolle Betreuung war auch diesmal so stark, daß man gerührt sein mußte. Für das leibliche Wohl war bis in alle Einzelheiten gesorgt, und zwar auch noch über die Zeit meiner Anwesenheit hinaus. Nach einer Stunde harmlosen Geplauders konnte ich mich schon um 9 Uhr zu meinen Federn versammeln und bis um 8 Uhr morgens durchschlafen, ein seit vielen Monaten nicht zu verzeichnendes Ereignis. Am nächsten Morgen begab ich mich nach ausgiebiger Bohnenkaffee-Tränkung, von meiner Gastgeberin mit einem schönen weißen Wollschall beschenkt, zunächst wieder in die Verhandlungen des Parteitages, wo ich einen ganz ausgezeichneten Vortrag des Güterdirektors Grabow über Landwirtschaftspolitik hörte. Die weiteren Vorträge mußte ich mir leider versagen, da mich der dringende Wunsch des Generals Schljachtenko erreichte, mich um 12 Uhr bei sich zu sehen, er wolle mich mit Wagen abholen lassen. In dem General lernte ich in fast 2-stündigem Gespräch eine besonnene Erscheinung kennen. Wir besprachen mit rückhaltloser Offenheit alle im Vordergrund des Interesses stehenden politischen Probleme. In den meisten Punkten stimmten wir in der Auffassung der Situation überein. Am Ende der Besprechung ging diese in ein Frühstück über, und zwar in ein solches von ganz schlichter und einfacher Form. Gegen 2 Uhr nachmittags machte ich mich unmittelbar vom sowjetischen Hauptquartier aus auf die Fahrt nach Sachsen, wo man abends 8 Uhr in Lengefeld mich zu einer Kundgebung erwartete. Trotz starken Schneefalls ging die Fahrt mit positivem Erfolg vor sich. Nur ein unersetzlicher Verlust trat ein, und zwar der meines Hutes, der mir bei einem vorübergehenden Verlassen meines Autos vom eisigen Sturmwind hoch in die Lüfte getragen wurde. Ich ersetzte den Hut durch den mir kurz vorher geschenkten weißen Schal, den ich turbanartig um mein graues Haupt wickelte. Ich soll darin, wie man mir später sagte, sehr exzentrisch ausgesehen haben.

In Lengefeld kam ich 5.30 Uhr an und hatte Quartier bei Dr. med. Fröhlich, meinem arionischen¹⁷ Jugendfreund „Moppel“, der als wohlbestallter Arzt trotz seiner 75 Jahre in Lengefeld praktiziert. Die Freude des Wiedersehens seit langer Zeit war auf beiden Seiten herzlich und groß. Der größte Teil der Familie „Moppel“ ist um den Familien-Senior geschart; ein 17jähriges Nesthäkchen versieht die Geschäfte der Sprechstundenhilfe, ein verheirateter Nazisohn mit zwei Kindern versieht die Stelle eines Chauffeurs mangels Zulassung zu anderem Beruf. Die Ehefrau: eine bescheidene, lebenswürdige, tüchtige Hausfrau. Bei „Moppel“ fanden

sich alsbald auch noch ein der Vorsitzende der Partei und die sehr tüchtige Frauenvertreterin, Frau Darmann, die ihrerseits alsbald den Hauptanteil der Unterhaltung bestritt. Die Aufnahme bei „Moppels“ war liebevoll. Der Raum für die Versammlung um 8 Uhr lag gegenüber der „Moppel“-schen“ Betriebsstätte am Markt. Er war überfüllt und die Anwesenden folgten wieder einmal wie in der Kirche den Ausführungen des weither gekommenen Parteivorsitzenden. Die Parteifreunde selbst waren überglücklich, daß ich ihr kleines Städtchen von 4000 Einwohnern aufgesucht hatte. Nach der Versammlung fand in einem auf der dritten Seite des Marktes gelegenen Hotel noch ein einstündiges Zusammensein mit den Parteifreunden bei einem leidlichen Glase Grog statt, bei dem ich auch erstmalig erfuhr, woher der Name ‚Grog‘ kommt, und zwar von einem britischen General namens Grog, der für seine Seeleute vorgeschrieben hatte, den Whisky nicht pur zu trinken, sondern mit Wasser gemischt. Dieses Gesöff haben dann seine Seemänner spitznamenartig mit der Bezeichnung ‚Grog‘ belegt. Die Zusammenkunft mit den Parteifreunden, die zum Teil mit Auto und anderen Gefährten von weither gekommen waren, war herzlich. Im Hause des Gastgebers schloß sich dann im engsten Kreise noch ein bescheidenes, aber gediegenes Essen an, bei dem von der Partei der Vorsitzende, sein Stellvertreter und Frau D. teilnahmen. 12 Uhr lag ich im Bett, um früh 8 Uhr mich zur Weiterreise nach guter Stärkung anzuschicken. War schon die Fahrt nach Lengfeld durch hohen Schnee nicht ganz einfach, so gelang es mir nur mit größter Mühe und mit mehrfachem Ausschaukeln von Lengfeld nach Chemnitz zu kommen. Ich traf dort mit einer halben Stunde Verspätung ein. Die zu Dutzenden vor der Tür nach mir sehnsüchtig ausschauenden Parteifreunde ließen fast sichtlich einen Stein von ihrem Herzen fallen, als sie mein Auto ankommen sahen. Die Kundgebung fand im Luxor-Palast statt, sie war überfüllt, von etwa 2000 Personen besucht und wurde von Landgerichtspräsident Dr. Ziehl, einem alten Mitkämpfer, geleitet. Die Sowjets waren stark vertreten, ebenso die anderen Parteien. Auch hier wieder fast andächtige Zuhörerschaft, die am Schluß mit ostentativem Danke quittierte. In dem vom Krieg nicht berührten großen Hotel Continental schloß sich ein ausgezeichnetes Mittagessen mit bestem Wein, bestem Braten usw. im Kreise von 15 Personen an. Ich lernte dabei die führenden und treibenden Kräfte der Partei kennen. Im Vordergrund stand ein Stadtrat Bauch mit seiner Frau, dessen Liebenswürdigkeit nur übertroffen wurde durch seine Lebhaftigkeit in Blick und Wort. Er folgte mir nach Annaberg. Seine Frau fuhr mit in meinem Wagen und lotste diesen durch alle Schneewehen hindurch bis nach Annaberg, wo ich pünktlich eintraf, um dort im „Museum“ zu sprechen. Die beiden, rechtwinklig ineinander stoßenden Säle waren beängstigend gefüllt; da ich in Annaberg schon dreimal hatte absagen müssen, wäre es verständlich gewesen, wenn viele nicht gekommen wären in der Annahme „Külz kommt doch nicht“. Nun war die Freude aber

doppelt groß, als er kam. Die Versammlung verlief so, daß man den Teilnehmern anmerkte, es war für sie ein Erlebnis.

In Annaberg wurde ich bei meiner Schwägerin Addy Külz, bzw. bei der Dame untergebracht, bei der sie auch wohnte, das war Frau Riemann, eine prächtige, tatkräftige Frau mit vier lebendigen Kindern im Alter von 17 bis 8 Jahren. Ehe ich aber in mein Quartier überhaupt gelangen konnte (meine Schwägerin war natürlich in der Versammlung), ergoß sich die ganze Liebenswürdigkeit des Parteivorsitzenden, Rechtsanwalt Dr. Weigel über mich. Weigel ist ein alter Kampfgenosse von mir aus der sächsischen Zeit, war schon früher Landtagsabgeordneter und ist es jetzt wieder. Man merkt ihm allerdings seine 67 Jahre wohl mehr an als mir meine 72. Nach der Kundgebung versammelten wir uns in anderen Räumen des „Museums“ im Kreise der Parteifreunde zu einem Grog. Von dort aus ging eine Gesellschaft von 17 Personen zu einem sehr ausgiebigen und guten Abendessen und dem geräumigen Wohngebiet von Weigel. Es gab reichlich zu essen und zu trinken und reichlich Gelegenheit zu intimer Unterhaltung über persönliche Erlebnisse und Ansichten. Hatte ich schon kurz nach der Versammlung ein altes Feldzugserlebnis dergestalt gehabt, daß mich ein alter Kamerad meiner Kompanie in Aufwallung alter Erinnerungen vor aller Welt umarmte, so entpuppte sich hier der Geschäftsführer der Partei als Kamerad der im Felde neben mir arbeitenden Abteilung, der sich in vielen Dingen aller Einzelheiten noch mehr erinnerte, als ich selbst das vermag. Nach dem Essen, an dem meine Schwägerin teilnahm, konnte ich nun endlich gegen 10 Uhr in mein Quartier gelangen. Dort hatte Frau Riemann eine prächtige Flasche Wein irgendwie organisiert, bei deren Vertilgung es 11 Uhr wurde.

Am nächsten Morgen wurde die Heimfahrt angetreten, die unter unsagbaren Schwierigkeiten infolge des starken Schneefalls vor sich ging. Mehrfaches Ausschaufeln des Autos und ein 2-maliges Herausholen mit Pferdegespann waren nötig, um die schwersten Gefährdungen zu beseitigen. Die Pferde wurden entweder vom nächsten Schneepflug oder aus dem nächsten Bauernhaus geholt. Nachmittags gegen 5 Uhr kam ich mit heilen Knochen in meiner Berliner Residenz an, um noch bis tief in die Nacht hinein die gröbsten Reste aus der Zeit meiner Abwesenheit ganz zu beseitigen.

7. März 1947

Die Leipziger Messe war den drei antifaschistischen Parteien¹⁸ Anlaß zu einer großen gemeinsamen Kundgebung in Leipzig. Für mich kam die Kundgebung sehr ungelegen, denn ich hätte eigentlich zu gleicher Zeit auf einer bedeutsamen Zusammenkunft der im Westen führenden Persönlichkeiten in Braunschweig sein müssen.¹⁹ Es hätte aber zu einem ungeheuren politischen Skandal geführt, wenn ich auf der Kundgebung in der

Ostzone gefehlt hätte und dafür in der Westzone an einer Besprechung teilgenommen hätte, die schon in ihrer Zusammensetzung eine Gegensätzlichkeit gegen den Osten bedeutete. Adenauer und Schumacher waren in Braunschweig zu erwarten, Kaiser von der CDU der Ostzone war überhaupt nicht eingeladen. Ich habe deswegen meinen Stellvertreter²⁰ gebeten, nach Braunschweig zu fahren und sich dort äußerst reserviert zu verhalten, irgendwelche politische Entscheidungen zu vermeiden und bei wichtigen Sachen zu erklären, daß diese Fragen so bedeutend wären, daß er ohne eine Entscheidung des Parteivorstandes keine Erklärung abgeben könnte. Ich bin gespannt, was Lieutenant an Verhandlungsergebnissen mitbringen wird. Persönlich entschloß ich mich also, zu der Großkundgebung nach Leipzig zu fahren.

Nach leidlicher Fahrt durch beginnendes Tauwetter kam ich gegen 2 Uhr in Leipzig auf der Parteistelle an. Im allgemeinen war, wie üblich, für nichts richtig vorgesorgt. Ich erfuhr eigentlich nur durch Zufall, daß man im Ratskeller bei einem im intimsten Kreise stattfindenden Essen, von dem ich auch vorher nichts wußte, schon seit längerer Zeit auf mich wartete. Ich stürmte also in den Ratskeller, wo mir freudestrahlend der Bezirksvorsitzende unserer Partei, von Stoltzenberg, entgegenkam und mich zu dem im vollen Gange befindlichen Essen führte. Ich traf Pieck und Grotewohl an, Kaiser noch nicht, dazu einige politische und parlamentarische Größen aus Sachsen. Das Essen war vollkommen friedensmäßig; Suppe, Braten, Nachtisch und eine halbe Flasche köstlichen Mosel. Wohnen sollte ich bei Stoltzenberg in dessen Einfamilienhaus in Markkleeberg, Gustav-Freytag-Str. 10. Es war gerade noch Zeit, um mit Stoltzenberg dorthin zu fahren, meine Sachen abzulegen, mir die Pfötchen etwas zu waschen und im Eiltempo zu der 5 Uhr (gesagt worden war mir 6 Uhr) beginnenden Kundgebung zu gelangen. Der etwa 3000–4000 Personen fassende Saal war so überfüllt, daß es eigentlich unverantwortlich war, dies zuzulassen. Ich brauchte buchstäblich 10 Minuten, um die Massen hindurch zu meinem Platz am Vorstandstisch zu kommen, wo ich sehnsuchtsvoll erwartet wurde. Sofort nach meinem Eintreffen klang die Ouvertüre auf, meisterhaft von einem Leipziger Orchester (nicht Gewandhaus-Orchester) gespielt.

Die Redner-Folge war Grotewohl, Kaiser, Külz. Es ist nicht ganz einfach, als dritter Redner in einem solchen Falle zu sprechen, denn die nahe liegenden Pointen sind dann meist von den anderen schon entwickelt. Immerhin hatte ich das Gefühl, daß auch meine Rede im allgemeinen starken Widerhall fand. Jedenfalls darf ich selbst von mir sagen, daß ich der Einzige dieser drei Redner war, der seine Ausführungen um die Messe gruppierte, der partei-politische Excesse vermied und sich streng an die Redezeit von 20 Minuten hielt. Der allgemeine Eindruck der Kundgebung, die mit einem weiteren klassischen Musikstück schloß, war ganz gewaltig. Die sowjetische Besatzungsmacht war mit einer Unmenge von

höheren Offizieren vertreten, alles was in Leipzig oder in Sachsen politisch oder parlamentarisch eine Rolle spielt, war anwesend. Vor allem waren aber auch aus der britischen und amerikanischen Zone zahlreiche Politiker, höhere Beamte, Oberbürgermeister usw. da.

An die Großkundgebung schloß sich in einem kleineren Kreise von 200 Personen ein Bankett an, um dessen Leitung ich überraschenderweise gebeten wurde. Es wurde also eine zweite Rede fällig. Ich versuchte, den mir verbliebenen Rest von Humor einzusetzen, was restlos gelang, so daß von vornherein eine sehr aufgelockerte und menschlich warme Stimmung einzog. Ich saß am Präsidium der Ehrentafel mit den russischen Offizieren, mit Pieck und Grotewohl, sowie Kaiser in greifbarer Nähe. An dieser Tafel waren überdies untergebracht der Oberbürgermeister Zeigner von Leipzig, diejenigen sächsischen Minister, die erschienen waren, die Oberbürgermeister der größeren Städte aus dem Westen und Süden und andere sog. Honoratioren. Die äußere Aufmachung des Banketts war fast zu üppig: Delikateß-Vorspeise, Bouillon mit Mark, Lendenbraten, Nachtisch, Eis, wieder eine halbe Flasche Moselwein, ausgezeichnete Kognak und danach Bier sorgten für die nötige Stimmung. Redner mußten sich bei mir melden, das hinderte aber keineswegs, daß dies viel zu viel taten. Der Oberbürgermeister von Leipzig, der stellvertretende Ministerpräsident von Sachsen, Kastner, der Oberbürgermeister von Frankfurt, ein Vertreter von Hamburg, ein Vertreter von Bremen und andere Persönlichkeiten sprachen; Gott sei Dank kurz. Ganz überraschenderweise sprach unter stärkstem Beifall der Versammlung Pieck von der SED auf den Vorsitzenden der LDP, Dr. Külz, den er in fast überschwenglicher Weise als Politiker und als Mensch feierte und als künftigen Führer einer einheitlichen großen deutschen Partei. Auf die humorvolle Zwischenruf-Frage, wie diese Partei heißen solle, antwortete er „Sozialistische Einheitspartei“, worauf von Külz mit humorvollem Tonfall ein lautes, von freudigem Gelächter begleitetes „Niemals!“ erscholl. Die Stimmung schien mir mit dieser Rede so weit vorgeschritten, daß ich sagte, ich würde keinem das Wort mehr erteilen, es könne nunmehr jeder auf eigene Faust und eigene Verantwortung sprechen. In diesem Moment aber meldete sich der dienstälteste russische Oberst, so daß ich doch die Reihe der offiziellen Ansprachen noch verlängern mußte. Der Oberst machte einen ausgezeichneten Eindruck; er hielt eine besonnene, von starkem Verständnis für deutsche Notwendigkeiten erfüllte Rede. Die persönlichen Huldigungen der Russen für mich setzten sich im Anschluß daran in einer fast etwas peinlich berührenden Weise fort. ½12 Uhr habe ich mich dann weiteren Huldigungen entzogen und fuhr mit meinem Gastgeber von Stoltzenberg nach Markkleeberg, wo ich trefflich untergebracht war: zentralgeheiztes Zimmer, gutes Bett usw. Am nächsten Morgen 9 Uhr gemütliches Frühstück und dann Abfahrt nach Berlin.

Einige persönliche Intermezzi waren noch originell. Bei dem ersten Es-

sen im Ratskeller schlängelte sich gegen Ende jemand an mich heran und entpuppte sich als Heinz Judeich, zuletzt Major in der Propaganda-Abteilung der Hitler-Armee. Er war aus der amerikanischen Zone vorübergehend nach Sachsen gekommen, vermutlich um seine Mutter zu besuchen. Ich hielt es für freundschaftliche Pflicht, ihn darauf aufmerksam zu machen, daß er im Hinblick auf seine frühere Tätigkeit in der Ostzone nicht ganz ungefährdet sei. Das schien er selbst schon zu empfinden. In der Versammlung selbst stand nach ihrer Beendigung Dr. Pilz vor mir, offenbar noch sehr innerlich durcheinander durch die Absicht seiner Frau, sich von ihm scheiden zu lassen. Ich konnte natürlich nur kurze Zeit mit ihm sprechen und ihm bei der Ordnung seiner inneren Empfindungen nur wenig behilflich sein. Mein Schwager Felix Freymond war mit seiner Tochter Irene ebenfalls in der Versammlung. Ich traf ihn kurz vorm Einsteigen in mein Auto draußen auf der im Schneewasser schwimmenden Straße. Meiner Einladung, an dem Bankett teilzunehmen, konnte er nicht gut folgen, weil die Rückkehr in der Nacht ja erhebliche Schwierigkeiten für ihn gemacht hätte, aber einige herzliche Worte konnten wir doch wechseln.

Eine besondere Freude machten mir noch die Leipziger Parteifreunde von der Stadtgruppe Nordwest, bei denen ich vor etwa drei Wochen gesprochen hatte, dadurch, daß sie mir durch ihren Vorsitzenden eine Kiste mit 50 prächtigen Zigarren dedizierte. Ich konnte mich dadurch revanchieren, daß ich diesen Vorsitzenden unter Ausnutzung einer mir noch zur Verfügung stehenden Karte zu dem Bankett mitnahm, wo er sich sichtlich wohl und geehrt fühlte.

Bei meiner Rückkehr nach Berlin fand ich Berichte über die Kundgebung bereits in großer Aufmachung und mit guter Darstellung in der „Täglichen Rundschau“, in der Zeitung „Neues Deutschland“ und in anderen Blättern.²¹ Ausgerechnet „Der Morgen“ brachte keine Zeile,²² obwohl ich ihm die Berichterstattung dadurch sehr erleichtert hatte, daß ich ihm tags zuvor eine Gedanken-Skizze meiner Ausführungen zugehen ließ. Es bot sich also wieder einmal das Bild, daß die Zeitungen anderer Parteien liebevoller und prompter von einer Aktion des Parteivorsitzenden Kenntnis nehmen, als das Zentralorgan unserer Zeitung.

17. März 1947

Der Wahlkampf in der britischen Zone bedingt meine Anwesenheit in Norddeutschland.²³ Die Durchführung dieser Expedition stand diesmal unter einem besonders unglücklichen Stern. Bis 10 km vor Hannover kam ich ungehindert durch, dann war der Motor absolut defekt. Nach etwa einstündigem Aufenthalt auf freier Strecke gelang es, ein Lastauto zu bewegen, sich als Vorspann zur Verfügung zu stellen. Wir suchten Hannover zu erreichen, aber mitten in einem Dorf riß das Anhängeseil, das Vorspannauto gondelte davon und wir saßen bei stockdunkler Nacht im Dor-

fe fest. Wiederum eine Stunde des Bemühens, ein zweites Auto als Vorspann zu gewinnen. Nach einer Stunde gelang auch das schließlich und wir kamen in Hannover an, wo wir nach vielem Herumfahren eine Reparaturwerkstätte der Adler-Werke ausfindig machten, die auch nachts offen hatte. Die erste Besichtigung war erschütternd: der Motor war überhaupt nicht reparaturfähig und ob er gegen einen gebrauchsfähigen Motor ausgetauscht werden konnte, war nicht zu übersehen. So legte ich mich mit besonderem Behagen in der Pension Schönberg auf mein sehr primitives Nachtlager, um schon am nächsten Morgen wieder in die Reparaturwerkstatt zu gehen und zu sehen, wie weitergeholfen werden könnte. Ich fand in dem Generaldirektor der Werke einen sehr hilfsbereiten Parteifreund, der mir zusagte, binnen 3 Tagen einen gebrauchsfähigen Motor einzusetzen. Das war immerhin eine Hoffnung, aber damit war ich noch nicht an dem beabsichtigten Ziele meiner ruhmvollen Tätigkeit. Ich setzte mich infolgedessen mit der Partei in Hannover in Verbindung, deren Geschäftsführer mir freundlicherweise sofort zusagte, ein Auto zur Verfügung zu stellen, das mir die Erledigung meiner Kundgebungen ermöglichen würde. Fünf Minuten, bevor ich mit diesem Auto nach Norden abziehen wollte, kam ein zweiter Angestellter und sagte mir, daß sie mich nur bis Neumünster bringen könnten, die übrigen Tage müßte ich versuchen, mich selbst durchzuschlagen. Ich schwankte einige Zeit, ob ich unter diesen Umständen nicht lieber nach Berlin zurückkehren sollte, aber das Pflichtgefühl überwog schließlich doch, und so zog ich mit dem Hannoverschen Parteiwagen nach Einfeld bei Neumünster, wo der Chef der Propaganda-Abteilung unserer Partei in Schleswig-Holstein seinen Sitz hatte. Es war Herr Paul Voss in Einfeld. Er war meine Rettung. Mit einer tatsächlich nicht zu überbietenden Hilfsbereitschaft und Liebenswürdigkeit nahm er mich nicht nur in sein Heim auf, sondern stellte sich selbst und sein Auto restlos zur Verfügung. Er und seine Frau waren zwei natürliche Menschen von schlichter Herzlichkeit, die vom ersten Augenblick an das Bestreben hatten, mir meinen Aufenthalt so angenehm wie möglich zu machen. Ich hatte ein eigenes Zimmer und wurde friedensmäßig gepflegt, was insofern nicht allzu schwierig war, als in seinem Beruf Herr Voss, bzw. seine Frau ein Lebensmittelgeschäft hatten. Ich habe nun von Einfeld aus alle angesetzten Versammlungen bestreiten können, und zwar eine in Kiel, eine in Lübeck und eine in Neumünster. Die Versammlungen waren gut, aber lange nicht so stark besucht, wie in der Ostzone. Die Leute sind hier tatsächlich viel langweiliger und ergeben sich fatalistisch in ihr Schicksal. Die Vorsitzenden der Parteien und die Kandidaten waren tüchtige Persönlichkeiten. In Lübeck wäre ich beinahe alkoholisch verunglückt. Ein Parteifreund Wächter lud uns ein, noch „ein Stündchen“ bei ihm zu sein. Aus diesem „Stündchen“ wurde es aber bis früh 2 Uhr, und mein braver Gastgeber Voss hatte sich so illuminiert, daß er zur Rückfahrt nicht mehr fähig war. Ich persönlich mußte aber unbedingt zurück, und da ergab sich

als Rettung, daß früh um 2 Uhr ein braver bulgarischer Kapellmeister, der nüchtern geblieben war, sich bereit fand, mich im Wagen des Parteifreundes nach Einfeld zurückzubringen. Unser gemeinsamer Freund Voss sollte am nächsten Morgen mit seinem Wagen nach wieder eingetretener Ernüchterung folgen. So kam ich früh um 4 Uhr in Einfeld an und mein Hauswirt 11 Uhr vormittags. In Einfeld hörte ich schließlich, daß mein Wagen in Delmenhorst, wo die nächste Versammlung stattfinden sollte, zur Verfügung stand. Um von Einfeld nach Delmenhorst zu kommen, bedarf es der Überwindung einer ziemlichen Durststrecke. Freund Voss half mir bis Hamburg, dort hatte ich noch eine sehr interessante Besprechung mit dem Parteivorsitzenden Rademacher. Von Hamburg aus sollte mich ein Delmenhorster Auto bis dorthin bringen, es war auf 1 Uhr angesetzt, 4 Uhr kam es glücklich. Dabei wurde mir mitgeteilt, daß ich abends in Oldenburg sprechen sollte, das liegt ungefähr 40 km von Delmenhorst entfernt. In Oldenburg suchte ich aber vergebens nach einer Versammlung der FDP. Sie war auf zwei Tage später angesetzt, ohne daß ich davon Kenntnis erhalten hatte. Bei stockdunkler Nacht ging es wieder zurück nach Delmenhorst, wo ich in einem sehr einfachen Gasthaus übernachtete, mich aber zum Morgenkaffee beim Parteivorsitzenden, Herrn Appenroth, einem Lebensmittelgroßhändler, ansagte. Bohnenkaffee und reich ausgestattetes Frühstück entschädigten mich für manches, und dann ging es 10.30 Uhr in eine ausgezeichnete Versammlung mit Morgenkonzert, starkem Besuch und vielen herzlichen Händedrücken. Von Delmenhorst führte am zeitigen Nachmittag die Fahrt über Sulingen nach Bückeburg. In Sulingen war noch kurze Besprechung mit dem politischen Leiter der britischen Zone, Dr. Greve. In Bückeburg kam ich so rechtzeitig an, daß ich mich vor der Versammlung noch in meiner Unterkunft, bei Heinemeier am Harrl säubern konnte. Die Briten hatten mir zu Ehren den Rathausaal freigegeben und über tausend Menschen warteten auf den einstigen Oberbürgermeister. Die Begrüßung war herzlich und die Versammlung verlief glänzend. Es ist immer wehmütig schön, an einen Ort zurückzukehren, an dem man so glückliche Zeiten verlebt hat, wie sie mir als Stadtgewaltigem in Bückeburg beschieden waren. Freilich sind nur noch wenige Menschen aus dieser Zeit am Leben, aber man ist schon eine Art lokalhistorische Persönlichkeit für Bückeburg geworden. Wahrheit und Dichtung beginnen sich zu mischen. Am nächsten Morgen ging es nach Berlin zurück mit der Bummelzug-Geschwindigkeit von 30 km, da das Auto wieder kaputt war. Aber ich kam doch gegen 7 Uhr abends glücklich in der Pfalzbürgerstraße an.

19. März 1947

Die Vergnügungen häuften sich in letzter Zeit.

Mehrfach waren Besprechungen in Braunschweig angesetzt, die sich immer wieder zerschlugen. Es handelte sich vor allem darum, im Hinblick auf die Moskauer Verhandlungen unsere gesinnungsverwandten Parteien und die übrigen Parteien in den einzelnen Zonen näherzubringen. Die mehrfachen Versuche hierzu waren gescheitert und die in einem Koordinierungs-Ausschuß zusammengeschlossenen demokratischen Parteien unserer Richtung waren sich organisatorisch auch nicht näher gekommen. Jetzt aber kam eine große interzonale Zusammenkunft in Rothenburg ob der Tauber²⁴ zum Zuge. Der Koordinierungs-Ausschuß unserer gesinnungsverwandten Parteien hatte zu einer Tagung nach Rothenburg eingeladen. Tags zuvor sollten die Landtagsabgeordneten der amerikanischen Zone in gemeinsamer Tagung zusammentreffen. Ich wollte auch zu dieser ersten Veranstaltung schon anwesend sein. Der Versuch scheiterte kläglich. Dank der trostlosen Verhältnisse unseres Fahrbetriebes blieb der Wagen halbwegs Weimar auf der überschwemmten Autobahn liegen. Der Fahrer mußte mit Winke-Auto nachts zurück, um ein anderes Auto für uns zur Rückkehr zu holen. Das defekte Auto selbst mußte dann nachts stehen bleiben und erst am nächsten Tag war durch herbeigeschafftes Werkzeug eine Wiederflottmachung möglich. Ich wollte im Ärger über diese trostlosen Zustände nun überhaupt auch die andere Veranstaltung in Rothenburg schwimmen lassen, aber da kam nachts nach meiner Rückkehr um $\frac{1}{3}$ Uhr ein fast flehentlicher Anruf vom thüringischen Finanzminister Moog aus Rothenburg, ich müßte unbedingt kommen, es ginge sonst alles drunter und drüber. Ich fuhr infolgedessen am nächsten Morgen mit meinem nach Weimar zurückkehrenden Sohn bis nach Weimar, um von dort mit einem anderen Auto und mit geborgtem Benzin die Reise nach Rothenburg anzutreten. Die Schwierigkeiten, die in Weimar am Sonntag mit Beschaffung des Benzins, der nötigen Papiere usw. entstanden, waren ungeheuer, aber das Abfahren gelang. Ich kam ungehindert bis zum Grenzübertritt südlich Meiningen. Dort versagte der Wagen vollkommen, er ging einfach nicht weiter. Das war $\frac{1}{9}$ Uhr abends. Um 11 Uhr wollte ich spätestens in Rothenburg sein. Ich versuchte im benachbarten Dorf Henneberg, Pferde zum Anziehen des Wagens zu bekommen, damit er dann vielleicht wieder anspringen könne, und bot hierfür RM. 100,-. Das nützte aber nichts, niemand wollte in der naßkalten Nacht mit seinen Pferden eingreifen. Es blieb mir nichts anderes übrig, als die Nacht über in der russischen Grenzwahe zu verbringen, wo es zwar ganz schön warm war, aber unglaublich langweilig. $\frac{1}{6}$ Uhr morgens gelang es dann, einen Bauern mit 2 Pferden vorzuspannen, so daß der Wagen wieder anließ. Ich kam kurz nach 11 Uhr in die bereits begonnene Versammlung. Tags zuvor war es wild zugegangen. Die ganze Arbeitsgemeinschaft drohte zu zerspringen. Nach meinem Eintreffen be-

ruhigten sich die Gemüter etwas und 5 Uhr nachmittags hatten wir die grundlegenden Beschlüsse für die einheitliche Demokratische Partei Deutschlands fertig. Da sie eine gewisse geschichtliche Bedeutung haben, lasse ich sie im Wortlaut hier folgen:

- I.) Die bisher im Koordinierungs-Ausschuß vertretenen demokratischen Parteien Deutschlands, nämlich
1. die Liberal-Demokratische Partei in der sowjetisch besetzten Zone Deutschlands,
 2. die Freie Demokratische Partei in der britisch besetzten Zone Deutschlands,
 3. die Demokratische Volkspartei in der amerikanisch besetzten Zone Deutschlands, (Vereinigte Parteien)
 4. die Demokratische Volkspartei in Württemberg-Baden,
 5. die Liberal-Demokratische Partei in Hessen,
 6. die Freie Demokratische Partei in Bayern,
 7. die Bremer Demokratische Volkspartei in Bremen
- bestätigen ihre Einheit in der

DEMOKRATISCHEN PARTEI DEUTSCHLANDS.

- II.) Die Parteien in den einzelnen Ländern führen bis auf weiteres neben dem gemeinsamen Namen „Demokratische Partei Deutschlands“ ihre bisherigen Bezeichnungen weiter.
- III.) Die Mitglieder des bisherigen Koordinierungs-Ausschusses bilden bis auf weiteres den Vorstand der Demokratischen Partei Deutschlands.
- IV.) Zu gleichberechtigten Vorsitzenden wurden Dr. Theodor Heuss, Stuttgart, und Dr. Wilhelm Külz, Berlin, gewählt.
- V.) Die Vorsitzenden werden die sich aus diesem Beschluß ergebenden Maßnahmen unverzüglich einleiten.

Am nächsten Morgen fuhr ich mit Finanzminister Moog aus Weimar gemeinschaftlich wieder zurück und kam nach glattem Verlauf in Weimar an. Dort stand aber nicht, wie gewünscht, ein Wagen aus Berlin zu meiner Abholung bereit, sondern Berlin hatte seinen offenen Bankrott erklärt und überließ es wieder meinem Sohn, mich nach Berlin zurückzubringen. ½10 Uhr landete ich in meinem Heim, froh, wieder festen Boden unter den Füßen zu haben, froh über das leidliche Ergebnis von Rothenburg, aber höchst unfroh über die trostlosen Zustände unserer Geschäftsstelle hinsichtlich des Fahrbetriebes.

Die äußeren Lebensbedingungen, die während dieser Fahrt nach Rothenburg und während des Aufenthaltes dort in die Erscheinung traten, waren ganz anders als in Berlin. Südlich des Main herrschte vollendeter Frühling. Die Vögel sangen, und die Felder fingen an zu grünen. Bei Oberhof hatten wir noch starke Schneegebiete überwinden müssen, in Rothenburg war Trockenheit und Staub. Rothenburg selbst hat zwar in einem Teil schweren Schaden erlitten, sein eigenartiges, wunderbares Stadt-

bild ist jedoch aufrecht erhalten. Die Leute lebten wie im Frieden. Ich bekam im Hotel „Eisenhut“ ausgezeichnete Unterkunft, auch die Verpflegung war dadurch gesichert, daß mir Parteifreunde aus der britischen Zone die nötigen Lebensmittelmarken schenkten. Rührend waren in ihrer Fürsorge die Bayern. Ich war kaum im Versammlungsraum eingetroffen, da stand vor mir, durch den bayerischen Oberlandesgerichtsrat Bezold vermittelt, wunderbarer Bohnenkaffee, dem alsbald, von Stuttgart mitgebracht, eine Flasche vorzüglicher Wein folgte. Die Freude der Anwesenden, daß ich doch noch gekommen war, zeigte sich stark und unverhohlen. Heuss hatte in meiner Abwesenheit die Verhandlungen bis dahin geführt. Die Leitung wurde dann mir übertragen. Als wir beide zu Vorsitzenden gewählt worden waren, erwartete man von uns natürlich eine Rede. Ich sprach buchstäblich nur drei Sätze, Heuss hatte das Bedürfnis nach längeren Ausführungen und benutzte dabei die Gelegenheit, viele freundliche Worte über mich zu sagen und daran zu erinnern, daß er zu Beginn seiner parlamentarischen Tätigkeit oft zu mir gekommen sei, um sich Rat zu holen. Die zustande gekommene Einigung bekräftigten wir beide am Schluß der Ausführungen von Heuss durch einen langen, stillen Händedruck. Die Szene wirkte auf die Versammlung offenbar sehr stark, denn es standen alle Teilnehmer auf und reichten sich von Mann zu Mann die Hand, als ob sie das alte Wort verkörpern wollten „Brüder reicht die Hand zum Bunde, diese große Feierstunde daure ewig, fest und schön“. Jede Spannung war aus der Versammlung gewichen und die Formalitäten, die noch zu erfüllen waren, erledigten sich rasch und reibungslos. Den Abend verlebten dann die Zurückgebliebenen noch in angeregter persönlicher Aussprache über die im Vordergrund des Interesses stehenden politischen Probleme. Es waren aber alle Teilnehmer doch so abgekämpft, daß wir um 10 Uhr unsere Unterkunftsräume aufsuchten. Morgens zum Kaffee waren außer mir nur noch Dr. Falk und Dr. Greve zu verzeichnen. Mit Moog, der seine Schwestern in Ansbach besucht hatte, traf ich verabredungsgemäß in dem etwa 30 km nördlich Rothenburg liegenden Ort Uffenheim zusammen, um von dort aus gemeinschaftlich mit ihm die Rückreise anzutreten. In Weimar verpflegte mich mein Sohn wieder liebevoll mit Bohnenkaffee, Schnaps und Butterbrot. Er suchte mich zu überreden, ein Bankett bei General Kolesnitschenko²⁵ mitzumachen, das eine Art Geburtstagsfeier für ihn sein sollte. Mein Sohn meinte, K. würde darüber so erfreut sein, daß er mich buchstäblich umarmen würde. So sehr mich das reizen konnte, so sehr zwangen mich doch dringende Verpflichtungen dazu, noch in der gleichen Nacht Berlin wieder zu erreichen. Ich blieb also standhaft und schickte später an Kolesnitschenko ein herzliches Glückwunsch-Telegramm.

Besonderer Unfug anderer Art war während meiner Abwesenheit in Berlin glücklicherweise nicht zu verzeichnen, aber die liegengeliebene Arbeit war inzwischen auch nicht geringer geworden.

22. März 1947

Gestern feierte der „Telegraf“²⁶ sein einjähriges Bestehen, und zwar durch einen Empfang in den Räumen der „Taberna“. Es hatten sich ungefähr 300 Personen eingefunden. Da Paul Loebe und Arno Scholz, die Mitherausgeber des „Telegraf“, zu meinen alten politischen Freunden gehören, war ich der Einladung gefolgt. Die anderen Parteiführer hatten ihre Vertreter geschickt. Die Freude über mein Kommen war bei den Herren des „Telegraf“ offensichtlich; man wies mir den Ehrenplatz neben Loebe und ausgerechnet neben Schumacher an. Außerordentlich stark vertreten waren die politischen Offiziere der Besatzungsmächte. Die leiblichen Genüsse des Empfanges bestanden in Kaffee und Kuchen, die geistigen in einer kurzen, sehr vernünftigen Rede von Scholz, in einigen musikalischen Darbietungen und – als Clou des Nachmittags gedacht – in einer Rede von Schumacher. Schumacher erwies sich als ein sehr wirkungsvoller Demagoge von geistvoller Ideologie, aber ohne den geringsten Schein staatsmännischer Begabung. Er redete gedanklich auf hohem Niveau um die Dinge herum, vermied es aber peinlich, auch nur ein einziges politisches Ziel zu setzen. Das Unangenehmste an seiner Rede war, daß er alle anderen Politiker außerhalb der SPD aufs Gröblichste anrempelte, ohne zu bedenken, wie taktlos es wirken mußte, daß er die Gäste, die ja die Mehrzahl der Anwesenden bildeten, verletzend angriff. Das Urteil der Rede war infolgedessen ziemlich einheitlich. Ich selbst hielt mich im politischen Gespräch mit Schumacher stark zurück. Das hatte seine naheliegenden Gründe. Mit den übrigen Herren und Damen des „Telegraf“ habe ich mich auf das Angenehmste unterhalten. Es sind bei der SPD viel guter politischer Wille, viel anständige Gesinnung und viel ehrliches Ringen verkörpert. Nach der Rede Schumachers habe ich mich dann stillschweigend entfernt.

1. April 1947

In der britischen Zone findet am 20. April die erste Landtagswahl statt. In der von der britischen Regierung früher schon ernannten vorläufigen Regierung sitzt als Finanzminister unser Parteivorsitzender der britischen Zone, Dr. Blücher. Wir haben also doppelt Anlaß, aus Parteifreundschaft und aus politischer Zielsetzung heraus helfend im Wahlkampf einzugreifen.²⁷ Leicht ist das bei den trostlosen Verhältnissen in unserem Autobetrieb nicht, aber es mußte versucht werden, und so machte ich mich am Freitag, den 28. 3., früh auf zu vier Versammlungen in Nordrhein-Westfalen. Das Ziel war Essen, um dort mit Minister Blücher zu sprechen. Dann sollte eine Versammlung folgen in Siegen und Berleburg und dann eine in Köln und Bonn. Anstatt $\frac{1}{2}$ Uhr früh erfolgte der Aufbruch mit ungefähr $1\frac{1}{2}$ Stunden Verspätung, weil ich erst den mit wenig Benzin losgeschickten Fahrer nunmehr in Potsdam und Michendorf zum

Tanken ansetzen mußte; in Berlin gab es kein Benzin. Mit Ausnahme einer Reifenpanne ging bis vor die Haustür von Blücher die Reise gut, wenn auch mit 2-stündiger Verspätung. Ich war kaum bei Blücher angelangt, telefonierte der Siegerner Parteivorsitzende Balogh an, ob ich auch schon da sei. Er war hocherfreut, als er meine ihm liebe Stimme hörte. Ich sprach dann mit Blücher einige politische Sachen durch, leider aber nur sehr kurz, da er am gleichen Abend 8 Uhr in Hamm zu sprechen hatte. Bei Blücher fand sich auch Schöpke aus Berlin ein und Pickert aus Hamburg, früher Handelskammer-Präsident in Halle. Schöpke konnte ich leider auch nur sehr kurz sprechen, denn er hatte ebenfalls am gleichen Abend eine Versammlung. Während wir noch zusammensaßen, brachte mir mein Fahrer die Hiobsbotschaft herein, daß die Steuerung des Wagens kaputt sei. Ich war natürlich wie vor den Kopf geschlagen, aber Blücher griff sofort tatkräftig und uneigennützig ein, machte eine Reparaturwerkstatt ausfindig, telefonierte nach Siegen an den darüber natürlich tödlich erschrockenen Vorsitzenden [Balogh], sie müßten mich selbst mit Auto abholen, und half mir auch sonst mit klarem und gut gemeintem Rat. Nachdem er weggefahren war, saß ich mit seiner Schwägerin, einer hochgebildeten Dame älteren Jahrganges noch einige Zeit zusammen. Dabei lernte ich auch die Frau und zwei prächtige kleine Jungen von Blücher kennen. Die Schwägerin war aber offenbar die Seele des ganzen häuslichen Betriebes. Untergebracht war ich im Hotel „Kaiserhof“, vier Treppen hoch in einem Zimmer für drei Betten. Ich nahm den Fahrer Braun mit in das eine Bett und das dritte bezahlte ich, damit nicht noch mehr Zaungäste in die Erscheinung treten konnten. Spät abends kam dann noch die Nachricht aus Siegen, daß ich am nächsten Morgen abgeholt werden würde. Ich erleichterte den Siegenern das dadurch, daß ich mit dem Auto von Blücher bis nach Wuppertal entgegenfuhr, woselbst mich die Siegerner am Hauptbahnhof erwarten sollten, und zwar sollte das 10 Uhr vormittags geschehen. $\frac{1}{2}$ 12 Uhr aber kamen sie erst an, die Wege waren so grauenhaft durch den Frost zerrüttet, daß das Durchkommen aufs äußerste erschwert und an manchen Stellen so unmöglich war, daß große Umwege gemacht werden mußten. Ich bekam diese Übelstände bei meiner Fahrt von Wuppertal nach Siegen selbst sehr eindrucksvoll zu spüren. Anstatt daß ich 12 Uhr in Siegen bei dem mir vom früheren Besuch her wohlbekannten Vorsitzenden Balogh eintraf, um dort noch Mittag zu essen und dann auf der Versammlung 3 Uhr in Berleburg zu sprechen, kam ich $\frac{3}{4}$ Uhr erst in Berleburg ohne Mittagessen und ohne Balogh an, auf die Minute ausgerechnet zur richtigen Zeit, denn die Versammlung war gerade in vollem Auseinandergehen begriffen. Die meisten waren schon auf der Straße, aber meinen Verlockungen, doch wieder zurückzukehren, erlagen sie ausnahmslos. Es zeigte sich hier bei dieser ersten Versammlung dasselbe Bild wie überall in den nächsten Tagen. Infolge größter Ernährungsschwierigkeiten ist die Stimmung gedrückt, teilwei-

se explosiv. Die Leute sind apathisch, zum Teil stumpfsinnig. Das wirkt sich auch in dem Besuch der Versammlungen aus, von denen keine einzige überfüllt war. Allerdings folgten die Anwesenden mit sichtlicher Anteilnahme. Auch hier, wie an anderen Orten ich es schon mehrfach beobachtete, mit kirchenähnlicher Andacht.

Von Berleburg aus gelangte ich 6 Uhr nach Siegen, wo ich von Balogh und seiner Gattin aufs herzlichste aufgenommen wurde. Durch eine Mahlzeit, die Frühstück, Mittagessen und Abendbrot zugleich ersetzte, mit einem ausgezeichneten Glas Wein wurde ich körperlich restauriert. Die Offiziere der britischen Kommandantur, die ich auch von früher schon kannte, hatten mich zum Abendessen eingeladen, aber Balogh hatte in meinem Namen abgelehnt, so lange die Bevölkerung hungern müßte, könnten wir nicht gut an wohlgedecktem Tisch sitzen. Diese richtige Offenheit hatte keineswegs verstimmend gewirkt, denn die Offiziere waren gleichwohl in meiner Versammlung und begrüßten mich herzlich wie einen alten guten Bekannten. Die Versammlung, ebenfalls nicht überfüllt, verlief sehr eindrucksvoll. Nach ihr fand in einem kleinen erlesenen Kreise im Hause Balogh ein politisch sehr interessant verlaufendes Zusammensein statt, bei dem ein lebhafter Gedankenaustausch über alle möglichen und unmöglichen Probleme sich entwickelte. 1 Uhr nachts brachte mich Fräulein Klarner ins Bett, d. h. insofern, als sie mir im gegenüberliegenden Hause, wie schon bei meinem ersten Besuch, uneigennützigweise ihr Schlafzimmer zu meinem ureigensten Alleinbedarf zur Verfügung stellte und sich selbst mit der Küche begnügte. Auch das ist politischer Menschheitsdienst. Am nächsten Morgen 6 Uhr klingelte es bereits, und zwar war es der von Köln gesandte Fahrer, der mich um diese Zeit schon abholen sollte. Da die Versammlung um 11 Uhr in Köln sein sollte, hatte ich mit Abreise um 8 Uhr gerechnet. Ich ließ mich in dieser Disposition zunächst auch gar nicht stören, zog mich in Ruhe an, erschien 7 Uhr bei Familie Balogh, wo ich mit Spiegeleiern und anderen schönen Sachen reichlich traktiert wurde, und gondelte dann $\frac{1}{8}$ Uhr los, den unwilligen Fahrer vorher mit zwei Zigaretten milder stimmend. Ich mußte ihm aber im allgemeinen Recht geben, daß er so zeitig gekommen war, denn die Wege waren durch sog. Frostbeulen, die ich bis dahin noch nicht kannte, fast unpassierbar geworden. Aber ich kam doch rechtzeitig in dem Kino an, in dem in Köln die Külz-Vorstellung vor sich gehen sollte. Auch hier eine andächtig lauschende, mehr oder weniger große Menge.²⁸ Der Vorsitzende selbst ein tadelloser Redner, die Zuhörerschaft meist aus Intellektuellen bestehend. Unter den Zuhörern befand sich meine jetzt 65-jährige Cousine Amalie Paschasius, die ich seit ihrem 20. Lebensjahr nicht gesehen hatte. Das reine Abbild meiner Mutter stand vor mir, während sie ihrerseits von mir behauptete, ich sähe ihrem Vater, meinem Onkel Fritz Paschasius täuschend ähnlich. Sie erzählte mir viel Schweres, was sie durchgemacht hatten, aber ihr Los hatte sich jetzt wieder ganz erträg-

lich gestaltet. Sie war von meinem Vortrag so ergriffen, daß sie hinterher sagte, sie wolle mit mir über kleine Dinge jetzt überhaupt nicht mehr sprechen, und sich darauf stillschweigend entfernte. Am Ende der Versammlung erschien der Vorsitzende der Partei aus Bonn, um mich persönlich mit seinem Auto sicher nach Bonn zu bringen, wo die Versammlung 2.30 Uhr stattfinden sollte. Vorher fand ich in dem Parteibüro, von Herrn Dr. Schumacher ausgezeichnet geleitet, gastliche Aufnahme. Schumacher hat einen Bruder in Amerika, der ihn offenbar reichlich mit Fleisch und anderen schönen Sachen bedenkt.

Jedenfalls ließ das Mittagessen diesen Schluß durchaus zu. Die Sekretärin der Partei ist in ihrer Person dort eigentlich alles: Sekretärin, Hausdame, Empfangsdame und wohl auch die mehr oder weniger öffentliche Braut ihres Herrn und Gebieters. In jeder Beziehung aber eine tatkräftige und lebenswürdige Persönlichkeit, die sich um mein leibliches Wohl und um den äußeren Ablauf der durch meine Anwesenheit sich ergebenden Notwendigkeiten sehr verdient machte. Wenn ich auch noch ziemlich stark erschüttert war durch den grauenhaften Eindruck der einst blühenden Stadt Köln, die ich das letzte Mal als Reichskommissar der Pressa²⁹ im Jahre 1928 auf dem Höhepunkt ihrer Entwicklung erlebt hatte, so gelang es mir doch, mich soweit wieder zusammenzufinden, daß meine Rede, wie ich den Eindruck hatte, unter meiner inneren Erschütterung nicht litt. Nach der Versammlung war Kaffeestunde wiederum im Parteibüro mit erlesenen Genüssen, und dann durfte ich mich auf meine flehentliche Bitte einmal eine Stunde in die Pension zurückziehen, in der ich nächtigen sollte. Es war eine nette und kriegsunberührte Unterkunft mit aufmerksamer Pensionsinhaberin. Abends 8 Uhr holte mich der Vorsitzende der Partei, Rechtsanwalt Dr. Grüne, ein wertvoller und tatkräftiger Mensch, in seine Wohnung ab, wo ich im kleinen Kreise ein vorzügliches Abendessen erhielt, an das sich in einem etwas erweiterten Kreise ein Glas Wein anschloß, wobei dann auch die verschiedensten politischen Themen in offener Weise erörtert werden konnten. Nachts 1 Uhr kam ich ins Bett, nachdem ich vorher noch durch das lebenswürdige Entgegenkommen Dr. Grünes die Gewißheit erhalten hatte, daß sein Auto mich gegen Erstattung von Benzin am nächsten Tage nach Essen bringen würde. Die Absicht gelang, ich kam 2 Uhr in Essen an und erfuhr auf telefonische Anfrage, daß mein Auto 5 Uhr wieder fahrbereit sein könne. Tatsächlich kam der gute Fahrer Braun nach ½6 Uhr an und ich bin dann sofort die ganze Nacht über fahrend nach Berlin aufgebrochen,³⁰ wo ich gegen 7 Uhr morgens eintrudelte. Wie oft schon: 24 Stunden ohne einen Bissen und ohne einen Schluck, aber unter reichlichem Tabakgenuß.

Interessant war noch ein Ereignis in Bonn. Der Chefredakteur des früheren Dresdener Anzeigers, der der Stadt Dresden gehörte, Herr Dr. Fröhlich, trat mir entgegen. Er war früher ein stattlicher ansehnlicher Herr, vor mir stand jetzt eine zusammengesunkene, verwitterte Erschei-

nung. Ich wollte ihm zum Trost sagen, daß er sich gut gehalten habe, aber ich brachte diese faustdicke Unwahrheit doch nicht über meine Lippen. Auch sonst traf ich sowohl in Bonn, wie in Köln und Siegen manche Bekannte von früher her. So sehr man sich darüber immer freut, so bedauert man doch auch andererseits immer wieder, daß die Zeit zu kurz ist, um über die üblichen Höflichkeits-Floskeln hinweg wirklich ein wesentliches Gespräch führen zu können.

18. April 1947

In Berlin ging in den letzten Tagen eine Oberbürgermeister-Krise über die Bühne.³¹ Ich habe sie nicht in allen Phasen erlebt, da ich ja in der britischen Zone Nützlicheres zu tun hatte, aber die letzte Phase blieb mir doch nicht erspart. Die Sache war sehr blamabel für die Berliner Stadtverordneten, für die SPD und für die Demokratie. Was an Wesentlichem zu sagen ist, ergibt sich aus der offiziösen Bekanntmachung, die ich am Ende der Krisis im „Morgen“ veröffentlichte, und die folgenden Wortlaut hat:

„In den Kreisen der LDP sind die Tatsachen und der Verlauf der über vier Sitzungen hinweg sich erstreckenden Krise um den Oberbürgermeister Dr. Ostrowski für unvereinbar mit den Aufgaben und mit der Würde des Stadtparlaments, der Stadt Berlin und der Demokratie gehalten worden. Es wurde auf das lebhafteste bedauert, daß die SPD es nicht vermocht hat, die in ihren Reihen entstandene Differenz mit dem Oberbürgermeister selbst zu bereinigen, und daß sie geglaubt hat, die Tribüne des Stadtparlaments zum Austrag der entstandenen Spannungen benutzen zu müssen – und das zu einer Zeit, in der die Bevölkerung Berlins von der Stadtvertretung und Stadtverwaltung positive Arbeit für das allgemeine Wohl verlangen muß, und in der die Hauptstadt Deutschlands allen Anlaß hat, in der Betätigung wahrer Demokratie mit gutem Beispiel voranzugehen. Die meisten der gegen Oberbürgermeister Dr. Ostrowski erhobenen Vorwürfe halten vor objektiver Prüfung nicht stand.

Bei dem Vorwurf, in einem Brief an die Alliierte Kommandantur um Auskunft in einer die Zuständigkeit der Stadtverordneten betr. Sache gebeten zu haben, ist zu berücksichtigen, daß dieses Auskunftersuchen von einem der CDU angehörenden Stadtrat entworfen und von Dr. Ostrowski unterschrieben worden ist. Auch ein Vertreter der CDU hielt also dieses Auskunftersuchen als ein in sachlichem Interesse berechtigtes Vorgehen.

Der Vorwurf, mit der SED zwecks Herstellung reibungsloser Beziehungen verhandelt zu haben, ist gegenstandslos. Wenn der Oberbürgermeister sich bemüht, über den Rahmen der eigenen Partei hinaus eine befriedigende Zusammenarbeit auch mit anderen Parteien zu sichern, so ist das nur zu begrüßen.

Aus den Besprechungen mit General Kotikow irgendwelchen Vorwurf herzuleiten, ist ebenfalls gegenstandslos. Es liegt durchaus im Pflichtenkreis des Oberbürgermeisters, mit den Chefs der Alliierten Kommandantur vertrauensvolle Beziehungen zu pflegen.

Die Situation jedoch, die für die Stadt Berlin sich aus dem Verlauf der Krise ergeben hat, war eine wahre Unmöglichkeit, die mit denkbar größter Beschleunigung beseitigt werden mußte. Die Erörterungen und Äußerungen des Magistrats während der Krise haben gezeigt, daß es der Oberbürgermeister nicht verstanden hat, ein Zusammenarbeiten mit den übrigen Magistratsmitgliedern herbeizuführen. Der Magistrat ist kein einheitliches Kollegium, sondern eine Körperschaft, deren

Mitglieder zusammenhanglos und führerlos nebeneinander, zuweilen auch gegeneinander arbeiten. Es ergeben sich also die Tatsachen, daß der Oberbürgermeister im Gegensatz zur überwiegenden Mehrheit der Stadtverordnetenversammlung stand, und daß er den Magistrat, dessen Kopf er sein sollte, zu gemeinsamer Arbeit nicht zusammenzuschließen vermochte. Die LDP hatte deswegen keinen Anlaß, sich für das Verbleiben Dr. Ostrowskis in seinem Amte einzusetzen und war daher mit seinem freiwilligen Rücktritt einverstanden.“

Das einzige Versöhnliche an der ganzen Sache war, daß der Oberbürgermeister Dr. Ostrowski schließlich doch von selbst zurücktrat.

23. April 1947

In Weimar war für Sonntag, den 20. 4. eine kommunale Tagung für Thüringen angesetzt, welche glaubte, ohne mich nicht auskommen zu können. Ich fuhr infolgedessen, meine Frau und meine Schwester Liese Ziese mitnehmend, am Sonnabend, den 19. 4. nach Weimar ab. Bezeichnend für den Fahrbetrieb der Partei war es, daß mich ein Mietauto der Fahrbereitschaft dorthin bringen mußte. Ganz im Gegensatz zu Fahrten mit Partei-auto ging die Fahrt ohne Panne und bewerkstelligt von einem sehr intelligenten und höflichen Fahrer vor sich, allerdings nur mit etwa 40 km Stundengeschwindigkeit. Im Augusta-Hotel fand ich die übliche fürstliche Aufnahme, warmes Zimmer, Badegelegenheit usw. Kurz nach meiner Ankunft fand die erste Besprechung in einem kleinen Kreise der Oberbürgermeister statt, welche der Vorbereitung der Tagung diente. Wir stimmten unsere Auffassungen gegenseitig ab, ebenso unsere Feldzugspläne. Ein tadelloses Abendessen ließ zu den geistigen Genüssen die materiellen hinzutreten. Bei alledem war es immerhin nachts 12 Uhr geworden, ehe ich mich in meine Gemächer zurückziehen konnte.

Die kommunale Vertretertagung war stark besucht. Eröffnet wurde sie vom Weimarer Oberbürgermeister Dr. Hempel, die Leitung lag dann bei Oberbürgermeister Dr. Mertens, Jena, der selbst in einem einleitenden Vortrag sehr glücklich und klar die Ziele der demokratischen Kommunalpolitik herausstellte. Dann folgte mein Vortrag, der eine Art Direktiven an die Vertreter enthielt, und mit offener Dankbarkeit entgegengenommen wurde. Für mich war es ja gar nicht schwer, aus meinen jahrzehntelangen Erfahrungen der Selbstverwaltung und Politik wirklich konkrete Anregungen für die Praxis zu geben.³² Sehr lehrreich war die ausgiebige Aussprache, die dann folgte, und die noch eine Fülle von Anregungen gab. Gegen 5 Uhr war die Aussprache beendet und ich faßte in einem zweiten Vortrag das Ergebnis systematisch zusammen, wenigstens versuchte ich das.

Am dritten Tage meines Aufenthaltes besuchte ich die Geschäftsstelle des Landesverbandes, die aus dem Schloß in ein eigenes Haus verlegt worden ist. Ich traf zwar den Generalsekretär Dr. Elster nicht an, weil er dienstlich in Eisenach weilte, wohl aber nahm ich die Referenten des

Landesverbandes zu einer eingehenden Besprechung zusammen. Ich hatte den besten Eindruck von dem Funktionieren der Landesverbandstelle, die übrigens auch ziemlich stark besetzt war; im ganzen arbeiten bei ihr 28 Personen. Am Nachmittag nahm ich noch Gelegenheit zu einer Besprechung mit dem 2. Vorsitzenden, Landesbankpräsident Dr. Gärtner, da der 1. Vorsitzende, Finanzminister Moog, zu seiner und seiner Gattin Erholung in Wiesbaden weilte. Gärtner berichtete mir über ähnliche Mißerfahrungen in der britischen Zone, wie ich sie gemacht hatte. Die politische Aussprache mit Gärtner ergab, wie immer, völlige Übereinstimmung unserer Auffassungen. Das Gleiche gilt hinsichtlich einer Besprechung, die ich mit dem Chefredakteur unserer Thüringischen Zeitung hatte. Eine Aussprache hatte ich auch mit der Gattin des zu 10 Jahren Zuchthaus verurteilten Oberbürgermeister Berger von Apolda und dem in der Sache tätig gewesenem russischen Dolmetscher. Der Fall liegt besonders tragisch und ich kam mit Gärtner überein, ein Gnadengesuch an Marschall Sokolowskij in dieser Sache zu richten.

Am Abend dieses Tages sprach ich in Rudolstadt. Ich wurde von dem dortigen Vorstand mit schlichter, aber echter Herzlichkeit aufgenommen. Die Versammlung selbst gehörte zu den eindrucksvollsten, die ich gehabt habe. Weit über 1000 Menschen hingen mir buchstäblich an den Lippen; man merkte es ihnen an, wie dankbar sie für die ihnen zuteil werdende politische Aufklärung waren.³³ Nach der Versammlung gelangte ich in ungestörter nächtlicher Fahrt 12 Uhr nachts wieder nach Weimar. Am nächsten Morgen $\frac{1}{2}9$ Uhr begann die Rückkehr nach Berlin, allerdings mit einem Abstecher nach Zeitz-Rassberg, um meine Nichte Irene Lehmann, geb. Freymond, zu besuchen. Wir trafen Irene zwar an, sonst aber niemanden. Da die Zeit sehr knapp für mich war, konnten wir nur etwa eine halbe Stunde dort verweilen. Unterwegs mußten wir zwei mal große Umwege machen, da die Brücken über die Mulde vom Hochwasser weggeschwemmt und noch nicht wieder hergestellt waren. An einer Stelle gelang die Überquerung mittels Fähre. Anstatt 4 Uhr nachmittags kam ich $\frac{1}{2}7$ Uhr in Berlin an, aber glücklicherweise war die sehr wichtige Fraktionssitzung, bei der ich anwesend sein wollte, ausgefallen.

28. April 1947

Schon seit langer Zeit empfand die außerordentlich rührige Ortsgruppe Radebeul bei Dresden mit ihrem verdienstvollen Vorsitzenden Ullmann das Bedürfnis, eine Großkundgebung mit mir als Redner vom Stapel zu lassen. Am 26. 4. ging diese vor sich. Ich ging mit besonders hohen Erwartungen nach Radebeul, sowohl in politischer wie in menschlicher Hinsicht. In Radebeul wohnt die langjährige Freundin unserer Familie, Frau Barnewitz, auf der reizvollen Besitzung Winzerhof. Wir haben manche wertvollen und angeregten Stunden gemeinsam verlebt, und ich wußte,

daß sich die „Barnewitz'sche“, wie wir sie kurz nennen, aufrichtig und herzlich auf ein Wiedersehen freuen würde. Es war netter und schöner, als ich es mir vorher ausgemalt hatte. Ich wurde in einer so herzlichen Weise aufgenommen, daß das unendlich wohl tat. Die leibliche Fürsorge kannte eigentlich gar keine Grenzen. Sofort nach Ankunft gegen 6 Uhr nachmittags wurden mir die prächtigsten Genüsse einverleibt. Dann ging's in die imposant verlaufene Kundgebung, bei der nicht nur der große Saal überfüllt war, sondern auch Hunderte von nicht hereinkommenden Personen auf den Straßen standen und durch den Lautsprecher die Rede vermittelt erhielten.³⁴ Mein alter politischer Freund Dehne und Frau Barnewitz saßen mit am Vorstandstisch. Nach der Kundgebung war im Kreise von etwa 40 Personen zunächst ein einstündiges Zusammensein und dann ging's in einer Gesellschaft von etwa 6 Personen in den Winzerhof, wo ein Spargel-Essen wie in Friedenszeiten mit Mai-Bowle, Wein und Schnaps über die Nöte der Nachkriegszeit hinwegzauberte. Warum soll ich verschweigen, daß ich bis früh 3 Uhr in diesem Kreise blieb? Wie ich am nächsten Tag hörte, sind die letzten gegen 5 Uhr verschwunden.

Am nächsten Vormittag das gleiche Bild liebevollster Gastfreundschaft und dann gegen 11 Uhr ein letzter Händedruck und ein letzter Dank, und die Fahrt ging zu einer zweiten Kundgebung nach Cottbus.³⁵ 3 Uhr stieg hier die Kundgebung. Der größte Saal des Ortes war auch hier von einer 2000-köpfigen Zuhörerschaft überfüllt, die in andächtiger Stimmung den Ausführungen des Parteivorsitzenden folgte. Gegen 6 Uhr war die Kundgebung beendet und wir versammelten uns in dem Haus des Kreisvorsitzenden Börner in einem Kreise von etwa 12 Personen des Vorstandes zu leiblichen und geistigen Genüssen. Ein friedensmäßiges Hühner-Essen stand im Mittelpunkt, aber ein braver Bäckermeister als Vorstandsmitglied sorgte darüber hinaus noch für allerhand andere Genüsse. Da ich nachts noch nach Berlin zurückkehren mußte, schied ich aus diesem gastlichen Kreise gegen 9 Uhr und kam wohlbehalten 1 Uhr nachts in Berlin an, reich beschenkt mit wertvollen Erinnerungen und persönlich mit schönen Erlebnissen.

3. Mai 1947

Am 30. 4. 47 hatte ich eine interessante Zusammenkunft gesellschaftlicher Art (Tee-Nachmittag) mit einem polnischen Oberst S. Der Herr hatte offenbar das Bedürfnis, in zwangloser Aussprache sich ein Urteil über meine politische Einstellung zu bilden. Wir waren fast 3 Stunden zusammen. Das Gespräch wurde mit rückhaltloser Offenheit geführt. Ich hatte in dem Oberst, einen feingebildeten Mann vor mir, der fließend deutsch sprach und beste gesellschaftliche Formen zeigte. Er belebte das nüchterne Gespräch durch eine Flasche vorzüglichen Krimweines und durch ein vertieftes Verständnis für die Lage Deutschlands. Ob die Besprechung ir-

gendwelche positiven Auswirkungen bei der polnischen Militärmission haben wird, vermag ich nicht zu beurteilen, aber man soll auch entfernteste Möglichkeiten nicht ungenutzt lassen, um unsere früheren Gegner über unsere Einstellung und über unsere Auffassung zur Weltlage aufzuklären.

Von diesem Standpunkt aus habe ich es auch begrüßt, daß der Aufenthalt meines Sohne in England³⁶ sich auf die doppelte Zeit erstreckt hat, als vorgesehen war. Er kam heute zurück und berichtete sehr interessant über die Ergebnisse seines Aufenthaltes. Die Tatsache, daß er in Oxford studiert hatte und im englischen Justizdienst tätig war, hat ihm offenbar viel genützt. Der Staatssekretär für Justizwesen hat zu seinen Ehren einen Empfang der Unterhausmitglieder veranstaltet, die der Justizverwaltung angehören; auch sonst ist er nachhaltig von meinem Freund August Weber unterstützt und sehr ehrenvoll aufgenommen worden. So ist wenigstens ein Anfang damit gemacht worden, auch maßgebende britische Kreise über uns aufzuklären. Natürlich ist das alles nur ein erster Anfang, aber das ist er doch eben auch tatsächlich. Vielleicht kommt einmal der Zeitpunkt, wo man sich auch selbst exponieren muß, um zu dem erwünschten Ziele beizutragen.

5. Mai 1947

Es wäre zu schön, wenn man einmal einen Sonntag für sich allein haben könnte. Das hätte mir gerade für den 4. Mai besonders gepaßt, da mein Sohn tags zuvor nach 3wöchigem Aufenthalt aus England zurückgekehrt war und natürlich allerhand zu berichten hatte. Aber die Neuköllner hatten für Beschäftigung auch für diesen Sonntag gesorgt, und zwar durch eine große Kundgebung in den „Excelsior-Lichtspielen“. Der rührige Ortsgruppen-Vorsitzende Zimmermann brauchte einige Rückenstärkung in seiner amtlichen Stellung als Bezirksrat. Eine nach seinen Wünschen gelungene Großkundgebung sollte hierzu beitragen. Ich glaube, dieser gewünschte Erfolg ist eingetreten. Die Versammlung, in der nach mir noch der Stadtverordnete Schöpke wirkungsvoll über Wirtschaftsfragen sprach, nahm einen imposanten Verlauf. Der große Saal war gefüllt, die Aufmerksamkeit war gut, der Beifall lebendig.

Im weiteren Verlauf des Sonntags blieb mir noch Zeit, die Berichte aus England entgegenzunehmen und einige daraus sich ergebende Probleme zu besprechen.

Heute führt der Weg auf zwei Tage nach Thüringen.

7. Mai 1947

Der Landesverband Thüringen der LDP ist besonders rührig. U. a. hat er in Friedrichroda in einem eigenen Heim eine Parteischule eingerichtet, in der Vertreter der verschiedensten Berufsgruppen zu Lehrkursen verein-

nigt werden, um eine Verbreitung ihrer politischen Durchbildung zu erfahren. Ein solcher Lehrgang war auch jetzt für die Juristen der LDP in Thüringen angesetzt. Ich war gebeten worden, eine 2-stündige Vorlesung über die Verfassungen der Ostzone zu halten. In Verfolg dieses Auftrages begab ich mich Montag, den 5. mittags 12 Uhr nach Friedrichroda. Unter den üblichen Erschwerungen der auch diesmal wieder mangelhaft vorbereiteten Reise kam ich am Abend vor der Vorlesung in Friedrichroda gerade noch zur rechten Zeit, um in die Großkundgebung der Partei zu gelangen. Der Saal wies eine beängstigende Fülle auf und die Versammlung folgte mit sichtlicher Spannung. Nach der Kundgebung verbrachte ich den Abend bei dem Leiter der Schule, Herrn Bauch, in dessen stilvollem Heim und in Gesellschaft seiner lebenswürdigen Gattin. Es war ein wohlgepflegtes Haus, was mich aufnahm und es waren liebenswerte Menschen, die mich rührend betreuten. Am nächsten Morgen fand dann ab 10 Uhr meine Vorlesung vor den Juristen statt, halb staatsrechtlich, halb politisch. Auch hier fanden meine Ausführungen offenbar Interesse. Mir selbst war nicht sehr behaglich zumute, weil ich es ja mit sehr anspruchsvollen Parteifreunden zu tun hatte, die z. T. in hohen und höchsten Richterstellen tätig sind. Nach dem Vortrag fuhr ich unmittelbar nach Altenburg ab, wo ich nachmittags 3 Uhr zu einer Funktionärbesprechung und abends um 8 Uhr zu einer öffentlichen Kundgebung da sein sollte. Eine Fülle von Widerwärtigkeiten verspätete meine Ankunft in Altenburg um mehr als 4 Stunden. Als ich vor dem Parteihaus vorfuhr, hörte ich zentnerweise Steine von verschiedenen Herzen fallen. Man hatte sich darum gesorgt, daß ich nicht kommen würde. Die Funktionärversammlung war vorüber; ich mußte auch hier unmittelbar aus dem Auto in die Kundgebung. Diese war eine der Gewaltigsten, die ich bisher erlebt habe. Die beiden großen Säle des Schützenhauses waren von mindestens 2000 Menschen gefüllt, darüber hinaus aber standen Hunderte in den anliegenden Straßen. Man hatte diese Fülle erwartet und für Lautsprecher-Übertragung gesorgt. Die Beifallsunterbrechungen während des Vortrages und die Beifallskundgebungen am Schluß dauerten buchstäblich minutenlang an.³⁷ Abends 10 Uhr kam ich das erste Mal zu einer leiblichen Erholung. Mein Gastgeber war der Ortsgruppen-Vorsitzende, Zahnarzt Dr. Liebers, der den Vorstand und mich nach der Versammlung in sein Heim einlud, woselbst ich neben den Vorstandsmitgliedern von Altenburg in einer Gesellschaft von etwa 12 Teilnehmern sehr schöne und wertvolle Stunden verlebte. Es gab ein Diner wie im Frieden, was dadurch ermöglicht worden war, daß alle Parteifreunde, die das konnten, etwas dazu beigetragen hatten. Schnaps gab es in schweren Mengen, Kuchen desgleichen. Nachts 12 Uhr gab es nochmals in reichen Mengen schwer belegte Butterbrote. Um 3 Uhr glaubte ich für mich das Fest beenden zu können. Die anderen sind noch länger geblieben. Am nächsten Morgen stand ich, als ob nichts geschehen wäre, auf und trat meine Rückreise nach Berlin an, wo ich leidlich kaputt nach-

mittags 3 Uhr eintraf. Alles in allem war diese Exkursion nicht ohne Erfolg. Ich kam mit der Überzeugung nach Hause, daß gerade in Thüringen doch sehr planmäßige und nachhaltige Arbeit geleistet wird. Vor allem sind die geschäftsführenden Persönlichkeiten politisch absolut durchgebildet, sind temperamentvolle Leute und fleißig dazu. Von den Vorsitzenden gilt das gleiche.

Auf der Rückfahrt von Altenburg fuhr ich durch Borna; ich hatte das Bedürfnis, in dieser meiner Geburtsstadt mir auch mal mein früheres elterliches Haus zu vergegenwärtigen. Es steht noch am alten Fleck und bei seinem Anblick stiegen in mir eine Unzahl von Kindheitserinnerungen auf. Ich sah alles vor mir, als hätte ich es gestern erst erlebt. Auf dem Turm der ehrwürdigen Kirche saßen auch heute noch die Dohlen, wie vor 60 Jahren. Das alte originelle Rathaus zierte noch in gleicher Weise den Markt. Das aus dem Mittelalter stehengebliebene Reichstor begrenzte nach wie vor die Innenstadt. Aber natürlich hatte die Stadt manche Änderungen erfahren. Sie war zur Zeit meiner Kindheit eigentlich eine Akerbürgerstadt von etwa 6000 Einwohnern, sie ist heute eine Stadt von 18 000 Einwohnern mit stark industriellem Einschlag im Kohlenbergbau. In verhältnismäßig kurzer Zeit werde ich nochmals Gelegenheit haben, Borna zu besuchen, weil mich die Parteifreunde dort um eine Kundgebung gequält haben, die ich ihnen nicht gern vorenthalten möchte. Vorsitzender der Partei ist der Roßschlächtermeister Thormann. Hoffentlich lädt er mich nicht zu einem Essen mit zunftgemäßer Speisekarte ein. Pferdefleisch habe ich im Kriege und vor allem in den ersten Tagen nach dem Zusammenbruch hier genug gegessen. Damals hat es mir sehr gut geschmeckt, heute würde das so uneingeschränkt nicht mehr der Fall sein.

9. Mai 1947

Eine von Oberst Tjulpanow schon längst gewünschte politische Aussprache vollzog sich endlich gestern.³⁸ Noch im letzten Augenblick wurde sie dadurch gefährdet, daß ich bei unserem trostlosen Fahrbetrieb kein Auto hatte; aber der Russe schickte mir dann selbst einen wunderbaren Wagen, der mich nach Lichtenberg, wo jetzt Oberst Tjulpanow sitzt, abholte. Ein junger, in Zivil befindlicher Offizier von tadellosen Umgangsformen holte mich ab. Tjulpanow freute sich sichtlich über mein Kommen und wir verweilten zwei Stunden lang in angeregtestem politischen Gespräch, über das Major Golowtschiner sich eingehende Notizen machte. Zugewogen war auch Oberstleutnant S.³⁹ Ich verbreitete mich mit absoluter Offenheit über meine Auffassung der Weltlage. Insbesondere äußerte ich meine Auffassung dahin, daß die Einstellung der Vereinigten Staaten gegenüber der Sowjetunion zu ernststen Besorgnissen Anlaß geben müsse. Ich wies auch weiter darauf hin, daß ich die englische Regierung zwar für gewillt halte, gute Beziehungen zur Sowjetunion aufrecht zu erhalten, daß ich aber Eng-

land jetzt für nicht fähig halte, eine eigene britische Politik ohne Anlehnung an die USA zu treiben, weil die Aktionsfähigkeit der Briten sehr beengt sei, und weil auch sonst England wirtschaftlich engste Tuchföhlung mit den USA halten müsse. Ich gab auch meiner Auffassung darüber Ausdruck, daß bei den Besprechungen in Moskau und auch bei den Friedensbesprechungen wohl Molotow der überragende Verhandlungspartner gewesen sei, daß aber die ganze Verhandlungstechnik mir sehr mangelhaft erscheine. Ich wies dabei darauf hin, daß ich selbst einmal eine große Staatenkonferenz geleitet hätte⁴⁰ und mir einiges Urteil über solche Dinge zutrauen dürfte. Wochenlang über Verfahrensvorschriften zu sprechen und den Vorsitz täglich wechseln zu lassen, erschiene mir als eine unmögliche Art der Verhandlung.

Ich gab meiner Hoffnung Ausdruck, daß die noch vorhandenen Spannungen mit ehrlichem Willen überwunden werden könnten und daß es keineswegs im Interesse Deutschlands liege, Verschärfung der Lage zu erwarten, sondern umgekehrt, daß eine befriedigende Lösung des deutschen Problemen nur bei Ausgleich der noch vorhandenen Gegensätzlichkeiten zwischen den Alliierten zu erwarten sei.

Ich wies Tjulanow darauf hin, daß mein Sohn während seiner Anwesenheit in England vielfach Gelegenheit gehabt habe, irriqe Auffassungen über die sowjetische Zone klarzustellen, daß er auch mehrfach Vertretern von Presseagenturen seine Meinung über die Entwicklung der Sowjetzone in Deutschland mitgeteilt habe, und daß er auch im Kreise von Angehörigen des britischen Unterhauses zu erscheinen die Möglichkeit gehabt habe.

Unsere weitere Aussprache erstreckte sich auf die Einstellung unserer Partei. Tjulanow erwies sich bis in die intimsten Einzelheiten hinein orientiert und sagte mir, falls ich für meine Politik irgendwelche Unterstützung brauchte, würde uns die SMA⁴¹ jeden Wunsch erfüllen. Ich nahm die Gelegenheit wahr, um ihn vor allem auf die geringe Auflageziffer des „Morgen“ hinzuweisen. Tjulanow genehmigte sofort eine Vermehrung um 25 000 Stück, worauf ich ihm halb scherzhaft, halb ernsthaft sagte, daß ich das als kleinen bescheidenen Anfang einer Besserstellung des „Morgen“ dankbar betrachte. Tjulanow äußerte die Befürchtung, daß von gewissen Persönlichkeiten her, vor allem in Berlin, ein stärkerer Rechtskurs betrieben werden könne, als er von mir bisher eingehalten werde. Er nannte dabei Namen wie Dr. Reif, Borm, Schöpke. Ich erklärte ihm, daß die Arbeit mit diesen drei Genannten und mit den maßgeblichen Persönlichkeiten der Berliner Partei harmonisch sei, und daß ich irgendwelche nennenswerte Opposition gegen meine Politik überhaupt nicht zu erkennen vermöchte. Selbst, wenn sie aber da wäre, würde sie zweifellos auf dem Parteitag in Eisenach mühelos überwunden werden. Ich teilte Tjulanow mit, daß wir auch die liberalen Parteien in der Schweiz, in Holland, in England usw. zum Parteitag eingeladen hätten. Falls bei den

Eingeladenen die Neigung bestände, die Einladung anzunehmen, würde ich mit Genehmigungsgesuch kommen. Tjulpanow erklärte, daß in einem solchen Falle er nicht allein entscheiden könne, sondern der Alliierte Kontrollrat.

Tjulpanow äußerte Bedenken gegen eine Verwendung von Prof. Hermann als Leiter der Presse- und Organisationsabteilung, und zwar mit dem Hinweis, daß die von der deutschen Stelle ausgesprochene Entnazifizierung Hermanns von der amerikanischen Besatzungsmacht nicht genehmigt worden sei. Ich sagte Aufklärung und Feststellung des Tatbestandes zu.

Die ganze Aussprache trug den Charakter ungetrübter Herzlichkeit. Ich benutzte die Gelegenheit vor allem noch, um einige Einzelfälle zur Sprache zu bringen, wo mir ein Einschreiten der SMA mit dem Ziele der Freilassung Festgenommener als dringend erwünscht erscheine, und übergab außerdem ein Gnadengesuch im Interesse des zu zehn Jahren Freiheitsstrafe verurteilten Oberbürgermeisters von Apolda, Berger. Tjulpanow sicherte mir zu, nicht nur über den für ihn hochinteressanten Inhalt unserer politischen Aussprache, sondern auch über die ihm vorgetragenen Fälle baldigst mit Marschall Sokolowskij zu sprechen.

10. Mai 1947

Es ist ganz wertvoll, wenn man einmal „Tatsachen ohne Worte“ zu sich sprechen läßt. Politisch, strategisch und geschichtlich sprechen folgende Tatsachen eine sehr deutliche Sprache, ohne daß es vieler Worte bedarf.⁴²

- 1.) England hat auf 5 Jahre gezogen einen Kredit von 3 Milliarden Dollar in den Vereinigten Staaten und in Kanada aufgenommen. Schon heute ist dieser Kredit fast voll in Anspruch genommen.
- 2.) Die Sowjetunion hat jetzt eine innere Anleihe von 20 Milliarden Rubel aufgenommen.
- 3.) Die Vereinigten Staaten geben einen 400 Millionen-Kredit an Griechenland und die Türkei.
- 4.) Die Generalstabsoffiziere des Heeres, der Marine und der Luftstreitkräfte des gesamten britischen Empires hielten eine Tagung ab, um die Bedeutung der Atombombe und anderer neuartiger Waffen für die künftige Kriegführung zu erörtern. Der Chef des Empire-Generalstabes, Feldmarschall Viscount Montgomery, hat die sechstägige Geheimkonferenz offiziell eröffnet. An der Konferenz nehmen u. a. der britische Oberbefehlshaber in Indien, Auchinleck, der britische Oberbefehlshaber in Japan, Generalleutnant Robertson, und der Kommandeur der Hochschule, Generalmajor Hull teil. Hull ist gerade aus den Vereinigten Staaten zurückgekehrt, wo er sich durch den Besuch von Militäreinrichtungen über die Fortschritte der Militärforschungsarbeit in den USA unterrichtet hat.

- 5.) Vom 10.–20. Mai finden die größten Luftmanöver der amerikanischen Geschichte in Friedenszeit statt. Die Manöver werden im östlichen Küstengebiet abgehalten.
- 6.) Die Sowjetunion beginnt ihre Frühjahrsmanöver, auf 8 Wochen berechnet, im Fernen Osten mit 250 000 Mann unter Einsatz der gesamten Luftwaffe und der gesamten Marine.
- 7.) Japan erhält die Erlaubnis, seine eigenen Flaggen und Hoheitszeichen wieder erscheinen zu lassen.

Überschrift: *Vorbereitungen zum gesicherten Weltfrieden!*

12. Mai 1947

Die Senftenberger hatten Sehnsucht nach mir. Einige von ihnen hatten mich in Kamenz und in anderen Orten gehört und wollten nun auch dem Kreisverband und der Ortsgruppe Senftenberg ein ähnliches Schauspiel vorführen. So fuhr ich am gestrigen Sonntag mit Frau Beer zusammen in die Kultur-Metropole Senftenberg, wo auf 3 Uhr eine Großkundgebung in dem Saal des Gesellschaftshauses angesetzt war. Der Saal war nicht überfüllt, aber immerhin war der Besuch trotz des strahlenden Frühlingswetters gut, und das innere Mitgehen der Zuhörer war offensichtlich. Ganz reizend war ein sich der Kundgebung anschließendes Zusammensein mit einem Kreis von etwa zwanzig Parteifreunden. Da ich seit früh morgens nichts zu mir genommen hatte, und es inzwischen 6 Uhr abends geworden war, schmeckte die dicke Erbsensuppe, die aufgetragen wurde, ganz ausgezeichnet. Das gleiche galt von dem Schnaps, der in reichlichen Mengen kredenzt wurde und sich noch in zwei Flaschen zum Mitnehmen verlängerte. $\frac{1}{9}$ Uhr wollte ich abfahren. Ich hatte aber die Rechnung ohne Frau Prokorni, der Ehefrau des Landtagsabgeordneten, gemacht, die in ihrer Wohnung noch einmal ein Abendbrot für Frau Beer und mich zubereitet hatte, das aus Rührei, kaltem Braten und anderen schönen Sachen bestand. Schnaps gab es Gott sei Dank nicht wieder. Es wurde aber gleichwohl $\frac{1}{10}$ Uhr, ehe wir endlich die Rückreise nach Berlin antreten konnten.

Die Partei Senftenberg macht einen guten Eindruck, ihr Hauptbestandteil ist gewerblicher Mittelstand. Der Kreisvorsitzende ist braver Schneidermeister, aber auch andere Handwerksmeister zieren den Vorstand. Die Parteifreunde überschlugen sich förmlich an Dankbarkeit und Liebenswürdigkeiten.

12. Mai 1947

Der 12. Mai ist der Stiftungstag der Sängerschaft Arion. Als Student und im späteren Leben wurde dieser Tag von mir, so lange die Sängerschaft bestand, festlich begangen. Er ist mir auch für mein ganzes Leben ein bedeutungsvoller Erinnerungstag geblieben, denn ich verdanke dem Arion fast alles in meinem Leben.

Der Arion war mir in meiner Studentenzeit die Heimstätte eines unbekümmerten Frohseins, von der ich einen großen Fonds von Lebensfreude in mein künftiges Dasein mitgenommen habe. Er ließ meine natürliche Schüchternheit überwinden und in mir das Bedürfnis entstehen, einem selbstgewählten Kreise dienstbar zu sein. Er zwang mich erstmalig zu öffentlichen Reden und stärkte in mir das Gefühl, daß ich hierzu nicht ungeeignet sei. Er legte die ersten Grundsteine für meine künftige Lebensauffassung. Er führte mich mit vielen wertvollen und lieben Menschen zusammen, die mir im späteren Leben auch ausschlaggebend behilflich gewesen sind.

Wenn ich als Beruf die kommunale Selbstverwaltung wählte, so deswegen, weil mir Stadtrat Schmid aus Leipzig, ein Alter Herr des Arion, eines Tages sagte, daß er mich für diesen Beruf für besonders geeignet halte und er, falls ich dies wünsche, mich dem Rat der Stadt Leipzig als juristischen Hilfsarbeiter vorschlagen würde. So kam ich in die Verwaltung der Stadt Leipzig. Stadtrat Schmid nahm mich in seine Abteilung; er war mir ein glänzender Lehrmeister. Als er mich angelernt hatte, empfahl er mich nach Zittau, wo er früher ebenfalls Stadtrat gewesen war, und ich wurde dort als Stadtschreiber gewählt, womit meine Ausbildung für die kommunale Verwaltung die entscheidenden Grundlagen erhielt.

Die gesellschaftlichen Veranstaltungen des Arion führten mich auch mit meiner künftigen Ehefrau zusammen, was für mich um so entscheidungsvoller war, als ich aufgrund einer tiefen, aber unglücklichen Primarnerliebe jeden Verkehr mit der weiblichen Jugend peinlichst vermieden hatte.

Die wenigen wirklichen Freunde, die ich im Leben gehabt habe, stammen aus den Reihen des Arion.

Auch bei meinem Aufenthalt in Südwest-Afrika⁴³ und vor allem im Kriege verfolgte mich der Arion auf Schritt und Tritt. Ich habe einmal im Orte Barbas in Frankreich in meinem Bauernquartier 14 Arionen zu einem festlichen Abend um mich vereint. Manchem habe ich auch die letzten Blumen auf den Sarg geworfen.

Ehrlich und zäh habe ich mich bemüht, den Arion vor dem Abgleiten in die nazistische Umwelt zu behüten. Das gelang mir nicht, und da ich auch nicht die geringste Konzession an den Nazismus je in meinem Leben gemacht habe, trat ich dann aus dem nazistisch gewordenen Arion aus, aber das hindert nicht meine tiefe Dankbarkeit für das, was dieser Inbegriff jugendlicher und kultureller Ideale für mich in der Jugend und im späteren Leben gewesen ist.

13. Mai 1947

Im Oderbruch liegt die kleine Stadt Wriezen. Sie hatte früher etwa 8000 Einwohner, im Krieg ist sie aber so ungeheuerlich zerstört worden, daß

sie nur noch 5000 Einwohner beherbergen kann, und auch da nur bei primitivsten Wohnverhältnissen. Zu dem Unglück des Krieges gesellte sich im Frühjahr 47 eine Überschwemmungskatastrophe größten Ausmaßes. Im Ort selbst ist die Liberal-Demokratische Partei die stärkste Partei. Sie sitzt mit dem Bürgermeister und mit dem Stadtverordneten-Vorsteher an entscheidender Stelle; ihre Verantwortung ist deswegen außerordentlich groß. Unter Würdigung dieser besonderen Lage hielt ich es für angebracht, mich für eine Großkundgebung zur Verfügung zu stellen. Das Interesse, das diese Veranstaltung fand, war ungewöhnlich stark. Es war eigentlich in dem großen Versammlungsraum die gesamte erwachsene Bevölkerung des Ortes anwesend. Die Wirkung des Vortrages war eigenartig. Die Leute hingen fast buchstäblich genommen mit ihren Augen an den Lippen des Redners; es war die erste Versammlung von mir, auf der während des Vortrages nicht ein einziges Mal Beifall erklang, aber das hatte einen eigenartigen Grund, ähnlich wie man es in der Kirche für unschicklich halten würde, dem Kanzelredner Beifall zu spenden, so war es auch hier. Man scheute sich offenbar, den Redner zu unterbrechen und gab sich einer gewissen Andacht hin. Am Ende der Rede änderte sich allerdings das Bild und die Zustimmung war herzlich und uneingeschränkt.

Äußerlich war die Versammlung sehr gut vorbereitet. Vorsitzender der Ortsgruppe und Stadtverordnetenvorsteher ist der Apotheker des Ortes, der im Kriege vollkommen verbombt ist, aber sich schon wieder ganz leidlich geschäftlich und persönlich zurechtgefunden hat, wie überhaupt die Bevölkerung durch ihr schweres Schicksal nicht entmutigt ist. Die LDP hat natürlich einen schweren Stand, da die SED als unterlegene Partei mit allen Mitteln gegen sie arbeitet. Dabei ergeben sich sehr oft für den Bürgermeister und für den Stadtverordnetenvorsteher ebenso unschöne wie schwierige Situationen.

Daß die Einwohner im allgemeinen keine Ernährungsnot leiden⁴⁴, zeigte mir die Art der gastlichen Bewirtung, die ich beim Apotheker und mein Fahrer bei einem anderen Parteifreund fanden. Friedensmäßig. Nachts ½2 Uhr war die Wriezener Exkursion beendet: Straßen in grauenhaftem Zustand, sowjetische und deutsche Kontrolle reichhaltig und gut.

14. Mai 1947

Die heutige Sitzung des Gesamtvorstandes der Partei war die erste, die unharmonisch und stürmisch verlief. Bei der Festsetzung der Tagesordnung für den im Juli bevorstehenden Parteitag nahm Dr. Reif Gelegenheit, um einen scharfen Angriff gegen die Tätigkeit Lieutenants zu richten; so scharf, daß ich an einer Stelle mit entschiedenem Ordnungsruf eingreifen mußte. Zwischen Reif und Lieutenant bestehen seit längerer Zeit Spannungen und leider sind das Temperament und die sonstige Eigenart Lieutenants nicht geeignet, diese Spannungen zu überwinden. So kam es

zu außerordentlich unliebsamen Explosionen, die um so peinlicher waren, als sowohl ein russischer wie ein britischer Offizier der Sitzung beiwohnten. Ich würde es für meine Person niemals fertig bringen, in Gegenwart von Angehörigen fremder Militärmächte sog. schmutzige Wäsche zu waschen. Die Auffassungen hierüber sind offenbar verschieden. Ich hatte aber das Gefühl, als ob die überwiegende Mehrheit des Parteivorstandes von gleichem Widerwillen gegen diese Szene erfüllt war wie ich. Ich machte daraus auch kein Hehl und die Sache wurde für diesmal dadurch in den Hintergrund gerückt, daß ein Schlichtungsausschuß unter meinem Vorsitz die Angelegenheit prüfen soll. Voraussichtlich aber wird sich bei der neuen Vorstandswahl im Juli auf dem Parteitag eine ähnliche Szene wiederholen. Mit welchem Ausgang, steht dahin. Jedenfalls ist Lieutenant nicht ungefährdet. Er hat nicht die Fähigkeit, andere selbständig arbeiten zu lassen, will alles selbst machen und gerät dadurch viel mehr zu einzelnen Mitarbeitern in Widerspruch, als dies der Fall sein würde, wenn er sie selbständig arbeiten ließe. Ich habe mich natürlich für Lieutenant und seine z. T. bis zur Aufopferung gehende Mitarbeit eingesetzt, aber es war doch manches von dem, was in überspitzter Form vorgebracht wurde, tatsächlich nicht ohne einige Berechtigung. Persönlich bin ich in solchen Dingen ganz hilflos, denn ich bin vollkommen ungeeignet, sog. Stunk zu bereinigen. Ob dies im Schlichtungsausschuß mir im vorliegenden Falle gelingen wird, weiß ich noch nicht. Ich hatte zum Vorsitzenden des Ausschusses Schiffer vorgeschlagen als Senior der Partei, aber Schiffer lehnte entschieden ab und ebenso entschieden drang der Vorstand darauf, daß ich den Vorsitz übernehmen möchte.

19. Mai 1947

Sonntag, der 17. und Sonntag, der 18. Mai brachten drei überaus gelungene Veranstaltungen der Partei in Borna⁴⁵ und Limbach. In Borna fand 4 Uhr nachmittags im Seegarten eine Arbeitstagung aller Ortsgruppen-Vorsitzenden, Stadtverordneten, Kreistagsmitglieder und sonstigen Funktionäre der Partei statt. Über 100 Vertreter hatten sich eingefunden. Der Kreisvorsitzende, Oberstudiendirektor von Louis leitete die Veranstaltung. In zweistündigem Vortrag versuchte ich, die Vertreter der Partei praktisch über die Notwendigkeiten in den Stadtverordneten-Versammlungen und Kreistagen, sowie im Landtag zu orientieren, und zwar nicht etwa durch problematische Betrachtungen, sondern durch ganz konkrete Anregungen und Vorschläge. Ich bat dann die Anwesenden, recht zahlreiche Fragen an mich zu bringen, falls sie über bestimmte Punkte Auskunft wünschten. Von dieser Möglichkeit der Fragestellung wurde ausgiebig Gebrauch gemacht, so daß ich noch einen zweiten Vortrag von einer Stunde Dauer in Beantwortung dieser vielen Fragen hinzufügen mußte.

Nach der Vertreterversammlung vereinigte mich mit dem Kreisvorsit-

zenden ein einfaches, aber sehr reichhaltigs Abendessen im Gasthof Scholz, wo ich auch untergebracht war und liebevoll betreut wurde. Dann kam die öffentliche Kundgebung. Der Saal, etwa 1000 Personen fassend, reichte nicht aus. Hunderte standen auf der Straße. Auffällig war die starke Anzahl von Arbeitern, die als Teilnehmer zu verzeichnen waren. Viele frühere persönliche Bekannte und auch Angehörige meines Feldtruppenteils sprachen mich an. Auch der frühere Abgeordnete Dr. Rademacher von den Deutsch-Nationalen – jetzt Mitglied unserer Partei – war zugegen; er war ein dankbarer Zuhörer, wie überhaupt die gesamte Zuhörerschaft innerlich stark mitging. Nach der Kundgebung vereinte uns bis 12 Uhr abends ein Kreis von etwa 100 Parteifreunden bei einem Glas Bier, wobei es noch zu mancher politischen Meinungsäußerung auf den verschiedensten Gebieten kam.

Sonntag Vormittag erfolgte die Abreise nach Limbach, woselbst ich mich auf ½10 Uhr bei Frau Richter-Bahner angesagt hatte, die ein außerordentlich rühriges Vorstandsmitglied der Partei in Limbach ist. Die Hoffnung, eine stille Stunde der Zurückgezogenheit vor der Kundgebung dort zu verleiben, erwies sich leider als irrig. Der Vater der Frau Richter, der bekannte Großindustrielle Bahner aus Oberlungwitz, ebenfalls ein wertvolles Mitglied unserer Partei, war mit seiner Frau erschienen, dazu einige weitere Herren und Damen des Vorstandes. Ein reichhaltiges Frühstück mit Bohnenkaffee ging über die Bühne, und dann ging's in die Kundgebung. Der Saal faßte 1000 Menschen, aber ebenso viele standen noch auf der Straße. Die Versammlung wurde umrahmt von den Darbietungen eines ganz ausgezeichneten Orchesters, so daß schon dadurch die Kundgebung den Charakter einer Feier bekam. Die Haltung der Zuhörer bestärkte diesen feierlichen Eindruck. Nach der Kundgebung gab es wieder in der Wohnung der Frau Richter in einem Kreis von etwa 10 Personen ein völlig friedensmäßiges Mittagessen. Zugegen war auch der Chemnitzer Vorsitzende, Landgerichtspräsident Ziehl. Ich wurde vor allem von den anwesenden Damen so liebevoll betreut, daß ich beim besten Willen nur einen Teil dessen mir einverleiben konnte, was mir immer wieder auf den Teller gelegt wurde. Während man mir in Borna noch die Reste des von mir nicht verzehrten Mahles in Gestalt von vielen Scheiben Lendenbraten, einer großen Wurst und eines erheblichen Stückchens Rauchfleisch eingepackt hatte, bedachte man mich hier durch die Mitgabe von Zigarren. 3 Uhr trat ich die Rückfahrt nach Berlin an, die pannenlos vor sich ging und mich 8 Uhr abends in meine Wohnung brachte.

27. Mai 1947

Der Verbindungsoffizier der Amerikaner bei der Stadt Berlin, Hauptmann Mauttner, hatte das Bedürfnis, sich mit mir über politische Dinge zu unterhalten. Ich fand in Zimmer 111 des Stadthauses einen jungen, netten,

höflichen und bescheidenen Amerikaner vor; eine nicht alltägliche Erscheinung. Eine gute Zigarre förderte die Stimmung, und wir waren bald in einem mehr als einstündigen, angeregten Gespräch über alle möglichen politischen Probleme verstrickt. Die Unterhaltung erstreckte sich keineswegs nur auf Kommunalpolitik, sondern ging sehr bald über auch auf weltpolitische Fragen. Man merkte dem jungen Hauptmann sichtlich an, daß er aufnahmefähig für Ansichten auch der anderen Seite war. In der Äußerung eigener Auffassung war er verhältnismäßig zurückhaltend, aber natürlich trat überall eine gewisse Abneigung gegen die sowjetische Politik zutage. Er selbst bekannte, daß es für Angehörige der Besatzungsmacht sehr schwer sei, sich ein wirkliches Bild von den deutschen Verhältnissen und der inneren deutschen Einstellung zu machen. Aus den kritischen Äußerungen, die er über einzelne Personen von sich gab, die jetzt im Vordergrund des politischen Lebens stehen, erkannte ich jedoch eine gute Menschenkenntnis.

Mauttner bat mich beim Abschied, doch öfter einmal zu ihm zu kommen. Vielleicht tue ich das, soweit meine Zeit es erlaubt, und zwar nicht nur in der Hoffnung auf eine gute Zigarre.

2. Juni 1947

In einer schwachen Stunde der Vergangenheit hatte ich dem Vorsitzenden der Partei in Oelsnitz⁴⁶ einen Vortrag für seine Ortsgruppe zugesagt. Dieser Vorsitzende, Dr. Rupp, gehört zu den tatkräftigsten und uneigennützigsten Funktionären unserer Partei. Das gleiche gilt von seiner Frau. Ich fühlte mich deswegen einer an mich ergangenen Erinnerung zufolge verpflichtet, mein Versprechen, nach Oelsnitz zu kommen, einzulösen. Da ich aber in der Beziehung ungenügsam bin, genügte mir eine Kundgebung allein nicht und ich veranlaßte für den gleichen Tag auch noch eine solche für Elsterberg, einem Städtchen von 7000 Einwohnern, das einen starken Antrieb in unserer Parteisache brauchte. Da diese Elsterberger Kundgebung am Sonntag schon um 10 Uhr steigen sollte, begab ich mich schon am Sonnabend Nachmittag in diese Kulturzentrale. Ich wurde von dem Vorstand herzlich empfangen. Der Abend verlief im engsten Kreise sehr anregend und gemütlich. Der Fraktionsvorsitzende Schiller ist ein braver Lebensmittelhändler, der für eine reiche Ausstattung des Abendbrotes gesorgt hatte. Seine Frau und seine Tochter hatten ihn dabei tatkräftig unterstützt. Der Abend dauerte bis nach 12 Uhr, aber das störte mich nicht, denn ich konnte ja bis 9 Uhr morgens schlafen. Der Vorstand leistete mir schon beim Frühstück wieder Gesellschaft. Dann ging's zur Kundgebung, die zahlreich besucht war und von den Elsterbergern offenbar als Festtag gewürdigt wurde. Die Herren des Elsterberger Vorstandes waren sehr ungehalten darüber, daß der Kreisvorstand aus Plauen mit dem Oberbürgermeister an der Spitze erschienen war, um mich sofort nach der Kundge-

bung nach Plauen zu entführen. Ich konnte das aber nicht gut ablehnen, da ich Ehrenbürger der Stadt Plauen bin und schon deswegen dem Plauer Oberbürgermeister keine Absage zu erteilen vermochte. Der zu unserer Partei gehörige Oberbürgermeister Dr. Wettstein veranstaltete in kleinem Kreise in seinem Hause ein Essen, das sowohl in Speise wie in Getränken rein friedensmäßigen Charakter trug.

Für den Nachmittag hatte ich eine Besprechung mit Justizminister Kastner vorgesehen, der einige Tage zur Erholung in Bad Elster weilte. Wir hatten manches Intime und Interne und auch manches Offizielle zu besprechen. Das geschah ausgiebig und gut, zum Teil unter Mitbeteiligung der Frau Kastners. Kastner wohnte als Gast der russischen Kommandantur in der Villa „Idylla“. Ich hätte mich an seiner Stelle nicht als Gast der Russen etabliert. An sich ist nichts dagegen einzuwenden, aber man muß auch den Schein vermeiden, als ob man weitgehende Gefälligkeiten von den Russen annimmt, denn man kommt sonst bei unverständigen Menschen sehr leicht in Verdacht, in ein Abhängigkeitsverhältnis zu den Russen zu geraten. Ich glaube nicht, daß Kastner sich durch diese ihm gewährte Gastfreundschaft in seiner politischen Haltung beeinflussen läßt, aber andere glauben das eben nicht. Auch auf solche Erscheinungen muß man Rücksicht nehmen.

Nachmittags 6 Uhr trudelte ich in Oelsnitz ein und war Gast des Herrn Dr. med. Rupp und seiner Gattin. Die Familie Rupp sind ganz ausgezeichnete Menschen. Mit einer wirklich fast bedrückenden Liebenswürdigkeit umgaben sie mich vom ersten bis zum letzten Augenblick. Auch die übrigen Parteivorstands-Mitglieder waren wertvolle Erscheinungen. Die ganze Ortsgruppe machte einen vorzüglichen Eindruck. Offensichtlich hatte die Ankündigung des Parteivorsitzenden als Redner stark gewirkt. Nicht nur der über tausend Personen fassende Schützenhaussaal war überfüllt, sondern auch zwei weitere Säle konnten die Erschienenen nicht fassen. Aber durch Lautsprecher wurde die Neugier auch dieser Besucher befriedigt. Man sagte mir hinterher, der Vortrag sei besonders wirkungsvoll gewesen. Der tosende Beifall, der nach dem Vortrag sich erhob, deutete auf die Richtigkeit dieser Auffassung. Nach der Versammlung wurde ich von vielen alten Bekannten umlagert, darunter zwei ehemalige Regimentskameraden aus meiner Einjährigenzzeit, die ich 50 Jahre nicht gesehen hatte, und wie der Bürgermeister in Elsterberg am Vormittag sich als Angehöriger meines Bataillons entpuppte, so traten auch hier verschiedene Kriegskameraden in die Erscheinung. Nach der Kundgebung hatte Dr. Rupp etwa 15 Personen des Vorstandes in seine Wohnung eingeladen. Die sich entwickelnde Aussprache war nicht nur sehr lebhaft, sondern vor allem auch sehr harmonisch und war von reichlichsten leiblichen Genüssen umrahmt. Ein der Landwirtschaft angehöriger Parteifreund versah mich noch mit so viel Paketen von Eiern und Wurst, daß ich vielleicht tagelang daran zu zehren habe und der Hausherr verstaute beim Abschied

noch eine Flasche köstlichen 1937er Rheinweines in mein Gepäck. Ein Parteifreund in Weida hatte mir auf der Hinreise bereits einen großen elektrischen Heizofen verehrt, der angeblich das größte Zimmer in einer Stunde warm machen soll. Vielleicht erlebe ich das im nächsten Jahr noch.

Es könnte auffallen, daß ich alle solche materiellen Dinge besonders liebevoll erwähne, aber erstens einmal sind sie ein oft rührender Beweis der Dankbarkeit und Anhänglichkeit der Parteifreunde an ihren Vorsitzenden und verdienen schon deswegen der Erwähnung. Weiterhin möchte ich aber auch meinen Enkeln und Urenkeln, die hoffentlich diese Niederschriften einmal lesen, zeigen, wie stark in unseren Tagen der Not materialistische Dinge wirken, und wie kindlich man sich im späten Alter noch freut über die kleinsten und bescheidensten Genüsse, die man früher kaum beachtet hat. Ich habe zu hunderten Malen die offiziellsten Dinners mitgemacht, habe häufig an Hoftafeln gesessen und fürstliche Veranstaltungen reichlich genossen, alles das hat einen Eindruck auf mich früher nicht gemacht; heute ist das bescheidenste Essen, was über die täglichen Hungerrationen hinausgeht, ein Ereignis. So wirkt die Not zwangsläufig nach der Richtung der sozialistischen Weltanschauung hin, d. h. nach der materialistischen. Vielleicht wird aber auch diese Entwicklungsperiode überwunden; zunächst ist sie es noch nicht.

2. Juni 1947

Unerwartet traf heute der Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt Hübener gegen 1/7 Uhr abends bei mir ein und konferierte mit mir in hochpolitischer Angelegenheit. Er kam von Marschall Sokolowskij, der ihm nahegelegt hatte, sich an der Ministerpräsidenten-Konferenz in München⁴⁷ nicht zu beteiligen, da auch die anderen Ministerpräsidenten der Zone, in einer Konferenz, die morgen stattfinden solle, sich dahingehend einigen würden. Hübener hatte früher mir schon erklärt, daß er auf jeden Fall hingehe, und ich hatte ihm mein volles Einverständnis hierzu geäußert. Inzwischen hatte ich mich nach dieser Richtung hin besonders stark gemacht dadurch, daß ich auf dem Landesparteitag der Berliner Partei und im Rundfunk erklärt hatte, daß ich, wenn ich Ministerpräsident wäre, auf jeden Fall nach München gehen würde. Hübener war über diese ihm noch unbekannte Tatsache sichtlich erfreut, aber die Dinge waren schon zu weit vorgeschritten, um eine Katastrophe zu vermeiden. Er hatte dem Drängen Sokolowskij's gegenüber kurz und bündig erklärt, daß er sein Amt als Ministerpräsident niederlegen würde, wenn man ihm die Genehmigung nicht geben würde. Er wollte dies heute noch tun, hielt es aber für seine Parteipflicht, vorher mit mir darüber zu sprechen. Ich erklärte ihm, daß ich seine Stellung achtete, daß ich aber vor Beendigung der Ministerkonferenz von morgen eine Niederlegung des Amtes für verfrüht hielte, denn es könnte evtl. doch noch eine Entwicklung eintreten, die ei-

nen Besuch der Konferenz durch ihn ermögliche. Hübener sah das ein und wollte seine Entschließung bis morgen aussetzen, blieb aber fest in dem Entschluß, auf sein Amt zu verzichten, sofern die der SED angehörigen Ministerpräsidenten der Zone die Fahrt nach München ablehnen würden. Hübener handelt also durchaus charaktersvoll und zeigt, daß keineswegs etwa alle Leute von uns auf sowjetischen Wink einschnellen. Persönlich bedaure ich lebhaft, daß ich keine Möglichkeit mehr habe, mich selbst mit Sokolowskij auszusprechen. Ich würde ihm mit rückhaltloser Offenheit sagen, daß ich auch im Interesse des Ansehens der Sowjet-Politik eine solche Maßnahme für ganz verkehrt halte. Die SED-Präsidenten der Ostzone werden auf diese Weise mit der Verantwortung des Scheiterns der Münchener Konferenz belastet, und diese Belastung wirkt sich natürlich auch in der Stimmung der Bevölkerung gegenüber der Sowjet-Macht aus. Vermutlich sind es hochpolitische Gründe, die in einer starken Spannung zwischen Amerika und Sowjet-Rußland zu suchen sind, welche die russischen Stellen so stark das Scheitern der Konferenz in München betreiben lassen. Für unsere Partei halte ich es aber durchaus für vorteilhaft, daß ein uns angehöriger Ministerpräsident den Mut hat, seine Überzeugung nicht zu Markte zu tragen. Ich bin mir für meine Person dabei vollkommen im klaren, daß die Rückwirkung der vorliegenden Entwicklung sich auch unmittelbar mir gegenüber auswirken kann, denn auch ich würde nicht die geringsten Konzessionen in dieser Beziehung der Sowjet-Macht gegenüber machen, weil ich – wie schon gesagt – diese Politik weder im Interesse unserer Partei, noch im Interesse Deutschlands, noch im Interesse der Sowjetmacht selbst für berechtigt halte, und ich verstehe die SED nicht, daß sie nicht auch ihrerseits mit ganzer Kraft bei den Sowjets gegen diese Politik vorstellt. Die nächsten Tage können also eine hochinteressante und für mich recht entscheidende Entwicklung bringen. Der Sturz von der Höhe des Parteivorsitzenden in das Nichts ist in der Politik oft schnell vollzogen. Qui vivra, verra.

9. Juni 1947

Die Freie Demokratische Partei der britischen Zone hatte zu ihrem diesjährigen Parteitag nach Bielefeld⁴⁸ eingeladen. Von der Ostzone nahm eine stattliche Anzahl Mitglieder unserer Partei teil, im ganzen etwa 20. Ich wurde vom Vorsitzenden der Partei, Finanzminister Blücher, auf das Wärmste begrüßt. Blücher verstieg sich dabei zu dem zu weit gehenden Wort, daß er in mir den „Herold der deutschen Politik“ begrüße. Ich benutzte die Gelegenheit, um meine Dankesworte zu einer grundsätzlichen Rede auszuweiten, die stürmischen Beifall fand. Die Vorträge, die auf dem Parteitag gehalten wurden, standen durchgehend auf bester Höhe. Organisatorisch zeigten sich noch starke Gährungserscheinungen oder drastischer ausgedrückt: es gab auch hier viele Leute, die Liberalismus mit Stänkern verwechseln, ganz wie bei uns. Blücher, der sonst den Vor-

sitz ausgezeichnet führte, erwies sich leider nicht als souverän in Behandlung dieser Sachen. Alles kam aber schließlich doch noch zu einem befriedigenden Ende. Am letzten Tag folgte eine imposante Kundgebung im Stadt-Theater zu Bielefeld, in der Blücher eine auf hohem gedanklichen Niveau stehende Rede hielt.

Die Tage waren ziemlich anstrengend, denn infolge meiner vielen Vorträge in den anderen Zonen kamen die Leute, mehr als mir lieb war, immer wieder auf mich zu. Ich habe tapfer bis zuletzt ausgehalten.

Die organisatorischen Vorbereitungen der Veranstaltung waren im allgemeinen gut. Persönlich hatte ich dabei allerdings verschiedene Pechstränen durchzumachen. Meine Einquartierung war nicht in einem Hotel erfolgt, sondern bei einem sehr schlichten Werkmeister. Es war dort zwar alles sauber, aber die 5köpfige Familie, einschl. meiner Person, mußte sich morgens am Küchentisch waschen. Die Leute meinten es im übrigen sehr gut und herzlich mit mir; vor allem verliebten sich sehr schnell die beiden kleinen Jungen des Ehepaares in den Großpapa. Die Verpflegung war ausgezeichnet geregelt. Man hatte für jede Mittags- und Abendmahlzeit einen Bon, der für die einzelnen Gruppen der Vertreter in bestimmten Lokalen ohne Bezahlung honoriert wurde. Ich war in einem Lokal „Lindenhof“ angesetzt, wo es ausgezeichnetes Essen gab; dabei gab es jeden Tag Fleisch. Die wertvollsten Genüsse aber bot mir Herr Schwake in Herford, Goltzstr. 3, ein vornehmer Herr, der Blücher, Heuss, Höpker-Aschoff und mich am ersten Tage abends lud; ein stilvolles, wohlgepflegtes Haus von bester Kultur nahm uns auf. Die leiblichen Genüsse waren, wie man früher zu sagen pflegte „exquisit“, und wir saßen bis 12 Uhr nachts in sehr angeregtem politischen Gespräch zusammen. Dabei sah ich nach 14 Jahren die Frau von Höpker-Aschoff wieder, die vor ihrer Verheiratung Sekretärin in unserem Berliner Büro war. Sie war schon damals eine Dame von bester Allgemeinbildung, hatte aber inzwischen noch stark an Wert gewonnen. Die Freude des Wiedersehens war offensichtlich auch auf der anderen Seite aufrichtig.

Ernste Begleitumstände stellten sich auch ein. Mein Fahrer wurde in der einen Nacht, als er in sein Quartier fuhr, von drei Engländern angehalten, die ihn zwangen, sie in die Kaserne zu fahren, ihn vorher aber vollkommen ausplünderten und seinen Schlafanzug, wie sein Reise-Necessaire sich einverleibten. Schlimmer war noch ein anderer Fall: Als ich am zweiten Tage mittags in mein Quartier fuhr, überquerte in rasender Fahrt ein Engländer die Straßenkreuzung. Der Wagen streifte unser Auto, dessen Schutzstange zertrümmert wurde und dessen einer Kotfügel auch in die Brüche ging. 30 cm näheres Heranrücken hätte nicht nur dem Wagen, sondern auch uns das Leben gekostet. Da sich der Engländer hinterher auch noch sehr töricht benahm, kam es zu einer sehr entschiedenen Auseinandersetzung zwischen ihm und mir, wobei ich ihm keinen Zweifel über meine Auffassung ließ.

Die Rückfahrt war grauenhaft, Lieutenant hatte mich schon am zweiten Tag allein gelassen und sich mit dem sehr guten Wagen Mossners, der an diesem Tage schon nach Berlin zurückfahren mußte, ebenfalls nach Berlin begeben. Ich durfte in dem Salonwagen der Partei (verdreckt von oben bis unten) die Rückreise bestreiten. Bis dicht hinter Helmstedt hatten wir drei schwere Reifenpannen und standen nunmehr vor der Frage, ob wir überhaupt weiterfahren sollten oder von Berlin ein anderes Auto kommen lassen sollten. Ich entschloß mich zur Weiterfahrt um jeden Preis und wir fuhren nunmehr über 200 km mit drei Gummireifen und einem auf Felgen gehenden Rad. Was das bedeutet, kann nur der ermessen, der einmal eine solche Tortour durchgemacht hat. Anstatt abends 9 Uhr kam ich nachts 1 Uhr in Berlin an.

19. Juni 1947

Der Stadtverband Leipzig hat sich einen wirtschaftspolitischen Ausschuß zugelegt mit einem Sonderbeitrag von monatlich RM. 10,—, wofür er seinen Mitgliedern alle 14 Tage einen Vortrag von besonders bedeutenden Spezialisten bringen will. In die Zahl der Letzteren hat er auch mich eingereiht. Er war deshalb mit der Bitte an mich herangetreten, einen solchen Vortrag über die Wirtschaftspolitik der Partei zu halten. Dem Rufe folgend setzte ich mich am Dienstag, den 10. 6. in Marsch. Ich nahm diesmal Erna⁴⁹ mit und Frau Dr. Fischer aus Leipzig, die von Bielefeld her auf der Rückreise war. Die Anfahrt nach Leipzig war grauenhaft. Wir fuhren wieder einmal etwa 100 km auf den Felgen. Ich traf deswegen auch mit starker Verspätung ein, aber doch noch rechtzeitig, um sofort aus dem Auto heraus ans Rednerpult zu eilen. Nach Mitteilung meines Schwagers, der in der Versammlung anwesend war, soll der Vortrag Wert gehabt haben. Er war außerordentlich stark besucht.⁵⁰

Meine Absicht, noch in derselben Nacht nach Berlin zurückzufahren, konnte ich nicht ausführen, da das Auto bewegungslos war und trotz der rührenden Bemühungen der Leipziger Parteifreunde ein anderes Auto erst für den nächsten Morgen 7 Uhr zu beschaffen war. Ich wurde im Gästehaus der Stadt Leipzig untergebracht, wurde gut gepflegt und einige Parteifreunde leisteten mir noch einige Stunden Gesellschaft. Am nächsten Morgen ging dann die Rückfahrt vonstatten, und zwar ohne irgendwelche Zwischenfälle.

Bei meiner Ankunft in Berlin erwartete mich ein neues Vergnügen. Das Scheitern der in München abgehaltenen Konferenz der Ministerpräsidenten hatte den gerade in Erfurt tagenden Landesparteitag der Thüringer Partei zu einer Entschließung verführt, die der Sowjet-Behörde stark mißfallen hatte, und zwar so stark, daß sie damit umging, den Parteitag in Eisenach zu verbieten.⁵¹ Die Situation mußte also schleunigst bereinigt werden. Mit den aus Weimar herangeholten beiden demokratischen Mini-

stern Moog und Külz begab ich mich nach Karlshorst. Es gelang dort in etwa 1½-stündiger Aussprache, die Spannung zu lösen. Eine gewisse Spannung hatte sich auch sonst ergeben, da einigen Parteifreunden in Thüringen und Berlin meine Erklärung über die Ministerkonferenz zu russefreundlich erschien. Ein anonym gebliebener Parteifreund hatte sogar den Geschmack, im „Abend“⁵² gegen meine Einstellung zu polemisieren. Aber auch diese Divergenz wurde in der Parteivorstands-Sitzung am 18. 6. schnell aus der Welt geschafft.⁵³ Die überwiegende Mehrheit der Landesverbände teilte meine Auffassung, und Thüringen und Berlin beruhigten sich. Bei den Stadtverordneten wurde dann das ganze unleidliche Thema später nochmals aufgezo-gen, aber ich nahm meinerseits keinen Anlaß, mich zu beteiligen, sondern überließ das dem Fraktionsvorsitzenden Schwennicke, der sich seiner heiklen Aufgabe loyal und geschickt entledigte. Im Berliner Rundfunk habe ich dann in einem Rundtafelgespräch mit Bürgermeister Dr. Acker und Bürgermeister Dr. Friedensburg dieses Problem abschließend behandelt. Um die ganze Sache ist viel zu viel Aufhebens gemacht worden. Tatsächlich ist gar nichts dabei herausgekommen.

An Versammlungen ist noch eine solche am 13. Juni in Friedrichshain zu erwähnen, die so stark besucht war, daß die Leute auf der Straße und in den Höfen standen. Die Parteifreunde waren glücklich über den imposanten Verlauf der Kundgebung und äußerten herzliche Dankbarkeit.

21. Juni 1947

In Mecklenburg haben wir mit RM. 35 000,- Beihilfe eingegriffen, um die Organisation der Partei mit einiger Entschiedenheit anzukurbeln. An der Spitze der Neubelebung der Parteiarbeit sollten sechs Großkundgebungen stehen, die für Rostock, Stralsund, Parchim, Demmin, Ahlbeck a. Usedom und Greifswald angesetzt waren.⁵⁴ Zwei von ihnen, Stralsund und Rostock, übernahm Schulrat Wolff, die anderen blieben an mir hängen. Ich fuhr mit Schulrat Wolff nach Parchim. Wolff wurde von dort mit anderem Auto nach Rostock verfrachtet. Vorher aber entwickelte sich eine außerordentlich gemütliche Kaffeetafel, für welche von den Parteifreunden unvorstellbare Mengen von Kuchen und Bohnenkaffee herangeschafft worden waren. Dann ging es in die Versammlung, die äußerlich sehr wirkungsvoll aufgemacht war und die wieder einmal wie eine politische Andachtsstunde gewertet wurde. Von Parchim aus ging die Fahrt nach Demmin, wo am gleichen Tage die zweite Versammlung stattfand. Auch sie verlief glänzend, und auch hier hatten die Parteifreunde liebevoll für das äußere Wohl gesorgt. Am Sonntag, den 15. 6., 10 Uhr kam Greifswald an die Reihe. Hier war besonders erfreulich, daß die Jugend fast die Hälfte der Versammlungsteilnehmer ausmachte. Der große Versammlungsraum war ebenfalls überfüllt. Nach einem üppigen Eintopfgericht

(Aalsuppe) ging die Fahrt nach Usedom weiter. Die Partei auf Usedom war bisher besonders schwach. Der Vorstand sah mit einiger Besorgnis der Versammlung entgegen, denn eine kurz vorher stattgefundene Versammlung der CDU hatte ganze 20 Versammlungsteilnehmer aufzuweisen gehabt, und eine solche der SED 30. Sie waren sichtlich erfreut, daß der mehrere hundert Personen fassende Saal restlos angefüllt war, als ich meinen Vortrag begann. Der Versammlung war der Vortrag offenkundig ein Ereignis. In einem anschließenden Zusammensein der Vorstandsmitglieder konnte noch manche politische Aufklärung gegeben werden.

Am frühen Vormittag des Montag, den 16. 6. setzte ich mich in rückläufige Bewegung nach Berlin, wo ich, mit Blumen überladen, am Nachmittag eintraf. Die Aufnahme durch die Parteifreunde in den einzelnen Orten war geradezu rührend.

23. Juni 1947

Der „Telegraf“, das Blatt der Sozialdemokratischen Partei, fühlte das Bedürfnis zu einem mich schwer anrempelnden Artikel und versuchte, mich als Parteiführer zu diskreditieren, indem er die Behauptung aufstellte, daß ein großer Teil der Partei mit meiner politischen Haltung nicht einverstanden sei und daß große Neigung bestände, mich auf dem bevorstehenden Parteitag in Eisenach nicht wieder zum Vorsitzenden zu wählen.⁵⁵ „Es sind die schlechtsten Früchte nicht, daran die Wespen nagen.“ Der Artikel des „Telegraf“ ist mir ein Zeichen dafür, daß ihm mein politischer Einfluß unbequem zu werden beginnt. Ich bin überzeugt, daß viele Leute bei der Sozialdemokratie selbst von diesem Machwerk abrücken, bedaure aber doch, daß ein Blatt, dessen Lizenzträger so anständige Menschen wie Loebe, Scholz und Frau Dr. Leber sind, zur Ablagerung benutzt wird. Natürlich werde ich mich nun auch den offiziellen Persönlichkeiten der Sozialdemokratischen Partei gegenüber der aus Selbstachtung gebotenen Zurückhaltung befleißigen. Die sachliche Antwort wird der Parteitag in Eisenach geben.

Ganz scharf wurde gegen Schulrat Wolff im „Tagesspiegel“ geschossen, und zwar durch den Vater des niedersächsischen Innenministers Dr. Menzel. In diesem Artikel wird nichts mehr und nichts weniger behauptet, als daß Wolff zwar kein nominelles Mitglied der Partei, aber doch aktivistischer Nazi gewesen sei. Da Wolff Referent für Kultursachen in der Hauptleitung unserer Partei und Stadtverordneter in Berlin ist, kann man diese Anwürfe nicht unbeachtet lassen. Ich glaube deswegen, eine Entscheidung des Parteigerichts nicht vermeiden zu können, möchte aber stark hoffen, daß das Ergebnis der Untersuchung so ausfällt, daß Wolff gehalten werden kann.

24. Juni 1947

Heute fand die Oberbürgermeister-Wahl in Berlin statt. Wie vorauszusehen war, wurde Stadtrat Reuter⁵⁶ mit 89 Stimmen gegen 17 Gegnerschaft und bei 2 Stimmenthaltungen gewählt. Da die Stadtverordneten 130 Mann stark sind, ergab sich also für Reuter eine $\frac{2}{3}$ -Mehrheit. Behoben ist mit dieser Wahl die völlig unbegründet von der SPD heraufbeschworene Oberbürgermeister-Krisis nicht. Reuter wird zweifellos von den Alliierten nicht bestätigt werden, und so bleibt gerade in einer Zeit, in der alle Kräfte zusammengefaßt werden müßten, Berlin oberbürgermeisterlos. Frau Schröder macht ihre Sache zweifellos ganz brav, aber sie ist ebenso zweifellos auf die Dauer kein Oberbürgermeister.⁵⁷ Man macht ihr das Amt, weil sie eine Frau ist, von allen Seiten leicht, aber zu wirklich durchgreifenden und entscheidenden Maßnahmen ist sie nicht in der Lage. Die Wahl Reuters ist nur eine Demonstration und bringt uns praktisch nicht weiter. Da ich selbst solche Demonstrationen grundsätzlich nicht mitmache, habe ich Reuter nicht gewählt, sondern mich der Stimme enthalten, denn ich habe nicht das Bedürfnis, die SPD bei einer Demonstration zu unterstützen.

25. Juni 1947

Bei den Alliierten und in der Presse tauchte auf einmal die Fabel auf, daß die Sowjetunion einen selbständigen Oststaat errichten wolle und daß Dienstag, den 24. 6. im Hause der Sowjetkultur dem Ausschuß des antifaschistischen Einheitsblockes dies in einem feierlichen Akt bekanntgegeben werden sollte. Als Ministerpräsidenten dieses Oststaates wurden Dr. Külz und Steinhoff genannt. Natürlich traten die verschiedensten Korrespondenten deswegen mit mir in Verbindung. Ich habe mich von vornherein über diese ganzen Gedankengänge lustig gemacht und meistens gesagt, daß es mir unverständlich sei, wie man die Sowjetbehörden für so töricht halten könnte.

In Wirklichkeit handelte es sich um eine Einladung des politischen Chefs der SMA, Oberst Tjulpanow, an den Einheitsausschuß der antifaschistischen Parteien in das Haus der Sowjetkultur.

Die ganze Sache ging in Form einer gesellschaftlichen Einladung vor sich. Der Einheitsausschuß war vollzählig erschienen, außerdem eine stattliche Zahl der in der politischen Abteilung beschäftigten Offiziere. An stilvoll gedecktem Tisch wurde ein gutes, aber Gott sei Dank nicht allzu üppiges Abendessen serviert. Tjulpanow führte den Vorsitz und begrüßte in einer hochpolitischen Rede die Gäste. Er erteilte bis zu einem gewissen Grade Zensuren über das Verhalten der politischen Parteien, wobei die LDP recht gut wegkam. Da ich rechts von Tjulpanow saß, also gewissermaßen den Ehrenplatz hatte, fühlte ich mich für zuständig, Tjulpanow sofort zu antworten. Ich tat dies in einer „groß angelegten“ politischen

Rede, indem ich mit rückhaltloser Offenheit auch die Mängel der alliierten Politik darlegte, selbstverständlich auch nicht nur unseren Parteistandpunkt, sondern die gesamtdeutsche Einstellung zu den schwebenden Problemen. Ich weiß nicht, ob es die Überraschung war oder der Inhalt der Rede, der die Wirkung ausübte, daß zunächst kein rechtes Gespräch wieder aufkommen wollte. Die Beteiligten beschäftigten sich offenbar sehr stark mit dem Gehörten. Tjulpanow ermunterte dann immer wieder von neuem Jakob Kaiser, doch auch seinerseits das Wort zu ergreifen. Der brauchte aber lange, um innerlich fertig zu werden.

Vor ihm fand sich Grotewohl wieder, der in einer guten Rede die von mir gekennzeichneten Linien nachzog. Es folgte dann Kaiser, der aber keinen guten Tag hatte und nur wenig eigene Gedanken von sich gab. In glänzender Form sprach Schiffer, der den „Mann aus dem Volke“ markierte und den Nagel auf den Kopf traf mit dem Bemerken, man solle im Einheitsausschuß zur praktischen Tat übergehen und konkret an die Beseitigung der schwersten Sorgen des Volkes hinsichtlich des nächsten Winters herangehen. Tjulpanow faßte das Gehörte in einem guten Schlußwort zusammen, und das Ergebnis der ganzen hochpolitischen Diskussion bestand darin, daß der Einheitsausschuß beschleunigt an konkrete Vorschläge zur Behebung der Not herantreten wird. Gegen 10 Uhr war die 7 Uhr abends begonnene Veranstaltung beendet.

28. Juni 1947

Nachts gegen 11 Uhr war ich gestern erst aus Halle zurückgekommen, heute $\frac{1}{2}$ 9 Uhr ging es wieder nach Königswusterhausen. Dort haben die Sowjets einen Lehrgang eingerichtet für jeweils etwa 150 Mann, allemal auf 3 Monate berechnet. Die Teilnehmer erhalten RM. 300,- in bar, völlig freie Unterkunft und werden täglich durch sowjetische Offiziere oder Beauftragte in der sowjetischen Geschichte, Politik und Kultur unterrichtet. Es ist also eine planmäßige Erziehung zu den Sowjets hin. Das Gute bei der Sache ist nur, daß sie nicht verschleiert, sondern ganz offen betrieben wird.

Die deutschen Parteien erhalten Gelegenheit, ihre eigenen politischen Auffassungen vor der Hörerschaft darzulegen. Um dies für die LDP zu tun, begab ich mich nach Königswusterhausen, wurde von einem sowjetischen Oberst und einem Major sehr freundlich aufgenommen und hielt dann, vor der andächtig lauschenden Menge der Teilnehmer, einen programmatischen Vortrag über die LDP. Die Offiziere schrieben lebhaft nach, die Versammlung macht ebenso lebhaft mit und quittierte am Ende mit starkem Beifall. Zu ihrer eigenen Schulung nahm an dem Kursus auch eine nicht unbeträchtliche Zahl von Parteimitgliedern von uns teil, die sich offenbar besonders freuten, mich wenigstens kurz begrüßen zu können.

28. Juni 1947

Der für Anfang Juli bevorstehende Parteitag in Eisenach wirft in vielem seine Schatten voraus. So war für Freitag, den 27. 6. eine Parteiausschuß-Sitzung, diesmal in Halle, angesetzt. Da Lieutenant sich in Süddeutschland befindet, fuhr ich mit Westenberger nach Halle. Die dortigen Parteifreunde haben ein schönes großes Haus stilvoll als Parteiunterkunft eingeräumt erhalten. Man könnte sie beneiden. Ein schöner großer Sitzungssaal hielt uns 8 Stunden umschlossen.⁵⁸ Ich benutzte die Gelegenheit, um in einem einleitenden Vortrag über den neuesten Marshall-Plan⁵⁹ zu sprechen und vor übertriebenen Hoffnungen zu warnen. Meine Auffassung im Einzelnen ist aus dem Leitartikel im „Morgen“ vom 29. 6. zu ersehen. Im übrigen beschäftigten wir uns 7 Stunden mit der Beratung der neuen Parteisatzung, ein grauenhaftes Geschäft, ganz mangelhaft durch die Parteistelle vorbereitet, die es versäumt hatte, einigen Landesverbänden den nun das sechste Mal durchberatenen Entwurf in seiner letzten Fassung zugehen zu lassen. Ich mußte deswegen jeden einzelnen § lesen. Im Ganzen haben 47 Redner im Verlaufe der Verhandlungen gesprochen, und 26 Abänderungsanträge lagen vor. Schließlich gelang es aber doch mit unendlich geübter Geduld, die Verabschiedung durchzudrücken. Zur schmerzvollen Überraschung aller erklärte aber nach der Annahme die Vertretung von Leipzig, daß sie in Eisenach doch wieder ihre Anträge stellen wollte. Freilich wurde sie von allen Seiten fast flehentlich gebeten, das nicht zu machen, um möglichst eine Blockannahme der Satzung in Eisenach zu erzielen. Der Verlauf der Dinge wird zeigen, ob von den Leipziguern diese Selbstdisziplin geübt wird. Ich habe wenig Hoffnung, werde aber – falls die Leipziger wirklich Schwierigkeiten machen – keinen Anlaß mehr haben, sie bei meinen Entschlüssen über Vorträge und Reden mit dem vorzugsweisen Entgegenkommen zu behandeln wie bisher.

1. Juli 1947

Als ein kleines freudiges Vorspiel für den Parteitag in Eisenach teilte mir gestern Major Golowtschiner mit, daß in voriger Woche in der Wohnung von Reif eine Besprechung stattgefunden habe, mit dem Ziele, die beiden Vorsitzenden der Partei neu zu wählen, und zwar als ersten Vorsitzenden Dr. Koch, als zweiten Vorsitzenden Dr. Reif und als weiteren stellvertretenden Vorsitzenden Schwennicke. Für mich war diese Mitteilung, die an Golowtschiner von einem an der Besprechung beteiligten Parteifreund gegeben worden ist, hochinteressant. Es gehen also doch von Reif schwere Intrigen aus. Ich fürchte zwar nicht, daß er zu einem wirklichen Erfolg kommen wird, aber schon die Tatsache, daß solche Besprechungen überhaupt möglich sind, ist schmerzlich. Ich hatte ursprünglich die Absicht, Reif jetzt zu einer Hochschulprofessur vorzuschlagen; das werde ich nun leider nicht können, denn nach diesem Vorgehen fehlt es an der charak-

terlichen Eignung, und einen Parteiangehörigen, der meinen eigenen politischen Ruin will, in ein öffentliches Amt zu bringen, das würde doch schiefe Bilder geben.

Ich habe die Landesparteivorsitzenden eine Stunde vor dem Hauptauschuß in Eisenach zusammengebeten, um ihnen ganz offen meine Auffassung über diese Vorkommnisse zu sagen. Ich weiß, daß im politischen Leben das „Hosianna“ und das „Kreuzige“ dicht beieinander liegen, aber ich bin doch eingebildet genug, anzunehmen, daß ein jetzt sich vollziehender Wechsel im ersten Vorsitz der Partei verheerende Folgen haben mußte.

2. Juli 1947

Als katastrophaler Auftakt für den Parteitag in Eisenach ergibt sich jetzt der Umstand, daß gegen den Thüringischen Landtagspräsidenten Fröhlich von einem Mitglied der LDP namens Andre ein Attentat verübt worden ist. Das Vorkommnis wurde sofort als Ausfluß der in der Partei angeblich in Berlin bestehenden rechtsreaktionären Strömung ausgedeutet. Selbstverständlich ist diese verabscheuungswürdige Wahnsinnstat auf das schärfste zu verurteilen. Irgendwelche politischen Momente, die von Partei wegen zu würdigen wären, vermag ich jedoch nicht zu erkennen. Man kann eine Partei nicht verantwortlich machen für die Wahnsinnstat eines Einzelnen, der vielleicht nur äußerlich oder zufällig Mitglied der Partei gewesen ist.

Was sich für ungeheure Schwierigkeiten sofort und für später aus dem Ereignis ergeben, vermag der Fernerstehende nicht zu beurteilen, aber auch das muß überwunden werden.

Als weitere freudige Überraschung vor dem Parteitag ergab sich ein Bericht aus einer Versammlung der Ortsgruppe Neukölln, nach dem in der Aussprache erklärt worden sei, daß eine standhafte und zuverlässige Reichsleitung gewählt werden müsse. Des weiteren hat nach diesem Bericht der Vorsitzende Zimmermann erklärt, daß man vom Parteivorsitzenden verlangen müsse, daß er LDP-Politik betreibe und keine andere. Zimmermann gehört zu den Ortsgruppen-Vorsitzenden, der von mir die stärkste Stütze erfahren hat und der mit seiner Ortsgruppe Null wäre, wenn ich ihm nicht mit entsprechenden Kundgebungen und anderen stützenden Maßnahmen beigesprungen wäre.

3. Juli 1947

Die Schwierigkeiten für den übermorgen beginnenden Parteitag häufen sich, und zwar persönlicher wie politischer Art. Die Besprechung der drei Außenminister von Frankreich, England und Rußland sind gestern als aussichtslos abgebrochen worden.⁶⁰ Man wird in Eisenach eine Stellungnahme erwarten. In Wirklichkeit ist sie nicht möglich, weil jede nähere

Kenntnis über die Einzelheiten des Marshall-Planes fehlt. Öffentlich ist bisher noch niemals über die Bedingungen etwas gemeldet worden, unter denen die Hilfsaktion vor sich gehen soll. Die Verhandlungen in Paris haben bei verschlossenen Türen stattgefunden, und die Mitteilungen der einzelnen Agenturen sind natürlich individuell oder, wenn man es schärfer ausdrücken will, nach der Einstellung des betr. Landes einseitig gefärbt. Die ganze Sache zeigt mit erschreckender Deutlichkeit, wie stark die Nachkriegskrisis ist, in der wir uns befinden, aber ein Ausweg scheint mir noch gegeben zu sein, das ist der, daß man mit Durchführung des Planes die UN beauftragt. Sie soll ja doch eben eine wirkliche Weltorganisation aller Völker der Erde sein, und wenn überhaupt eine Stelle in der Lage sein könnte, objektiv einen solchen Plan zu handhaben, so ist es die UN mit ihren Unterorganisationen.

12. Juli 1947

Im Mittelpunkt der mich beschäftigenden Ereignisse stand in der Zeit vom 3.–8. Juli der Reichsparteitag in Eisenach.⁶¹ Über seinen Verlauf und sein Ergebnis besteht ein besonderes Aktenstück. Das politische Ergebnis war groß und einwandfrei. Ohne daß die Regie irgendwie mitgeholfen hätte, ergab sich eine völlige Einmütigkeit, und die von den Ausschüssen sehr sorgfältig vorbereiteten 14 Entschließungen wurden einstimmig angenommen.

Die Meinungsverschiedenheiten, die zwischen den Abgeordneten von Berlin und mir auftraten, waren keine solchen über das politische Gedankengut der Partei, sondern über die psychologische Taktik. Persönlich haben mich diese Divergenzen nicht im geringsten berührt, wenschon ich sie lebhaft bedaure. Das Vertrauen, was die überwiegende Mehrheit der Delegierten mir durch die Wiederwahl aussprach, war so sinnfällig und fast rührend, daß keine persönliche Verärgerung aufkommen konnte.

Auf der Hinfahrt hatte ich eine sehr interessante politische Aussprache mit General Kolesnitschenko in Weimar. Auch in Eisenach hatte ich hochpolitische Aussprachen mit den Offizieren der Sowjetmacht.

Ein Empfang der Sowjetmacht im Hause der Kultur in Berlin schloß für die offiziellen Vertreter den Parteitag ab. Die Zusammenkunft entwickelte sich zu einer hochpolitischen Aktion mit vielen Reden. Die Krönung des ganzen Parteitages geschah Mittwoch, den 9. 7. durch eine Zusammenkunft der Vertreter aus allen Zonen, bei der einmütig die Richtlinien für die gemeinsame Arbeit der bereits in Rothenburg beschlossenen gemeinsamen Demokratischen Partei Deutschlands festgelegt wurden. Ein schönes und weithin leuchtendes Beispiel politischer Einheit.⁶²

25. Juli 1947

Gestern abend hatte der Chef der politischen Gruppe der französischen Besatzungsmacht, Herr Noblet, und seine Gattin Lieutenant, Schwennicke und mich zu einem Diner nach Frohnau eingeladen. Der eingeladene Kreis umschloß etwa 15 Menschen und setzte sich in der Hauptsache aus den höheren politischen Offizieren der französischen Besatzungsmacht zusammen.

Nach seiner materiellen Seite hin bewegte sich das Diner in bescheidenem, aber stilvollem Rahmen bei besten französischen Weinen. Schon bei Tisch setzte die hochpolitische Aussprache ein, die sich dann nach dem Essen zu einer mehrstündigen Aktion entwickelte.

Ich habe mit der rückhaltlosen Offenheit, deren ich mich bei solchen Angelegenheiten zu befleißigen bemühe, unsere grundlegende Auffassung zu allen jetzt im Vordergrund der Entwicklung stehenden französischen Problemen geäußert, im besonderen auch zu der fast krankhaften Angst der Franzosen, sie könnten von Deutschland wieder erneut überfallen werden. Ich hatte das Gefühl, als ob die Franzosen mit stärkster Aufmerksamkeit meinen Ausführungen folgten. Soweit ich es verfolgen konnte, bewegten sich die Ausführungen von Schwennicke und Lieutenant in der Behandlung kleinerer politischer Sorgen, die zwar auch sicherlich sehr notwendig und fruchtbringend sein können, die aber wesentlichen Einfluß auf den großen Gang der Dinge naturgemäß nur sehr wenig zu haben vermögen.

Die Franzosen machten ausnahmslos den Eindruck hochgebildeter Persönlichkeiten, und der ganze Abend vollzog sich in den denkbar besten Formen. Ich glaube, die Franzosen werden das Bedürfnis haben, ähnliche Veranstaltungen zu wiederholen, was ich in beiderseitigem Interesse nur dankbar begrüßen würde.

28. Juli 1947

Vorgestern hatte ich Gelegenheit, eine wertvolle Bekanntschaft zu machen. Der mir aus der Zeit der Judenverfolgung bekannte Herr Holländer hatte das Bedürfnis, mich mit einem Herrn Dr. Leichner, Berlin-Dahlem, Rheinbabenstr. 9, bekanntzumachen. Dr. Leichner selbst ist ein geistvoller Herr mit weltoffenen Auffassungen und bester Bildung. Ich fand die Ansicht des Herrn Holländer voll bestätigt.

Es empfing mich mit ausgesuchter Liebenswürdigkeit ein vornehmer Herr in seinem trotz verschiedener Bombenschäden noch sehr ansehnlichem Besitztum in Dahlem. Wir kamen sehr schnell in angeregteste Gespräche, aus denen ich merkte, daß Herr Dr. Leichner mit stärkstem Interesse die Vorgänge in Deutschland und in der Welt verfolgt hatte und daß er ein gründliches Wissen mit einem klaren Urteil verband. Seine äußeren eleganten und sicheren Formen machten auch vom rein ästheti-

schen Standpunkt aus die Unterhaltung mit ihm zu einem Genuß; äußerlich förderten ein vorzüglicher Kognak und Bohnenkaffee sowie eine sehr gute Zigarre den Ablauf der Dinge.

Ich versuchte am Tage später, mich durch Übersendung meiner kleinen Schrift „Deutsche Wiedergeburt“⁶³ ein wenig für die genossene Gastfreundschaft zu revanchieren.

4. August 1947

Im Landesverband Berlin, dem Sorgenkind unserer Partei, vollzieht sich jetzt eine große Auseinandersetzung. Nach zweimaligen Versammlungen der Delegierten der einzelnen Orts- und Bezirksgruppen, deren letzte sieben Stunden gedauert hat, ist der gesamte Vorstand veranlaßt worden, seine Ämter niederzulegen, um für eine vollkommene Neuwahl Raum zu schaffen.⁶⁴

Ich selbst habe an der Versammlung nicht teilgenommen, obwohl ich hierzu die Möglichkeit gehabt hätte. Aber ich wollte durch meine Anwesenheit niemanden irgendwie auch nur mittelbar in seiner Einstellung beeinflussen. Ich beobachte in solchen Fällen strengste Neutralität. Es soll nach mir gewordenen Mitteilungen in dieser Versammlung mehr als lebhaft zugegangen sein. Zwischenrufe wie „halten Sie das Maul“ und ähnliche Liebkosungen sind auch nicht selten gewesen, und das Wort „Lügner“ soll vielfach als laufende Münze ausgespielt worden sein. Wahrnehmungen nach der Richtung hin, daß persönliche Aufrichtigkeit an einigen Stellen stark zu vermissen war, habe ich auch persönlich schon gemacht.

Mein Mitleid mit den führenden Persönlichkeiten des Berliner Verbandes nimmt immer mehr zu. Die mangelnden politischen Erfolge der Berliner Partei,⁶⁵ teilweise durch die besonderen Schwierigkeiten Berlins bedingt, machen die Menschen nervös. Anstatt sich ehrlich selbst zu prüfen, schieben die einzelnen Personen sich gegenseitig die Schuld an den Mißständen zu. Politisch laden sie ihre Mißstimmung auf den Parteivorstand ab, organisatorisch beschleunigen sie sich gegenseitig ihre Unfähigkeit. Das Bild, was die Partei in Berlin bietet, ist leider nicht nur eine Berliner Angelegenheit, sondern wirkt sich doch stark auch auf die Gesamtpartei aus. Das Bild Berlins wirkt unsympathisch, und wenn es einst um die Entscheidung geht, ob Berlin Sitz der Gesamtpartei werden soll, wie es in der Demokratischen Partei Deutschlands beschlossen ist, so halte ich es durchaus nicht für ausgeschlossen, daß man mit Rücksicht auf die Berliner Vorgänge nur sehr zögernd daran gehen wird, Berlin zum Sitz zu wählen. Vielleicht ist bis dahin aber dieser üble Zustand doch überwunden.

18. August 1947

Die Differenzen im Landesverband Berlin sind jetzt zu einem gewissen Abschluß gekommen. In einer erneuten Delegiertenversammlung ist

Schwennicke mit 24 gegen 13 Stimmen bei 3 Stimmenthaltungen wiedergewählt worden. Ausgebootet worden sind Schöpke, Pasch, Frau Schirmer-Pröscher und Hausberg. Die ganze Angelegenheit wurde von der Gegenseite in sehr unfairer und unaufrichtiger Weise behandelt. In parteifremden Zeitungen versuchte man, Schwennicke als Märtyrer hinzustellen und die Parteileitung zu verdächtigen, zu Ungunsten von Schwennicke eingegriffen zu haben. In Wirklichkeit habe ich mich peinlichst von der Sache ferngehalten. Mit Politik hatten diese Mißbelligkeiten überhaupt nichts zu tun. Man warf Schwennicke vor, ein ihm geschenktes Auto mit RM. 3000,- Kaufpreis angesetzt zu haben und mehrfach das Ehrenwort gebrochen zu haben, bzw. schwere Indiskretionen begangen zu haben. Ich fürchte, die Sache wird nicht endgültig bereinigt sein, sondern die Funken werden unter der Decke weiterglimmen, bis eines schönen Tages an irgendeiner Stelle wieder eine Flamme durchschlägt. Die ganzen Vorgänge zeigen das kleine Niveau, auf dem sich die Partei in Berlin bewegt. Das ist doppelt zu beklagen in einer Zeit, wo schicksalhafte Entscheidungen für Deutschland bevorstehen und wo es notwendig wäre, gerade von unserer Partei aus mit zusammengefaßter Kraft die notwendigen Ziele zu verfolgen und sich nicht in kleinlichen Zänkereien zu verzetteln.

20. August 1947

Der Nordwestdeutsche Rundfunk feierte seinen einjährigen Geburtstag. Auch mir hatte er eine Einladung zugehen lassen, und so begab ich mich 8.30 Uhr abends in die festlichen Räume am Heidelberger Platz 3. Etwa hundert sog. Prominente des politischen Lebens hatten sich dort eingefunden. Presse und Rundfunk waren selbstverständlich in erster Linie vertreten. Da ich mehrfach auch im Nordwestdeutschen Rundfunk gesprochen hatte, wurde ich sehr freundlich aufgenommen. Bei der glühenden Hitze, die auch abends noch herrschte, war der gereichte eiskalte Whisky eine Wohltat. Von dem auf einem Büfett herumstehenden Gebäck konnte man das in gleicher Uneingeschränktheit nicht sagen.

Sehr lebhaft und anregend war die Unterhaltung. Sie war natürlich zu 99% politischer Natur. Außer Prof. Dovifat und Bürgermeister Friedensburg von der CDU kam ich vor allem mit amerikanischen und britischen Presse- und Rundfunkleuten ins Gespräch und konnte bei dieser Gelegenheit manche Auffassungen zur Geltung bringen, deren Überlegung von seiten der Besatzungsmächte mir erwünscht erscheint. Gerade bei solchen Anlässen ergibt sich ja die Gelegenheit, um – wie ich mich scherzhaft auszudrücken pflege – die anderen mit seiner eigenen politischen Ansicht unmerklich zu verseuchen. Ich habe zuweilen den Eindruck, als ob das gelingt. An dem Abend des Nordwestdeutschen Rundfunks gelang es mir den Amerikanern gegenüber ganz offensichtlich.

Dem etwa 2-stündigen zwanglosen Herumstehen, Whisky-Trinken und Parlamentieren folgte ein von den Kräften des Rundfunks dargebotenes

Kabarett. Mir genügte persönlich schon das bis dahin gespielte Kabarett und ich entzog mich vor dieser zweiten Nummer des Abends weiteren Huldigungen.

23. August 1947

Daß man auch noch Schönes und Wertvolles im alten guten Stil erleben kann, zeigte der gestrige Abend, bei dem wir als Gäste im Hause des Herrn Gerber in Dahlem, Pücklerstr. 14, weilten. Der fürstliche Besitz von Gerber ist unter erheblichen Aufwendungen von den Bombenschäden befreit, ein prachtvoller Garten lagert sich wieder in friedensmäßiger Blütenpracht vor dem Hause. Zwischen Gerber, dessen erste Ehefrau als unheilbar geisteskrank in einem Sanatorium untergebracht ist und von mir bevormundet wird, und mir besteht eine jahrelange Bekanntschaft. Gerber hat inzwischen wieder geheiratet und lebt in offenbar sehr glücklicher Ehe.

Die äußere Aufmachung des Abends, zu dem wir allein erschienen waren, war außerordentlich stilvoll. Essen und Trinken waren völlig friedensmäßig und, als ob Gerber diese meine Vorliebe gekannt hätte, gab es nach Tisch eine überhaupt nicht enden wollende Pfirsich-Bowle. Die Unterhaltung war, ohne flach zu sein, äußerst lebhaft; die beiden zu uns gehörigen Frauen paßten offenbar ebenfalls sehr gut zusammen. Jedenfalls war es wohltuend, einmal frei von allem Kleinkram und allen Sorgen des Tages einen so schönen Abend verleben zu können.

1. September 1947

Ostsachsen hatte wieder einmal Sehnsucht nach mir, vor allem natürlich Zittau, aber auch Bautzen, und so hatte ich mich erweichen lassen, am 30. und 31. August für je eine Kundgebung in Bautzen, Zittau, Bad Schandau und Neustadt mich zur Verfügung zu stellen.

In glatter Fahrt kam ich pünktlich in Bautzen an und wurde freudestrahlend empfangen. Bautzen hatte eine ganze Werbewoche veranstaltet. Die Großkundgebung mit dem Parteivorsitzenden sollte der Höhepunkt sein. Tatsächlich war es wohl auch der Höhepunkt. Die Veranstaltung war ausgezeichnet aufgezogen, vorzügliche Orchester-Darbietungen leiteten den Abend ein. Der überfüllte Saal mochte 2000 Personen fassen. Der alte brave Fleischerobermeister Lunze, schon früher bewährter Demokrat, leitete die Kundgebung mit Würde und Kürze. Die Versammlung war eine dankbare Zuhörerschaft und kargte nicht mit ihrem Beifall, oft auch bei offener Szene. Nach der Kundgebung hatten die Russen den Vorstand der Partei und mich eingeladen. Der Abend stach vorteilhaft von ähnlichen Veranstaltungen dadurch ab, daß es nicht allzuviel zu essen und zu trinken gab. Die beiden gastgebenden Kommandanten erwiesen sich als sehr nette Herren; wir haben manches lebhaftes und angeregte Gespräch an diesem Abend geführt.

Am nächsten Morgen konnte ich ordentlich ausschlafen, denn ich brauchte erst 10 Uhr mein fürstliches Hotel „Zur Weintraube“ zu verlassen, um nach Zittau zu fahren. Dort traf ich 11 Uhr ein und bezog, wie immer, Quartier im „Schwarzen Bär“. Liebevoller noch als sonst waren die Begrüßungsgrimmassen des Wirtsehepaares, und ich bekomme auch immer dasselbe Zimmer, was durch meine früheren Aufenthalte „geweiht“ ist. Eine $\frac{1}{4}$ Stunde nach Ankunft erschienen der Oberbürgermeister und der Vorstand der Partei zur festlichen Begrüßung. Für $\frac{1}{3}$ Uhr lud mich der Kreisvorsitzende Dr. med. Neumann zum Kaffee ein. Zugegen waren noch die anderen Vorstandsmitglieder mit ihren Damen. Es war eine sehr nette Stunde, die wir verlebten, und dann ging es in die Großkundgebung, die 4 Uhr in den „Linden“ stattfand. Ursprünglich sollte die Kundgebung auf dem Marktplatz stattfinden; ich sollte vom Rathaus aus sprechen, aber man hatte sich rechtzeitig an einen Beschluß des Stadtrates erinnert, der zu meiner Zeit gefaßt worden war und dahin ging, daß vom Rathaus aus keine politischen Parteireden gehalten werden dürften. Auch die Versammlung in den „Linden“ war überfüllt und die Teilnahme der Zuhörer zeigte, daß doch immerhin noch eine starke innere Verbundenheit zwischen dem ehemaligen Oberbürgermeister von Zittau und der Bevölkerung besteht.

Nach der Versammlung besuchte ich die Familie Fischer und habe dort $\frac{1}{2}$ Stunde in harmlosem Geplauder verbracht. Am Abend fand eine zweite Versammlung statt, die aber nur von den Vertretern in den Stadtparlamenten, den Kreistagen und den Ortsgruppenvorsitzenden des Kreisverbandes Zittau besucht war. In einigen Referaten wurden die besonders dringlichen Probleme des Kreises und der Stadt dargelegt, woran sich dann immer eine lebhafte Aussprache anschloß, an deren Ende man zusammenfassend jeweils meine Ansicht erwartete. Die Sache war ziemlich anstrengend und dauerte bis 12 Uhr, aber man konnte doch den Parteivertretern manchen nützlichen Wink und Ratschlag geben.

Am nächsten Morgen ging's $\frac{1}{8}$ Uhr nach Bad Schandau. Auch hier war die Aufnahme herzlich. Die Kundgebung fand in der freien Natur statt, und zwar im Kurpark. Trotz des kühlen Wetters, was sich inzwischen eingestellt hatte, stand die Menge Kopf an Kopf und lauschte den Ausführungen des Redners wie in einem Feldgottesdienst. Die Leute waren z. T. von weither mit Lastkraftwagen gekommen und die Parteifreunde betrachteten die Veranstaltung als einen besonderen Festtag. Nach der Kundgebung entführte der Kreisvorsitzende Herr Dreher, Inhaber des großen Bahr'schen Kurhotels, mich in sein Etablissement und beköstigte mich dort ausgiebig mit Kalbsbraten und anderen schönen Sachen, wozu sich dann noch eine Tasse Bohnenkaffee gesellte und ein 2-stündiges Gespräch mit ihm und verschiedenen Parteivertretern aus Schandau und der näheren Umgebung. Da ich bereits nachmittags 6 Uhr in Neustadt sprechen wollte, mußte ich schon um 4 Uhr Bahrs Hotel verlassen. In Neu-

stadt waren die Parteifreunde über mein Kommen sichtlich erfreut. Im Hotel „Zur grünen Tanne“ empfing mich die Wirtin als ehemalige Hainichener Landsmännin. Ich war dort gut aufgehoben. Einige Parteifreunde vertrieben mir die bis zur Versammlung noch zu überwältigende 1-stündige Frist, und dann ging's ins Schützenhaus. Auch hier war der Saal überfüllt. Ich hatte den Eindruck, als ob mein Vortrag hier mir besonders gelungen wäre. Die Stimmung war kirchenähnlich, und ein alter bewährter Stadtrat sagte mir nachher, es wäre die reine Bergpredigt gewesen. Jedenfalls machte die Zuhörerschaft andächtig mit und folgte mit noch stärkerer Aufmerksamkeit den Ausführungen als in den vorausgegangenen drei Versammlungen.

In allen diesen Orten zeigten sich die Spuren einer uneigennütigen und tatkräftigen Arbeit. Leider z. T. gehemmt durch ein zu geringes Entgegenkommen der sowjetischen Militärbehörde.

Montag mußte ich schon früh 5 Uhr aus den Federn, denn ich mußte um 10 Uhr im Rathaus zu Berlin sein, wo der Verfassungsausschuß in einer sehr wichtigen Sitzung meine Anwesenheit verlangte. Ohne Panne kam ich pünktlich im Rathaus an und hatte somit wieder eine Kundgebungstournee mit schönem Erfolg hinter mir.

8. September 1947

Die 800-Jahrfeier der Stadt Moskau wird von den Sowjet-Stellen natürlich groß aufgemacht.⁶⁶ Das ist ihr gutes Recht, denn Moskau ist tatsächlich Herz und Kopf der Sowjetunion. Seine geschichtliche Vergangenheit ist außerordentlich interessant. Kennzeichnend ist der Umstand, daß Moskau wiederholt in der Weltgeschichte Wellenbrecher expansiver Gewalt, die sich gegen Rußland richtete, gewesen ist. Das setzt ein mit dem Mongolen-Einfall, geht über Napoleon hinweg bis zu Hitler. Von Moskau verläuft eine ebenso gerade Linie nach St. Helena wie nach den Trümmerfeldern der deutschen Reichskanzlei.

Daß Moskau sowohl industriell wie kulturell unter der 30-jährigen Herrschaft der Sowjets einen ungeheuren Aufschwung genommen hat, läßt sich nicht bestreiten. Die Einwohnerzahl hat sich mehr als verdoppelt, und die wirtschaftliche und kulturelle Kapazität dieser russischen Metropole ist um ein Vielfaches gestiegen. Der Russe hängt mit fast mystischer Anhänglichkeit an Moskau als seiner Hauptstadt. Das hat seinen guten Grund, denn Moskau ist von allen russischen Städten die russischste Stadt und verkörpert den russischen Charakter schlechthin, und zwar im guten wie im ungünstigen Sinne. Frau von Staël sagte seinerzeit beim ersten Anblick von Moskau:⁶⁷ „Voilà Rome tartare“, das ist falsch gesehen: Den Tartaren bot Moskau ein „Halt“; richtiger wäre der Satz gewesen: „Voilà Rome russe“. Wie Rom die Konzentration der wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Eigenart des römischen Weltreiches war, so ist dies Moskau für das russische Weltreich.

Das Direktorium der sowjetrussischen Kulturbehörde hatte zum 7. 9. zu einer Geburtstagsfeier in das Kulturhaus der Sowjets am Festungsgraben eingeladen. Nebst unseren Frauen fanden wir uns – Lieutenant und ich – zu der Feier ein. Major Sacharow hielt einen etwa 1-stündigen Vortrag über Moskau, dann wurde eine Ausstellung über Moskau eröffnet, die hauptsächlich bildliche Darstellungen enthielt. Anschließend fand ein Abendessen statt. Von den Parteien war die CDU nicht vertreten, die SED mit Pieck und Grotewohl, die SPD als Partei auch nicht, wohl aber mit Frau Oberbürgermeister Schröder, Stadtverordnetenvorsteher Dr. Suhr und Stadtrat Füllsack als gleichzeitigem Repräsentanten der Stadt Berlin. Das Abendessen fand die offiziellen Persönlichkeiten an zwei Ehrentafeln, die übrigen etwa 300 Teilnehmer an kleinen Tischen. Ich entzog mich der Huldigung, an den Ehrentafeln teilzunehmen, absichtlich, denn ich fürchtete, evtl. eine Rede halten zu müssen. Familie Lieutenant und Külz nahmen an einem kleinen Tisch Platz und zogen noch den bekannten Afrika-Forscher Schomburgk an diesen Tisch, was sich als sehr vorteilhaft erwies, denn wir haben bis 11 Uhr eine sehr angeregte Unterhaltung gepflogen. Die materielle Versorgung war gut; einer Vorspeise mit kaltem Fleisch folgte eine Suppe, dann Roastbeef, dann Pudding und dann Eis. Schnaps gab es in erträglichen Mengen, und wer es haben wollte, erhielt auch gutes Bier.

Die Räume der russischen Kulturbehörde und deren Ausstattung sind bis jetzt das Stilvollste, was in Berlin zu finden ist. Von russischer Seite selbst waren auffällig wenig Vertreter da und diese wenigen Vertreter machten den Eindruck von spießbürgerlichen Oberlehrern, die man in Uniform gesteckt hat.

8. September 1947

Auch im politischen Leben ist für Überraschungen in hinreichendem Maße gesorgt. Eine solche ergab sich für das Land Thüringen durch ein fast tragikomisches Ereignis:⁶⁸ Der Ministerpräsident Dr. Paul war auf einmal verschwunden. Kein Mensch wußte und weiß heute noch, was aus ihm geworden ist. Drei Möglichkeiten sind denkbar: entweder ist er einem Attentat zum Opfer gefallen oder er ist von den Sowjets festgenommen worden oder er hat sich – wie man so schön zu sagen pflegt – in eine andere Zone verduftet, weil er merkte, daß er in der russischen Zone seine Zukunft hinter sich habe. Ich neige der letzteren Auffassung zu.

Wenige Tage vor seinem Verschwinden hatte ich noch hier bei mir mit ihm eine längere politische Besprechung, zu der er sich dringend angesagt hatte. Ich hatte damals zwar den Eindruck, als ob seine sonstige Lebhaftigkeit bis zur Nervosität ausarte, aber der Gegenstand, den wir hauptsächlich besprachen, war eine Angelegenheit auf weite Sicht. Er wollte meine Auffassung über die Errichtung eines Reichsgerichts wissen. Nach-

träglich fällt mir auf, daß er geflissentlich mehrfach berichtete, es sei vor kurzem auf ihn bei der Rückfahrt nach Weimar, bzw. auf seinen Wagen scharf geschossen worden.

Das Verschwinden Pauls gab mir natürlich Veranlassung, wiederholt telefonisch mit der Regierung in Weimar, insbesondere mit meinem Sohne, zu sprechen. Ich hatte nicht das Gefühl, als ob die Regierung dieser ganzen Angelegenheit die erforderliche Bedeutung beimesse. Erst fünf Tage nach dem Bekanntwerden des Verschwindens entschloß sich die Regierung zu einer Kundgebung. Die wohl von meinem Sohn entworfene Kundgebung war an sich gut. Einige kleine Verbesserungen brachte ich in Vorschlag. Die Bevölkerung von Thüringen hatte nach meinem Empfinden das Recht, die Einstellung der Regierung viel eher zu erfahren. Ich hatte auch Gelegenheit, in Karlshorst über diese Dinge zu sprechen, erhielt aber dabei tatsächliche Aufklärung nicht, sondern nur eine allgemeine Verurteilung Dr. Pauls. Die Presse reagierte je nach ihrer politischen Einstellung auf das Verschwinden Pauls verschiedenartig. Die SPD schlägt natürlich in großer Aufmachung aus dem Ereignis parteipolitischen Kapital. Die Presse der SED hält sich ebenso selbstverständlich stark zurück, unsere Zeitung brachte eine kurze, von mir verfaßte Notiz, die sich auf das Tatsächliche beschränkt. Ein Ruhmesblatt für die Parteigeschichte der SED ist das Vorkommnis jedenfalls nicht, auch nicht für Thüringen.

8. September 1947

Die CDU versammelte ihre Getreuen vom 6.–8. September in Berlin zu ihrem zweiten Parteitag. Diesem Ereignis war vor allem von der Presse der SED schon im Stadium der Vorbereitung starke Beachtung zuteil geworden. In den Organisationen der CDU innerhalb der Zone waren, wohl nicht ganz ohne sowjetischen Einfluß, vielfach Entschließungen gefaßt worden, die vom Parteitag eine Verwerfung des Marshall-Planes und ein Bekenntnis zur Block-Politik verlangten. In beiden Sachen war die Haltung des Parteivorsitzenden Kaiser undurchsichtig geworden. Es war mir infolgedessen interessant, die Rede Kaisers anzuhören, und ich folgte der Einladung der CDU zur Teilnahme an ihrem Parteitag. Kaiser sprach ziemlich lange, aber in den entscheidenden Fragen vermied er eine klare und endgültige Entscheidung. Das Wenn und Aber spielte bei ihm eine erhebliche Rolle. Äußerlich war die Rede peinlich; Kaiser betätigte eine vollkommen unangebrachte Pathetik und äußerte sich auch über die nebensächlichsten Dinge mit übersteigertem Pathos. Ganz entgegen seiner sonstigen Gewohnheit sprach er immer nur vom Ich, von seinem Mut, von seiner Ehrlichkeit usw. Die wenigen wirklich konstruktiven Gedanken, die seine Rede enthielt, waren von uns schon seit langem in viel klarerer, prägnanterer und kürzerer Form geäußert worden. Sein Hauptthe-

ma war „Deutschland zwischen Ost und West“. Unsere kurze Erklärung zu diesem Thema lautete schon auf unserem Eisenacher Parteitag: wir kennen keine östliche und keine westliche Orientierung, wir kennen nur eine Orientierung, und die heißt schlicht und zwingend: Deutschland. Damit ist in drei Sätzen alles gesagt, was zum Kaiser'schen Thema zu sagen wäre. Als Erzeugnis der CDU bezeichnete er wieder die Schaffung einer sog. nationalen Repräsentation, ein Gedanke, der ebenfalls von uns stammt. Er kleidete seine praktischen Vorschläge in die Forderung eines deutschen Konsultativ-Rates, auf eine Million Deutscher ein Mitglied des Konsultativ-Rates. Wie er den Konsultativ-Rat zustande kommen lassen möchte, verschwieg er. Wir haben schon unsererseits auf dem Eisenacher Parteitag wie auch auf dem in Erfurt den konkreten Vorschlag gemacht, daß die Alliierten eine vorläufige deutsche Regierung einsetzen sollen, die ihrerseits eine Verfassung und ein Wahlgesetz für eine Nationalversammlung ausarbeitet.⁶⁹ Ein Konsultativ-Rat von 70 Mitgliedern ist ein viel zu großes Gremium und würde zweifellos zum Krematorium für alle brauchbaren Gedanken werden.

Der Parteitag bot im übrigen wenig Konkretes. Die Vorträge waren an sich gut, aber brachten praktische Lösungen nicht. Die Regie des Parteitages war gut, die Vorbereitungen offenbar auch, aber das Zwielficht, was über der Politik der CDU sich breitet, wurde kaum in einem einzigen Fall beseitigt.

Die beiden Vorsitzenden der Partei Kaiser und Lemmer wurden mit einer an Einstimmigkeit grenzenden Einmütigkeit wiedergewählt.

10. September 1947

Lieutenant hatte das Bedürfnis, seinen 63. Geburtstag durch einen Empfang in seinem Hause zu begehen. Die unteren Räume des Hauses sind für einen etwa zu erwartenden Demokratischen Club hergerichtet und ausgestattet worden. Die erste Benutzung geschah im Juli, als nach dem Eisenacher Parteitag der Vorstand der gesamtdeutschen demokratischen Partei⁷⁰ das Programm dieser Partei hier erörterte und beschloß. Jetzt folgte die erste größere Gesellschafts-Veranstaltung, zu der Lieutenant 45 Personen eingeladen hatte, und zwar die Vertreter aller Besatzungsmächte und die sog. prominenten Personen der Partei in Berlin. Lieutenant und Frau hatten sich viel Mühe gegeben, den Abend materiell gut auszustatten. Es gab zunächst Bohnenkaffee mit viel Kuchen, im späteren Verlauf ein Abendessen mit Suppe, Braten und Nachtisch; dazu in reichlichen Mengen gutes Bier und Schnaps.

Der Abend verlief sehr anregend. Die Unterhaltung wies ein gutes Niveau auf. An offiziellen Reden stieg eine solche des Parteivorsitzenden auf das Geburtstagskind und eine solche vom Senior der Partei, Dr. Schiffer. Die letzten Reste der Gäste sollen 1 Uhr verschwunden sein, wir unsererseits entzogen uns $\frac{1}{2}$ 12 Uhr weiteren Huldigungen.

Ich wünsche Lieutenant aufrichtig, daß er sich, der Partei und mir noch recht lange in seiner Rüstigkeit und Arbeitswut erhalten bleibt. Ich wüßte niemand, der ihn ersetzen könnte; ab und zu könnte er eine Ergänzung brauchen.

15. September 1947

Gestern hatte der Hauptausschuß beim Magistrat für die Opfer des Faschismus zu einer Großkundgebung im Lustgarten aufgerufen. Ich persönlich habe mich bisher nicht in diesen Bund⁷¹ begeben. Es war dort so manches untergekrochen, was nicht hineingehörte, z. T. Personen kriminellen Anflugs, z. T. Personen, die wirklich keine Opfer des Faschismus waren. Es ist das jetzt besser geworden, und im allgemeinen ist diese Organisation wohl stubenrein. Es steht aber noch nicht fest, ob sie nicht vielleicht sich zu einer Hilfsorganisation der SED entwickelt, und in dieser Gefolgschaft mich offiziell zu bewegen, liegt für mich kein Anlaß vor.

Als Vorsitzender der LDP war ich natürlich zu der Kundgebung eingeladen und konnte und wollte nicht gut fehlen. Auf einer sog. Ehrentribüne brannte drei Stunden unbarmherzig eine glutheiße Sonne auf mich hernieder, auf die übrigen 100 000 Menschen natürlich auch. Das beeinträchtigte aber die Gesamtstimmung nicht. Die Organisation der Kundgebung war ausgezeichnet. Auch äußerlich bot der Platz ein stimmungsvolles Bild. Weit über 100 Kränze prachtvollster Art wurden um den Gedächtniskatafalk niedergelegt und gaben in ihrer Gesamtheit ein Bild, wie es ein Maler kaum hervorzaubern kann. Eine ausgezeichnete Kapelle und ein tadelloser Chor bestritten die musikalischen Genüsse. Frau Oberbürgermeister Schröder und der Vorsitzende des veranstaltenden Ausschusses Ottomar Geschke brachten die rednerischen Gaben. Ihre Ausführungen waren zu lang und konnten inhaltlich nicht viel Neues bringen. Die Parteiführer sprachen glücklicherweise nicht; ich selbst hatte im „Morgen“ in einem Leitartikel unsere Auffassung über die Bedeutung des Tages dargestellt. Der Rundfunk hatte einen nicht unwesentlichen Teil meiner Ausführungen mittags gebracht.

Von den Besatzungsmächten sah ich nur Oberst Tjulpanow und einen im besten Ernährungszustand befindlichen amerikanischen Hauptmann, der aber – wahrscheinlich infolge der Hitze – den Schauplatz ziemlich zeitig wieder verließ.

Eine große innere Anteilnahme der etwa 100 000 Anwesenden war nicht spürbar. Die ganze Sache erinnerte etwas an die Massenaufmärsche überstandener Zeiten, nur daß anstelle der Hakenkreuzfahne die rote Fahne stark im Vordergrund stand. Ich selbst hatte an dem gleichen Tage noch lange Zeit meine eigenen Gedanken über die Opfer des Faschismus, denn ich bin ja als gewaltsam aus dem Amt Entfernter und mehrfach Verhafteter selbst ein solches Opfer. Ich habe von diesen Bedrückungen aber niemals nach außen hin Gebrauch gemacht und gedenke es auch nicht

zu tun, denn im Verhältnis zu den sonst von den Nazis ausgegangenen Bestialitäten sind meine Opfer verschwindend. Wer aber wirklich aus innerer Überzeugung heraus standhaft und fest geblieben ist, auch wenn ihm der Tod drohte und kam oder auch dann, wenn das Konzentrationslager ihm Folterung und Erniedrigung brachte, kann nicht hoch genug geachtet werden. Diese Opfer müssen uns tatsächlich Mahnung und Verpflichtung sein, um die Schande der Nazizeit auszulöschen.

19. September 1947

Vor wenigen Tagen hatten wir mit Lieutenant und Gerber in Anwesenheit unseres Sohnes einen sehr netten Gastabend. Er verlief wie in glücklichen Friedenszeiten bei Wein, Schnaps und Starkbier und gutem Essen, vor allem aber bei angeregter Unterhaltung. In solchen Stunden vergißt man manchmal Not und Jammer der Zeit und das Bedrücktsein durch die Last der Verantwortung.

Tags darauf folgte eine Besprechung bei den Russen, die über Verschiedenes wieder ungehalten waren, vor allem über eine Rundfrage, die ich wegen der Vorbereitung der Londoner Konferenz⁷² an die Parteistellen hatte ergehen lassen. Es gelang allerdings bald, die völlig falschen Auffassungen der Russen zu zerstreuen. Kennzeichnend war nach einer bestimmten Richtung hin die Bemerkung des Oberst Tjulpanow, daß ich mich doch für den Fall eines notwendig werdenden selbständigen Oststaates zur Verfügung halten müßte. Er deutete ziemlich unverblümt die Stellung eines Staatschefs an. Ich antwortete ihm kurz und klar: „Ich hoffe, daß mir das Schicksal dieses Los ersparen wird.“ Er erwiderte darauf nichts.

In der Partei ergeben sich zwei schwere Verantwortungen dadurch, daß der Landesverbandsvorsitzende Schwennicke in Berlin erzählt hat, er habe RM. 2000,- als Entgelt für seine persönliche Tätigkeit von einem russischen Oberst erhalten, während Tjulpanow erklärte, daran sei kein wahres Wort. Schwennicke ist damit natürlich aufs äußerste gefährdet.

Weiter machen sich in Sachsen sehr starke Bestrebungen geltend, Kastner aus seinem Amt zu entfernen und dafür Ministerialdirektor Bretschneider zu nehmen. Ein solcher Wechsel in der leitenden Stelle ist natürlich immer eine Maßnahme von weitgehender politischer und parteiorganisatorischer Bedeutung. Ich habe noch keine endgültige innere Einstellung zu den Dingen gewonnen, aber sie beschäftigen mich natürlich sehr; ich habe zunächst eine Besprechung mit Bretschneider, eine mit Kastner und eine mit Tjulpanow gehabt. Vorerst neige ich der Auffassung zu, ein Wechsel im Vorsitz der sächsischen Organisation möchte vermieden werden.

24. September 1947

Solange Helmut den mehr oder weniger erfolgreichen Versuch machte, seine ersten soldatischen Lorbeeren als Rekrut in Fürstenwalde zu ernten, führte uns eine umständliche Eisenbahnfahrt sehr oft des Sonntags in diesen märkischen Ort. Die Stadt bestand damals eigentlich nur aus Soldaten. Gestern rief mich die Pflicht gegenüber der LDP nach Fürstenwalde. Auch diesmal traf ich eigentlich nur Soldaten an, nur mit anderen Uniformen. Leider traf ich aber nur etwa die Hälfte der früheren Stadt an, die andere ist vernichtet. Merkwürdigerweise sind alle Kasernen noch unversehrt.

Ich fuhr beim Hotel „Goldene Krone“ in der Mühlenstraße vor, woselbst mein Stabsquartier sein sollte, und wurde dort freundlich vom Vorsitzenden der Partei, dem braven Buchbindermeister Kurt Hecht, aufgenommen. Ihrer sichtbaren Freude über mein Kommen gaben die Vorstandsmitglieder durch ein in Butter gebratenes Schnitzel mit Blumenkohl sichtbaren Ausdruck. Dann ging's zur Versammlung in den „Fürstenwalder Hof“. Der große Saal war voll gefüllt. Die Leute hörten eigentlich mehr entgeistert als begeistert den Ausführungen zu. Eine anständige politische Rede ohne das übliche Gezänk und Geplärre hatten die meisten der Anwesenden wohl überhaupt nicht für möglich gehalten. Man merkte den Zuhörern ganz offensichtlich an, wie sehr sie in die Gedankengänge mit hineinwuchsen, so daß die ursprünglich entgeisterten Mienen einer Art Verklärung wichen, wenn man diesen Ausdruck wagen darf.

Nach der Versammlung waren wir noch bis ½12 Uhr bei reichlichem und gutem Bier und Schnaps zusammen. Überraschenderweise hatte sich aus Sarow auch ein alter südwestafrikanischer Bekannter, der damalige Oberpostinspektor Taube, eingefunden. Des weiteren begrüßte mich die Witwe des früheren Bückeburger Postdirektors Göde sehr herzlich.

Frühmorgens mußte ich um 7.00 Uhr schon wieder abfahren, weil ich um 9.00 Uhr eine wichtige Verfassungsausschuß-Sitzung im Stadthaus von Berlin mit einiger Sachkenntnis bei der Beratung der Berliner Verfassung zu unterstützen hatte.

26. September 1947

Immer wieder zeigt sich, mit welcher geradezu rührenden Dankbarkeit gerade kleinere Ortsgruppen es lohnen, wenn man ihnen in ihrer Werbetätigkeit behilflich ist. Manche Parteigrößen glauben, daß es ihrer allein würdig sei, nur in ganz großen Kundgebungen zu sprechen. Ich stelle mich gerade auch kleineren Organisationen gern zur Verfügung. Das war mir auch Anlaß, eine Einladung nach Ludwigsfelde anzunehmen, einem südlich Berlin liegenden märkischen Ort von etwa 20 000 Einwohnern. Das Kino des Ortes war überfüllt, und lautlos folgte die Versammlung

den Ausführungen. Eine nette junge Frau überreichte mir zum Dank am Schluß einen wunderbaren Strauß von Gladiolen.

Zwingende Pflichten riefen mich noch in der Nacht nach Berlin zurück.

30. September 1947

Reisen zum Zwecke politischer Kundgebungen sind stets ein originelles Gemisch zwischen Freud und Leid. Die Freude besteht darin, daß man immer wieder von neuem wertvolle Menschen kennenlernt, uneigennützig Arbeit vor sich sieht und verzagten Gemütern Mut und Hoffnung stärken kann. Das Leid besteht in den äußeren Begleitumständen, die durch die mangelhafte Organisation des Autobetriebes bedingt sind. Bei meiner letzten Rundreise, die mich zu Kundgebungen nach Hildburghausen, Hof und Reichenbach führen sollte, trat dies leider besonders sinnfällig zutage. Acht schwere Pannen bedingten stundenlange Verzögerungen und die geradezu verhängnisvolle Erscheinung, daß ich das dritte Mal zu einer in Hof zugesagten Kundgebung nicht rechtzeitig erscheinen konnte. In Hof werde ich mich kaum je wieder sehen lassen können.

Auch in Hildburghausen kam ich mit Verspätung an. Aber die Versammlung war noch vollzählig beisammen und war über mein schließliches Kommen sichtlich erfreut.⁷³ Hildburghausen hat 8000 Einwohner. Da in der Versammlung mindestens 1000 Menschen anwesend waren und ebensoviel noch auf den Straßen vor dem Versammlungsraum standen, müssen also zahlreiche Teilnehmer aus der näheren und weiteren Umgebung gekommen sein. Es hat immer wieder etwas Rührendes an sich, wie weite Schichten des Volkes mutspendende Worte geradezu gierig in sich aufnehmen. Auch in Hildburghausen trat dies deutlich zutage. Nach der Versammlung war ich noch bis 12 Uhr mit dem Vorstand der Partei zusammen. Für das leibliche Wohl war glänzend gesorgt. Unmengen von Goulasch und ähnlichen Sachen fanden bei mir bereitwillige Aufnahme, denn ich hatte seit 7.00 Uhr früh nichts mehr zu mir genommen. Nach ausgiebiger Nachtruhe in vorzüglichem Bett erhob ich mich frühzeitig, um pünktlich nach Hof zu kommen. Das mißlang auch diesmal wieder kläglich. Wenige Kilometer vor Hof stellte sich doppelte Reifenpanne ein, deren Reparatur mich mehrere Stunden auf freier Strecke hielt. Telefonische Verbindung nach dem Versammlungslokal in Hof erwies sich als unmöglich. Von den wenigen vorüberfahrenden Autos war keines geneigt, anzuhalten und mich mitzunehmen. Die Situation war für mich grauenhaft, aber ich konnte sie nicht ändern. Nun wollte ich wenigstens pünktlich nachmittags 4.00 Uhr in Reichenbach sein, wo ebenfalls eine Kundgebung angesetzt war. Mitten in Plauen erneute Reifenpanne! Ich besann mich rechtzeitig, daß ich Ehrenbürger von Plauen bin, und nahm die Hilfe der Polizeibehörde in Anspruch. Ein Auto konnte sie mir nicht stellen, aber

ich bekam Telefon nach Reichenbach. Die wollten zunächst sofort ein Auto schicken, aber es erwies sich schließlich auch dort als unmöglich. Inzwischen hatte ich festgestellt, daß die Reifenpanne in etwa zwei Stunden behoben sein konnte. Die Reichenbacher vertagten infolgedessen die Versammlung auf 7.00 Uhr, und ich kam nun tatsächlich auch zur großen Freude der Reichenbacher Freunde im Versammlungslokal an. Trotz der Vertagung war die Versammlung noch überfüllt. Mit Andacht und oft mit spontanem Beifall quittierend, hörten die Anwesenden die Ausführungen an. Nach Schluß folgte noch eine Besprechung mit den Vorstandsmitgliedern und dann ein friedensmäßiges Abendbrot im kleinsten Kreise mit Schnitzel und anderen ähnlichen Friedenssachen. Am nächsten Morgen 8.00 Uhr trat ich die Rückfahrt an und kam unter Überwindung weiterer Pannen 6.00 Uhr abends nach Berlin zurück, wo ich 4.30 Uhr eigentlich sein wollte, um einer wichtigen Sitzung der Fraktion beizuwohnen, was leider unmöglich wurde.

Auf der Rückreise konnte ich noch zwei persönlich mir am Herzen liegende Dinge erledigen. In Weida besuchte ich meine Nichte Pferdekämper, die ich mit ihren drei prächtigen Jungen wohlbehalten antraf. In Bitterfeld besuchte ich die Witwe des Obersten Oertmann, geb. Kraiger, die dort in bescheidensten Verhältnissen lebt. Oertmann war zu meiner Zitauer Zeit dort junger Leutnant. Aus den Erträgen der Häuser ihres verstorbenen Vaters konnte ich der Frau Oertmann den immerhin beachtlichen Betrag von RM. 450,- aushändigen, worüber sie sehr erfreut war.

Meine Auffassung über die Leistungsfähigkeit unseres Autobetriebes teilte ich heute morgen dem geschäftsführenden Vorsitzenden in nicht mißzuverstehender Weise mit.

6. Oktober 1947

Die Freie Hansestadt Bremen, ein schon früher originelles Gebilde, hat sich eine neue Verfassung zugelegt. Da sie als Material auch im Berliner Verfassungsausschuß liegt, kenne ich sie. Sie ist gut. Über diese Verfassung soll am 12. Oktober durch Volksabstimmung entschieden werden. Gleichzeitig gibt es Neuwahlen für die Bremer Bürgerschaft. Das ist natürlich Anlaß für die Freie Demokratische Partei in Bremen, sich in die Wahlbewegung zu stürzen. Ich habe bei der Gründung der Partei in Bremen seinerzeit Pate gestanden. Sie ist inzwischen zu einer beachtlichen Stärke herangediehen und glaubte, daß mein Eintreten in der jetzigen Wahlbewegung für sie förderlich sein könnte. In dieser Hoffnung holte sie zu einer Großkundgebung am Sonnabend, den 4. 10. in Bremen und am Sonntag, den 5. 10. in Bremerhaven aus.⁷⁴

Die Sporthalle in Bremen faßt zweifellos mehrere tausend Personen. Sie war allerdings nicht ganz gefüllt, aber doch immerhin mit einer beachtlichen Zuhörerschaft, darunter auch viele Angehörige von anderen

Parteien. Es war offensichtlich, daß alle Anwesenden mit stärkster Teilnahme den Ausführungen folgten. In einer sich anschließenden Debatte traten drei Redner auf, von den Kommunisten, von der CDU und von den Radikalsozialisten. Sie alle drei bemühten sich, mir ihre Anerkennung unzweideutig auszusprechen, um dann ihr eigenes Parteispüchlein aufzusagen. Ich behandelte sie im Schlußwort zwar glimpflich, aber doch unter Erteilung der von den Parteifreunden jubelnd quittierten Abfuhr.

In Bremerhaven am nächsten Tag fand eine Aussprache nicht statt. Die Versammlung war ebenfalls gut besucht und folgte mit gleicher Aufmerksamkeit den Ausführungen.

In Bremen ist die originelle Tatsache zu verzeichnen, daß zwei Parteien unserer Richtung bestehen, und zwar eine Demokratische Volkspartei mit Anschluß an die württembergische Organisation und eine Freie Demokratische Partei mit Anschluß an die britische Zone. Der Zufall wollte es, daß für die Demokratische Volkspartei am gleichen Abend wie ich Heuss sprach. Wie mir berichtet wurde, sollen dort kaum 100 Zuhörer anwesend gewesen sein. Ich versuchte, Heuss, den ich im Gästehaus der Stadt Bremen vermutete, zu sprechen; es gelang mir aber nicht, denn er war in einem Privatquartier untergebracht worden. Über meine eigene Unterkunft herrschte ein mysteriöses Zwielicht. Ich sollte nach der mir gewordenen Mitteilung ebenfalls im Gästehaus unterkommen. Als ich mich dort aber einfand, kam der Bremer Vorsitzende Hollmann und sagte, er hätte mich, um mir mehr Ruhe zu schaffen, im Hotel „Columbus“ untergebracht, woselbst ich dann auch mit dem Fahrer in einem Zimmer zusammen übernachtete. Der Grund dieser Wandlung in der Unterkunft liegt wahrscheinlich darin, daß Hollmann mich mit möglichst wenig Bremer Parteifreunden oder gar Angehörigen der Demokratischen Volkspartei zusammenkommen lassen wollte, denn die Tatsache des Bestehens zweier Parteien ist selbstverständlich nicht ohne Reibungen geblieben. Die äußeren Verhältnisse waren nicht sehr erfreulich geordnet. Ich habe in den beiden Tagen, die ich in Bremen wohnte, einmal ein warmes Mittagessen bekommen, sonst war ich auf mich gestellt. Mir ist so etwas natürlich weniger unangenehm als dem Fahrer.

Ein liebenswürdiger Parteifreund Rosenberg in Bremerhaven gab mir für seinen Schwager und für mich zwei große und zwei kleine Büchsen Fischwaren mit auf den Weg. Meine Befürchtung, daß ich diese Gaben nicht heil nach Berlin bringen würde, bewahrheitete sich leider, und zwar dadurch, daß mir die Engländer beim Grenzübertritt die Hälfte wegnahmen. Die andere Hälfte war durch Benzintanks verdeckt, sonst würden sie wohl auch in britische Gefangenschaft geraten sein.⁷⁵ Da die Russen sonntags im allgemeinen niemand über die Grenze lassen, bestand auch noch die Gefahr, daß ich auf der englischen Seite liegenblieb. Durch einen Zufall aber konnte ich diese Klippe überwinden, denn bei den Russen lag ein Auto der russischen Handelsgesellschaft mit einem sowjetischen

Beamten fest, der mich nun seinerseits bat, seinen Wagen ins Schlepptau zu nehmen. Auf diese Weise kam ich, wenn auch ein wenig verspätet, doch noch am Sonntag in Berlin an.

12. Oktober 1947

In dem Lande Sachsen-Anhalt herrscht eine überaus lebhafte Tätigkeit der Liberal-Demokratischen Partei. In vielen Gegenden hat in der Kommunalverwaltung die Partei die absolute Mehrheit, so z. B. in den Orten Eisleben, Sangerhausen und an anderen Stellen. Die Ortsgruppen oder Kreisverbände hatten schon seit langem das Bedürfnis, wieder einmal den Parteivorsitzenden für eine Werbeaktion bei sich zu sehen. An sich bedarf es der Werbung in dieser Gegend nicht, aber es erschien mir als eine Pflicht der Dankbarkeit, mich dort einmal wieder zu zeigen, und so hatte ich mich entschlossen, am 10. und 11. Oktober in Eisleben und in Sangerhausen zu sprechen. Dabei konnte ich gleich eine Veranstaltung der Jugend in Magdeburg besuchen und im Anschluß an Sangerhausen am Sonntag, den 12. 10. vormittags eine Großkundgebung in Wittenberg abhalten.⁷⁶

In Eisleben füllte eine schier unübersehbare Menge den Versammlungssaal. Ich wurde mit einer rührenden Liebenswürdigkeit vom ersten Augenblick an aufgenommen. Die Versammlung war wieder fast feierlich. Die Leute sind immer wieder von neuem entgeistert, daß jemand einen politischen Vortrag auch anständig halten kann, ohne Gezänk und Gezerre, ohne Polemik und unter Betonung nicht des Trennenden, sondern des Gemeinschaftlichen. Die Dankbarkeit der Versammlung war schon rührend, aber noch rührender die der Partei und der in ihr maßgebenden Herren. Wir waren nach der Versammlung in kleinem Kreise von 12 Personen bei meinem Quartiergeber, Herrn Max Fiedler, in der Herrenstr. 10 zu Gast, und da zeigte sich in vollem Umfang die wohlthuende Parteifreundschaft der Eislebener. Ich wurde mit Andenken in Eisleben geradezu überschüttet; ein schönes Bild der Stadt, ein wertvoller, aus Kupfer und Silber bestehender Briefbeschwerer, ein wunderbarer historischer Mansfelder Taler wurden mir als Andenken übergeben. Für mein leibliches Wohlbefinden wurde in geradezu vorbildlicher Weise gesorgt. Ein kaltes Büfett mit Bier und Schnaps, für mich aber mit einer Flasche wunderbaren Burgunders und mit anderen Genüssen erzeugte in diesem Kreise bald eine Stimmung, als ob wir uns schon seit vielen Jahren täglich trafen. Sämtliche Parteivorstandsmitglieder sind ganz prächtige Erscheinungen, und der Erfolg zeigt sich auch darin, daß die Partei in Eisleben in der Stadt- und Kreisverwaltung die absolute Mehrheit besitzt und damit auch den Oberbürgermeister-, den Stadtverordnetenvorsteher- und die anderen maßgebenden Posten allein besetzt.

Der Oberbürgermeister Dr. Barwinsky war mir schon von früher her

bekannt. Ich lernte in Eisleben auch seine Frau kennen. Sie sind beide Bonvivants im guten Sinne des Wortes, er selbst ein temperamentvoller, lebenswürdiger Herr; das gleiche gilt von seiner Gattin. Ich hatte manchmal allerdings das Empfinden, als ob beide die Vorzüge des Feuchtföhlichen etwas überschätzten. Aber die gemeinsamen Stunden mit ihnen waren doch ein Genuß. Sie hatten nur den einen Nachteil, daß sie bis $\frac{1}{2}$ 4.00 Uhr früh dauerten, und ich war wohl dabei der einzige Leidtragende neben meinen Gastgebern, insofern, als ich am nächsten Morgen schon wieder verhältnismäßig zeitig abfahren mußte. Aber Parteifreund Fiedler, der mich in sein Haus gastlich aufgenommen hatte, war doch auch schon von früh morgens an wieder da, und seine Gattin, schlicht und lebenswürdig, bewirtete mich mit erlesenen Genüssen.

Ich fuhr von Eisleben nach Magdeburg, um dort eine von 300 Personen besuchte Vertretertagung der Jugend des Kreises Magdeburg zu besuchen. Es war außer mir noch der Minister Dr. Damerow aus Halle erschienen. Ich benutzte die Gelegenheit, um in programmatischen Ausführungen der Jugend meine Auffassung über ihre Pflichten und ihre Bedeutung für die deutsche Zukunft darzulegen. Der jubelnde Beifall, den mir die Jugend am Schluß der Rede zollte, zeigte mir, daß ich den Weg zum Herzen der Anwesenden gefunden hatte. Leider konnte ich nicht die ganze Versammlung mitmachen, da ich am Abend in Sangerhausen zu sprechen hatte. In Sangerhausen fand ich gastliche Aufnahme im Hause des Parteifreundes Schmid, in dem gleichen Hause, in dem ich bereits vor 20 Jahren einmal bei einem Vortrag der Demokratischen Partei gastlich aufgenommen wurde. Damals war der Parteifreund ein jugendfrischer Herr von 45 Jahren, heute war er 65, aber sowohl er wie seine Gattin waren von ungemindefter Jugendfrische. Wir begaben uns sofort in die Versammlung. Diese war so stark besucht, daß zunächst noch ein großer Nebensaal in einem anderen Lokal freigegeben und mit Lautsprecher verbunden wurde, aber das genügte nicht, um dem Ansturm gerecht zu werden, und so mußte zur Verhütung von Unglück der Saal polizeilich gesperrt werden. Die Versammlung verlief auch hier, wie alle in der letzten Zeit, andachtsmäßig. Die Leute machten innerlich so stark mit, daß man versucht war, immer wieder von neuem irgendeinen Gedanken ihnen zu entwickeln, und damit der Gefahr unterlag, zu lange zu sprechen. Die Stadt als solche nahm an der Kundgebung offiziell teil. Wie schon in Eisleben, so begrüßte mich auch in Sangerhausen der Bürgermeister bei Beginn der Kundgebung im Namen der Stadt und kennzeichnete damit die Eigenart der Veranstaltung als solcher, die über den Rahmen einer Parteiveranstaltung hinaus sich zu einem allgemeinpolitischen Ereignis erhob.

Nach der Versammlung vereinte uns ein kleiner Kreis bei Herrn Schmid, wobei es vor allem erlesene Weingenüsse gab. Zwei Flaschen wunderbarsten Rheinweines und eine Flasche Sekt belebten den gegenseitigen Gedankenaustausch. Es wurde diesmal nicht $\frac{1}{2}$ 4.00 Uhr, aber

doch $\frac{1}{2}$ 2.00 Uhr, was mich nicht hinderte, früh 7.00 Uhr wieder zur Stelle zu sein, um $\frac{1}{2}$ 8.00 Uhr die Fahrt nach Wittenberg anzutreten, woselbst 10.30 Uhr im Zentraltheater eine Großkundgebung angesetzt war.

Die Parteifreunde waren auf das Freudigste überrascht und bestürmten mich geradezu, als ich mit meinem Wagen vor dem Versammlungsraum im Zentraltheater hielt. Diese auffällige Freude fand bald ihre Aufklärung. Es wurde mir mitgeteilt, daß der amerikanische Sender gestern das Gerücht gebracht habe, es sei gegen mich ein Bombenanschlag verübt worden, bei dem der Fahrer getötet und ich schwer verletzt worden sei. Sie hatten durch verschiedene Blitzgespräche und Blitztelegramme versucht, sich Gewißheit über die Lage zu verschaffen, sie hatten aber nur von einer Stelle, nämlich von Minister Damerow, die Nachricht bekommen, daß er zwei Stunden vorher noch mit mir zusammen gewesen sei. Das hätte sie aber nicht überzeugt, daß das Attentat nicht stattgefunden habe, denn es wäre ja möglich gewesen, daß es nach der Zusammenkunft mit Damerow sich ereignet habe. Um so erfreulicher war ihnen die Gewißheit, durch meine Anwesenheit einen der beiden Sätze bestätigt zu finden: „Gute Ware hält sich“ oder „Unkraut vergeht nicht“. Der große Saal des Zentraltheaters war bis auf den letzten Platz gefüllt. Auch hier wieder herrschte die gleiche andächtige Stimmung, wie bei allen Versammlungen in der letzten Zeit.

Nach der Versammlung war ich mit dem Vorsitzenden der Partei und dem Geschäftsführer Mittagsgast bei einem braven Fleischermeister, der der Partei angehörte. Er sowohl wie seine Frau, sein Sohn und seine Schwiegertochter hatten in weitgehendster Fürsorge für mein leibliches Wohl gesorgt. Braten in unverilgbarer Menge wurde serviert, ausgezeichnete Cognac belebte die Stimmung, und Bohnenkaffee gab den würdigen Abschluß. Diese schlichte, herzliche Gastfreundschaft ohne alle äußere große Aufmachung, aber aus warmherziger Gesinnung heraus hatte etwas überaus Wohltuendes. – Wohlbehalten kam ich nach 3-tägiger Abwesenheit in Berlin wieder an. Am Ende nächster Woche geht die Tour von neuem an.

20. Oktober 1947

In einer schwachen Stunde hatte ich meinem Arionenfreund, Rechtsanwalt Dr. Flatter, einen Vortrag in Pulsnitz versprochen. Das Versprechen mußte nun doch einmal gehalten werden, und so entschloß ich mich für den 18. 10. zur Fahrt nach Pulsnitz. Um die Rückfahrt am Sonntag nicht ganz unausgenutzt zu lassen, telegrafierte ich nach Frankenberg, wo mein alter Mitkämpfer Oberstudiendirektor Dr. Dietel mich ebenfalls sehnsüchtig erwartete, daß ich am Sonntag Vormittag kommen könnte. An beiden Orten bot sich das nun schon so häufig gezeigte Bild, daß eine die Säle

überfüllende Zuhörerschaft mit menschlicher und politischer Andacht den Ausführungen folgte. Es hat fast etwas Bedrückendes an sich, wenn man merkt, daß die Menschen einem so am Munde hängen, um aus den Worten des Redners irgendeinen Hoffnungsschimmer oder irgend etwas Zuversichtliches gewinnen zu können.

An beiden Orten waren die Versammlungen vorzüglich vorbereitet. Frankenberg nahm offiziell dergestalt teil, daß der Bürgermeister mir einen Willkommensgruß im Namen der Stadt übermittelte. Die Freude der Parteifreunde, die zum Teil auch aus weiterer Entfernung gekommen waren, war offensichtlich groß. Besonders herzlich war die gastliche Aufnahme. In Pulsnitz fand ich sofort ein schön geheiztes Gastzimmer im Hotel „Stadt Dresden“, konnte mich noch vor der Versammlung eine Stunde ausruhen, und nach der Versammlung wurde ich im kleineren Kreise des Parteivorstandes in einem besonderen Zimmer abgefüttert, als ob ich wochenlang auf dürrer Weide gestanden hätte. Ein großes Beefsteak und eine ebenso große Portion Kalbsbraten füllten meine allerdings leer gewordenen Seiten. Dazu leidliches Bier und glücklicherweise in nicht zu großen Mengen Schnaps. Die Unterhaltung war lebhaft und durchweg herzlich.

In Frankenberg bot sich das gleiche Bild herzlicher Parteifreundschaft. Nach der Versammlung entführte mich Herr Fabrikbesitzer Schreiter nebst vier anderen Herren in sein stilvolles Heim nach Flöha. Dort vollzog sich eine mehr als friedensmäßige Tafel bei Hammelkotelett, echtem bayerischen Bier nach friedensmäßiger Brauart und mehreren Flaschen allererstklassigen Weines. Leider konnte ich das alles nicht so ausgiebig genießen, wie ich es sonst wohl getan hätte, weil die Zeit zur Abfahrt drängte.

In beiden Städten ist die Partei in gutem Zustand und von durchaus geeigneten Persönlichkeiten geleitet. Die in der Parteiorganisation und in der Verwaltung der Stadt tätigen Parteifreunde machen ausnahmslos einen vorzüglichen Eindruck. Das Vertrauen zur Parteileitung ist bedingungslos, der Geist der *Parteifreundschaft* kommt in schöner Weise zum Ausdruck. So können auch Kundgebungen in kleineren Orten Freude und Genugtuung bereiten und zu neuer Arbeit stärken.

24. Oktober 1947

Seit langem schwebte für den Landesverband Sachsen ein Landesparteitag in der Luft. Er war immer wieder verschoben worden, weil man in der Frage der Neuwahl oder Wiederwahl des Vorsitzenden zu keiner endgültigen Vorentscheidung kam. Nun war es aber soweit, und der Parteitag wurde nach Bad Schandau für 23., 24., 25. und 26. 10. 47 einberufen.⁷⁷ Man legte großen Wert auf meine Anwesenheit, vor allem tat das der Parteivorsitzende in Sachsen, Justizminister Prof. Dr. Kastner. Ich wußte, daß er nicht ungefährdet war,⁷⁸ versuchte aber, überall dort, wo ich es

konnte, für seine Wiederwahl zu wirken. Kastner hat gewiß manche Angriffspunkte gegeben, die aber keineswegs politischer Art waren, sondern mehr menschlicher Art. Gleichwohl hielt ich seine Wiederwahl für eine Notwendigkeit, weil er ein durchaus fähiger politischer Kopf ist und weil er ein Typ geworden ist für die Partei in Sachsen, für die Gesamtpartei, für die deutschen Regierungen und für die Politik überhaupt. Unter seiner Leitung ist die Partei in Sachsen zur stärksten Landespartei innerhalb der Zone geworden. Die jetzige bewegte politische Lage macht jeden Wechsel im Vorsitz bedenklich; man wechselt den Kapitän nicht, wenn das Schiff auf hoher See von den Wellen umbrandet wird.

Ich fuhr mit Lieutenant zusammen am 23. 10. nach Schandau, fand in Bahrs Hotel (Inhaber Parteifreund Dreher) nebst meiner Frau beste Aufnahme und stürzte mich sofort in die Arbeit.

Kastner hielt ein ausgezeichnetes politisches Referat zur Einleitung der Verhandlungen. Verschiedene geschäftliche Berichte folgten und dann kam die Vorstandswahl. Es lagen für den ersten Vorsitzenden drei Vorschläge vor, und zwar Bretschneider, Dieckmann, Kastner. Für Bretschneider sprach der Leipziger Parteivorsitzende, Rechtsanwalt Blume, unter starker Ablehnung Kastners. Für Dieckmann sprach sein Schwager, Dr. Thürmer, Stadtverbandsvorsitzender für Dresden. Dann folgte eine Rednerliste von etwa 10 Mann, unter diesen sprach Landgerichtspräsident Ziehl, Rechtsanwalt Dr. Liebler und noch zwei andere Parteifreunde sehr warm und geschickt für Kastner. Ich selbst hatte mich bis zum Ende der Aussprache zurückgehalten, trat dann aber nachhaltig für Kastner ein. Dabei war ich mir vollkommen bewußt, daß meine Worte nur wenig Einfluß haben konnten, da die Vertreter der Organisationen ja mit gebundener Marschroute abgeschickt werden. Im stillen hoffte ich allerdings immer noch auf einen Sieg von Kastner. Leider erfüllte sich meine Hoffnung nicht. Bretschneider wurde mit einer geringen Majorität in der Stichwahl gewählt.

Das erste Debüt, was er gab, war wenig glücklich. Er machte eigentlich einen hilflosen Eindruck, der mit seiner neu erworbenen Würde nichts recht anzufangen wußte; er fand weder ein programmatisches Wort für seine künftige Tätigkeit noch ein Wort des Dankes für seinen Vorgänger. Das letztere holte ich sofort nach, denn man hatte mir während der ganzen Wahlhandlung die Leitung der Versammlung übertragen. Durch Lieutenant ließ ich Kastner schonend vom Ausgang der Wahl in Kenntnis setzen. Lieutenant erzählte mir, daß Kastner sehr betroffen gewesen sei und sofort nach Dresden die Rückfahrt angetreten hatte. Die anderen Wahlen zogen sich stundenlang hin, aber schließlich nahmen sie gegen 11.00 Uhr nachts auch ein mehr oder weniger glückliches Ende. Die durch die Nichtwiederwahl Kastners entstandene peinliche Situation erfuhr eine gewisse Entlastung dadurch, daß von den Gegnern der Kandidatur Kastners immer wieder von neuem betont wurde, daß die Ablehnung Kastners keine

politischen Hintergründe habe. Die Politik solle nach wie vor die gleiche bleiben. Was die wirklichen Gründe waren, wurde eigentlich von niemand gesagt, sondern man führte immer nur wieder an, daß man einen ehrenamtlichen Vorsitzenden nicht mehr haben möchte, sondern einen hauptamtlichen, der sich allein nur dieser Tätigkeit widmen könne. Tatsächlich hatte Kastner in seiner Person zu viele Parteihonorearnämter vereinigt. Er ist Justizminister, stellvertretender Ministerpräsident, Fraktionsvorsitzender, bisher Landesparteivorsitzender und hat nebenbei auch noch seine Rechtsanwalts-Praxis. Außerhalb Sachsens ist er stellvertretender Vorsitzender der Parteileitung in Berlin und gehört dem Koordinierungsausschuß der drei Zonenparteien an.

Die Russen waren sehr ungehalten über die Nichtwiederwahl Kastners. Ich sprach mit den russischen Offizieren hinterher und suchte ihre Bedenken wegen einer politischen Kursänderung zu zerstreuen. Tatsächlich bestehen in der Persönlichkeit des neu gewählten Vorsitzenden Bretschneider solche Bedenken keineswegs; die liegen mehr nach der Seite der Fähigkeit. Der wirkliche Grund zur Nichtwiederwahl Kastners war stimmungsmäßig. Seine ganze Art, die etwas Paschamäßiges an sich hatte, gefiel den Leuten nicht. Sie legten ihm das als Überheblichkeit aus. Dazu kam, daß seine jüngst ihm anvertraute und angetraute Ehefrau sehr erheblichen Aufwand trieb und dadurch in verhältnismäßig weiten Schichten aufgefallen war. Das sind gewiß Dinge, die man lieber vermeidet, aber keine Gründe für eine Nichtwiederwahl; die sucht man in Parteifreundschaftskreisen durch offene Aussprache zu bereinigen. Ich fürchte, daß der Frieden im Landesverband Sachsen noch lange getrübt bleiben wird.

27. Oktober 1947

Dem Parteitag in Sachsen folgte der in Hamburg.⁷⁹ Auch hier wurde starker Wert auf meine Teilnahme gelegt. Mir paßte diese Fahrt gar nicht, denn ich bin mit Vorträgen jetzt stark überlastet. Andererseits mußte auch ich Wert darauf legen, mich in der britischen Zone einmal wieder etwas nachhaltiger als bisher bemerkbar zu machen. Ich fuhr also Sonnabend früh 1/7.00 Uhr los, um gegen 2.00 Uhr zu Beginn der Tagung in Hamburg sein zu können. Die Fahrt wurde sehr angenehm dadurch verkürzt, daß ich bis Uelzen, also den größten Teil der Fahrt, Frau Gerber neben mir hatte, die ich in einem Dorf bei Uelzen absetzen sollte. Frau Gerber ist eine ebenso charmante wie gediegene Persönlichkeit, von natürlichem Wesen, von aufgeschlossenem Geiste und gesunder Urteilkraft. Ihrem Lebensgefährten ist sie offenbar in seinen mancherlei menschlichen und beruflichen Sorgen ein noch besserer Anwalt als er selbst, und es hat etwas Rührendes an sich, mit welch' warmherzigem Interesse sie ihm seine Sorgen zu nehmen bestrebt ist.

Die Fahrt verlief ohne äußere Schwierigkeiten und führte mich unmit-

telbar in die im Rathaus zu Hamburg stattfindende Tagung. Ich wurde freudig und ehrenvoll begrüßt und nahm sofort lebhaften Anteil an den Besprechungen, die sich bis in die Abendstunden hinzogen. Dann kam aber eine schwere Enttäuschung. Für meine Unterkunft war in einem Hotel gesorgt, das einem Parteifreund gehörte. Als ich gegen 9.00 Uhr ankam, eröffnete mir dieser, daß er gerade seinen Restaurantbetrieb schließe. Daß man einem aus Parteikreisen stammenden Gast vielleicht eine Tasse Kaffee oder ein Glas Bier anbieten könne, dieser Gedanke kam ihm nicht, und so legte ich mich mehr oder weniger zwangsweise schon ½10.00 Uhr ins Bett. Das hatte das eine Gute, daß ich mich einmal ordentlich ausschlafen konnte und mit frischen Kräften in die Verhandlungen des zweiten Tages eintrat. In der politischen Kundgebung bat man mich, an erster Stelle zu sprechen. Ich hatte den Eindruck, als ob meine Ausführungen für die Anwesenden von Bedeutung waren. Es sprachen außer mir noch der bekannte Sozialpolitiker Dr. Hermann Schäfer über die sozial-revolutionären Aufgaben des Liberalismus, Dr. Biermann-Ratjen über liberale Kulturpolitik und Finanzminister a. D. Blücher über die politischen und wirtschaftlichen Probleme der britischen Zone. Alle drei Vorträge standen auf bedeutender geistiger Höhe, nur Blücher sackte im zweiten Teil seiner Rede merklich ab, und man fühlte, daß er sich lange Zeit umsonst bemühte, einen wirkungsvollen Abgang zu finden. Das verführte ihn dazu, mit übersteigertem Pathos über die innerliche Gedankenleere hinwegzutäuschen.

Für das leibliche Wohl war auch an diesem Tage überhaupt nicht gesorgt. Erst am späten Abend hatte man das Bedürfnis, mir ein Abendessen in einem guten Restaurant „Belvedere“ zu ermöglichen; Frühkaffee habe ich an keinem Tage bekommen, und mein gastgebender Hotelwirt erschien überhaupt nicht mehr auf der Bildfläche.

Politisch gesehen war meine Teilnahme an der Tagung zweifellos richtig. Die Verbindung mit der britischen Zone wurde dadurch gefördert, und die Vorträge der Tagung gaben mir manche wertvolle Anregung.

29. Oktober 1947

Die mecklenburgische Partei bedarf noch sehr der Förderung. Sie hat lange Zeit ein mehr beschauliches und stilles Dasein geführt als ein erfolgreiches. Ich folgte infolgedessen gern der Einladung zu einer Kundgebung nach Wismar.⁸⁰ Im Gegensatz zu Hamburg fand ich hier am 28. 10. eine liebevolle Aufnahme. Sofort bei meiner Ankunft wurde ich in dem historischen Reuter-Haus, was als Gastwirtschaft neu eingerichtet war, bewillkommen. Der Bürgermeister der Stadt, ein Parteifreund von uns, wick überhaupt nicht von meiner Seite. Die Versammlung selbst fand vor überfülltem Saal statt, die Anwesenden folgten mit gespanntester Aufmerksamkeit meinen Ausführungen. An zwei Stellen versuchte ein SED-Mann

durch einige törichte Zwischenrufe, die Situation zu beleben. Das gelang ihm auch insofern vollkommen, als ich ihn unter jubelndem Beifall der Erschienenen mit einem Scherzwort in seine geistig engen Schranken zurückwies. Der Beifall der Versammelten war ohne Unterschied der Partei stark. Nach der Versammlung vereinte uns wieder im Reuter-Haus ein Dinner, das selbst in Friedenszeiten sehr beachtlich gewesen wäre. Es nahmen ungefähr 15 Mitglieder der Partei und des Parteivorstandes teil. Die Zusammenkunft war von wohlthuender warmherziger Parteifreundschaft erfüllt. Der unvermeidbare Schnaps belebte bei vielen die Stimmung sichtlich und ich hätte die Anwesenden verletzt, wenn ich vor 1.00 Uhr sie verlassen hätte. Dann ging ich aber tatsächlich.

Bei der Rückfahrt stellte sich eine gefährliche Panne dadurch ein, daß das linke Vorderrad bei voller Fahrt sich löste. Die zusammenschüttelnde Wirkung dieses Ereignisses war nicht gerade angenehm und verursachte natürlich einen wesentlichen Aufenthalt, so daß ich nicht mehr rechtzeitig in Berlin in die auf mich wartende Verfassungsausschuß-Sitzung kommen konnte. Die Sitzung hat aber, wie ich bei meiner Erkundigung erfuhr, auch ohne mich befriedigend arbeiten können, woran ich nicht gezweifelt hatte.

1. November 1947

Ein Ereignis ganz besonderer Art vollzog sich gestern Abend. Der seit einigen Wochen gegen die Angeklagten im Konzentrationslager Sachsenhausen vor einem sowjetischen Militärgericht stattfindende Prozeß stand vor seinem Abschluß. Die Urteilsverkündung war gestern 7.00 Uhr abends zu erwarten. Ich hatte das Bedürfnis, mich einmal von den äußeren Vorgängen bei einem solchen sowjetischen Prozeß zu orientieren, und entschloß mich deswegen, mich zu dieser Schlußverhandlung einzufinden.

Der Verhandlungsraum war würdig, aber unter starker Betonung des sowjetischen Rot ausgestattet. Aber Rot ist ja nun einmal die Nationalfarbe dieses Staates. Da es sich um ein Militärgericht handelte, war das Militär stark vertreten. Von auswärtigen Militärmissionen sah ich nur die holländische, die insofern ein Interesse an der Sache hatte, als unter den Gefolterten und Getöteten sich auch holländische Staatsbürger befanden. Meine Anwesenheit konnte leider nicht inkognito geschehen, denn ich war kaum auf der Bildfläche erschienen, da stürzten sich alle möglichen Reporter und sowjetischen Offiziere auf mich, was mir im allgemeinen nicht angenehm war, denn nun wird wieder in der Presse meine besondere Vorliebe für die Russen in den Vordergrund gestellt werden, obwohl das furchtbar töricht ist, denn es wäre ganz gut, wenn sich auch andere verantwortliche Persönlichkeiten einmal einen unmittelbaren Eindruck von einem russischen Militärgerichtsurteil verschaffen würden.

Äußerlich ging die Sache so vor sich, daß zunächst die etwa 16 Ange-

klagen in den Verhandlungsraum geführt wurden, ungefesselt, aber die Hände auf dem Rücken. Vier Sowjet-Soldaten bezogen in strammer Haltung neben der Anklagebank Posten. Ein russischer Major versah den Saaldienst. Mit lautem Kommando kündigte er das Erscheinen des Gerichts an. Das Gericht bestand aus einem Justizoberst, der genau so aussah wie Ministerpräsident Paul von Thüringen, und vier stattlichen Justizoffizieren im Range eines Oberstleutnants. Der Vorsitzende schritt sofort zur Verlesung des Urteils, das immer abschnittsweise von einem ausgezeichneten Dolmetscher übersetzt wurde. Die Verlesung des Urteils dauerte über zwei Stunden, während dieser ganzen Zeit mußte man stehen, was ich glücklich überstand. Die Angeklagten waren keineswegs in besonders niedergedrückter Stimmung. Sie wußten ja, daß die Sowjetgerichte keine Todesstrafe aussprechen.⁸¹ Ein wirkliches Verbrechergesicht vermochte ich unter den Angeklagten nicht festzustellen, sie waren der Typ des schnoddrigen SS-tums und Menschen, die aus einer besseren inneren Einstellung sicherlich nach und nach in das Schwerverbrechertum hinübergeglitten waren.

Die tatsächlichen Feststellungen des Urteils waren grauenhaft. Die Zahl der in Sachsenhausen Ermordeten wurde mit mindestens 80 000 festgestellt. Die qualvollen Foltern der Lagerinsassen sind für ein normales menschliches Empfinden unausdenkbar. Das Urteil machte den Eindruck einer wohlgedachten, den Tatbestand bis in alle Einzelheiten feststellenden und würdigenden Erörterung. Die Haltung der Gerichtsoffiziere war ernst und würdig. Jedes scharfe Wort wurde vermieden. Die nüchterne Objektivität, ja fast Monotonie des Vorsitzenden wirkte in ihrer strengen Sachlichkeit stark und in absolutem Gegensatz zu den früheren Allüren des Nazivolksgeschichtshof-Präsidenten Freisler, dessen Verhandlungen weiter nichts als ein sinnloses Toben waren.

Das Urteil bestand darin, daß die meisten Angeklagten zu lebenslänglicher Haft mit Zwangsarbeit, ein Teil zu 15-jähriger Haft und der Krematoriumswärter von Sachsenhausen zu 10 Jahren Haft verurteilt wurden. Auf die Frage des Vorsitzenden an die Angeklagten, ob sie das Urteil verstanden hätten, antworteten diese mit „Jawohl“.

Der Gesamteindruck für mich war der, daß das Urteil durchaus gerecht war. Wer an der Vernichtung von Tausenden von Menschenleben bewußt und gewollt mitgewirkt hat, hat selbstverständlich sein Leben selbst verwirkt.

Eine kleine Sonderheit bot das Bild insofern, als auf dem Richtertisch sowohl wie auf dem Tisch der Verteidigung und des Anklägers große Flaschen von brauner Flüssigkeit standen, von denen der Vorsitzende vor allem, schwitzend vor Hitze, ausgiebigsten Gebrauch machte. Aber auch die anderen Teilnehmer machten vom Inhalt eifrig Gebrauch. Man sagte, daß in den Flaschen gute Limonade sei.

Nach der Urteilsverkündung ergoß sich auf mich eine Flut von Repor-

tern, die mein Urteil wissen wollten. Ich hatte keinen Anlaß zu verschweigen, daß ich das Urteil als das Ergebnis sehr sorgfältiger Feststellung und Würdigung des Tatbestandes und als ein gerechtes Urteil betrachte. Um 7 Uhr hatte die Verhandlung begonnen, um 10¼ Uhr war sie beendet.

4. November 1947

Der Vorstand der Demokratischen Partei Deutschlands hatte zuletzt im Anschluß an den Eisenacher Parteitag getagt, und zwar im Juli in Berlin. Diese Tagung bedeutete damals einen erheblichen Schritt vorwärts, weil es gelang, gemeinsame politische Richtlinien einstimmig aufzustellen. Die britische Zone war leider damals nicht vertreten, und sie hatte den Wunsch geäußert, diese Richtlinien auf einer späteren Sitzung noch einmal zu verhandeln. Auch sonst lagen genügend Gründe vor, um eine solche Arbeitstagung des Vorstandes einzuberufen.

Wir kamen am Montag, den 3. 11. zu diesem Zweck in Frankfurt im Hotel „Monopol“ und „Metropol“ zusammen.⁸² Lieutenant und ich fuhrten schon tags zuvor nach Weimar und verlebten dort in Gesellschaft meines Sohnes, des Oberbürgermeisters Hempel und des Stadtrates Schröder, teilweise auch des Finanzministers Moog, der uns eine Flasche Sekt spendierte, einen ganz vergnüglichen Abend. Die Reise nach Frankfurt wurde so zweigeteilt. Wir kamen Sonntag gegen 5.00 Uhr in Frankfurt an und fanden alles wohl vorbereitet. Aus der Ostzone hatte sich inzwischen noch Minister Damerow aus Halle eingefunden, während Kastner und Moog durch Regierungsgeschäfte verhindert waren.

Pünktlich 10.00 Uhr begannen die Verhandlungen. Sie wurden am Vormittag von mir, am Nachmittag von Heuss geleitet. Alle Zonen waren zahlreich vertreten, erstmalig auch die französische. Zunächst galt es, einige geschäftliche Sachen zu ordnen; der Vorstand wurde insofern ergänzt, als jede Zone zu den bisher fünf Vertretern noch einen sechsten hinzubekam. Weiter wurde eine Verfassungskommission eingesetzt, die den Entwurf einer Reichsverfassung erörtern und vorlegen soll. Ich erhielt den ehrenvollen Auftrag, diesen Verfassungsentwurf aufzustellen, was ich sehr gern tue.

Der Nachmittag war der politischen Aussprache gewidmet; die war reichlich und gut, zeigte aber, daß das Denken und Fühlen hinter Zonenschlagbäumen schon sehr weit vorgeschritten ist. Das Vorurteil gegen die Ostzone war auffällig entwickelt und an kritischen Bemerkungen fehlte es nicht, zumal unter den Vertretern der Ostzone auch Schwennicke vorhanden war. Ich habe bei all diesen Auseinandersetzungen jede Schärfe vermieden und die Aufklärungen versucht, die notwendig waren. Am schlimmsten waren nach der Schilderung des Ministers Wildermuth die Zustände in der französischen Zone, wo offenbar bewußt auf eine Zer-

splitterung territorialer und gesinnungsmäßiger Art hingearbeitet wird. Die Aussprache hatte den großen Vorteil, daß man sich ein Bild über die Zonenpsychologie machen konnte und das ist auch schon etwas wert. Gesamtdeutsches Denken und Fühlen war schon sehr getrübt und das Bestreben, die Zonen gegeneinander auszuspielen, war offensichtlich – eine schmerzvolle Erkenntnis, aber bei der jetzigen Geistes- und Seelenverfassung des deutschen Volkes verständlich. Demgegenüber gilt es immer wieder von neuem, die Nerven zu bewahren. Ich glaube, daß mir das gelungen ist. Die politischen Verhandlungen schlossen mit einer einstimmig angenommenen Entschliebung, die dahin ging, daß wir möglichst bald eine aus gleichen allgemeinen direkten Wahlen hervorgegangene deutsche Nationalversammlung und aus ihr heraus geboren eine gesamtdeutsche Regierung verlangten.

Im Anschluß an die Verhandlungen hatten sich ungefähr 50 Vertreter der ausländischen und inländischen Presse und des Rundfunks eingefunden, die höchst neugierig waren und vor allem persönlich mich stark attackierten. Mir war das aber sehr angenehm, denn ich bekam auf diese Weise Gelegenheit, mit rückhaltloser Offenheit mich über alle politischen Probleme zu äußern. Mit einem Amerikaner geriet ich besonders aneinander, als ich sagte, daß die Kongresse der Außenminister äußerst mangelhaft vorbereitet seien. Als ich dann aber unter weit aufgerissenen Augen aller Presseleute sagte, daß ich mir schon ein Urteil zutrauen dürfe, weil ich selbst einmal eine große Staatenkonferenz geleitet hätte und mich geniert hätte, diese so mangelhaft vorzubereiten, wie es bei den jetzigen Kongressen oft zu verzeichnen wäre, wurde die Einstellung mir gegenüber anders.

Bei der Rückkehr nach Berlin fand ich, wie üblich nach kurzer Abwesenheit, sog. Stunk in gehäufter Ausmaß vor.

6. November 1947

Die Sowjetunion feiert am 7. 11. die dreißigjährige Wiederkehr ihrer Revolution als großen Nationalfeiertag. Es ergab sich als Pflicht, dem Marschall Sokolowskij eine Glückwunschartrede zu überreichen. Die drei antifaschistischen Parteien des Einheitsblockes taten dies gemeinschaftlich. Der Akt war sehr feierlich, großer Empfang durch viele Empfangsoffiziere hindurch bis zum Chefkabinett des Marschalls. Dort las jeder Parteiführer sein Sprüchlein vor. Die Presse berichtet darüber im einzelnen. Ich hatte den Eindruck, als ob die Feier durchaus würdig war und als ob unsere Adresse wohl inhaltlich die zweckmäßigste Form fand. Die Antwort des Marschalls Sokolowskij auf unsere Glückwünsche war sehr herzlich. Er hatte sich offenbar aufrichtig gefreut und nahm die Gelegenheit wahr, sich in hochpolitischen, hoffnungsfreudigen Ausblicken auf die deutsche Zukunft zu äußern. Sokolowskij machte auch diesmal wieder den Ein-

druck eines gebildeten Menschen und eines offenen, geraden Charakters. Eine Einladung schloß sich Gott sei Dank nicht an, wohl aber sprach der Adjutant von einem Gastgeschenk, was uns noch zugehen würde. Dieser Huldigung kann man sich natürlich nicht entziehen. In einer Stunde war alles ausgestanden, und von ähnlichen Festakten wird man ja nun eine Zeitlang verschont bleiben.

7. November 1947

Um die Kette der Schwierigkeiten nicht abreißen zu lassen, hatte sich in Thüringen eine Regierungskrise eingestellt, die sich um den Justizminister Külz gruppierte.⁸³ Sein Jahresbericht vor dem Landtag, der nach meinem Empfinden sehr gut war, hatte scharfe Kritik von seiten eines Redners der SED erfahren. Der Justizminister griff den Stier bei den Hörnern, trat dieser nach seiner Ansicht unberechtigten Kritik scharf entgegen und stellte die Vertrauensfrage. Die SED hatte offenbar mit einem so entschiedenen Vorgehen nicht gerechnet, weil manche von ihr des Glaubens sind, daß es Zweck des Einheitsblockes sei, willenlos sich alles von der SED gefallen zu lassen. Derartigen Bestrebungen gegenüber ist es immer dankbar zu begrüßen, wenn unsere Parteifreunde in den Fraktionen der Länder, falls sich die Notwendigkeit hierzu ergibt, mit Entschiedenheit der SED entgegentreten. Das war hier in Thüringen geschehen. Der überraschende Erfolg war der, daß der Justizminister binnen 24 Std. ein einstimmiges Vertrauensvotum erhielt. Man sieht also, daß ein entschiedenes Vorgehen keineswegs immer zu Konflikten zu führen braucht, sondern – wenn es sachlich berechtigt ist – zu einer Stärkung der eigenen Partei führt. Im Interesse der Gesamtpartei ist das Ergebnis in Thüringen mit Genugtuung zu begrüßen.

8. November 1947

Seit dem Parteitag in Eisenach betätigt sich der Landesverband Berlin der LDP unter der ruhmvollen Führung von Schwennicke in „konstruktiver Opposition“; auf gut deutsch würde das Wort „stänkern“ anzuwenden sein. In der letzten Zeit nahmen diese Erscheinungen in einem Teil der Berliner Presse üble Formen an, vor allem wurde die Sache auch von den Russen sehr ernsthaft genommen, die in diesem Verhalten des Landesverbandes Berlin eine gegen sie unmittelbar gerichtete Politik erblickten.⁸⁴ Ich konnte diese Auffassung zwar nicht teilen, aber irgend etwas mußte geschehen. Deswegen hatten wir uns entschlossen, mit den Bezirksverbandsvorsitzenden von Berlin nach und nach einzeln zu verhandeln, um sie aufzuklären und ihnen unsere Stellungnahme nicht vorzuenthalten. Schwennicke gab die Parole aus, daß die Bezirksverbandsvorsitzenden einer entsprechenden Einladung nicht folgen sollten. Sie taten es aber doch, und in den zwei Besprechungen, die über die Bühne gingen, zeigte eine

Aufklärung von uns aus gute Wirkungen. Nun beschloß Schwennicke, eine Delegiertenversammlung des Landesverbandes einzuberufen, um dort seine Leute wieder fest in die Hand zu bekommen. Am Freitag, den 7. 11. ging diese Delegiertenversammlung vor sich.⁸⁵ Lieutenant und ich waren erschienen. Von den Besatzungsmächten sah ich lediglich die Franzosen.

Zu Beginn der Versammlung legte Reif die Stellungnahme des Landesverbandes in längeren Ausführungen dar. Die Ausstellungen, die man zu erheben hatte, richteten sich hauptsächlich gegen die Blockpolitik und gegen eine allzu verbindliche Form der Politik gegenüber der Sowjetmacht. Nach Reif meldete ich mich sofort zum Wort, um meine Stellungnahme darzulegen und den Wunsch zu äußern, der Landesverband möge in den Zentralvorstand wieder zurückkehren. Eine ziemlich lange Aussprache, bei der mehr als 10 Redner zu Worte kamen, schloß sich an. Sie wurde mit rückhaltloser Offenheit, aber in parteifreundschaftlichem Geiste gehalten und ließ eine große Zahl von Wünschen offenkundig werden, die der Landesverband gegenüber der Parteiführung auf dem Herzen hatte. Ich griff zunächst in die Aussprache nicht wieder ein, aber erbat mir das Schlußwort. In ihm ging ich auf die verschiedenen Äußerungen der Debatte ein, erklärte, daß es mir sehr wertvoll gewesen sei, die Auffassung des Landesverbandes nun so eingehend kennenzulernen, daß ich aber als Parteivorsitzender meine Politik nicht nach den Wünschen nur eines Landesverbandes einstellen könne, sondern daß ich es mit fünf Landesverbänden zu tun hätte und meine Parteiführung auch die Wünsche der anderen Landesverbände berücksichtigen müsse. Sehr gelegen kam mir dabei ein Antrag von Lieutenant, den Hauptausschuß der Partei mit dieser Sache zu befassen und dort eine Aussprache herbeizuführen, damit die Auffassungen der Landesverbände in ihrer Gesamtheit gegeneinander abgestimmt werden können. Dieser Antrag wurde auch einstimmig angenommen, so daß diese ganze Landesverbandsversammlung keine Lösung der schwebenden Schwierigkeiten brachte, sondern nur als Vorgefecht zu würdigen ist für die Hauptschlacht, die demnächst im Hauptausschuß dann auszukämpfen sein wird.

Persönlich widert mich die ganze Angelegenheit aufs Tiefste an. Auf der Weltbühne wird um das Schicksal Deutschlands gewürfelt, alles drängt zu einer positiven Zusammenfassung der Kräfte im Interesse der Erhaltung der deutschen Lebensfähigkeit und in einer Partei, welche die Einheit Deutschlands als wesentlichen Programmpunkt hat, verzettelt man Kräfte und Zeit mit unnötigen Auseinandersetzungen kleinsten Kalibers.

15. November 1947

Die interessanten Ereignisse häuften sich in der letzten Zeit. Da hatte mich zunächst einmal der amerikanische politische Funktionär Beel zu einer Aussprache über die politische Lage eingeladen. Die Aussprache war ausgiebig und gut. Es gab eigentlich kein wesentliches politisches Problem, was nicht behandelt wurde. Durch die Aussprache klang immer wieder durch, daß ich doch bei einer künftigen deutschen Regierung an verantwortliche Stelle treten müsse, und dabei wurde die Sorge spürbar, ich könnte mich dabei zu sehr sowjetisch orientieren. Ich wiederholte demgegenüber meine zum Überdruß oft betonte Einstellung, daß ich nur eine deutsche Orientierung kenne und daß ich hoffentlich nicht gezwungen sei, irgendeine Regierungsverantwortung zu übernehmen. Tatsächlich habe ich einen solchen Ehrgeiz auch keineswegs. Erstens einmal laufen sich die ersten Exponenten einer solchen neuen Regierung zwangsweise binnen kürzester Frist tot, vor allem aber bin ich als Vorsitzender einer großen Partei viel eher in der Lage, entscheidend an dem Schicksal Deutschlands mitzuarbeiten als in einem ministeriell gebundenen Amte.

Politisch sehr interessant war eine Versammlung in Potsdam, wo ich zu den bevorstehenden Friedensverhandlungen in London sprach. Man merkte es den zahlreich Versammelten an, daß sie gierig auch die leiseste Hoffnung auf einen wenigstens teilweise befriedigenden Ausgang der Verhandlungen in sich aufnahmen. Nach der Versammlung fand im kleinsten Kreise bei Oberregierungsrat Mühlmann eine Zusammenkunft einiger Herren statt, unter denen sich auch der sehr sympathische Stadtkämmerer von Potsdam, welcher der CDU angehört, befand. Seine politischen Auffassungen deckten sich eigentlich 100%-ig mit den unseren.

In rein persönlicher Atmosphäre bewegte sich ein Gastabend, der am 11. 11. bei uns vor sich ging. Anwesend waren Kastner und Frau, Gärtner und Frau, Lieutenant und Frau, Finanzminister Moog, Justizminister Külz. Die Veranstaltung war materiell und ideell durchaus auf der Höhe. Vier Reden wurden dabei gehalten, und sehr gegen meinen eigenen Wunsch mußte ich wohl oder übel doch eine Dankrede steigen lassen. Die Sache dauerte von 8.00 Uhr bis 1.00 Uhr. Leider waren im letzten Augenblick einige Persönlichkeiten verhindert, die ich gern mit begrüßt hätte, so der russische Major Golowtschiner und Frau, Stadtrat Frank mit Frau aus Glauchau und Minister Damerow aus Halle.

Nach wenigen Tagen Schonzeit geht jetzt die Beteiligung an der Werbewoche vor sich, und zwar in Dresden und Bad Elster, später in Rochlitz, Geithain und Hohenstein-Ernstthal. Mitten drin wird hier in der Berliner Umgebung eine Kundgebung in Zossen steigen und die Beteiligung an einer Veranstaltung der Ortsgruppe Wilmersdorf.

20. November 1947

Die Werbewoche der LDP machte sich in mehreren Kundgebungen für mich bemerkbar. Am Sonnabend, den 15. 11. fing der Reigen in Dresden an. Die Stadtgruppe Neustadt hatte in der Stadthalle am Nordplatz einen großen Gesellschaftsabend veranstaltet, in dessen Mittelpunkt ein Vortrag über Deutschlands Schicksal stehen sollte. Ich konnte mich vorher im Gästehaus der Stadt Dresden, in dem ich sehr üppig untergebracht war, von der langsamen Fahrt von 40 km Durchschnittsgeschwindigkeit etwas erholen. Die Aufnahme durch die Parteifreunde war sehr liebenswürdig. Der Vorsitzende des Stadtverbandes, Dr. Thürmer, leitete den Abend mit einer warmherzigen Ansprache ein, in der er verschiedene Einzelheiten aus meiner Oberbürgermeister-Zeit berührte. Da auch künstlerische Darbietungen bevorstanden, sprach ich kürzer als sonst, und zwar eine knappe Stunde. Die Zuhörschaft erwies sich außerordentlich dankbar. Nach einer kurzen Pause folgten künstlerische Darbietungen mit Gesang, Tanz und Rezitation. Ich habe mir hinterher sagen lassen, daß die Veranstaltung bis 4.00 Uhr morgens gedauert habe. Ich selbst räumte 10.00 Uhr abends das Feld, denn ich mußte am nächsten Morgen schon frühzeitig nach Bad Elster abfahren.⁸⁶ Dort wurde ich, wie schon in beiden früheren Fällen meiner Anwesenheit in Elster, bei Parteifreund Dr. Frankenhäuser untergebracht. Die Familie Frankenhäuser überschüttete mich mit Liebenswürdigkeiten, ebenso tat das der Bürgermeister von Bad Elster, Sprenger, der mir ein schönes künstlerisches Bild seiner Stadt überreichte. Die Verpflegung im Hause Frankenhäuser war in jeder Beziehung absolut friedensmäßig. Der Veranstaltung, auf der ich vorggeführt werden sollte, war am Abend vorher schon eine gesellschaftliche Veranstaltung vorausgegangen. Meinem Vortrag sollte auch hier ein geselliges Beisammensein folgen. Deswegen war der Vortrag auf 3.00 Uhr nachmittags angesetzt. Der Kurhaussaal war überfüllt, und die Zuhörer, die nicht unterkommen konnten, lauschten in einem benachbarten Saale, der mit Mikrophon verbunden wurde, dem Vortrag. Auch hier sprach ich kürzer als sonst, fand aber auch hier geradezu jubelnden Beifall. Ein schöner großer Blumenstrauß wurde mir von zarter Hand überreicht. Nach dem Vortrag ging es in das gastfreie Haus von Frankenhäuser, wo Bohnenkaffee und später Abendbrot die Herzen erquickte. 8.00 Uhr besuchten wir die inzwischen im vollen Gang befindliche Tanzveranstaltung, auf der die Jugend natürlich zahlreich vertreten war. Mit den Vorsitzenden der aus der Nachbarschaft zahlreich erschienenen Ortsgruppen saßen wir gemütlich an einem gemeinsamen Tisch. Plauen war durch seinen Oberbürgermeister Dr. Wettstein, Oelsnitz durch den Vorsitzenden Dr. Rupp nebst Frau, Markneukirchen, Adorf usw. durch ihre Vorsitzenden vertreten. Die Unterhaltung war sehr angeregt und bewegte sich hauptsächlich auf politischem Gebiete. Im kleineren Kreise schloß sich dann wieder ein Zusammensein im „Gasthaus“ Frankenhäuser an.

Bei der Rückfahrt besuchte ich meine Nichte Pferdekämper in Weida, die wie immer in rührender Fürsorge alles mögliche bereitgestellt hatte, darunter auch vier Flaschen Schnaps, die ich für besondere Zwecke nach Berlin mitnahm. Ich wollte ursprünglich um 4.00 Uhr in Berlin sein, um noch am gleichen Abend von Berlin aus nach Zossen zu fahren, wo ebenfalls eine Kundgebung mich erwartete. Der Wagen fuhr aber so langsam, daß ich mich entschloß, unmittelbar nach Zossen zu fahren, wo ich eine Stunde vor Beginn der Versammlung ankam. Im Hause des Vorsitzenden fand ich gastliche Aufnahme. Da ich seit früh morgens nichts genossen hatte, labte ich mich an dem in reichen Mengen angebotenen Kaninchenbraten. Die Versammlung war ebenfalls stark besucht; man folgte meinen 1½-stündigen Ausführungen mit sichtlicher Aufmerksamkeit. Nachts 11.00 Uhr langte ich zu Hause wieder an.

21. November 1947

Am 20. November verheiratete sich die britische Thronfolgerin Elizabeth mit dem zum Herzog von Edinburgh erhobenen Leutnant Battenberg, der den britischen Namen Mountbatten führte.

Der Verbindungsoffizier der Briten beim Magistrat gab aus diesem Anlaß 11.00 Uhr vormittags einen Empfang. Jeder, der im Stadtbetrieb etwas ist, war anwesend. Es gab gute Getränke, gutes Gebäck und sehr nette Unterhaltung. Mir war der Chef der Britischen Militärmission bei der Stadt schon von früher her bekannt, und er freute sich sichtlich auch über meine Anwesenheit.

21. November 1947

Die Ortsgruppen Wilmersdorf-Nord und -Süd hatten für den 18. 11. gemeinschaftlich zu einem Diskussionsabend eingeladen. Gedacht war die Sache wahrscheinlich so, daß in Form von Anfragen Schwennicke die Gelegenheit gegeben werden sollte, auf verschiedenen Gebieten gegen die Parteileitung, sprich: Dr. Külz, zu polemisieren. Schwennicke war zu den Amerikanern geholt worden und konnte nicht kommen. An seiner Stelle beantwortete in geschlossenem Vortrag Dr. Ullmann die Fragen. Er behandelte mich persönlich dabei sehr glimpflich und vermied eigentlich jede Polemik. Ich benutzte natürlich die Gelegenheit, um auch meinerseits in einem etwa einstündigen Vortrag meine Stellungnahme zu den angeschnittenen Fragen zu entwickeln. Die Haltung der Anwesenden war durchaus freundlich. Sie spendeten wiederholt bei offener Szene Beifall und am Schluß sogar sehr starken. Nur an einer Stelle erfolgten kritische Zwischenrufe, und zwar dort, wo ich einen kurz vorher bei den Stadtverordneten vorgekommenen Fall kritisierte, der die Haltung des Polizeiprä-

sidenten von Berlin betraf.⁸⁷ Von der Fraktion war gegen diesen Polizeipräsidenten eine Disziplinar-Untersuchung beantragt worden, und zwar aus Anlaß eines Falles des Verschwindens eines Redakteurs. Ich hatte diesem Antrag ebenfalls zugestimmt, weil eine Klärung des wirklichen Tatbestandes geboten war. Von der SPD wurde trotzdem gegen den Polizeipräsidenten ein Mißtrauensvotum beantragt, gegen das ich natürlich stimmte, weil man durch eine – ohne Anhörung des Beschuldigten – ausgesprochene Verurteilung ja das Ergebnis der beantragten Disziplinar-Untersuchung vorweggenommen hätte. Der Rest der LDP-Stadtverordneten-Fraktion, der noch da war, hatte offenbar diese selbstverständlichen Zusammenhänge nicht erkannt und stimmte für das Mißtrauensvotum. Die gegnerische Presse benutzte diesen Vorgang wieder zu den üblichen hämischen Randglossen.

25. November 1947

Zwei große und schöne Veranstaltungen erlebte ich am 22. und 23. 11. in Rochlitz und in Hohenstein-Ernstthal. Beide Parteiorganisationen feierten ihr zweijähriges Geburtstagsfest, und zwar in großem Stil. In Rochlitz wurde mein Vortrag umrahmt von musikalischen und zuletzt varietémäßigen Darbietungen, denen ein bis 3.00 Uhr früh andauernder Tanz sich anschloß. Die Sache war gesellschaftlich groß aufgemacht, die Herren vielfach im Smoking, die Damen in langen Abendgewändern. Mein Vortrag über „Deutschlands Schicksal“ machte sichtbaren Eindruck. Die Leute waren z. T. von weither gekommen, so aus Colditz, Penig, Geithain usw.

Die gastliche Aufnahme, die ich bei dem Kreisverbandsvorsitzenden Loeser fand, war rührend, die Mahlzeiten üppig und die Aufmerksamkeiten gingen bis ins Kleinste hinein.

In Hohenstein-Ernstthal war ebenfalls große Aufmachung zu verzeichnen. Hier war der politische Vortrag in ein Konzert eingeflochten. Etwa 1000 Personen waren anwesend. Infolge des üblichen Autoelends kam ich erst kurz vor dem Vortrag an, hatte aber doch noch Zeit, um bei dem bewährten Parteifreund Bahner in Oberlungwitz eine halbe Stunde Gastfreundschaft zu genießen. Nach der Versammlung mußte ich sofort wieder nach Rochlitz zurückkehren, wo ich übernachtete, um anderen Tags früh nach Berlin zu starten. Dieser Start verzögerte sich allerdings erheblich wegen eines Autodefektes. Anstatt 8.00 Uhr früh kam ich erst 2.00 Uhr nachmittags zur Abfahrt, so daß ich in Berlin eine sehr wichtige Sitzung des Einheitsausschusses nicht wahrnehmen konnte.

Beim Wiedereintreffen in Berlin fand ich den üblichen Berg unangenehmer Sachen vor, die sich regelmäßig bei längerer Abwesenheit einstellen.

28. November 1947

Oberst Tjulpanow, der Chef der politischen Abteilung der SMA, hatte das Bedürfnis, Lieutenant und mich zu sprechen.⁸⁸ Die ziemlich ausgiebige Aussprache berührte alle außen- und innenpolitischen Probleme, vor allem auch die Konferenz in London und die sich aus ihr evtl. ergebenden Konsequenzen. Tjulpanow legte offensichtlich Wert darauf festzustellen, ob ich geneigt sei, mich in einer gesamtdeutschen Regierung zu beteiligen oder anderenfalls in einer Ostzonenregierung tätig zu werden. Er wiederholte öfter, daß er glaube, ich sei auch für die anderen Besatzungsmächte durchaus tragbar. Irgendwelche Zusicherungen habe ich nicht gegeben, sondern habe erklärt, daß meine Entscheidung von der Situation abhängen werde, die dann vorhanden sei, falls die Übernahme eines Regierungspostens von mir verlangt werde. Ich hätte mich niemals im Leben einer Verantwortung entzogen, ob aber eine Verantwortung tragbar sei, könne man nicht von vornherein übersehen, sondern erst dann, wenn diese Verantwortung verlangt werde.

Die Gelegenheit nahm ich wahr, um mit rückhaltloser Offenheit auch Fragen zur Sprache zu bringen, in denen meine Auffassung von der der Sowjetmacht wesentlich abweicht. Ich hatte auch diesmal den Eindruck, daß derartige Offenheit den Sowjets keineswegs unsympathisch ist. Eine andere Frage ist die, ob man praktisch etwas erreicht, bisher ist das nur in bescheidenem Umfang der Fall gewesen.

Ausführlich wurde auch die Beteiligung der LDP an dem sog. Volkskongreß⁸⁹ besprochen, der von der SED eingeleitet wurde, um gegenüber London doch noch im letzten Augenblick eine gesamtdeutsche Vertretung zu ermöglichen. Es handelt sich hierbei um eine Frage von ungeheurer Tragweite, in der ich mich nicht entschließen möchte, ohne die Auffassung des Parteivorstandes kennenzulernen. Ich habe den Parteivorstand für nächsten Montag, den 1. 12. einberufen und werde mich bis dahin einer offiziellen Stellungnahme enthalten. Entsprechend gab ich meine Antwort an Oberst Tjulpanow.

8. Dezember 1947

Am 6. und 7. Dezember 1947 stieg in Berlin der „Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden“. Die SED hatte zu ihm aufgerufen, die LDP mit Ausnahme des Landesverbandes Berlin hatte sich neben die SED gestellt, und zwar in der sehr schlichten Erkenntnis, daß man einer solchen Veranstaltung einen möglichst breiten Umfang geben müsse, um sie nicht zur Parteiveranstaltung der SED werden zu lassen. Die CDU hatte ihren Verbänden und Mitgliedern die Beteiligung anheimgestellt, offiziell nahm sie keine positive Stellung ein. Die SPD lehnte natürlich aus Schumacher'schen Einstellungen heraus ab.

Der Kongreß nahm einen imposanten Verlauf. Das hindert nicht, daß selbst aus unseren Reihen des Berliner Landesverbandes heraus er als Totengräber der deutschen Einheit bezeichnet wurde.⁹⁰ Über den Verlauf des Kongresses im Einzelnen möchte ich an dieser Stelle nicht berichten; es besteht dafür in meinem Büro ein eigenes Aktenstück. Ich möchte hier nur feststellen, daß ich mich bewußt und mit ganzer Kraft in den Dienst dieses ersten Versuches gestellt habe, über die Grenzen der Parteien hinaus eine gesamtdeutsche Willenskundgebung gegenüber den Alliierten zu erreichen. Inwieweit die Alliierten selbst in London jetzt auf unsere Kundgebung zeichnen werden, steht dahin. Bei dem Tiefstand, den die Verhandlungen augenblicklich erreicht haben, wage ich nicht zu hoffen, daß die Alliierten sich positiv einstellen werden. Politisch müßte ich das natürlich bedauern, menschlich-persönlich aber nicht, denn es würde mir dann die Notwendigkeit erspart bleiben, nach London zu gehen und all die ungeheuren Strapazen und Verantwortungen zu übernehmen, die mit einer solchen geschichtlichen Aktion verbunden sind. Ich bin in dieser Beziehung absolut wunschlos und ohne Ehrgeiz.

12. Dezember 1947

Auf Anregung meines Sohnes hatten die liberal-demokratischen Minister der Ostzone regelmäßige gemeinsame Besprechungen in Aussicht genommen. Die erste fand am 10. 12. in Weimar⁹¹ statt. Die Partei in Weimar nahm diesen Anlaß wahr, um am Abend vorher eine politische Großkundgebung vom Stapel zu lassen, und zwar in der Weimar-Halle. Da ich zu der Minister-Besprechung ohnedies in Weimar weilen mußte, hatte ich mich als Redner für die Großkundgebung zur Verfügung gestellt.

Ich wurde, wie immer in Weimar, auch diesmal fürstlich aufgenommen, bekam die üblichen „Appartements“ im Hotel Augusta, wurde wärmstens begrüßt und durfte mich von Anfang an wieder restlos wohlfühlen. Die Versammlung verlief glänzend. Nach der Versammlung waren wir noch kurze Zeit im engsten Kreise zusammen, und ich konnte mich, was mir sehr wünschenswert erschien, schon einmal um 9.00 Uhr abends zu meinen Federn versammeln.

Am nächsten Vormittag stand uns eine große Freude bevor. Unser Sohn hatte die Absicht geäußert, sich bald wieder zu verheiraten. Da die Braut während der Tage unserer Anwesenheit in Weimar auch dort erscheinen wollte, ergab sich die Möglichkeit des persönlichen Bekanntwerdens. Am 10. 12. ging dieses familiengeschichtliche Ereignis vor sich. Wir lernten in der künftigen Gattin eine sympathische und lebhafte Persönlichkeit kennen, die zweifellos manche wertvollen inneren und äußeren Vorzüge besitzt. Ich glaube deswegen, auf meine alten Tage noch die Hoffnung haben zu dürfen, daß mein Sohn wieder ein geordnetes Familienleben gewinnen wird.

Die Ministerkonferenz selbst wurde in den Räumen des Finanzministers Moog abgehalten. Er sowohl wie seine liebenswürdige Gattin bemühten sich vom ersten Augenblick an, uns den Aufenthalt in ihren stilvollen Räumen so angenehm wie möglich zu gestalten. Das ist ihnen auch restlos gelungen. Sachlich verliefen die 4-stündigen Beratungen in voller Harmonie. Ein klein wenig konnte auch ich aus meiner Minister-Erfahrung zu den Erörterungen beitragen, hielt mich aber natürlich im allgemeinen stark zurück. Um 8.00 Uhr schloß sich im Hotel Augusta an die Beratungen ein festliches Diner an, bei dem die führenden Persönlichkeiten der Partei und der Stadt Weimar beteiligt waren. Was man jetzt noch in der Zeit der Not doch ermöglichen kann, zeigte das Menü dieses Essens: Forelle und Lendenbraten waren nicht ein Märchen aus uralten Zeiten, sondern erfreuliche Realität, dazu ausgesuchter 43-iger Rheinwein und guter Sekt. 11.00 Uhr nachts suchten wir noch die fürstlichen Räume des Landesbankpräsidenten Dr. Gärtner auf, dessen Gattin unsere Frauen, soweit sie mit nach Weimar gekommen waren, liebevoll betreut hatte. Sie betreute nun dazu auch noch uns bis nach 2.00 Uhr nachts. Um 3.00 Uhr lag ich endlich im Bett, um 6.00 Uhr schon wieder aufzustehen und den Hauptvorteil, den Weimar in körperlicher Beziehung bietet, zu genießen: ein warmes Wannenbad! Um 8.00 Uhr begann die Rückfahrt, die reibungslos vonstatten ging.

16. Dezember 1947

Die Opposition des Landesverbandes Berlin gegen meine Politik und meine Person nahm starke Ausstrahlungen auch auf die FDP in der britischen Zone und in der amerikanischen Zone. Die führenden Persönlichkeiten wurden von Schwennicke dort planmäßig bearbeitet. Am stärksten wirkten diese Versuche der Beeinflussung bei dem Vorsitzenden der LDP in Hessen. Ihr Vorsitzender, Landrat a. D. Euler, überbot sich in seinem Wochenblättchen in Angriffen auf mich und meine Politik.⁹² Ich habe ihn zwar in einem höflichen persönlichen Brief über seine Irrtümer aufgeklärt und ihm geschrieben, ich überließe es seiner Loyalität, seine Irrtümer richtigzustellen.⁹³ Geschehen ist nichts. Nicht zur Verwendung nach außen, sondern nur zur internen Feststellung bemerke ich, daß ich Euler für eine nichtehrenwerte Persönlichkeit halte und berechtigten Grund zu der Befürchtung habe, daß er eines schönen Tages als Schieber und Vollbringer düsterer Geschäfte enden wird. Mit solchen Persönlichkeiten mich irgendwie anzulegen, habe ich natürlich kein Bedürfnis.

Wesentlicher für mich war es schon, die anständigen Vertreter unserer Partei über die wirklichen Tatbestände aufzuklären. Aus diesem Grunde bat ich Lieutenant, mit den führenden Parteifreunden der britischen Zone zwecks Aufklärung persönlich zu sprechen. Lieutenant hat dies am 14. 12. in Essen getan. Er berichtete mir heute, daß die beteiligten Personen al-

lerdings vollkommen falsch bisher orientiert gewesen seien. Um innerhalb des Zusammenschlusses der Deutschen Demokratischen Partei aller Zonen eine endgültige Klärung herbeizuführen, wird demnächst in Frankfurt oder Braunschweig eine Vorstandssitzung der Deutschen Demokratischen Partei stattfinden, und ich hoffe, daß hier ein befriedigendes Ergebnis erreicht werden kann.⁹⁴

Da am 15. 12. die Londoner Konferenz aufgefliegen ist,⁹⁵ ergibt sich jetzt politische Hochsaison. Die ganze Situation ist unübersehbar und jede Stunde kann Überraschungen und für die Partei die Notwendigkeit schwerster Verantwortung bringen. Ich habe mich aus diesem Grunde entschlossen, den Parteivorstand noch vor Weihnachten einzuberufen, um Klarheit über die von uns einzuhaltende Linie zu schaffen. Vielleicht zwingen aber die Dinge schon vorher zu wichtigen Entscheidungen.

20. Dezember 1947

Für 20. Dezember hatte mein Sohn seine Hochzeit angesetzt. Ursula, geb. Reissmann ist der Name der Auserwählten. Die Eltern sind Fabrikbesitzer Karl Reissmann und Frau in Greiz. Also ging am 19. 12. früh 11.00 Uhr die Fahrt nach Greiz an. Nach 10-stündiger qualvoller Arbeit bei Schnee und Kälte kamen wir unter Überwindung größter Schwierigkeiten abends 10.00 Uhr in Weimar an, wo unser Sohn uns noch erwartete, obwohl wir an sich um 5.00 Uhr ankommen sollten. Von Weimar fuhren wir am nächsten Morgen 8.00 Uhr nach Greiz, wo wir pünktlich 11.00 Uhr anlangten. Der Empfang im Reissmann'schen Hause war von schlichter, natürlicher Herzlichkeit, die Eheleute Reissmann sympathische Menschen, die Wohnung in einem eigenen Hause stilvoll und vornehm, ohne aufdringlich zu sein.

Wir befreundeten uns mit der Familie Reissmann sehr schnell und die wenigen Stunden bis zur Hochzeitsfeier vergingen im Fluge. Die standesamtliche Eheschließung sah die beiden Väter als Trauzeugen. Die kirchliche Trauung fand in einem kapellenartig sehr stimmungsvoll eingerichteten Raume der Wohnung statt. Zum Hochzeitessen waren nur im ganzen 16 Personen anwesend. Das Menü: Truthahn; Wein und Sekt schien unerschöpflich, glücklicherweise auch die Zigarren. Reden wurden vom Oberbürgermeister Hempel aus Weimar auf das Brautpaar gehalten, Minister Bachem aus Weimar hielt eine gute allgemeine Rede, Dr. Külz sprach den Dank auf die gastgebende Familie nach dem Photographieren aus.

Der Gesamteindruck der Hochzeit war vorzüglich. Wir waren mit der Familie Reissmann sehr schnell in innere Beziehung gekommen, gleichsam als ob wir uns schon seit Jahren nähergestanden hätten. Die junge Frau bot in ihrem Hochzeitsgewand das Bild einer stattlichen Schönheit, und da auch der junge Ehemann keine häßliche Erscheinung war, war

das Bild der Neuvermählten von geschlossener Harmonie; ein hoffentlich gutes Vorzeichen für den inneren Ausbau der Ehe.

½10.00 Uhr traten wir die Rückfahrt nach Weimar an, vorneweg der Oberbürgermeister Hempel von Weimar mit einem Polizeifahrer, der sich alle halbe Stunde verfuhr, so daß wir auf den unmöglichsten Umwegen ½3.00 Uhr morgens in Weimar ankamen. Früh 10.00 Uhr setzten wir uns dann nach Berlin in Marsch, das wir völlig durchfrozen 6.00 Uhr nachmittags erreichten.

Ein schöner Tag liegt hinter uns, hoffentlich der Tag eines einsetzenden ungetrübten Eheglücks. Ich selbst konnte innerlich nicht uneingeschränkt froh sein, denn meine Gedanken weilten unwillkürlich auch in Südafrika bei der ersten Frau meines Sohnes, die ich vom ersten Augenblick an bis jetzt lieb hatte und habe wie eine leibliche Tochter, und bei meinen Enkeln, die nicht kennenzulernen mir eine tiefe Tragik auch für den Rest meines Lebens bleiben wird. Die beiden Ersatzenkel, die ich jetzt bekommen habe, sind liebe nette Kinder, die vom ersten Augenblick ab ihre kindliche Zärtlichkeit auch auf den neuen Großvater übertrugen.

31. Dezember 1947

Das Weihnachtsfest in diesem Jahre unterschied sich von seinen Vorgängerinnen vorteilhaft in vielfacher Beziehung. Unser Sohn hatte uns in seiner Frau eine Tochter ins Haus gebracht, und wir verlebten in harmonischer Gemeinschaft die Weihnachtstage. Ein schöner großer Christbaum ließ die Erinnerung an die Zeiten lebendig werden, wo ein solcher noch zu den selbstverständlichen äußeren Requisiten am Weihnachtsfest gehörte. Freundliche gegenseitige Aufmerksamkeiten in Gestalt von Geschenken usw. trugen zur Hebung der weihnachtlichen Stimmung bei und man konnte einmal für Stunden all die drückenden Sorgen beiseite stellen, die draußen in der Welt alles andere als weihnachtliche Stimmung erzeugten. Von Politik wurde am Weihnachtsabend in der Familie infolgedessen nicht gesprochen. Umso mehr war dies in den Tagen vor Weihnachten geschehen, wo ich im sowjetischen Hauptquartier eine mehrstündige, außerordentlich ernste Aussprache hatte. Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß die Spannungen zwischen den USA und der Sowjetunion in irgend einer Weise zur Entscheidung drängen, die auch für die deutsche Zukunft von schicksalhafter Bedeutung sein wird. Das gegenwärtige Stadium der Spannungen zeigt auf beiden Seiten das Bestreben, die Verantwortung für ein Auseinanderfallen Deutschlands der anderen Seite zuzuschieben. Im Westen tritt dazu die weitere Absicht, einen Weststaat selbst als Postulat der deutschen Bevölkerung sich kristallisieren zu lassen.⁹⁶ Ob diese Absicht Aussicht auf Erfolg hat, vermag ich nicht zu beurteilen. Für den Osten würde ich derartige Bestrebungen mit unbarmherziger Rücksichtslosigkeit bekämpfen.

Alles in allem genommen sind die Auspizien, unter denen sich der Übergang zu einem neuen Jahre vollzieht, ernster denn je und daraus ergibt sich für jeden Deutschen, der im politischen Leben an einer verantwortlichen Stelle steht, die unabweisbare Pflicht, noch mehr denn je alle Kraft für eine Aufrechterhaltung Deutschlands einzusetzen. In diesem Sinne habe ich auch die Neujahrskundgebungen gehalten, die häufiger als im vergangenen Jahre von Rundfunk und Presse von mir verlangt wurden.⁹⁷

14. Januar 1948

Die Spannungen, die zwischen dem Landesverband Berlin der Partei und der Parteileitung bestehen, waren Gegenstand einer Tagung des Parteausschusses in Weimar am 6. und 7. Januar.⁹⁸ Es waren etwa 120 Delegierte erschienen. Ich selbst war bereits tags zuvor angekommen, um mit den Landesverbandsvorsitzenden und den Parteivorstandsmitgliedern vorher eine Besprechung zu haben.

Die Aufnahme war, wie immer in Weimar, ausgezeichnet vorbereitet und liebevoll durchgeführt. Um 5.00 Uhr nachmittags saß ich bereits in der Besprechung, die dann bis 1.00 Uhr nachts dauerte. Sie galt den letzten Vorbereitungen des Parteausschusses, die das Ziel hatten, mit dem Landesverband Berlin zu einem Ausgleich zu kommen.

Der Parteausschuß wählte seinen Vorsitzenden selber. Die glückliche Wahl fiel auf Rechtsanwalt Dr. Liebler, den Vorsitzenden des Kreisverbandes Zittau der Partei. Von den Russen waren drei Offiziere anwesend unter Führung des Oberstleutnant Nasarow, mit dem ich vorher ebenfalls längere Besprechungen gehabt hatte. Leider verlangten die Russen den Ausschluß der Presse.⁹⁹ Ich persönlich bin immer Anhänger größter Publizität, aber dem Hinweis, daß es sich um die Sitzung eines internen Parteausschusses handelte, konnte ich leider nichts entgegenstellen. Die Russen entfernten auch ihren eigenen Berichterstatteer aus dem Versammlungsraum, ebenso mußte der Rundfunk abtreten; nur die partei-offiziellen Blätter konnten dableiben. Ich habe das dadurch entstandene Defizit wieder gutzumachen versucht, indem ich nach dem Kongreß persönlich eine Pressebesprechung abhielt, die von zahlreichen Pressevertretern besucht war.

Zu Beginn der Tagung hielt ich ein umfassendes politisches Referat und suchte das Weltbild zu kennzeichnen, innerhalb dessen sich die deutsche Politik mehr oder weniger zwangsläufig bewegt. Ich hatte einige Sorge um diesen Vortrag, weil ich bis zum letzten Augenblick innerlich die von mir zu behandelnden Gedankengänge noch nicht endgültig festgelegt hatte. Ein Konzept für solche Reden mache ich ja niemals. Der Vortrag soll aber sehr gut gelungen sein, ich hörte nur Anerkennung, und ohne daß das Wort für meine Ohren bestimmt war, vernahm ich das Urteil ei-

nes besonnenen Parteifreundes: „Hier sprach ein Staatsmann und kein Demagog.“ Nach mir sprach Schwennicke.¹⁰⁰ Er verließ die Linien der Politik vollkommen und polemisierte mit starkem Temperament gegen die Politik der Parteileitung, ohne konkrete Punkte seiner Kritik erkennen zu lassen. „Die ganze Richtung paßt mir nicht.“

Ich möchte auf die Einzelheiten des Kongresses nicht näher eingehen, da ich hierüber ein besonderes Aktenstück angelegt habe. In der anschließenden Debatte erklärte sich die überwiegende Zahl der Redner zu Gunsten der Parteileitung. Nur die Berliner setzten auch in der Diskussion, an der sie sich sehr zahlreich beteiligten, ihre Gegnerschaft fort.

Politisch gesehen war die Tagung ein voller Erfolg der Parteileitung. Die von mir vorgelegten politischen Richtlinien und Entschließungen wurden einstimmig angenommen, also auch von den Berlinern. In einem Schlußwort, das in versöhnlichem Tone gehalten war, versuchte ich, das Ergebnis der Sitzung zusammenzufassen.

Schmerzlich war der Umstand, daß die Vertretung des Jugendausschusses mit einer Stimme Mehrheit ein Mißtrauensvotum gegen mich beschloß hatte.¹⁰¹ Es wurde zwar, vor allem auf Betreiben von Dr. Liebler, wieder zurückgezogen, aber es blieb doch ein symptomatisches Zeichen der Zeit, daß gerade die Jugend sich zu einem solchen Schritt veranlaßt sah, für deren Interessen ich immer mit besonderem Nachdruck mich eingesetzt habe. Der Kongreß dauerte bis nachts 12.00 Uhr. Es schloß sich noch im engsten Kreise ein gemeinsames Essen an und 1/2 4.00 Uhr endete die Sache in der Wohnung von Minister Moog mit fünf Personen.

Am nächsten Morgen ging es in einer Sitzung des erweiterten Parteivorstandes sehr lebhaft zu. Die Kritik an der Parteileitung setzte sich fort, und Minister Kastner hatte das Bedürfnis, die Ergebnisse des Hauptausschusses als ganz ungenügend zu bezeichnen und den Tag selbst als schwarzen Tag. Voll befriedigend war das Ergebnis des Ausschusses natürlich nicht, aber es war das Optimum dessen, was nach Lage der Sache erreichbar war. Die Berliner hatten ihren Standpunkt offenbart, nun kam es darauf an, wie und in welcher Weise sie diesen Standpunkt in der Praxis wahrnehmen würden.¹⁰²

14. Januar 1948

Die Delegierten-Versammlung des Landesverbandes Berlin¹⁰³ hat leider die ausgleichende Tendenz des Weimarer Parteiausschusses vernichtet. Sie hat mit großer Mehrheit ein Mißtrauensvotum gegen Lieutenant und mich angenommen und hat mich aufgefordert, mein Stadtverordnetenmandat niederzulegen. Es wäre Vogel-Strauß-Politik, wenn man die unangenehme Bedeutung dieser Entschließung verkennen wollte. Wie ich mich dazu stellen werde, werde ich mir natürlich reiflich überlegen. Im Groll irgendwelche Entscheidungen in solchen Dingen zu treffen, ist immer verkehrt.

Politik in einer Partei nur in guten Tagen zu treiben und nur von Erfolgen sich tragen zu lassen, ist leicht. Man muß auch bei schwierigen Situationen Nerven wie Schiffstau halten, und wenn man die nicht hat, soll man die Finger von der Politik lassen. Bisher habe ich Gott sei Dank noch solche Nerven.

Die Sache wird sich weiter entwickeln und wird ohne klare endgültige Entscheidung nicht zu bereinigen sein. Auch hierüber wird ein eigenes Aktenstück den nötigen Aufschluß geben.

14. Januar 1948

Bei der Häufung unangenehmer Situationen war es eine Wohltat, auch wieder einmal Parteifreunde zu sehen, die sich restlos hinter die Parteileitung stellen. Dieser erfreuliche Zustand war in Stralsund zu verzeichnen, wo ich in einer ungeheuren öffentlichen Kundgebung Gelegenheit hatte, die gegenwärtige politische Lage und die aus ihr für uns sich ergebenden Notwendigkeiten darzulegen. Die Partei in Stralsund gehört zu denen, die ausgezeichnet geführt sind, und schon deswegen sprach ich gerade dort sehr gern. Die Kundgebung trug einen festlichen Charakter, sie wurde von meisterhaft dargebotenen Konzertstücken umrahmt und die Stimmung der tausendköpfigen Zuhörerschaft war andachtsvoll, der Beifall am Schluß stürmisch, das Zusammensein mit den Parteifreunden nach der Versammlung von warmherzigem Geist erfüllt. Die äußeren Verhältnisse waren sorgfältig und liebevoll vorbereitet. Die Erinnerung an Stralsund wird wertvoll bleiben.

28. Januar 1948

Seit dem Parteitag in Eisenach Anfang Juli 1947 ist der Landesverband Berlin der LDP in Opposition zur Zonenleitung getreten. Ich habe sofort nach dem Parteitag den Versuch gemacht, diese Spannungen zu beseitigen und glaubte auch, daß mir das gelungen sei.¹⁰⁴ In Wirklichkeit haben sich die Mißbelligkeiten gemehrt und verschärft und es ist zu einer kaum noch überbrückbaren Gegensätzlichkeit zwischen dem Landesverband und der übrigen Partei gekommen. Die Gefahr liegt nahe, die Einzelheiten dieser Entwicklung darzustellen und festzuhalten. Ich will aber dieser Gefahr nicht erliegen, denn mir widerstrebt es zunächst aufs Tiefste, in der Zeit der jetzigen großen politischen Notwendigkeiten mit kleinem Kram mich mehr zu befassen, als unbedingt notwendig ist. Außerdem ist man in eigener Sache niemals ganz objektiv, und wenn jemand später einmal Interesse daran hätte, sich über die jetzigen Vorgänge in der Partei zu orientieren, so würden meine Aufzeichnungen hierzu kaum eine objektive Erkenntnisquelle sein können. Schließlich kommt hinzu, daß die Parteipresse und die andere Presse ausführlich über diese Dinge und die einzelnen Phasen der Entwicklung berichtet, natürlich je nach ihrer politischen Ein-

stellung, aber doch so ausführlich, daß man sich ein Bild von den tatsächlichen Vorkommnissen machen kann.

Persönlich berühren mich die oft unflätigen Angriffe nicht, gewiß: Undank schmerzt und Anerkennung tut wohl, aber ich habe mir von meinen jungen Jahren an bis heute den Grundsatz bewahrt: „Mögen die einen mich schmähen und hecheln, räuchern die andern mit Weihrauch mich an – Gott erhalt's mir, daß ich lächeln über den einen und anderen kann.“ Lebhaft bedaure ich natürlich diese Dinge im Interesse der Partei und im Interesse einer ungestörten politischen Arbeit für Volk und Vaterland. Besonders bedauerlich ist die Tatsache, daß die Opposition und die Angriffe in der Hauptsache von Personen ausgehen, bei denen die Lauterkeit ihrer Motive nicht über allen Zweifel erhaben ist. Sollte in absehbarer Zeit eine Beendigung des gegenwärtigen Spannungszustandes zu verzeichnen sein, so behalte ich mir vor, auf diese Dinge in den vorliegenden Erinnerungen zurückzukommen. Dauernd belasten möchte ich meine Niederschriften mit diesen Dingen nicht.

2. Februar 1948

Der Kreisverband Neuruppin hatte für Sonntag, den 1. Februar seine Getreuen zu einer Großkundgebung eingeladen. Trotz des üblen Wetters waren von weither – zum Teil in offenen Lastwagen – die Parteifreunde erschienen und der große Versammlungsraum war mit mehr als 1000 Teilnehmern überfüllt. Vor der Versammlung hatte mich der Kreisvorsitzende Dr. Hagen zu einem Mittagessen eingeladen, bei dem ich Frau Dr. Hagen als ehemalige Dresdnerin, frühere Sekretärin von Kastner und Bekannte vieler gemeinsam befreundeter Familien kennenlernte. Die Versammlung selbst nahm einen imposanten Verlauf und endete mit einer einstimmigen Vertrauenskundgebung für die Politik und die Person des Parteivorsitzenden. Anschließend vereinte die Vertreter des Kreisverbandes und der Ortsgruppe eine außerordentlich gemütliche Kaffeestunde, zu der ungefähr 40 Personen anwesend waren. Ich mußte Berge von Torte und Kuchen vertilgen, und leider mußte ich auch noch eine zweite Rede halten. Man zwang mich fast körperlich zu beidem. Die Versammlung von Neuruppin wird mir eine schöne und geschlossene Erinnerung bleiben.

5. Februar 1948

In den letzten beiden Jahren benutzte der Mossner'sche Verlag den 18. Februar zu einer großen Repräsentationsveranstaltung in Gestalt eines Empfanges für seinen Herausgeber. Im Jahre 1947 hatte diese Veranstaltung einen allzu großen Umfang angenommen, und zwar sowohl hinsichtlich des Kreises der Eingeladenen als auch hinsichtlich der gebotenen materiellen Genüsse und der zeitlichen Ausdehnung der Feier. Ich hatte deswegen Lieutenant gebeten, falls auch dieses Jahr ein Empfang stattfinden

sollte, doch unauffällig bei Mossner dahin zu wirken, daß der Empfang in bescheidenerem Rahmen stattfinden möge. Überraschenderweise erklärte mir vor einigen Tagen Karl Mossner, daß er es angesichts der gegen mich schwebenden Angriffe nicht für richtig hielte, in diesem Jahre einen Empfang abzuhalten. Es könnten u. U. doch zu viele Absagen kommen. Wie ich später hörte, steht der Bruder, Julius Mossner, auf dem gegenteiligen Standpunkt und meint, daß gerade angesichts der erfolgten Angriffe auf einen Empfang in diesem Jahre nicht verzichtet werden solle. Es steht mir als dem Hauptbeteiligten bei dieser Sache kein objektives Urteil zu, aber ich muß sagen, daß mich die Haltung von Karl Mossner doch überrascht hat, aber irgend welche Gründe zu seiner Einstellung wird er schon haben. Vielleicht liegen sie sogar in der Tatsache, daß im Verhältnis zum vorigen Jahre die Einnahmen des Verlages nicht auf gleicher Höhe geblieben sind, wenschon auch in diesem Jahre der Gewinn des Unternehmens sicherlich eine 6-stellige Zahl ausmacht.

9. Februar 1948

Am Sonnabend, den 7. 2. hatte Marschall Sokolowskij sich bereit erklärt, mit mir und Lieutenant eine Besprechung über die im Vordergrund des politischen Interesses stehenden Probleme zu haben. Ich hatte ihm in Form von Fragestellung die Punkte zugehen lassen, deren Behandlung mir wünschenswert erschien. Überraschend schnell hatte sich Sokolowskij zu unserem Empfang bereit erklärt. Es lag ihm offenbar daran, uns eine politische Chance zu geben. Der Empfang ging in großer Aufmachung vor sich. Wir wurden von unserem politischen Offizier, Oberstleutnant Nasarow, im Stabsquartier des Marschalls empfangen und zu Marschall Sokolowskij geleitet. Sokolowskij war umgeben von seinem politischen Berater Semjonow (im Range eines Generalobersten) und dem Oberst Abramow. Die Dolmetscherdienste versah ein eleganter, blutjunger Oberleutnant in sehr geschickter Weise. Äußerlich ging die Sache so vor sich, daß ich die einzelnen Fragen verlas, der Dolmetscher sie übersetzte und Sokolowskij anhand eines eng beschriebenen Manuskriptes die Antworten gab. Der Inhalt der Antworten war verblüffend. Sokolowskij machte Zugeständnisse an unsere politischen Forderungen in einem Umfang, den ich nie für möglich gehalten hätte und der vielleicht den SED-Leuten recht unbequem ist. So bekannte er sich zum Berufsbeamtentum, er bekannte sich zur freien Unternehmer-Initiative, er erklärte sich bereit, eine mittelständische Abordnung aus Handel und Gewerbe zu empfangen und sicherte uns zu, eine Verordnung zu erlassen, nach der die Sequestrierungen eingestellt werden sollen, und eine andere Verordnung, die einen Abschluß der Entnazifizierungs-Komödie bis Mitte Juni ds. Js. vorsieht.¹⁰⁵ Bei der Wichtigkeit der Zugeständnisse vereinbarte ich mit Oberstleutnant Nasarow, ein Kommuniqué in einem Wortlaut herauszugeben, der von uns beiden inhaltlich festzusetzen sei.

An den offiziellen politischen Akt schloß sich ein Diner an, dem ich zwar ausweichen wollte, weil ich abends selber Gäste hatte, zu dem ich aber doch mit mehr oder weniger Zwang verführt wurde. Große Aufmachung im kleinsten Kreise. Eine Sakuska¹⁰⁶ von ungefähr zehn verschiedenen Sachen, roter und schwarzer Kaviar, Thunfisch, Sprotten, Sardellen mit Eiern, Schinken usw., dann Suppe, Bratengericht, Nachtisch und Kompott. Dazu echten Wodka und kaukasischen Wein. Das Gespräch war hochpolitisch, und man merkte es den Russen an, daß sie froh waren, einmal die Auffassung eines deutschen Politikers über die Weltprobleme (Amerika, England, China usw.) hören zu können.

Die ganze Angelegenheit hatte ziemlich lange gedauert, und ich kam gerade noch zurecht, um zu dem Essen zu kommen, zu dem ich selbst den braven John vom „Morgen“ und Rechtsanwalt Wallot sowie Frau Runge eingeladen hatte. Obwohl auch hier das Menü reichhaltig und gut war, war ich doch von den Russen so vollgestopft worden, daß es mir beim besten Willen nicht möglich war, in materieller Beziehung mich am Essen zu beteiligen. Der Gastabend verlief im übrigen sehr harmonisch und dauerte bis gegen 1.00 Uhr.

16. Februar 1948

Der Sitzung des erweiterten Parteivorstandes (Zentralvorstand), die für 10. 2. in Halle angesetzt war, kam eine besondere Bedeutung zu. Erstens einmal hatte Marschall Sokolowskij uns ja vor einigen Tagen zu einer überaus wichtigen Besprechung empfangen, bei der wesentliche Programmpunkte der Partei in überaus fruchtbarer Weise behandelt worden waren. Hierüber war dem Parteivorstand Bericht zu erstatten. Der Eindruck dieses Berichtes war so stark, daß ohne jede vorherige sachliche Debatte dem Marschall der Dank für diese seine Stellungnahme ausgesprochen und der Erwartung Ausdruck gegeben wurde, daß die mit Durchführung der betreffenden Angelegenheit befaßten deutschen Stellen nun auch wirklich in ihrem Geschäftsbereich entsprechend handeln würden.

Als parteiorganisatorische, entscheidende Frage stand die Stellungnahme zum Landesverband Berlin zur Erörterung. Die Parteileitung hat mit Lammsgeduld bisher all den unflätigen Angriffen unsachlicher und persönlicher Art zugesehen in der leider irrigen Hoffnung, durch eine anständige Kampfweise die andere Seite doch noch zur Umkehr veranlassen zu können. Diese Haltung war leider als Schwäche ausgelegt worden und konnte nicht länger beibehalten werden. Ich beantragte deswegen als Vorsitzender festzustellen, daß der Landesverband durch Ablehnung verantwortlicher Mitarbeit im Vorstand der Gesamtpartei und durch Bekämpfung der Partei in parteifremden und parteifeindlichen Zeitungen sich selbst aus dem Gesamtverband der Partei ausgeschlossen habe. Der An-

trag wirkte wie eine Erlösung und wurde nach verhältnismäßig nur ganz kurzer Aussprache einstimmig angenommen.¹⁰⁷

Als dritter Punkt war wesentlich die Stellungnahme des Vorstandes zu dem Verhalten unserer Vertreter in Frankfurt/Main, wo diese eine Sitzung des Koordinierungsausschusses der Freien Demokratischen Parteien verlassen hatten, nachdem ein von ihnen bekämpfter Antrag angenommen worden war, der inhaltlich dahin ging, daß die LDP ihren Vorsitzenden und seinen Stellvertreter und ihre Politik in wesentlichen Punkten desavouieren sollte. Moog und Dieckmann¹⁰⁸ berichteten über die Sitzung in ausgezeichnete Klarheit und Übersichtlichkeit. Die Haltung der Vertreter wurde einstimmig gebilligt, dabei aber der Hoffnung Ausdruck gegeben, daß recht bald wieder die Fäden zu gemeinsamer Weiterarbeit angeknüpft werden können. Eine Hoffnung, die ich persönlich teile, und zu deren Verwirklichung ich, soweit es überhaupt möglich ist, das Meine beitragen werde.¹⁰⁹

7. März 1948

Die Leipziger Frühjahrsmesse war diesmal ganz groß aufgemacht. Als Vorsitzender der Partei konnte ich bei der Eröffnungsfeier nicht fehlen. Ich machte mich also auf den Marsch nach Leipzig und ließ die an sich ganz stimmungsvolle Feier auch über mich ergehen. Von der Partei waren aus der Zone die Minister und die Landesvorsitzenden ausnahmslos vertreten. Es sprachen der sächsische Ministerpräsident Seydewitz, der Präsident der Deutschen Wirtschaftskommission Rau und der Oberbürgermeister von Leipzig Prof. Dr. Zeigner. Der Letztere sprach am besten. Das prächtige Gewandhaus-Orchester umrahmte die Feier stilvoll.

Ich traf viele alte Bekannte und wurde von zahlreichen Persönlichkeiten begrüßt, die ich gar nicht kannte. Man wird mit der Zeit eine bekannte Persönlichkeit, auch wenn man nicht das Bedürfnis dazu hat.

An die Eröffnungsfeier schloß sich ein Bankett, bei dem ich neben dem regierenden Bürgermeister von Lübeck, Herrn Passarge, saß, einem unterhaltsamen und sehr netten Herrn. Zwei höhere holländische Offiziere trugen auch lebhaft zur Unterhaltung bei, auch ein Vertreter Italiens kam lebhaft mit mir ins Gespräch, zumal er die von früher her mir bekannten Italiener Ciraolo und Cavazoni (Welthilfsverband) auch kannte. Auch der thür. Justizminister Külz und der thür. Finanzminister Moog saßen am gleichen Tisch. Unmittelbar nach Tisch fuhr ich mit dem Auto wieder nach Berlin zurück.

Wirtschaftlich gesehen war die Messe ein erfreuliches Bild. Sie bekundet stark den ökonomischen Aufbauwillen des deutschen Volkes, überwindet die Zonengrenzen, gibt ein sinnfälliges Beispiel für die Notwendigkeit, Deutschland als eine wirtschaftliche Einheit zu behandeln, und zeigt die ersten Ansätze wieder zu einer weltwirtschaftlichen Verbunden-

heit auch der deutschen Wirtschaft. Selbstverständlich handelt es sich um Anfänge, aber die Anfänge sind so beachtlich, daß alle Beteiligten durchaus die Lehre ziehen sollten, sie mit Beschleunigung und Nachdruck weiterzuentwickeln.

15. März 1948

Die Leipziger hatten das Bedürfnis nach einer Großkundgebung und wünschten als Redner dabei den Parteivorsitzenden. Da in Leipzig allerdings innerparteiliche Spannungen bestehen, vor allem, nachdem der Vorsitzende des Stadtverbandes, Rechtsanwalt Blume, plötzlich gestorben war, erschien es mir angebracht, mich dort wieder einmal zu zeigen. Ich fuhr also am 11. 3. nach Leipzig. Die Kundgebung war auf 6.00 Uhr nachmittags angesetzt. Ich kam aber schon 4.00 Uhr nachmittags mit dem stellvertretenden Vorsitzenden Klapproth und dem kommissarisch von den Sowjets eingesetzten Vorsitzenden von Stoltzenberg zusammen. Die notwendigen internen Erledigungen gingen befriedigend vor sich, und ich nahm auch noch Gelegenheit zu einer kurzen Besprechung mit den zuständigen Offizieren der Sowjet-Kommandantur, in denen ich sehr nette und verständnisvolle Persönlichkeiten antraf.

Die Kundgebung fand im großen Kongreß-Saal statt und war von etwa 2000 Personen besucht. An meinen Vortrag schloß sich eine Aussprache an, an der sich zwölf Personen beteiligten. Fast alle Diskussionsredner bewegten sich auf einer guten geistigen Höhe, so daß es nicht schwer war, in einem Schlußwort auf diese Ausführungen einzugehen. Gegen 56 Stimmen nahm die Versammlung ein durch Stoltzenberg eingebrachtes Vertrauensvotum für die Parteileitung und für mich persönlich an. Der Versammlung folgte noch im stilvollen Hause der Partei ein Zusammensein mit Abendessen im kleineren Kreise. Da ich meine Frau mitgebracht hatte, nahm auch sie teil. Glücklicherweise dauerte diese Sache nicht lange und wir konnten schon gegen 12.00 Uhr uns in dem Gästehaus der Stadt Leipzig zu unseren Federn versammeln. Die Partei in Leipzig betrachtete mich allerdings nicht als ihren Gast und ich hatte deswegen das Vergnügen, meine Hotelrechnung selbst zu begleichen. Am nächsten Morgen gondelte ich schon zeitig wieder nach Berlin, wo der nahende Volkskongreß eine kaum noch zu bewältigende Fülle von Arbeiten bedingt.

Der Bezirksverband Chemnitz gehört zu den Organisationen der Partei, die eine besonders lebhafte Tätigkeit entfalten. Für 13. und 14. 3. hatten sie drei Versammlungen in Aussicht genommen, und zwar eine erweiterte Vorstandssitzung, eine Mitgliederversammlung und eine öffentliche Kundgebung. Auf allen drei Veranstaltungen sollte ich sprechen. In einer schwachen Stunde hatte ich das zugesagt. Sonnabend, den 13. 3. war $\frac{1}{2}$ 3.00 Uhr nachmittags die erweiterte Vorstandssitzung angesetzt. Ich

traf etwa 30 Mitglieder an. Sie sogen geradezu gierig alles das ein, was ich in diesem internen Kreise ihnen über die politische Situation in der Welt, in Deutschland und in der Partei sagen konnte. Alle Anwesenden machten einen sehr sympathischen Eindruck, und die kurze Aussprache, die sich anschloß, zeigte ein starkes Vertrauen zur Parteileitung. Unmittelbar an diese Vorstandssitzung schloß sich um 6.00 Uhr eine Mitgliederversammlung an, zu der aus dem Bezirk und aus der Stadt etwa 400 Personen erschienen waren. Ich hielt ein längeres Referat, dem man vielleicht die Überschrift hätte setzen können: „Deutschlands Schicksal“. Nach meinem Vortrag setzte eine Aussprache ein. Etwa 30 Redner meldeten sich zum Wort, vor allem viele Jugendliche. Was an politischer Weisheit dabei produziert wurde, war leider teilweise minderwertig. Auch die Fragen, die auf einzelnen Gebieten an mich gerichtet wurden, zeigten, daß die Fragesteller keineswegs die politische Entwicklung und die der Partei mit Verständnis verfolgen.¹¹⁰ Es mußte in vieler Beziehung Auskunft gegeben werden über Dinge, die man bei Parteifreunden als bekannt voraussetzen möchte.

Nachdem die Aussprache beendet war, begab ich mich mit den beiden Vorsitzenden in mein Hauptquartier, in das ausgezeichnete Hotel „Continental“, wo ich als Gast der Chemnitzer Parteifreunde untergebracht war. Dort gab es trotz der späten Stunde noch ein sehr ausgiebiges Abendbrot und ein gutes Glas Bier. Am nächsten Morgen konnte ich mich auschlafen, da die öffentliche Kundgebung mich erst ab 10.00 Uhr wieder in Anspruch nahm. Diese Veranstaltung fand im Luxor-Palast statt, ein Versammlungsraum, in dem ich schon 1945 einmal eine große Versammlung gehabt hatte. Der etwa 2000 Personen fassende Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Als Thema meiner Rede behandelte ich: „1848–1948“. Die Versammelten hörten in einer Stimmung zu, die man geradezu andächtig nennen mußte. Ab und zu unterbrach stürmischer Beifall meine Ausführungen, vor allem dann, wenn ich irgendwelche Mißstände: Sequestrierungen, Rechtlosigkeit, Spannungen zwischen den Alliierten usw. geißelte. Eine Aussprache fand natürlich nicht statt, so daß ich schon ziemlich zeitig mit dem Parteivorstand zu einem sehr beachtlichen Mittagssmahl in das Hotel „Continental“ fahren konnte; die drei Stunden, die bis zu meiner Rückreise nach Berlin noch zur Verfügung standen, wurden zu einem hohen Genuß. Hatte ich schon am Tage vorher gemerkt, daß die beiden Parteivorsitzenden Seyfarth und Schreiter besonders liebenswürdige Menschen waren, so merkte ich jetzt, daß auch die sonstigen Damen und Herren des Vorstandes von gleicher Art waren. Die Stimmung in den drei Stunden war geradezu familienmäßig, und als ich abfuhr, umringte zum Abschied nochmals der gesamte Vorstand das Auto. Offenbar war meine Anwesenheit den Parteifreunden sehr willkommen gewesen. Für mich war es parteidienstlich eine große Anstrengung, denn in einem Zeitraum von 24 Stunden hatte ich alles in allem etwa 7 Stunden

sprechen müssen, aber menschlich war die Sache für mich ein Gewinn. Sonntag Abend traf ich wohlbehalten in Berlin wieder ein.

23. März 1948

Der Landesparteitag der Partei in Sachsen-Anhalt führte mich am 20. und 21. März nach Schierke. Der Parteitag war äußerlich ausgezeichnet vorbereitet und ging in dem imposanten Hotel „Heinrich Heine“ in Szene. Mit der 5. Symphonie von Beethoven wurden die Verhandlungen eingeleitet. Der 1. Vorsitzende, Minister Dr. Damerow, leitete die Verhandlungen sicher und ruhig. Ich selbst begrüßte den Parteitag im Namen der Parteileitung und nahm schon diese Gelegenheit wahr, die politische Problemstellung der Gegenwart stark herauszustellen.¹¹¹ Der Parteitag dankte mit jubelndem Beifall. Dr. Damerow hielt ein zweistündiges Referat über die im Vordergrund des politischen Lebens stehenden Fragen. Der Vortrag war gut, aber zu lang. Eine sich anschließende Debatte gab mir Anlaß, in einem zweiten zusammenfassenden Vortrag auf die Anregungen und Wünsche der Versammlung einzugehen. Abends hatte ich noch eine einstündige Besprechung mit dem sowjetischen Offizier unserer Partei auf meiner Stube.¹¹² Er wollte mich für eine Kandidatur des Ministerialdirektors Schwarz als 1. Vorsitzenden des Landesverbandes anstelle von Damerow erwärmen, fand aber bei mir wenig Gegenliebe. Damerow ist dann auch mit großer Mehrheit wiedergewählt worden.

Am zweiten Tag hielt der stellvertretende Vorsitzende Fiering ein Referat über die im letzten Jahr geleistete Arbeit. Der Bericht zeigte eine lebhaft und umfassende Tätigkeit der Parteileitung. Am Ende seines Vortrages beging er die Taktlosigkeit, in schärfster Weise gegen einige seiner Kritiker zu polemisieren und grub sich damit sein Grab. Er wurde nicht wiedergewählt, vielmehr kam an seine Stelle Dr. Rexrodt, ein früherer Generalsekretär der Deutschen Demokratischen Partei aus meiner Zeit, ein politisch absolut durchgebildeter und tüchtiger Demokrat.

Die ganzen Verhandlungen zeigten ein starkes und fast liebevolles Vertrauen zur Zonenparteileitung. Eine warme Vertrauenskundgebung für die Politik der Partei und für mich persönlich ließ das sinnfällig in die Erscheinung treten.

23. März 1948

Der Volkskongreß und die in ihm verkörperte Volksbewegung hatte weitere Kreise ergriffen. Es machte sich notwendig, die Organisation auf eine breitere Grundlage zu stellen und die Arbeit intensiver zu gestalten.

Von diesen Erwägungen ausgehend war für 18. März, dem Gedenktag der Märzrevolution des Jahres 1848, in Berlin eine zweite Tagung des Volkskongresses einberufen worden.¹¹³ Je nach ihrer Einstellung hat die Tagespresse über diese Kundgebung ausführlich berichtet, so daß dies an

dieser Stelle nicht besonders notwendig ist. Getreu ihrer Einstellung, alle Bestrebungen auf die Einheit Deutschlands und für die Erreichung eines gerechten Friedens zu unterstützen, beteiligte sich die LDP natürlich stark auch an dieser zweiten Volkskongreß-Tagung. Als Vorsitzender der Partei hatte ich einen Vortrag über die Lehren der Revolutionstage von 1848 für die heutige Zeit zu halten.¹¹⁴ Ich hatte das Gefühl, als ob dieser Vortrag die volle Aufmerksamkeit der 2000-köpfigen Delegierten-Versammlung fand. Die Verhandlungen erstreckten sich über zwei Tage und zwar den 17. und 18. März. Am 18. 3. fand die Kranzniederlegung an den Gräbern der Märzgefallenen statt. Der Kranz des Volkskongresses trug die Schleife in Schwarz-Rot-Gold.

Das Gesamtniveau des Kongresses bewegte sich nicht auf gleicher Höhe, wie der erste Volkskongreß, vor allem ging die Diskussion oft ins Kleine. Den besten Vortrag hielt wohl Landesbankpräsident Dr. Gärtner von der LDP über die notwendige Wirtschaftseinheit in Deutschland. Erfreulich war es, daß eine einseitige parteipolitische Ausrichtung des Kongresses auch diesmal vollkommen vermieden wurde, was leider von der Kundgebung zu Ehren der Märzgefallenen nicht gesagt werden konnte, denn sie endete mit dem Absingen der Internationale. Beabsichtigt war das nicht, aber es kam spontan¹¹⁵ aus den Tausenden der Teilnehmer heraus und färbte damit diese Ehrung der Gefallenen kommunistisch.

Eine Häufung von öffentlichen Kundgebungen des Volkskongresses würde das Gewicht seiner Entschließungen beeinträchtigen. Nach meinem Empfinden kommt es jetzt darauf an, in den Ausschüssen des Volksrates positive Arbeit zu leisten und für alle großen Probleme der Einheit und des Friedens Vorschläge auf gemeinsamer Plattform zu finden. Die Ablehnung des Volkskongresses durch die westlichen Besatzungsmächte halte ich für psychologisch töricht, denn angeblich bekennen sich ja die Westmächte auch zu der Einheit Deutschlands und sollten, wenn sie das aufrichtig meinen, alle Bestrebungen unterstützen, welche die Förderung dieser Einheit zum Ziele haben. Tatsächlich lehnen sie die größte Organisation, die dieses Ziel hat, den Volkskongreß ab. Ich bin aber überzeugt, daß die Gedankenwelt des Volkskongresses in allen Teilen Deutschlands immer mehr an Boden gewinnen wird.

6. April 1948

Daß das Interesse in weiten Kreisen des deutschen Volkes für politische Angelegenheiten doch noch sehr stark ist, zeigten drei Kundgebungen, die von der LDP im sächsischen Erzgebirge und im sächsischen Vogtland für 4. und 5. 4. angesetzt waren, mit dem Thema „Deutschlands Schicksal“. Ich ging zuerst nach Glauchau, einer Stadt von etwa 40 000 Einwohnern. Dort waren etwa 1000 Menschen versammelt und folgten mit gespanntester Aufmerksamkeit den Ausführungen des Vorsitzenden der

LDP. Ich hatte vor der Versammlung noch die etwa 30 Funktionäre des Kreisverbandes zusammengenommen, um mit ihnen intime Fragen der Politik zu besprechen, deren Behandlung in öffentlicher Versammlung nicht so rückhaltlos offen geschehen kann, wie im vertrauten Kreise. Nach der Versammlung fand noch ein gemeinschaftliches Essen der Honoratioren von Glauchau und der Parteigrößen im Hause des Stadtrats Frank statt, wobei noch 10 Reden ausgestanden werden mußten. Allerdings mußte ich davon auch zwei selbst halten. Es war ein außerordentlich fideler Abend. Er soll bis 4.00 Uhr morgens gedauert haben, ich selbst hatte 12.00 Uhr genug, denn ich mußte früh 8.00 Uhr schon zur zweiten Kundgebung nach Marienberg fahren, die man auf 9.00 Uhr vormittags angesetzt hatte. Trotz dieser ungünstigen Zeit waren in dem 8000 Einwohner zählenden Städtchen etwa 700 Personen erschienen. Auch hier dasselbe Bild wie in Glauchau: eine andächtig dankbare Zuhörerschaft. Nach einer 2-stündigen Mittagspause setzte ich mich gen Auerbach in Marsch. Es war nicht ganz einfach, dorthin zu gelangen, wie es schon schwer gewesen war, nach Marienberg hineinzukommen. Die Gegend liegt in dem Urangebiet und der Russe hat hier starke Absperrungsmaßnahmen eingeführt.¹¹⁶ Man kann ihm das nicht verdenken, denn natürlich werden allerdhand Spionageversuche unternommen werden. Schließlich kam ich aber doch nach mehrfachen Registrierungen mit ½-stündiger Verspätung in Auerbach an. Hier waren weit mehr als 1000 Menschen versammelt und die Andacht ihres Zuhörens war so stark, daß ich der Gefahr erlag, zu lange zu sprechen, weil man das Gefühl hatte, daß man immer noch einen neuen Gedankengang den Zuhörern zumuten könnte. Die Parteileitung ist offenbar ausgezeichnet und steht unter Vorsitz des besoldeten Stadtrats Hafner. Wie schon in Glauchau und in Marienberg war die persönliche Aufnahme außerordentlich herzlich. Die Parteifreunde bemühten sich sichtlich, mir so viel Angenehmes wie möglich zu erweisen. Hier in Auerbach waren ebenfalls nach der Versammlung die Honoratioren des Kreises und des Ortes versammelt, und zwar im gastlichen Hause des Stadtrats Hafner. Im Oberbürgermeister von Auerbach und im Landrat lernte ich zwei wertvolle Menschen kennen. Der erste von der CDU, der zweite von der SED.

Am nächsten Morgen trat ich die Rückfahrt nach Berlin an und machte kurze Rast in Weida bei meiner Nichte Pferdekämper und bei Parteifreund Teuring; eine Rast, bei der ich mit guten geistigen Genüssen (Goldbranntwein usw.) und mit wertvollen anderen Dingen erfreut wurde. Allerdings erfuhr ich auch zu meinem Bedauern, daß die Sequestrierungs- und Entnazifizierungsverfahren in Thüringen vieles zu wünschen übrig gelassen haben.

Wohlbehalten kehrte ich am Spätnachmittag des Montag zurück und fand einen zunächst unüberwindlichen Berg von neu eingegangenen Sachen vor. Dazu eine leidlich nervöse Stimmung, die daraus resultierte, daß

ein russischer Flieger über Berlin einen britischen Luftsegler gerammt hatte mit dem Enderfolg, daß alle Beteiligten, 15 an der Zahl, tot auf der Strecke blieben, und daß von englischer Seite der Vorfall als sehr ernst angesehen wird. Aber ich bin überzeugt, es werden sich auch über diesen unglückseligen Fall die Gemüter doch wieder verhältnismäßig schnell beruhigen.

6. April 1948

Eine mehrstündige Parteivorstandssitzung¹¹⁷ brachte heute leider die schmerzliche Tatsache, daß der Finanzminister Kunze, nachdem ihm der Landesverband Brandenburg sein Vertrauen entzogen hatte und er damit vorm Ende seiner Finanzminister-Tätigkeit stand, mit seiner Familie nach dem Westen entwichen ist. Gegen solche Fälle kann sich die Partei natürlich nicht schützen, aber sie sind doch außerordentlich peinlich. Ich persönlich habe Kunze eigentlich geschätzt. Er gehörte zwar nicht zu den ausgesprochenen Anhängern meiner Politik, aber ich hielt ihn für einen nicht unfähigen Minister und für einen anständigen Menschen. Die in der westlichen Presse aufgestellte Behauptung, daß ich Kunze vom Vorsitz im Landesverband weggedrängt habe, ist barer Unsinn.¹¹⁸ Ich habe niemals nach dieser Richtung mittelbar oder unmittelbar einen Einfluß versucht.

Anmerkungen

¹ Gemeint ist die Moskauer Außenministerkonferenz der vier Alliierten vom 10. 3.–24. 4. 1947.

² Matthias Erzberger (1875–1921, Zentrumsolitiker und Minister) wurde am 26. 8. 1921, Walther Rathenau (1867–1922, Industrieller, Schriftsteller, Außenminister) am 24. 6. 1922 durch rechtsradikale ehemalige Offiziere ermordet. – Angaben zu den erwähnten Personen siehe Anhang, Kurzbiographien.

³ Bericht in: Sächsisches Tageblatt, 28. 1. 1947.

⁴ Sitzung des Landesvorstandes Sachsen der LDP.

⁵ Bericht in: Der Morgen, 29. 1. 1947.

⁶ „Lord Beveridge bei der LDP“, in: Der Morgen, 1. 2. 1947. Vgl. auch „Englischer Besuch bei der LDP“, in: Der Morgen, 8. 2. 1947.

⁷ Külz war vom Berliner LDP-Stadtverband in die Stadtverordnetenversammlung Berlins gewählt worden.

⁸ Auf der Moskauer Außenministerkonferenz.

⁹ Der Vorschlag stammte von Schiffer, der ihn am 10. 2. 1947 gemacht hatte, siehe Kurier, 18. 2. 1947, Keesings Archiv der Gegenwart (1946/47), S. 1029 D. – Vgl. auch die Erklärung der LDP zur Moskauer Konferenz in: Der Morgen, 30. 1. 1947, dazu: Sozialdemokrat, Telegraf, Tägliche Rundschau, Der Abend, Der Morgen, 31. 1. 1947.

¹⁰ Kurier, 18. 2. 1947.

¹¹ Bericht in: Der Morgen, 22. 2. 1947.

¹² Die Gebrüder Günther, Julius und Karl Mossner hatten in der Weimarer Zeit einen Verlag in Berlin aufgebaut, den sie durch „Arisierung“ nach 1933 (weitgehend an Scherl) verloren. Nach 1945 bauten sie das Unternehmen neu auf, stellten u. a. den „Morgen“, die Parteizeitung (erste Ausgabe am 3. 8. 1945), und andere Publikationen der LDP her.

¹³ In Külz' Wohnung.

¹⁴ Helmut Külz.

¹⁵ Nach der Übernahme des Parteivorsitzes hatte Külz die Geschäftsstelle der Partei vom Kurfürstendamm in das Haus Taubenstr. 48–49 im sowjetischen Sektor verlegt, wo der Verlag und die Redaktion des „Morgen“ ihr Domizil hatten.

¹⁶ In Halle. – Vgl. Thüringische Landeszeitung, Der Morgen, 5. 3. 1947. Külz' Rede in: Der Morgen, 6. 3. 1947.

¹⁷ Külz war während seines Studiums der Sängerschaft-Verbindung „Arion“ beigetreten. Vgl. Tagebuch, 12. 5. 1947; Einleitung, S. 8 f.

¹⁸ Der „Block der antifaschistisch-demokratischen Parteien“ war im Juli 1945 mit massiver Unterstützung der SMAD „auf Initiative“ der KPD als Koordinierungs- und Leitungsorgan gebildet worden, ihm gehörten die SED (bis zur Vereinigung im April 1946 KPD und SPD), LDP und CDU an.

- ¹⁹ Vorbereitendes Treffen der FDP der britischen Besatzungszone für die Rothenburger Konferenz.
- ²⁰ Arthur Lieutenant.
- ²¹ Bericht in: Kurier, Tägliche Rundschau, Berliner Zeitung, 7. 3.; Sächsisches Tageblatt, Neues Deutschland, 8. 3.; Thüringische Landeszeitung, Norddeutsche Zeitung, 9. 3. 1947.
- ²² Külz' Rede „Für die Einheit Deutschlands“ erschien in: Der Morgen, 8. 3. 1947.
- ²³ Die FDP der britischen Besatzungszone war – u. a. durch deren finanzielle Unterstützung – eng mit der LDP verbunden. Vgl. auch den ausführlichen Bericht über die Unterstützung seitens der LDP in: Der Morgen, 16. 4. 1947.
- ²⁴ Berichte über die Rothenburger Konferenz in: Tagesspiegel, Der Morgen, 20. 3.; Thüringische Landeszeitung, 21. 3.; Spiegel, 22. 3.; Tagesspiegel, 23. 3. 1947.
- ²⁵ Seine Erinnerungen erschienen in der Reihe „Kriegsmemoiren“ (russ.) unter dem Titel „Bitwa posle wojny“ (Die Schlacht nach dem Krieg), Moskau 1987 (238 S.).
- ²⁶ „Der Telegraf“, eine von den Alliierten lizenzierte, der SPD nahestehende Berliner Tageszeitung (Lizenzträger Annedore Leber, Paul Loebe, Arno Scholz). – Zu Külz' Urteil über Schumacher siehe auch Külz' Rede auf dem 2. Landesparteitag Berlin mit heftigen Ausfällen gegen den SPD-Vorsitzenden wegen dessen Standpunkt in der Frage der „nationalen Repräsentanz“ (Kurier, Der Morgen 31. 5. 1947). (Dem „Neuen Deutschland“ [3. 6. 1947] zufolge bezeichnete Külz die SBZ als „die demokratischste Zone“ Deutschlands).
- ²⁷ „Der Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen“, in: Der Morgen, 2. 4.; „Die FDP im Wahlkampf in der Britenzone“, in: Der Morgen, 16. 4. 1947 (ausführlicher Bericht).
- ²⁸ Thüringische Landeszeitung, 2. 4. 1947.
- ²⁹ Stresemann ernannte Külz zum „Reichskommissar“ für die Presseausstellung (PRESSA) 1928 in Köln.
- ³⁰ „Dr. Külz bricht Wahlreise ab“, in: Kurier, 15. 4. 1947.
- ³¹ Gemeint ist die Krise um den Berliner Oberbürgermeister Otto Ostrowski (SPD), gegen den seine Fraktion wegen seines zu starken Entgegenkommens gegenüber der SMAD einen Mißtrauensantrag einbrachte, der schließlich zu seinem Rücktritt führte.
- ³² Külz' Rede „Selbstverwaltung – Dienst am Volk“ in: Thüringische Landeszeitung, 23. 4. 1947.
- ³³ Thüringische Landeszeitung, 27. 4. 1947.
- ³⁴ Sehr ausführlicher Bericht in: Sächsisches Tageblatt, 29. 4. 1947.
- ³⁵ Berliner Zeitung, 30. 4. 1947.
- ³⁶ Helmut Külz nahm an einem internationalen Treffen von Vertretern liberaler Parteien in Oxford teil, auf dem am 12. 4. 1947 die Liberale Weltunion gegründet wurde.
- ³⁷ Thüringische Landeszeitung, 9. 5. 1947.
- ³⁸ Dieses Sondierungs- und Informationsgespräch war die Folge des Scheiterns der sowjetischen Forderungen auf der Moskauer Außenministerkonferenz und des

sich abzeichnenden Bruches zwischen den ehemaligen Alliierten. Tjulpanow legte Külz die sowjetischen Vorstellungen hinsichtlich des weiteren Vorgehens in der Deutschlandfrage dar.

³⁹ Die Initiale ist auch an Hand von Tjulpanows Memoiren (Sergej Tjulpanow: Deutschland nach dem Kriege [1945–1949]. Erinnerungen eines Offiziers der Sowjetarmee. Hrsg. und mit einem Nachwort von Stefan Doernberg. Berlin [Ost] 1986) nicht aufzulösen.

⁴⁰ Gemeint dürfte die Gründungssitzung des „Welthilfsverbandes für Katastrophenhilfe“ in Genf (12. Juni 1926) sein.

⁴¹ SMA: vollständig SMAD, Sowjetische Militär-Administration Deutschlands.

⁴² Schatzkanzler Dalton erklärte am 7. 5. 1947, daß Großbritannien nicht in der Lage sei, seine Kriegsschulden in Höhe von über 3 Milliarden Pfund Sterling zu begleichen, die Gläubiger müßten sich zu Abstrichen bereitfinden (Keesings Archiv der Gegenwart [1946/47], S. 1086). Külz bezieht dies auf die amerikanischen und canadischen Kredite, die Großbritannien am 4. 5. 1946 in Höhe von 3,75 Mrd. US-\$ und 1,25 Mrd. canadischer \$ bewilligt worden waren (ebenda, S. 748). – Die Sowjetunion legte am 4. 5. 1947 eine Staatsanleihe in Höhe von 20 Milliarden Rubel auf (ebenda, S. 1085). – Die Kredite der USA für Griechenland und die Türkei wurden vom Repräsentantenhaus am 10. 5. 1947 bewilligt (ebenda, S. 1090). – Am 3. 5. 1947 trat die (neue) japanische Verfassung in Kraft.

⁴³ Külz war vom 1. 10. 1907 bis 1. 12. 1908 als Reichskommissar für den Aufbau der kommunalen Selbstverwaltung in Deutsch-Südwestafrika tätig.

⁴⁴ Auch hier zeigt Külz eine erschreckende Realitätsferne und Unkenntnis der Ernährungslage der Bevölkerung. Die offiziellen Lebensmittelzuteilungen lagen unter dem Existenzminimum; insbesondere die städtische Bevölkerung, die sich keine zusätzlichen Lebensmittelquellen erschließen konnte, litt bitteren Hunger.

⁴⁵ Der Morgen, 20. 5.; Sächsisches Tageblatt, 29. 5. 1947.

⁴⁶ Der Morgen, 3. 6. 1947.

⁴⁷ Die Konferenz aller deutschen Ministerpräsidenten fand auf Anregung Bayerns vom 6.–9. 6. 1947 in München statt.

⁴⁸ Tagesspiegel, 8. 6. 1947.

⁴⁹ Külz' Frau.

⁵⁰ Der Morgen, 12. 6. 1947.

⁵¹ Der LDP-Parteitag fand vom 4.–7. 7. 1947 in Eisenach statt.

⁵² Zu Külz' Erklärung siehe „Eine umstrittene Erklärung“, in: Der Abend, 11. 6. 1947, vgl. auch Berliner Zeitung, 11. 6. 1947. Külz' Stellungnahme in: Thüringische Landeszeitung, 15. 6. 1947, dazu Kommentar in: Der Abend, 16. 6. 1947.

⁵³ Der Morgen, 19. 6. 1947.

⁵⁴ Norddeutsche Zeitung, 17. 6. 1947; Mitteilungsblatt der LDP vom 2. 7. 1947.

⁵⁵ „Zweierlei Liberaldemokraten“, in: Telegraf, 21. 6. 1947. – Der „Telegraf“ stand zwar der SPD nahe, war aber kein Parteiorgan.

⁵⁶ Ernst Reuter.

⁵⁷ Infolge der Weigerung der SMAD, den demokratisch gewählten Ernst Reuter als Oberbürgermeister zu akzeptieren, wurde Berlin stellvertretend von der „Regierenden Bürgermeisterin“ Louise Schroeder geleitet.

⁵⁸ Zur vorbereitenden Sitzung des Parteiausschusses (in dem jeder Landesverband mit zwei Delegierten vertreten war) siehe: *Der Morgen*, 1. 7. 1947; *Thüringische Landeszeitung*, 2. 7. 1947. – Külz' Versuch, die Partei zentralistischer zu verfassen, scheiterte letztlich am Widerstand der föderativ gesinnten Landesverbände.

⁵⁹ Außenminister George C. Marshall schlug am 5. 6. 1947 ein amerikanisches Hilfsprogramm für den wirtschaftlichen Wiederaufbau der europäischen Länder vor, das auf der Pariser Konferenz von der Sowjetischen Delegation abgelehnt wurde. Die sowjetisch besetzten Staaten Ost- und Südosteuropas (und die SBZ) schlossen sich, z. T. erst auf äußerst massiven Druck der UdSSR hin, dieser Ablehnung an.

⁶⁰ Am 2. 7. 1947 verließ die sowjetische Delegation unter Führung Molotows überraschend die Pariser Marshall-Plan-Konferenz.

⁶¹ Nach offiziellen Angaben fand er vom 4.–7. 7. 1947 statt. Vgl.: 2. Parteitag der LDP in Eisenach. Hrsg. von der Parteileitung. Berlin 1947. – Die Bezeichnung „Reichsparteitag“ wurde offiziell nicht benutzt, entsprach aber Külz' Ambitionen.

⁶² Vgl. „Grundsätze der Deutschen Demokratischen Partei“, in: *Der Morgen*, 15. 7. 1947. – Aus den westlichen Besatzungszonen Deutschlands waren nur subalterne Vertreter in Berlin anwesend, die Führer der Demokraten waren ferngeblieben.

⁶³ Hrsg. von der Parteileitung. Berlin 1947.

⁶⁴ Zum Konflikt innerhalb Berlins siehe „Die Haltung der Berliner LDP“, in: *Spandauer Volksblatt*, 10. 7.; „Die LDP und ihre Berliner Opposition“, in: *Berlin am Mittag*, 10. 7.; „Die Berliner LDP bleibt fest“, in: *Kurier*, 10. 7.; „Opposition innerhalb der Opposition“, in: *Sozialdemokrat*, 10. 7.; „Pressekonferenz beim Berliner Landesverband der LDP“, in: *Der Morgen*, 10. 7. 1947; Max Dudzus: „Die Opposition in der LDP“, in: *Tagesspiegel*, 13. 7. 1947. Die Differenzen auf dem Eisenacher Parteitag hatten den „Kurier“ (7. 7. 1947) zu der (prophetischen) Überschrift veranlaßt: „Offene Spaltung in der LDP. Berlin scheidet aus dem Zonenverband aus – Opposition gegen Dr. Külz“. – Am 14. Juli fand eine Unterredung zwischen Külz und Schwennicke statt, die aber die grundsätzlichen Gegensätze nicht überwinden konnte. Vgl. *Der Morgen*, 15. 7. 1947.

⁶⁵ In Berlin konnte die LDP nicht die Mitglieder- und Wählerzahlen verzeichnen wie in der SBZ, da sie sich hier auch mit der SPD auseinanderzusetzen hatte. In der SBZ aber erhielt sie aus den Reihen jener demokratischen Sozialisten, die nicht willens waren, sich mit der Vereinigung von KPD und SPD abzufinden, viel Zulauf. Külz' abfällige Bemerkung beruht auf dem gespannten Verhältnis zwischen Berliner Landesverband und Zonenvorstand.

⁶⁶ Moskau wird 1247 erstmals urkundlich erwähnt. – Die folgenden Angaben übernahm Külz offensichtlich aus sowjetischen Darlegungen.

⁶⁷ Madame de Staël, Gegnerin Napoléons, emigrierte 1812 nach Rußland. Sie berichtete darüber in ihrem Buch „*Dix années d'exil*“ (Paris 1821).

⁶⁸ Der SED-Ministerpräsident Rudolph Paul floh am 1. September 1947 mit seiner Frau und seiner russischen Dolmetscherin (Frau Jakunina) über Potsdam, wo er seinen Wagen zurückließ, nach Berlin und ging von dort in die amerikanische Besatzungszone. Die Flucht, die in der SBZ überhaupt erst durch eine Meldung des RIAS vom 3. September bekannt wurde, erregte außerordentliches Aufsehen, die umgebildete thüringische Regierung (Ministerpräsident Eggerath) gab erst auf Drängen Kolesnitschenkos (weil die vom RIAS verbreitete Fluchtmeldung Anlaß zu unwillkommenen Gerüchten und Unruhe unter der Bevölkerung gab) am 8. Sep-

tember eine Erklärung ab, die sich auf die bloße Mitteilung der Zusammensetzung des neuen Kabinetts beschränkte (vgl. „Thüringens Regierung zum Verschwinden Pauls“ in: Tagesspiegel, 10. 9. 1947). – Noch in seinen 1987 erschienenen Memoiren (siehe oben, Anm. 25), in der er versichert, Pauls Flucht sei „durch keinerlei politische Motive“ verursacht (S. 152), findet der damalige sowjetische Oberkommandierende in Thüringen, Kolesnitschenko, keine andere als die ihm von einem Arzt auf Befragen gegebene Interpretation, es habe sich bei Paul um eine „psychopathische Persönlichkeit“ gehandelt. Er kommentiert dies: „Schade, daß diese Schlußfolgerung [aus Pauls Verhalten] gezogen wurde, als es zu spät war“ (ebenda, S. 154).

⁶⁹ Külz vertritt hier seine eigene Auffassung, die den Vorstellungen von SMAD und SED entsprachen.

⁷⁰ Diese Behauptung trifft nicht zu (vgl. Anm. 62).

⁷¹ „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“ (VVN).

⁷² Die Londoner Außenministerkonferenz fand vom 25. 11.–15. 12. 1947 statt, sie scheiterte an den Gegensätzen in der Reparations- und Deutschlandfrage.

⁷³ Thüringische Landeszeitung, 3. 10. 1947.

⁷⁴ Weserkurier, 7. 10. 1947.

⁷⁵ Derartige Kontrollen und Beschlagnahmen nicht regulär zugeteilter, auf Lebensmittelkarten erhaltener Nahrungsmittel waren in ganz Deutschland üblich, besonders während der außerordentlich schwierigen Ernährungslage des Jahres 1947. Trotz der totalen Rationierung hungerte die nichtlandwirtschaftliche Bevölkerung; gerade in der britischen Zone war die Versorgung äußerst kritisch, da Großbritannien keine Hilfe leisten konnte, denn das Land vermochte nicht einmal genügend Lebensmittel für die Ernährung der eigenen Bevölkerung zu produzieren. In der SBZ wurden diese Kontrollen und Beschlagnahmen von der „Volkskontrolle“ durchgeführt.

⁷⁶ Der Morgen, 14. 10. 1947.

⁷⁷ Vgl. die Berichte in: Tagesspiegel, 28. 10.; Norddeutsche Zeitung, 30. 10. 1947.

⁷⁸ Kastner galt als Vertrauensmann der Sowjets und als der SED zu willfährig. – Siehe zum Schandauer Parteitag: Der Morgen, 24. und 26. 10.; Sächsisches Tageblatt, 30. 10. 1947.

⁷⁹ Tagesspiegel, 28. 10. 1947.

⁸⁰ Norddeutsche Zeitung, 30. 10. 1947.

⁸¹ Die Todesstrafe wurde in der UdSSR Mitte 1947 abgeschafft, doch Anfang 1950 wieder eingeführt. – Im Gegensatz zu diesem öffentlichen Verfahren wurde die große Zahl von politischen Prozessen gegen die Gegner der SED und der Sowjets – die mangels eines politischen Strafrechts in der SBZ nach sowjetischen Gesetzen und von Militärgerichten abgeurteilt wurden – geheim und ohne Rechtsschutz der Angeklagten durchgeführt.

⁸² Protokoll der Frankfurter Tagung in: Zwischen Verständigungsbereitschaft und Widerstand: Die LDP in der Sowjetischen Besatzungszone 1945–1949. Bonn 1976, S. 94–100. Vgl. „Interzonale Tagung der LDP in Frankfurt/M.“, in: Berliner Zeitung, 6. 11. 1947, siehe auch: Der Morgen, 5. 11. 1947.

⁸³ Vgl. Stenographischer Bericht des Thüringischen Landtags. Band 1. 1946/47, S. 692 ff.

⁸⁴ Külz und Lieutenant hatten eine Besprechung mit Tjulpanow in Karlshorst, aufgrund derer die Bezirksvorsitzenden der LDP in Berlin zu den sowjetischen Bezirkskommandanten beordert und über ihre politische Einstellung (u. a. ihre Haltung zum Berliner Landesvorstand, zum Marshall-Plan und zur Sowjetunion) „befragt“ wurden. Siehe: Der Abend, 31. 10. 1947. Diese Abklärung der politischen Kräfte in Berlin schien der SMAD besonders im Hinblick auf die Pläne zur „Volkskongreß“-Bewegung (siehe dazu unten) notwendig.

⁸⁵ Berliner LDP-Delegierten-Versammlung am 7. November 1947 siehe: Telegraf, 8. 11. 1947.

⁸⁶ Der Morgen, 19. 11.; Sächsisches Tageblatt, 22. 11. 1947.

⁸⁷ Gegen den Berliner Polizeipräsidenten Paul Markgraf (SED) wurden von den demokratischen Parteien heftige Angriffe gerichtet, weil die Berliner Polizei auf seine Weisungen hin die Übergriffe der sowjetischen Stellen unterstützte, die SPD brachte sogar ein Mißtrauensvotum ein. Anlaß für diesen SPD-Antrag auf Untersuchung seines Verhaltens war die Verhaftung des bei der SMAD mißliebig gewordenen Journalisten Friede durch die Sowjets (siehe: Kurier, 28. 11. 1947).

⁸⁸ „Külz bei Tjulpanow“, in: Kurier, 29. 11. 1947.

⁸⁹ „LPD-Vorstand für Teilnahme am Volkskongreß“, in: Der Morgen, 2. 12. 1947. Bei der „Volkskongreß“-Bewegung handelte es sich um einen von der SED getragenen Versuch (Aufruf der Parteileitung vom 29. November 1947), eine politische Plattform verschiedener Parteien zustande zu bringen, die mit dem Anspruch, das gesamte deutsche Volk zu vertreten, die Londoner Außenministerkonferenz (25. 11.–15. 12. 1947) durch Vorschläge im Sinne der sowjetischen Vorstellungen – d. h. Bildung einer paritätisch aus Vertretern der vier Besatzungszonen zusammengesetzten gesamtdeutschen Regierung vor Abhaltung von Wahlen (deren internationaler Kontrolle Sowjets und SED nicht zuzusichern bereit waren) – zu beeinflussen suchen sollte. Daß damit zugleich mehr beabsichtigt war, geht aus Seydewitz' Worten hervor: „Es geht hier um ein Vorparlament des künftigen Deutschlands“ (Der Sozialdemokrat, 8. 12. 1947). – Am 31. Oktober 1947 hatte das „Neue Deutschland“ noch einen heftigen Angriff gegen Külz und die LDP gerichtet, da Külz sich sträube, ohne eine Beteiligung Kurt Schumachers dem „Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden“ (so die volle Bezeichnung) zuzustimmen. Külz gehörte (neben Wilhelm Pieck [SED], Otto Nuschke [SBZ-CDU], Max Reimann [KPD], Erich Geske [FDGB], Elisabeth Lübs [SPD Hamburg], Edith Baumann [FDJ], Otto Körtning [Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe, VdGB] und Emil Bergmann [SPD Dortmund]) der Kongreßleitung an, er wurde in den „Ständigen Kongreßausschuß“ delegiert, der zwischen den Kongressen als Exekutivkomitee fungieren sollte, und sprach das Schlußwort des Kongresses (eröffnet hatte ihn Pieck). – Siehe dazu: Protokoll des 1. Deutschen Volkskongresses für Einheit und gerechten Frieden am 6. und 7. Dezember 1947 in der Deutschen Staatsoper Berlin. Hrsg. im Auftrag des Ständigen Ausschusses des Deutschen Volkskongresses (= Schriften für Einheit und gerechten Frieden Heft 1). Berlin (Ost) 1948 (Külz' Rede ebenda, S. 31–37); Liberal-Demokratische Zeitung, 10. 12. 1947.

⁹⁰ Aus Protest gegen die Teilnahme der Partei trat der Jugendreferent Helmut Kiefer von seinem Amt zurück. Der Landesverband Berlin hatte am 2. Dezember ein Sonderrundschreiben („Eilt sehr!“) an seine Mitglieder verschickt: „Unsere Stellungnahme zum sog. Volkskongreß der S.E.D.“, das von Schwenicke und Hauptgeschäftsführer Kahlen unterzeichnet war, in dem die ablehnende Haltung des Landesvorstandes begründet wurde. Siehe auch „LDP. Informationen des Landesverbandes Berlin der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands“ Nr. 35 (6. 12.

1947): „Politik auf Befehl. Betrachtungen zum Volkskongreß. Von C. H. Schwennicke.“

⁹¹ „Demokratische Erneuerung Deutschlands“, in: Thüringische Landeszeitung, 12. 12. 1947.

⁹² „Das Maß ist übertoll. Dr. Külz hat demokratischen Gedanken und deutsche Einheit eindeutig preisgegeben“, in: L.D.P.-Kurier [Hessen], 8. 12. 1947. – Euler wies darauf hin, daß auf dem Frankfurter Treffen am 3. November vereinbart worden war, daß erst nach allgemeinen, gleichen, freien und geheimen Wahlen eine daraus hervorgegangene repräsentative „Nationalversammlung“ die deutschen Wünsche und Forderungen an die Alliierten formulieren solle. Ferner hatte man vereinbart, „keine Gemeinschaftsaktionen“ mit der SED zu unternehmen. Gegen diese Beschlüsse hatte Külz eindeutig verstoßen. Euler fügte seinen Anschuldigungen zwei weitere Punkte hinzu: „Illoyales Verhalten gegenüber dem Landesverband Berlin der LDP“ und „Dr. Külz schweigt zu den Massenverhaftungen von LDP-Mitgliedern“ (erwähnt wurden der Sachsen-Anhaltische Landtagsabgeordnete Holzer, der Landesvorsitzende Mecklenburgs Scheffler, ferner 20 führende Mitglieder des Ortsverbandes Görlitz; wobei ein beträchtlicher Teil der einsetzenden Verhaftungen – mit ihrer Hilfe wurde zwischen Herbst 1947 und Anfang 1949 die Parteiopposition zerschlagen – noch nicht bekannt geworden war). Seine Folgerung aus Külz' Verhalten: „Ausscheiden Dr. Külz' aus dem Vorstand der Deutschen Demokratischen Partei gefordert“. – Siehe zu den sowjetischen Repressionen auch „Der Fall Ernst Bürgel“, in: Der Demokrat [Stuttgart] (Dezember 1947) über die Umstände der Flucht des Vorsitzenden des LDP-Kreisverbandes Dresden-Land.

⁹³ Eulers Vorwürfe waren – leider – keine „Irrtümer“. – Zu der persönlichen Verunglimpfung sei vermerkt, daß Euler einer der wenigen westlichen Delegierten war, der auf dem Treffen der Führer der Deutschen Demokratischen Partei in Frankfurt/Main am 18. Januar 1948 nicht für Külz' und Lieutenants Ausschluß stimmte. Er enthielt sich der Stimme.

⁹⁴ Neben Euler übten auch die anderen Parteivorsitzenden aus den westlichen Zonen scharfe Kritik an Külz, Theodor Heuss hat sie in seinem im Anhang beigegebenen Brief vom 19. Dezember 1947 an Külz maßvoll formuliert (siehe auch: „DFP gegen Külz“, in: Telegraf, 13. 12. 1947 mit Stellungnahmen Dehlers, Eulers und Heuss'). Middelhaue erklärte, daß eine Konferenz der Führer der Demokraten sich mit der Angelegenheit befassen müsse („Konferenz über den Fall Külz“, in: Kurier, 19. 12. 1947). – Diese Konferenz fand ohne Külz („Ohne Külz nach Frankfurt“, in: Telegraf, 18. 1. 1948) am 18. Januar 1948 in Frankfurt/Main statt, die SBZ-LDP war durch Lieutenant, Moog, Dieckmann, Bretschneider, Damerow und (den „abtrünnigen“) Schwennicke vertreten. In der Diskussion kamen die grundsätzlichen Differenzen zwischen den westlichen und den SBZ-Vertretern offen zum Ausdruck. Das Vorstandsmitglied der französischen Besatzungszone, Leuze, brachte schließlich den entscheidenden Antrag gegen Külz und die SBZ-Parteilinie ein, der zur Trennung führte. Er wurde mit 13 Ja-Stimmen gegen sechs Nein-Stimmen bei zwei Enthaltungen (Euler, Rademacher) angenommen, Moogs und Dieckmanns Vorstellungen konnten nichts mehr bewirken. Das Komunique vermerkt zu dem Konflikt nur:

„Der Koordinierungsausschuß der DDP hat in einer eingehenden und freimütigen Aussprache die außen- und innenpolitischen Ereignisse der letzten Monate und ihre Auswirkung auf die parteipolitische Lage behandelt.

Die einheitliche Grundauffassung über das deutsche Schicksal im europäischen Raum und über den Aufbau eines freiheitlichen Lebens wurde festgestellt, aber ebenso die unterschiedliche Beurteilung der politischen Maßnahmen in den verschiedenen Zonen.

Der Koordinierungsausschuß bestätigt seinen Beschluß vom 3. November, der als deutsche Vertretung gegenüber der Welt ein aus allgemeiner ungehinderter Volkswahl hervorgegangenes Parlament fordert.

Von den Vertretern der Westzonen wurde bei aller Beachtung ihrer besonderen Situation den Sprechern der Ostzone nahegelegt, nach der personellen und sachlichen Seite daraus die Folgerungen zu ziehen.“

(Zitiert nach: Zwischen Verständigungsbereitschaft und Widerstand [wie Anm. 82], S. 110).

⁹⁵ Die Londoner Außenminister-Konferenz (25. 11.–15. 12. 1947) scheiterte an der Unvereinbarkeit der Deutschlandpläne der ehemaligen Alliierten, sie bedeutet das Ende ihrer Zusammenarbeit.

⁹⁶ Als Folge des Scheiterns der Londoner Konferenz wurde mit dem amerikanisch-britischen Abkommen vom 17. Dezember die Koordination der „Bizone“ verstärkt, am 7./8. Januar 1948 erfolgte die Neuordnung der Verwaltung, und am 9. Februar wurde die „Charta des Vereinigten Wirtschaftsgebietes“ erlassen, die der Bizone eine autonome deutsche Verwaltung brachte.

⁹⁷ „Siehe dazu „Külz, der unentwegte Opportunist“, in: Hamburger Echo, 3. 1. 1948.

⁹⁸ Laut „Beilage zu den LDP-Informationen“ (1948), Nr. 2, fand die Tagung vom 5.–7. 1. 1948 statt – also noch vor dem Frankfurter Treffen. Der Versuch der SBZ-Parteileitung, den Berliner Landesvorstand sich durch Majorisierung unterzuordnen und eine geschlossene Haltung zu erarbeiten (was für Frankfurt wichtig erschien), scheiterte allerdings. Als Folge der Praktiken des Parteivorstandes gegen den Berliner Landesverband kam es dann zu der erwähnten Delegiertenversammlung des Berliner Landesverbandes und ihrem Beschluß.

⁹⁹ Dies kennzeichnet die Bedeutung, die die SMAD der Sitzung beimaß.

¹⁰⁰ Külz erstattete (unter Tagesordnungspunkt 3) einen „Politischen Bericht“, zu Punkt 4 („Bericht über den Landesverband Berlin/Parteileitung“) sprach zuerst Lieutenant, ihm antwortete Schwennicke (Beilage zu: LDP-Informationen [1948] Nr. 2).

¹⁰¹ Diese Opposition der Parteijugend hatte zur Folge, daß die SMAD das für den folgenden Parteitag geplante Jugendtreffen verbot.

¹⁰² Nach Schwennickes Bericht versuchte Oberstleutnant Nasarow, ihn in Weimar massiv unter Druck zu setzen; er habe ihn gefragt, „... warum er eine Hetze gegen die Sowjets betreibe, obwohl er wissen müsse, daß in Kürze in Berlin nur eine Besatzungsmacht vorhanden sein werde“ („Die übliche Einschüchterung“, in: Telegraf, 9. 1. 1947. Ähnlich: Kurier, 8. 1. 1947). Dies könnte bedeuten, daß bereits zu dieser Zeit sowjetischerseits ernstlich Schritte erwogen wurden, wie man sie dann mit der Blockade Berlins unternahm.

¹⁰³ Die Landesverbands-Tagung fand am 12. 1. 1947 statt, sie beantragte die Niederlegung des Berliner Stadtverordnetenmandats von Külz (Kurier, 13. 1. 1948).

¹⁰⁴ Külz legte sein Mandat mit Schreiben vom 15. Januar nieder (Der Morgen, 16. 1. 1948), Schwennicke bestätigte den Empfang des Briefes am 27. 1. 1948 (Text in: Zwischen Verständigungsbereitschaft und Widerstand [wie Anm. 82], S. 120 f.). Am 19. Januar erließ der „Zentralvorstand“ der Partei einen „Aufruf zum Zusammenschluß gegen Parteizersplitterung“ „an die Liberal-Demokraten Berlins“, der sich gegen den Berliner Landesverband richtete und zum Abfall von ihm aufforderte. Darin wurde die Gründung einer „Landesgruppe Groß-Berlin“ bekannt gegeben. Der Aufruf schloß mit den Worten: „Die Zonenleitung der Partei hat, wie

uns mitgeteilt wird, die Betreuung der neuen Landesgruppe direkt übernommen“ (Der Morgen, 20. 1. 1947). Auch die einzelnen Ortsverbände suchte die Parteileitung (z. T. mit sowjetischer Unterstützung) vom Landesverband abzuziehen.

¹⁰⁵ Sokolovskij machte keinesfalls, wie Külz angibt, verbindliche Zusagen, sondern sprach von Möglichkeiten (vgl. den Text des Interviews in: Der Morgen, 11. 1. 1948). Das Gespräch diente wohl vor allem dazu, die durch die Berliner Entwicklung angeschlagene Autorität des Parteivorsitzenden im Hinblick auf die bevorstehende Sitzung des Zentralvorstandes der Partei in Halle (10. 2. 1948, siehe Tagebuch, 16. 2. 1948) zu stärken.

¹⁰⁶ russ., hier: Imbiß.

¹⁰⁷ Der Beschluß vom 10. Februar wurde Schwennicke mit Schreiben der Parteileitung vom 12. 2. 1948 zugeleitet. Er formalisierte die Trennung.

¹⁰⁸ Moog hatte in Frankfurt gegen den Antrag Leuzes gesprochen, Dieckmann hatte ihn darin unterstützt (siehe oben, Anm. 94).

¹⁰⁹ Der Morgen, 11. 2. 1948. – Külz hatte Schwennicke vertraulich gewarnt, an dieser Sitzung des Zentralvorstandes (Halle, 10. 2. 1948) teilzunehmen, da er keine Garantie für freies Geleit übernehmen könne (d. h. mit einer Verhaftung Schwennickes durch die Sowjets rechnet).

¹¹⁰ Diese Ausführungen deuten darauf hin, daß es sich um Äußerungen der Opposition der Parteijugend gegen Külz handelte.

¹¹¹ Külz' Grußwort in: Wilhelm Külz: Aus Reden und Aufsätzen. Berlin (Ost) 1984, S. 148–151. Auszug seiner Rede: ebenda, S. 152–153.

¹¹² Oberstleutnant Nasarow.

¹¹³ Der „Zweite Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden“ tagte in Berlin vom 17. – 18. 3. 1948.

¹¹⁴ Külz' Rede in: Protokoll des 2. Deutschen Volkskongresses für Einheit und gerechten Frieden am 17./18. März 1948 in Berlin. Berlin (Ost) 1948.

¹¹⁵ Rückblickend darf man davon ausgehen, daß es sich hier um die besondere Form kommunistischer „Spontaneität“ handelte.

¹¹⁶ Der Abbau der erzgebirgischen Uranerzvorkommen erfolgte durch die Wismut AG, eine jener „Sowjetischen Aktiengesellschaften“ (SAG), die von der UdSSR nach Kriegsende teils zur Ausbeutung von Bodenschätzen, teils zur Übernahme wichtiger Produktionsunternehmen in den besetzten Ländern errichtet worden waren. Das geförderte Uranerz wurde (wie auch das aus dem tschechischen Vorkommen Joachimstal) ausschließlich für sowjetische Zwecke verwendet.

¹¹⁷ Auszug aus dem Protokoll der Sitzung mit Külz' Resümee in: Wilhelm Külz: Aus Reden und Aufsätzen. Berlin (Ost) 1984, S. 159–161.

¹¹⁸ Kunze, Vorsitzender des Landesverbandes Brandenburg, war seit 1946 Finanzminister dieses Landes.

Dokumente

Dokument 1:

Wilhelm Külz: „Staatsaufbau im neuen Deutschland“. Rede auf dem Erfurter Parteitag 6.–8. Juli 1946

„Wenn durch eine elementare Naturkatastrophe, etwa durch ein Erdbeben, ein Gebäudekomplex in sich zusammenstürzt und dabei auch Teile des Grund und Bodens, auf dem der Bau stand, in die Katastrophe mit hineingerissen wurden, dann wird der Eigentümer nicht klagend oder verzagend vor den Trümmern stehenbleiben, sondern er wird für das Wegräumen der Trümmer sorgen und wird sich schon während dieser Aufräumarbeiten um einen neuen Grundriß bemühen, wird Pläne zur Errichtung eines neuen Hauses besorgen, wird Baumaterial beschaffen und wird auch schon an die Inneneinrichtung für sein künftiges neues Heim denken, um es für sich wohnlich zu gestalten. In gleicher Lage befindet sich seit Mai 1945 das deutsche Volk. Sein Staatsgebäude war zusammengefallen. Nichts, gar nichts war übriggeblieben. Und nun standen und stehen wir vor der Notwendigkeit eines Neubaus. Wie soll der Staatsaufbau für ein neues Deutschland vor sich gehen, wie soll er gestaltet werden?

Jeder Versuch einer äußeren und inneren Neuordnung des deutschen Staatswesens muß von den Tatsachen ausgehen, die der Krieg geschaffen hat, wenn anders er nicht den Boden der Wirklichkeit verlassen will und damit von vornherein zum Scheitern verurteilt sein müßte. Aufgabe einer staatlichen Aufbaupolitik ist es nicht, sich in staatsphilosophischen Gedankengängen oder anderen Ideologien zu ergehen, sondern Versuche einer praktischen Lösung zu unternehmen. Von dieser Grundvoraussetzung aus ist es geboten, zunächst einmal die Besatzungszonen als zeitlich bedingte Tatsache anzuerkennen. Diese Gliederung des deutschen Raumes ist nicht das Ergebnis einer organischen Entwicklung, sondern eine durch den Krieg und durch die Sicherheit der gegen uns im Kriege gestandenen Mächte bedingte Maßnahme. Der Krieg ist keine organische Entwicklungsform, sondern er leitet sie höchstens ein, und es ist die Sache nachfolgender Friedensmaßnahmen und Rechtssetzungen, die durch den Krieg geschaffene *tatsächliche* Lage in einen Rechtszustand überzuleiten. Die vier Besatzungszonen, in die Deutschland aufgeteilt ist, sind staatliche Gebilde, für die es ein geschichtliches Beispiel nicht gibt. Die Souveränität in den einzelnen Besatzungsgebieten liegt ausschließlich bei der betreffenden Besatzungsmacht. Daneben besteht eine kollektive Souveränität über den gesamten besetzten deutschen Raum in dem Alliierten Kontrollrat. In den einzelnen Besatzungszonen ist die Souveränität der betreffenden

Besatzungsmacht absolut. Hinsichtlich von Maßnahmen, die gemeinschaftlich über den gesamten deutschen Raum hinweg gelten sollen, ist der Alliierte Kontrollrat Inhaber der Souveränität. Es ist notwendig, auch diese Tatsache sich zu vergegenwärtigen, wenn man den richtigen Ausgangspunkt für eine Neuordnung des deutschen Staatswesens finden will.

Gegenwärtig gibt es also im deutschen Raum nur eine staatliche Souveränität, nämlich die der Besatzungsmächte. Was unsere Besatzungsmächte, und was wir mit ihnen erstreben, ist als letztes Ziel die Überleitung der Souveränität des Willens der Besatzungsmächte in die Souveränität des deutschen Volkswillens, in eine deutsche Demokratie. Wir befinden uns jetzt auf der allerersten Etappe des Weges vom zonengeteilten Besatzungsstaat zum einheitlichen demokratischen deutschen Volksstaat.

Was wir bisher an Mitbestimmungsrecht für die Neuordnung des deutschen Gemeinschaftslebens besitzen, das ist ein aus dem Willen der Besatzungsmächte stammendes und abgeleitetes Mitbestimmungsrecht. Noch ist die Souveränität der Besatzungsmächte das Entscheidende, und nicht die Souveränität des Volkswillens, die in einer künftigen Demokratie die Grundlage des Staatswesens bildet. Die Besatzungsmächte haben die Absicht, uns auf immer breiter werdender Grundlage zu aktiver Mitarbeit am Staatsleben heranzuziehen. An uns wird es sein zu zeigen, daß wir zu solcher Mitarbeit reif sind. Unsere Besatzungsmächte werden es nicht zu bereuen haben, wenn sie in immer stärker werdendem Umfang uns an der Ausgestaltung unseres Staatslebens teilnehmen lassen. Kant hat recht, wenn er sagt: „Niemand kann zur Freiheit reifen, es sei denn, daß er zuvor selbst in Freiheit gesetzt werde.“

Die Besatzungsmächte wollen weiter aus der zur Zeit noch stark in die Erscheinung tretenden Zonenabgrenzung in einen Zustand der einheitlichen wirtschaftlichen und staatlichen Ordnung gelangen. Wir begrüßen das aufrichtig, denn *unser Ziel ist der deutsche Einheitsstaat*.

Dieser Einheitsstaat ist uns kein Schlagwort, sondern er ist uns der Begriff der Zusammenfassung der uns verbliebenen Leistungskraft auf allen Gebieten. Nie aber hat ein Volk in der Geschichte Geschlossenheit und Leistungskraft nötiger gehabt, als das deutsche Volk der Gegenwart. Wir verwerfen deshalb alle Loslösungsbestrebungen aus dem deutschen staatlichen Verband als Verbrechen gegen das Leben des deutschen Volkes. Ebenso verwerfen wir jedes Auseinanderstreben in kleine, leistungsschwache staatliche Gebilde. Für Separatismus und Partikularismus ist weder im Kopf noch im Herzen eines wahren Deutschen Raum. Wir erstreben eine starke, kraftvolle und geschlossene Zusammenfassung in einem deutschen Staatswesen als dem Einheitskörper des deutschen Volkes. Das hindert nicht, im Gegenteil, das bedingt sogar, daß das Volkstum in den einzelnen Teilen Deutschlands sich frei und ungehindert entfalten kann nach seiner wahren Wesensart. Man spricht viel von der Eigenart der Stämme in Deutschland. Die ist tatsächlich auch vorhanden, aber es

wäre ein großer Irrtum anzunehmen, daß die einzelstaatliche Gliederung in der deutschen Vergangenheit im wesentlichen stammesbedingt gewesen sei. Es gibt z. B. ein Land Bayern, aber keinen bayerischen Stamm; im Lande Bayern gibt es bekanntlich mehrere Stämme. Es gibt auch keinen preußischen Stamm. Bestimmend für die früheren staatlichen Bildungen waren im wesentlichen dynastische Gründe, oft dynastische Zufälligkeiten. Aber aus dieser Zeit ist die Vorstellung der Bevölkerung mit diesen staatlichen Gebilden und mit dem, was sie zweifellos an Eigenart entwickelt haben, noch so stark verkettet, daß sie sich nicht gedanklich und empfindungsmäßig von ihnen trennen mag. Sobald dabei berechnigte regionale Eigenarten in Frage kommen, müssen sie natürlich berücksichtigt werden, aber die früheren staatlichen Gebilde müssen jetzt nach Form und Inhalt übergeleitet werden in landsmannschaftliche Selbstverwaltungskörper, und wenn jetzt in einzelnen Landesgebieten verfassungsmäßige Bestimmungen erörtert werden, so müßte überall das Bekenntnis zur Einheit Deutschlands an der Spitze stehen.

Ein staatliches Problem Preußen gibt es nicht mehr. Es ist für den gegenwärtigen Augenblick müßig, darüber streiten zu wollen, ob die Mission Preußens in der deutschen Geschichte verhängnisvoll oder erfolgreich gewesen ist. Die Tatsache bleibt auf jeden Fall bestehen, daß die Mission Preußens als Staat der Vergangenheit angehört. Ein preußischer Staat ist nicht mehr vorhanden; infolgedessen kann auch eine staatliche Neugliederung des deutschen Raumes vollkommen unbelastet durch ein preußisches Problem vor sich gehen. Uns ist es ein Gebot für die deutsche Zukunft, daß für alle das deutsche Volk in seiner Gesamtheit betreffenden Lebensgebiete eine einheitliche Zentralgewalt vorhanden ist. Eine überspitzte zentralistische Staatsgewalt lehnen wir ab. Den Gebietsverwaltungen muß hinreichend Spielraum zu lebensnaher Handhabung der Selbstverwaltungsfunktionen gelassen werden. So erstreben wir ein neues Deutsches Reich als *dezentralisierten Einheitsstaat*. Die Bezeichnung „Deutsches Reich“ ist historisch geworden. Unsere Gegner von gestern empfinden noch Abneigung gegen die staatliche Benennung „Deutsches Reich“. Für sie ist nach den Erfahrungen der letzten zwölf Jahre der Nazizeit „Deutsches Reich“ der Inbegriff aller militaristischen und imperialistischen Politik. Tatsächlich ist unter der Nazierrschaft das Deutsche Reich dies auch wirklich gewesen; aber wir leben ja doch jetzt in einer anderen Zeit; das deutsche Volk bemüht sich, aufrichtig und ehrlich, sein Gemeinschaftsleben auf demokratischer, friedlicher und fortschrittlicher Grundlage neu zu orientieren; und wenn unsere einstigen Gegner die Gewißheit haben, daß diese Neuorientierung gelingen wird, so werden sie sich überzeugen, daß es auch noch ein anderes Deutsches Reich geben kann, als dasjenige war, das in der Nazizeit bestand, und zwar ein Deutsches Reich als Sinnbild, Hort und Verkörperung einer friedlichen, fortschrittlichen, demokratischen Politik. Wir möchten deswegen hoffen, daß

auf seiten unserer einstigen Gegner die Bedenken gegen die staatliche Benennung des deutschen Raumes als „Deutsches Reich“ fallengelassen werden.

Wenn in Friedenszeiten eine organische Neuordnung des deutschen Raumes möglich gewesen wäre, so würde man zweckmäßigerweise drei Reichsländer geschaffen haben: Reichsland Norddeutschland, Reichsland Mitteldeutschland, Reichsland Süddeutschland. Das Reichsland Norddeutschland hätte das ehemalige Staatsgebiet Preußens und der von ihm umschlossenen kleineren Staatengebilde enthalten. Das Reichsland Mitteldeutschland hätte Sachsen, Thüringen, Hessen und die dazwischen ehemals preußischen Gebiete enthalten. Das Reichsland Süddeutschland würde sich aus Bayern, Baden und Württemberg zusammengesetzt haben. Diese Reichsländer wären eine Ablösung der Kleinstaaten durch leistungsfähige Gebilde gewesen. Ein unvermitteltes Aufeinanderprallen von Nord und Süd wäre vermieden worden. Keins dieser Reichsländer hätte das andere beeinträchtigen können, und die historisch gewordenen Einzelstaaten hätten als Gebietsverwaltungsträger bestehen bleiben können. Nach dem Krieg ist für eine so gestaltete territoriale Gliederung des deutschen Raumes keine Möglichkeit gegeben. Der Krieg hat zwangsläufig eine andere staatliche Einteilung des deutschen Raumes geschaffen: die Besatzungszonen. Diese Gliederung ist eine geschichtliche Tatsache, und sie ist ein Zustand, von dem ein Abweichen von keiner der Besatzungsmächte ernsthaft erwogen werden würde, weil eben jede der Besatzungsmächte aus Sicherheitsgründen diesen tatsächlichen Zustand für notwendig hält. Es kann keineswegs damit gerechnet werden, daß eine der Besatzungsmächte zugunsten einer staatlichen Neuordnung Deutschlands auf ihre Zone in territorialer oder Zuständigkeits-Hinsicht verzichten könnte. Allerdings nehmen wir andererseits auch als selbstverständlich an, daß die jetzige Zoneneinteilung keine weitere territoriale Schmälerung des deutschen Raumes, vor allem nicht an

Ruhr, Rhein und Saar

bringen wird. Gegen die Besorgnis eines aus dem Rhein- und Saargebiet heraus sich entwickelnden wirtschaftlichen aggressiven Imperialismus können die nötigen Sicherheiten ohne Abtrennung deutscher Gebieteile durch wirtschaftliche Internationalisierung der dortigen Kohlenwirtschaft unter Berücksichtigung auch der deutschen Interessen geschaffen werden. Die Zonengrenzen werden wir während der Dauer der Besatzung als unabänderlich hinnehmen müssen, aber nicht als wirtschaftliche und innerdeutsche Barrieren, sondern als äußere Grenzstriche für die militärischen Besatzungsstellen. Deswegen wäre es Politik im luftleeren Raum, wenn man eine Neugliederung Deutschlands ohne Berücksichtigung dieser Tatsachen vornehmen oder einleiten wollte. Von dieser grundsätzlichen Er-

wägung geht der Vorschlag aus, das Deutsche Reich während der Besatzungszeit zu gliedern in

- ein Reichsland Ostdeutschland,
- ein Reichsland Westdeutschland,
- ein Reichsland Süddeutschland und
- ein Reichsland Südwestdeutschland.

Diese vier Reichsländer sind territorial gesehen gleichbedeutend mit den jetzigen Besatzungszonen, und der Einwand liegt für den oberflächlichen Beurteiler nahe, daß damit die Zonengrenzen verewigt werden. Demgegenüber ist zu betonen, daß diese Reichsländer eben nicht mehr verkehrsmäßig, wirtschaftlich oder gar politisch getrennte Gebiete sein sollen, sondern Länderbestandteile eines neuen Deutschen Reiches. Das Wesentliche ist dabei, welche Rolle die Länder im Gesamtorganismus des Deutschen Reiches künftig spielen sollen und welche Funktion die Reichsgewalt als solche und im Verhältnis zu den Ländern haben wird.

Hier ergibt sich nun die entscheidende Frage der funktionellen Zuständigkeiten und der Gestaltung der Exekutive und Legislative in dem Deutschen Reich der Zukunft.

Der Aufbau soll von den Selbstverwaltungskörpern ausgehen

Hier sind wir mitten in der Anfangsentwicklung. Da die Besatzungsmächte in vollstem Umfange die Staatsgewalt sowohl als legislative wie als exekutive Funktion selbst übernommen haben, bestimmen sie in dem jetzigen ersten Entwicklungsstadium, sowohl nach der Seite der sachlichen Betätigung wie nach der persönlichen Teilnahme der Bevölkerung, Art und Umfang der Selbstverwaltung. Das Ziel dieser Entwicklung ist für die Besatzungsmächte wie für uns möglichster Ausbau der Selbstverwaltung. Aufbau der Gemeindevertretung auf dem Willen der gesamten, politisch mündigen Bevölkerung, Vereinheitlichung und volkstümliche Gestaltung der Verwaltung. Da die Gemeinde kein isolierter, für sich allein bestehender Gemeinschaftskörper ist, sondern als die Urzelle des neuen Staates der Bestandteil eines größeren Organismus werden soll, muß diese organische Verbindung von vornherein gewährleistet sein. In dieser Beziehung ist es von ganz wesentlicher Bedeutung, von welchen Gesichtspunkten aus die Beteiligung der Bevölkerung an der Selbstverwaltung geordnet wird. In den einzelnen Zonen nimmt die Entwicklung einen verschiedenen Gang. Beteiligung auf Grund von Wahlen, Ernennungen, Bestätigung der leitenden Persönlichkeiten wechseln miteinander ab. Das selbstverständliche Entwicklungsziel ist die Schaffung der Vertretungskörper auf der Grundlage allgemeiner Wahlen.

Die Selbstverwaltung gewährt innerhalb der hierfür bestimmten Grenzen *den Selbstverwaltungskörpern Autonomie*; auch den Gebietsverwaltungen und Reichsländern ist gesetzlich genau abgegrenzte Autonomie zu

gewähren, aber niemals sollen die Gemeinden Staat im Staate spielen wollen oder die Reichsländer Reich im Reiche.

Es gibt in der Theorie zwei vollkommene Wahlsysteme. Das eine ist das gleiche, allgemeine, unmittelbare Wahlrecht. In der Praxis kann dieses System zum Despotismus der Ziffer werden. Es liefert die Entwicklung des Gemeinlebens einer Mehrheit aus, die vielleicht nur gering, vielleicht auch nur zufällig und vorübergehend ist. Das andere in der Theorie vollkommene Wahlsystem ist das berufsständische. Es gibt die Gewähr, daß alle wesentlichen Berufsschichten ihre Vertretung finden. In der Praxis ist es ein System der Kirchturmspolitik, ein Abstellen auf rein materielle Interessen, ein Etablieren des Kampfes aller gegen alle. Keines dieser beiden Systeme ist also für die Praxis allein zu gebrauchen. Es ist deswegen von jeher das Bestreben zu verzeichnen gewesen, die Schwächen des Systems des allgemeinen, gleichen, unmittelbaren Wahlrechts dadurch zu mildern, daß man entweder die Alleinherrschaft der Mehrheitsziffer durch Berücksichtigung der Minderheiten, d. h. also durch ein Verhältnis-Wahlsystem, mildern wollte oder daß man in die Vertretungskörper, die durch gleiche, unmittelbare Wahlen gewonnen werden, auch berufsständische Vertretungen mit aufnahm. Zuweilen hat man auch Verhältnis-Wahlsystem und berufsständische Vertretung kombiniert. Demgegenüber ist zunächst einmal daran festzuhalten, daß auch bei den

Wahlen zu den Selbstverwaltungskörpern

politische Gesichtspunkte im Vordergrund stehen und daß deswegen in den letzten Grundzügen ein Wesensunterschied zwischen Staats- und Gemeindepolitik nicht besteht. Die Selbstverwaltungsvertretungen sind ihrem Wesen nach politische Vertretungskörperschaften, und die politischen Parteien sind deswegen die gegebenen Ausgangspunkte auch für die Gemeindewahlen. Die Gefahr, daß dabei berechnete wirtschaftliche oder berufsständische Rücksichten zu kurz kommen könnten, besteht keineswegs, denn die politischen Parteien legen natürlich schon im eigensten Interesse Wert darauf, unter möglichst vielseitiger Interessenberücksichtigung auf dem Plan zu erscheinen und Einseitigkeiten bei Wahlvorschlägen zu vermeiden.

Bei den jetzigen Anfängen zur Ausbildung eines Gemeindewahlrechts hat man bestimmten Berufsständen ein Vorschlagsrecht neben den politischen Parteien gegeben. Bei einer endgültigen späteren Normalisierung des Wahlrechts wird nachzuprüfen sein, ob diese berufsständischen Vertretungen wirtschaftlicher Verbände oder sogar ständische Privilegien einzelner Kulturträger, wie z. B. der Universitäten, aufrechterhalten werden können, und ob es sich nicht empfiehlt, auch die Selbstverwaltungskörper aus rein politisch orientierten Wahlen hervorgehen zu lassen.

Den Listenwahlvorschlag wird man für den Anfang nicht entbehren können. Bei fortschreitender politischer Reife des deutschen Volkes wird

die Listenkandidatur zu ersetzen sein durch die listenmäßig nicht gebundene Kandidatur der Persönlichkeit.

Zwischen die Selbstverwaltungskörperschaften unterer Ordnung und den Reichsländern müssen selbstverständlich verwaltungsmäßige Zwischenorganismen eingeschoben werden, die ihrerseits an die geschichtliche Entwicklung anknüpfen können. Sachsen, Bayern, Hessen, Westfalen, Thüringen usw. sind als Gebietsverwaltungen durchaus gesunde Gebilde. Auch ihre Vertretungskörper müssen aus gleichen, allgemeinen, unmittelbaren Wahlen hervorgehen, und ihre zentralen Verwaltungsstellen müssen aus diesen Vertretungskörpern geboren werden und ihnen verantwortlich sein. Für das Deutsche Reich ist ein aus gleichen, allgemeinen und unmittelbaren Wahlen hervorgehender *Reichstag* die gegebene legislative Körperschaft, die aus sich heraus die Exekutive in Gestalt einer Reichsregierung schafft. Ein vom Reichstag gewählter Ministerpräsident beruft die einzelnen Ressortchefs. Für diese zentrale Reichsverwaltung bzw. Reichsregierung sind vorzusehen ein Reichsministerium für Wirtschaft (einschließlich Ernährung, Binnenhandel und Außenhandel), ein Reichsministerium für Justiz, ein Reichssozialministerium, ein Reichsministerium für Volksbildung, ein Reichsministerium für Finanzen, ein Reichsministerium für Verkehr (Post, Bahn, Wasserstraßen usw.). Damit ein reibungsloses Zusammenarbeiten mit den Reichsländern gewährleistet wird, ist je ein Vertreter der einzelnen Reichsländer in die Regierung aufzunehmen. Man könnte auch an eine zweite Körperschaft denken, die sich aus Vertretern der Länder zusammensetzt. Aber dieser Dualismus würde zweifellos viele Bedenken gegen sich haben.

Die Möglichkeit, bei besonders wichtigen Fragen und aus besonderen Anlässen die Entscheidung unmittelbar durch das gesamte Volk herbeizuführen, also durch

Volksentscheid

und nicht durch die Volksvertretung, muß geschaffen werden. Es ist aber von vornherein darauf zu achten, daß hier keine Übersättigung Platz greift. Bei einer zu häufigen Anwendung des Volksentscheidverfahrens verliert dieses an Bedeutung und an Interesse, und man bekommt dann eine nach und nach geringer werdende Beteiligung, so daß schließlich gar nicht mehr der Mehrheitswille zum Ausdruck kommt.

Bei einer Ausgestaltung des demokratischen Staatswesens Deutschland kommt es nicht darauf an, ein System der Besatzungsmächte kritiklos zu übernehmen. Wohl können und sollen wir von den alten Demokratien lernen, aber wir wollen doch einen *deutschen* Staat schaffen, und auch die Besatzungsmächte werden dafür volles Verständnis haben, denn der Brite würde sich unter einer amerikanischen Demokratie und der Franzose unter einer sowjetischen Demokratie nicht in gleicher Weise wohl füh-

len wie unter der eigenen. Eine eingeprägte deutsche Staatsform, also einen *deutschen Nationalstaat*, gilt es zu schaffen. Die Idee des Staates und der in ihm verkörperten deutschen Volksgemeinschaft steht uns turmhoch über dem eigenen Ich, über der Partei, über der Erwerbs- und Gesellschaftsschicht. Die beste Staatsform bleibt ein hohles Gefäß, wenn der Staatsinhalt nicht den Tiefenströmungen des eigenen Volkslebens gerecht wird. Deswegen wollen wir über die Anfänge der neuen demokratischen Staatsform hinaus schon heute an die innere Einrichtung unseres künftigen staatlichen Heimes denken. Die Zeit ist gekommen, wo wir an eine sorgfältige und planmäßige Vorarbeit herangehen müssen, selbst wenn es sich um provisorische Maßnahmen handelt. Eine von den Besatzungsmächten gemeinschaftlich eingesetzte Körperschaft würde den Auftrag erhalten können, eine

Provisorische Verfassung

aufzustellen, über die dann durch Volksentscheid oder von einer für diesen Zweck besonders gewählten Nationalversammlung zu entscheiden hat. Die Ziele, die wir dabei verfolgen, stehen schon heute klar vor uns: wir wollen einen deutschen Nationalstaat, aber keinen nationalistischen Staat; wir wollen einen Einheitsstaat mit Zentralgewalt, aber keinen zentralistischen Staat, wir wollen einen Volksstaat, aber keinen Klassenstaat; wir wollen einen Staat des Rechts und der Gesittung, einen Staat wahrer Kultur und wahren Menschentums, einen Staat, der eine politische, wirtschaftliche, geistige und seelische Heimat des deutschen Volkes und ein Hort des Friedens, der Freiheit und des Fortschritts in der Menschheit ist.

Die Hoheitszeichen des neuen Deutschen Reiches zu bestimmen kann man getrost der späteren, verfassungsgebenden Körperschaft überlassen. Aber schon heute werden wir uns mit der Tatsache abfinden müssen, daß die Farben Schwarz-Weiß-Rot geschichtlich durch das Nazitum dauernd entwürdigt worden sind. Unberührt ist die geschichtliche Ehre der Farben Schwarz-Rot-Gold, und in einer neuen Deutung könnten sie einer neuen deutschen Zukunft voranleuchten: durch die dunkle schwarze Nacht des Niederbruchs in glühender Liebe zum deutschen Vaterland einer neuen deutschen Zukunft und goldenen Freiheit entgegen.

So wollen wir an die Arbeit der staatlichen Neuordnung Deutschlands herantreten in dem Bewußtsein, daß in einer Demokratie jeder einzelne sich fühlen muß als selbstverantwortlicher Träger des Schicksals seines Volkes. „L'état c'est moi“, der Staat bin ich, hat einmal ein französischer Alleinherrscher gesagt. Dieser Satz gilt viel mehr noch für die Demokratie als für die monarchische Alleinherrschaft. Hier aber nicht für einen, sondern für alle; hier nicht im herrschenden, sondern im dienenden Sinne. Jeder Staatsbürger ist voll verantwortlich für das Schicksal seines Volkes.

Das ist der einfache, aber auch tiefste Sinn der Demokratie; das ist der letzte Sinn auch jeder Friedensarbeit für Volk und Vaterland und für den Kampf, über dem geschrieben steht:

„Hier geht das Riesenringen nicht mehr um Mein und Dein,
wir wollen mehr erzwingen: ein neues deutsches Sein.“

Quelle: Der Morgen, 7. Juli 1946.

Dokument 2:

Wilhelm Külz: „Wohin gehen wir?“ Rede auf dem Eisenacher Parteitag 4.–7. Juli 1947

Wohin gehen wir? Man ist versucht, mit Heraklit zu antworten: *panta rhei*, alles ist in Fluß. Im selben Augenblick aber klingt sofort jedem Politiker, der zum Volke spricht, das Gebot des Archimedes entgegen: Gib mir, wo ich stehe! So wollen wir in dieser ernstesten politischen Stunde bemüht sein, uns klarzumachen, wo wir stehen und wohin wir gehen müssen oder wollen: in der Welt, im deutschen Volk, in der Partei. Jeder Augenblick in der auch heute noch in voller Entwicklung begriffenen ungeheueren Umschichtung der Welt kann schicksalsbestimmende Entscheidungen bringen. Demgegenüber müssen wir gewappnet sein, wir müssen aus der Vergangenheit immer wieder von neuem die Lehren für Gegenwart und Zukunft ziehen, „dann ist Vergangenheit beständig, das Künftige voraus lebendig, der Augenblick ist Ewigkeit“.

Wir sind bestrebt, die Politik eine solche der reinen Vernunft sein zu lassen und dahin zu wirken, daß die Wirklichkeit vernünftig und das Vernünftige Wirklichkeit wird. Deshalb müssen wir immer wieder von neuem den Mut aufbringen, die Dinge so zu sehen, wie sie sind, in der Welt und bei uns, um den richtigen Ausgangspunkt und das richtige Ziel unserer Politik zu gewinnen. Die Lage bei uns und in der Welt erhält ihr Gepräge noch immer durch die Versuche, den Frieden zu gewinnen. Krieg ist seinem Wesen nach immer Gewalt; er kann Realitäten schaffen, aber einen Rechtszustand und eine organische Neuordnung der durch den Krieg geschaffenen Tatsachen kann nur der Frieden bringen. Seit zwei Jahren ruhen die Waffen. Die Politik übernimmt nach und nach wieder die Rolle einer ordnenden und schaffenden Kraft, ihr letztes und heiligstes Ziel ist die Schaffung und Sicherung des Weltfriedens. Auf dieses Ziel ausgerichtet, darf Politik niemals die Fortsetzung des Krieges mit anderen Mitteln sein. (Beifall.) Jeder Krieg schafft naturnotwendig bei Siegern und Besiegten unausgeglichene Einstellungen, ja häufig auch psychoseartige Zustände. Besonders nach Koalitionskriegen ist es nicht immer leicht, auch bei den Siegermächten zu einer einheitlichen Einstellung zu gelangen.

Die letzten Wochen und Monate legten den Satz nahe: Der Leidensweg Deutschlands ist mit Konferenzen bepflastert. Im Vorraum zum Frie-

den hängen an den Wänden viele Pläne. Ich gehe nicht soweit, wie ein auswärtiges Blatt sagte: Die Verantwortlichen in der Welt verdecken ihre Unfähigkeit, zum Frieden zu kommen, und ihre Planlosigkeit durch die Fülle ihrer Pläne. Das ist, glaube ich, falsch gesagt. Man muß sich schon mit diesen Plänen auseinandersetzen. Die Konferenz von Moskau hat die Hoffnung auf eine unmittelbare Entlastung Deutschlands nicht erfüllt. Gleichfalls kann man sie nicht als erfolglos bezeichnen. Es wurde ein großes Ziel erreicht: Daß die Gegensätzlichkeiten, die zwischen den Alliierten bestanden, ohne großes Herumgerede ganz klar herausgestellt worden sind. Man sieht, worin diese Gegensätzlichkeit besteht. Diese Gegensätzlichkeiten in Moskau wurden nicht aufgestellt, um sie zu verschärfen, sondern mit dem Ziel und Wunsch, sie zu überwinden oder sie zumindest zu mildern. Praktisch sind wir nach dieser Richtung inzwischen nicht weitergekommen. Im Gegenteil! Die letzten Wochen haben eine Entwicklung gebracht, die von einer Überwindung und Beilegung der Gegensätze weit entfernt ist: Die Schwierigkeiten sind diesmal viel größer als 1918. Das Weltbild ist ein ganz anderes als damals. 1918: Die Sowjetunion noch im ersten Entwicklungsstadium begriffen, noch eben mit dem Zarismus im letzten Ringen, noch nicht in sich gefestigt, im Konzert der Mächte ohne alle Bedeutung und ohne Einfluß. Heute, nach dreißigjähriger Entwicklung: Die Sowjetunion steht vor uns und vor der Welt als eine gewaltige leistungsmäßige Kraft auf allen Gebieten. Das mag für manchen bei uns und für manchen in der Welt unbequem sein, aber es ist eine Realität, mit der wir bei unserer Politik zu rechnen haben.

Die Stellung der Vereinigten Staaten ist heute anders als 1918. 1918: An der europäischen Entwicklung gar nicht interessiert. Im Gegenteil, sie ließen ihren eigenen Präsidenten im Stich, als er den Gedanken des Völkerbundes in die Tat umsetzte. Amerika trat dem Völkerbund nicht bei. Heute: Die Vereinigten Staaten ganz stark, von Woche zu Woche intensiver interessiert an der europäischen Politik, nicht nur wirtschaftlich, sondern auch allgemeinpolitisch, ganz stark die Linie der Politik in Europa verfolgend und einflußnehmend auf diese Entwicklung.

Auch Englands Stellung ist heute eine andere als 1918. Heute steht England vor den größten Problemen, mit denen es je in der Geschichte des Empire zu tun gehabt hat: Palästina, Ägypten, Indien, Balkan.

Auch Frankreich befindet sich heute in einer anderen Lage. Noch in einem völligen Gärungsprozeß begriffen; innenpolitisch noch nicht wieder konsolidiert, außenpolitisch von einer ungeheuren Angst erfüllt, es könnte erneut einer Invasion von Osten her ausgesetzt sein.

So sehen Sie, meine lieben Parteifreunde, in großen Zügen skizzenhaft dargestellt das Weltbild. Sie werden daraus erkennen, daß die Versuche, zu einer Neuordnung der Welt zu kommen, die durch den Nazikrieg aus den Angeln gehoben wurde, heute auf größere Schwierigkeiten stößt als 1918. Geschichtlich gesehen müssen wir Geduld haben. Wir hoffen, daß

die Gegensätzlichkeiten, die sich in der Entwicklung jetzt ergeben haben, nicht auf unserem Rücken ausgetragen werden. Wir hoffen vielmehr, daß wir die Möglichkeit haben, die Gegensätzlichkeiten doch noch zu überwinden oder zu mildern. Hinter uns liegen die Verhandlungen in Paris über den sogenannten Marshall-Plan. Der Amerikaner ist ein ganz nüchterner weitblickender Disponent. Er sieht, daß seine Wirtschaft einmal eine absteigende Tendenz haben wird. Er sorgt beizeiten dafür, daß er neue Absatzmärkte hinzugewinnt. Das kann man ihm von seinem Standpunkt aus nicht verdenken. Die Sorge der Sowjetunion scheint zu sein, daß Amerika dabei auch Machtziele verfolgt. Wer kennt denn diesen Marshall-Plan? Keine einzige Zeitung der Welt hat diesen Plan je veröffentlicht. Es scheinen nur lose Vorschläge gewesen zu sein. Ich kenne keinen solchen Plan und habe als Politiker nicht das Bedürfnis, über Dinge, die ich nicht übersehen kann, abschließend zu sprechen. Aber wir hatten es an sich begrüßt, daß die Sowjetunion von vornherein im Anfangsstadium der Besprechungen sich einschaltete. Wir bedauern, daß die auch nur entfernte Möglichkeit einer Hilfe für Deutschland zunächst gescheitert ist. Gleichzeitig können wir, glaube ich, hoffen, daß das letzte Wort in dieser Sache noch nicht gesprochen worden ist. Wenn ich mich recht erinnere, haben wir doch in der Welt seit zwei Jahren eine Weltorganisation, die UN heißt? Wenn die UN jemals eine Stärkung ihrer Aktivität, eine Erweiterung ihrer Zuständigkeit vertragen könnte, so dadurch, daß man die Durchführung dieser Hilfsaktion ihr überträgt. Ich könnte mir keine bessere Stelle denken als die UN. Ich möchte hoffen, daß die beteiligten Mächte vielleicht doch den Gedanken erörtern könnten, die Durchführung und Bearbeitung im einzelnen der UN zu übertragen. Die nächsten Wochen werden zeigen, ob diese Hoffnungen sich erfüllen.

Nur durch eine Milderung der Gegensätzlichkeiten kann Deutschland eine Entlastung erfahren. Die Frage Europa muß so gestellt werden: Ob wir in der Welt wieder zu einer Weltverbundenheit aller Völker und Wirtschaftsmächte kommen. Es gibt in der Welt keinen gesunden Zustand, wenn eine Mächtigkeitsgruppe gegen die andere eine Diktatur ausübt. Es gibt in der Welt nur einen Friedenszustand, wenn eine Weltverbundenheit in wirtschaftlicher Beziehung sich wieder herauschält. Das ist der Kernpunkt der augenblicklichen Entwicklung.

Die Zukunft Deutschlands in seiner Leistungskraft hängt davon ab, ob die Alliierten unter sich einig werden. Ungeachtet der ganzen Entwicklung werden die Alliierten hoffentlich nicht zögern, uns weiterhin die Entwicklungsmöglichkeit zu geben, deren wir zum Fortschreiten der Genesung unbedingt bedürfen. Ich habe Verständnis dafür, daß nach dem, was das Nazitum der Welt gezeigt hat, man bis zu einem gewissen Grade zögert, uns eine Selbständigkeit zu geben. Aber es liegen jetzt zwei Jahre der Entwicklung hinter uns. Ich glaube, es haben viele in Deutschland den Beweis guten Willens erbracht und den Willen bekundet – soweit das

im Rahmen des Möglichen liegt –, zu einer Neuordnung des Lebens in Deutschland zu kommen.

Ich möchte den Alliierten zurufen:

„Erweitert uns die Möglichkeit zur Selbstgestaltung der Dinge bei uns. Erweitert uns die Möglichkeit, wieder selbst Ordnung zu schaffen.“

Niemand kann zur Freiheit reifen, es sei denn, daß er vorher selbst frei wird. Zutrauen veredelt den Menschen, ewige Vormundschaft hemmt sein Reifen. Hoffentlich werden die Alliierten die Wahrheit dieses Satzes doch noch in stärkerem Umfang als bisher erkennen. Das Schachspiel, das jetzt um den Frieden gespielt wird, gibt Deutschland noch keine Möglichkeit, aktiver Mitspieler zu sein. Es ist aber doch eine nicht unwichtige Figur, von deren Placierung viel abhängt. Bei den kommenden Konferenzen wird es wichtig sein, welche politische Willensrichtung im deutschen Volke selbst betreffs seiner Zukunft vorherrschend ist. Wir wollen, nach den Grundsätzen einer wahren Demokratie, einen deutschen Einheitsstaat mit Volkseinheit und Einheitsvolk, wir wollen den Staat erfüllen mit Volksgeist, das Volk erfüllen mit Staatsgeist, beides aber übergehen lassen in die höhere Idee der Menschheitsgemeinschaft. Einheitsstaat und Wirtschaftseinheit sind dabei für uns unteilbar. (Beifall.)

In den Reihen unserer früheren Gegner hat bisher der Gedanke des Einheitsstaates nur bei der Sowjetunion Gehör gefunden, die anderen Alliierten haben sich bisher mit dem Gedanken eines deutschen Einheitsstaates noch nicht befreundet. Molotow hat uns das Wort vom dezentralisierten Einheitsstaat gewissermaßen aus dem Munde genommen. Ich habe – wenn ich an die ablehnende Stellung der anderen denke – auch hier volles Verständnis für eine gewisse Besorgnis bei den Alliierten, es könnte ein einheitliches, gemeinsames Deutschland wieder eine Gefahrenquelle für den Frieden darstellen. Ich halte diese Besorgnis jedoch für irrig und das Gegenteil für richtig. Ich würde es für wünschenswert halten, wenn mit dieser Einstellung gründlich gebrochen wird, denn eine neue staatliche und wirtschaftliche Zusammenfassung Deutschlands liegt nicht nur in unserem Interesse, sondern auch im alliierten Interesse. Die Alliierten mögen bedenken, daß das deutsche Problem ein Weltproblem geworden ist, an dessen friedlicher Lösung die Welt selbst interessiert ist. Ich glaube, daß die Lösung der deutschen Frage als Weltproblem noch nicht auf einer genügend breiten Front geschieht. Ich spreche absichtlich nicht davon, daß das Herzstück Europas Deutschland ist und eine Mittlerrolle zwischen Ost und West hat. Ich denke nüchtern und einfach. Deutschland ist der geographische Mittelpunkt Europas. Für Europa ist es deshalb nicht gleichgültig, ob in seinem Mittelpunkt ein Volk von 70 Millionen hungert und darbt, sein Staat und seine Wirtschaft zersplittert sind, ob dieses Volk sich nicht wiederfindet und damit zu einem Herd zersetzender Tendenz werden muß, oder ob in diesem geographischen Mittelpunkt Europas ein Volk lebt, das sich auf einem bescheidenen, aber gesicherten

Lebensstandard wiederfindet, ein Volk, das wirtschaftlich wieder zu geordneten Verhältnissen kommt und sich staatlich wieder zusammenschließt und dadurch die Möglichkeit erhält, ein brauchbares Mitglied der Völkergemeinschaft der Welt zu werden. Die Alliierten wollen mit Recht bis zu einem gewissen Grade Reparationen von uns. Ich frage: Gibt es einen einzigen Staatsmann in der Welt, der glaubt, daß ein wirtschaftlich zersplittertes, daniederliegendes, staatlich nicht geeinigtes Deutschland in der Lage ist, sicherer Reparationen zu zahlen, als ein zusammengeschlossener Staat, ein funktionsfähiges Deutschland? (Beifall.) Wir wollen die Einheit aus positiven Gründen für unser Volk. Es bedarf keiner Volksabstimmung darüber, ob das deutsche Volk einen Einheitsstaat will oder nicht. (Bravorufe.) Ich frage höchstens: Welche Einheit? (Rufe: Sehr richtig.) Es taucht das Wort Föderalismus auf. Föderalismus braucht kein Hinderungsgrund zu sein, staatlich leistungskräftig zu sein. Die Sowjetunion ist ein Beispiel dafür, aber die Sowjetunion besteht aus sechsunddreißig Nationen. Da ist der föderalistische Staat das Gegebene. Wir aber bestehen aus nur einer Nation und aus vier Zonen. Wir sind *ein* Volk. Es würde eine Rückbildung sein, wenn wir aus der mühsam errungenen deutschen Einheit wieder zum Föderalismus zurückgingen. Die Anhänger des Föderalismus sagen dieses Wort oft, meinen aber Partikularismus. Wir wollen, daß das deutsche Volk wieder zusammengefaßt wird in einer wirtschaftlichen, politischen und kulturellen Einheit. Partikularistische Horizontalverengung liegt uns ebenso fern wie imperialistischer Größenwahn. Deutschland hat sich vom Einheitsstaat entfernt. Es ist ein grotesker Zustand, daß wir schon wieder 15 Ministerpräsidenten, 50 Minister und 2000 Abgeordnete in den Ländern haben, aber nicht einen einzigen Repräsentanten eines gesamtdeutschen Staatswillens, nicht einen einzigen Repräsentanten einer gesamtdeutschen Volksvertretung. (Bravorufe.) Selbst die Bemühungen, eine nationale Repräsentation etwa durch einen Zusammenschluß der Führer der Parteien zu bilden, sind bisher fehlgeschlagen. Sie wissen alle, warum das fehlgeschlagen ist. Ich polemisiere nicht gern beim Parteitag. Hier trägt allein die Schuld die SPD. Ich habe mit eigenen Ohren hören müssen, wie Schumacher sagte: Das alles wäre ein Marionettentheater, „wir haben keine Lust, in diesem Marionettentheater einen Kasper zu spielen“. Das war die Ansicht einer großen Partei gegenüber dieser wichtigen Frage.

Wir bleiben auf dem Vorschlag vom vorigen Jahr stehen: Daß die Besatzungsmächte ihrerseits eine vorläufige Regierung einsetzen, die den Auftrag bekommt, eine vorläufige deutsche Verfassung auszuarbeiten, ferner ein deutsches Wahlrecht für ein deutsches Parlament zu schaffen, das seinerseits eine endgültige deutsche Regierung und die verfassungsmäßige Grundlage eines neuen deutschen Staatswesens schafft.

Die Durchführung dieser Vorschläge durch die Alliierten hat den großen Vorteil für sich, daß sie die letzte Entscheidung in den Händen

behalten. Wir aber haben die Möglichkeit zu zeigen, was wir denken und wollen.

Die Nazis haben manches demontiert – geistig. Es gibt aber in Deutschland noch genug Menschen, die fähig und willens sind, etwas Neues zu schaffen und zu tragen. (Beifall.) Sie brauchen nur an die richtige Stelle gesetzt zu werden. Wir werden uns nach wie vor betätigen als vorbehaltlose Vertreter und Förderer des deutschen Einheitsgedankens in Staat und Wirtschaft. Wir werden diese Gedanken über alle Zonen und über alle noch bestehenden Gegensätzlichkeiten der Besatzungsmächte hinweg propagieren.

Dieser Einheitsstaat sieht allerdings anders aus als zu Nazis Zeiten. Wir wollen, daß die Legislative in allen wichtigen Dingen zentral beim deutschen Staate liegt, daß die Ausführung der Gesetze aber bei den Ländern und bei den Städten liegt. So sieht der dezentralisierte Einheitsstaat aus. Regieren und Verwalten ist etwas ganz Verschiedenes. Die Regierung zentral, die Verwaltung dezentralisiert.

Man hört so oft in den Diskussionen die Frage: Wollt ihr euch östlich oder westlich orientieren? Eine solche Frage gibt es für uns nicht. Wir kennen weder eine östliche noch westliche Orientierung, nur eine kennen wir: Deutschland! Wir vermeiden es auch ganz grundsätzlich, die Zonen gegeneinander auszuspielen. Ein offenes Wort zur sogenannten Zoneneinteilung. Die Tatsache der Besatzung bringt naturgemäß Erschwerungen mit sich. Das wissen unsere Gegner von früher genauso wie wir. Diese Erschwerungen sind je nach der Mentalität der Besatzungsmacht verschieden. Gerade deswegen liegt es im deutschen Interesse, wenn man versucht, sich mit der Besatzungsmacht zu verstehen. In Opposition gegen die Besatzungsmacht kann Deutschland niemals zu einer Erneuerung seines Gemeinschaftslebens kommen, nur in gemeinsamer Zusammenarbeit mit der Besatzungsmacht. Mit einer Opposition gegen die Besatzungsmacht kann ich stimmungsmäßig im Moment einen Erfolg erringen. Eine fruchtbare Politik kann ich damit niemals machen. Eine solche Politik wird immer steril sein. Wir haben das Bestreben, eine Politik der reinen Vernunft zu betreiben und keine Stimmungspolitik. Deshalb werden wir ganz bewußt und ganz klar uns bemühen, mit unseren Besatzungsmächten nicht nur auf eine Basis des Verständnisses, sondern des Vertrauens zu kommen. Ich bin überzeugt, daß dieses Bestreben bei der Besatzungsmacht Verständnis finden wird. Das bedeutet keine willenlose Unterwerfung. Ich weiß, daß unsere Besatzung es lieber mit anständigen Menschen zu tun hat als mit unterwürfigen Knechtsseelen. (Beifall.)

Eine Versteifung der Gegensätzlichkeiten, die zwischen den Alliierten noch bestehen, mildern zu helfen, haben wir manche Möglichkeiten, ebenso wie wir die Möglichkeiten hätten, sie zu verschärfen. Auf welcher Seite wir stehen, ist klar.

Auseinandersetzen müssen wir uns auch mit dem Gedanken des Son-

derfriedens, der in der Politik herumgeistert. Ich bedauere, daß überhaupt ein solcher Gedanke von verantwortungsvollen Leuten geäußert wurde. Ein solcher Friede würde der Bankrott Deutschlands sein, aber viel mehr als der Bankrott Deutschlands würde ein solcher Sonderfriede ein Bankrott der Politik der Alliierten sein. Ich erinnere daran, daß sich 26 Staaten verpflichtet haben, gemeinsam mit Deutschland den Frieden abzuschließen. Ich glaube deshalb, daß ernsthafte Politiker den Gedanken eines Sonderfriedens nicht weiter verfolgen werden.

Ganz von der Hand weisen müssen wir das psychosenhafte Gerede von der Möglichkeit eines Krieges. Es ist eine Leichtfertigkeit sondergleichen, wenn man von diesen Möglichkeiten überhaupt spricht. Man soll sich darüber klar sein, daß ein solcher Krieg das Ende Deutschlands sein würde, es wäre der Tod von Millionen Menschen binnen weniger Wochen. Im gleichen Augenblick, wo es zu einem bewaffneten Konflikt käme, würde jeder Wirtschaftsverkehr in der Welt aufhören und von Zufuhr von Lebensmitteln im gleichen Augenblick keine Rede sein.

Man soll nicht glauben, daß man von einem Krieg eine Entspannung der Lage erwarten kann, nur eine totale Vernichtung würde die Folge sein.

Man hört ferner oft die Frage: Soll Deutschland in zwei Staaten, in zwei Teile geteilt werden? Meine lieben Parteifreunde, die Dinge sind viel schlimmer, als sie in dieser Frage zum Ausdruck kommen. Wir sind schon in mehrere Teile und Länder geteilt. Wir leben und denken im Wirtschaftlichen und im Empfinden oft gegeneinander. Deshalb müssen wir mit aller Gewalt dahin streben, nunmehr die Zonenentwicklung zu überwinden. Das darf nicht nur Wunsch und Traum bleiben, sondern das muß Wirklichkeit werden. Bisher hat die Entwicklung in dieser Richtung keine Fortschritte gezeigt. Eine wirkliche fortschrittliche Entwicklung zum Einheitsstaat ist nur möglich, wenn die Besatzungsmächte selbst mit eingreifen. Wir stehen vor schweren, außerordentlich schweren unmittelbaren politischen und wirtschaftlichen Problemen. Wir müssen mit ganzer Kraft dazu beitragen, daß die Probleme im Sinne der Politik einer reinen Vernunft gelöst werden.

Diese Neuordnung unseres deutschen Gemeinschaftslebens in staats- und wirtschaftsorganisatorischer Hinsicht darf uns nicht hindern, die Neuordnung unseres Gemeinschaftslebens stärker als bisher in Angriff zu nehmen vom Geistigen und Seelischen her. Rathenau hatte recht, wenn er sagte: „Die Gesundung eines Volkskörpers kommt aus seinem inneren Leben, aus dem Leben der Seele und des Geistes.“ Die Nazizeit zeigte mit grausamer Deutlichkeit die Richtigkeit dieses Spruches.

Jetzt gilt es, eine ganz neue deutsche Tradition zu gewinnen, eine neue deutsche Gesinnung und eine neue deutsche Gesittung. Das muß neben der Beseitigung der materiellen Not im Vordergrund unserer Arbeit stehen. Da haben die deutsche Jugend und die deutsche Frau ihre schicksalsschweren Aufgaben. Oft sagt man, wir könnten der Jugend keine neuen

Ideale geben: Ich kenne keine größere und idealere Aufgabe für die Jugend, als einem zusammengebrochenen Volk wieder zu neuen Lebensmöglichkeiten zu verhelfen. Die Jugend ist Träger der deutschen Zukunft schlechthin. Sie muß sich das Rüstzeug aneignen, diese Aufgabe erfüllen zu können.

Die Jugend ist vom Nazitum schwer mißhandelt und verführt worden. Die Jugend muß rückhaltlos erkennen, was die Nazizeit an ihr verbrochen hat. Sie hatte alles natürliche Denken und Fühlen verlernt. Der Mensch war den Nazis nur Objekt, niemals Subjekt. Die Jugend wurde als Objekt willenlos mißhandelt, die Nazis prägten das Wort: „Du bist nichts“, ein Wort, das in seiner Blödheit nicht gemildert wird durch den Nachsatz: „dein Volk ist alles“, denn aus lauter Nichts wird nichts, auch kein Volk. Andersherum ist der Satz richtig: „Du bist alles, du mußt handeln, als hinge von dir und deinem Tun allein das Schicksal ab der deutschen Dinge, und die Verantwortung wär’ dein.“ Diese Worte und dieses Verantwortungsgefühl muß die Jugend wieder haben. Die Persönlichkeitswerte müssen wieder zur Geltung kommen: Das Maß aller Dinge ist der Mensch und nicht die Materie. Die Gemeinschaft von Volk und Vaterland, die Gemeinschaft des Menschentums, das Ideal der Persönlichkeit müssen für die Jugend wieder Sinn bekommen, dann wird die nötige Zahl von Männern aus der deutschen Jugend herauswachsen. Diese richtige Einstellung wird die deutsche Jugend hoffentlich nach und nach wiederfinden. Aber noch ist dieser Gesundungsprozeß nicht vollendet. Die Jugend muß wieder lernen, natürlich zu denken und zu empfinden. Sie muß wieder lernen, zu unterscheiden Wahres vom Unwahren, Echtes vom Unechten, Stilloses vom Gediemenen, Ruhig-Ernstes vom lauten Gebrüll und Geschrei der Massen. Mit dem so wiedergewonnenen natürlichen Denken und Empfinden wird sie mit heißem Herzen, mit kühlem Verstand und stahlhartem Willen an die Arbeit gehen, der Wirklichkeit zugewandt. Sie soll dabei erfüllt sein von einem starken und, wenn es sein kann, von einem frohen Ja zum Leben. Zum Leben als Mensch und zum Leben im Beruf. Die stärkste Bejahung des Lebens aber heißt Volk und Menschheit. Lenin sagte einmal: „Die Aufgabe der Jugend besteht im Lernen.“ Ich möchte meinerseits ein Wort Hermann Mauthes hinzufügen: „Die Aufgabe der Jugend besteht im Handanlegen, aber nicht wie früher an die Hosennaht, sondern ans Werk“, und wenn die Jugend so ans Werk geht, dann wird auch der Drang der Jugend zum Romantischen und zum Heldischen das richtige Ziel und den richtigen Inhalt finden. Wir hatten in unserer Jugend keine Sorgen um Volk und Vaterland, wir lebten in einer gewissen nationalen Romantik dahin, und manche von uns konnten sich eines unbekümmerten frohen Genusses ihrer Jugend erfreuen. Was die Hitlerzeit der Jugend bot, war eine Pseudoromantik. Am Anfang dieser Romantik standen die Aufmärsche von Tausenden und das Heilgebrüll für einen Schurken; am Ende dieser Romantik standen das millionenfache Wehklagen und

der millionenfache Fluch von Sterbenden und Gefolterten. Diese der Jugend von einem politischen Verbrechertum vorgegaukelte Romantik ist heute dahin, aber dafür ist eine andere, wertvollere, tiefere Romantik der Jugend von heute erstanden. Sie wird versinnbildlicht in einem Bild, das schon vor mehr als 30 Jahren Max Klinger dem deutschen Volk geschenkt hat, das aber so ist, als wäre es uns heute geschenkt: Da steht auf nächtiger Erde eine von Not und Leid abgezehrte Menschengestalt. Der Blick ist klar und fest nach vorn gerichtet. Schlangen spielen im nächtlichen Dunkel der Welt, aber um Haupt und Brust dieser leidverzerren Gestalt spielen auch die ersten Schimmer des nahenden Morgen, und über dem Bild steht das schlichte und doch gewaltige Wort: Und doch! Das ist die Romantik für die Jugend von heute. Und auch ein wahres Heldentum soll der Jugend bleiben. Wenn sie die Größe und das Schicksalhafte ihrer Aufgabe richtig erkennt und sich für deren Erfüllung einsetzt, dann wird sie sehr bald fühlen, daß turmhoch über dem Heldentum, das in der Vernichtung von Menschen und Dingen besteht, das Heldentum steht der schaffenden Arbeit für sich, für Volk und Vaterland. Daß turmhoch über der Eroberung fremder Länder und Menschen die moralischen Eroberungen stehen und daß vor dem Richterstuhl der Geschichte, der Menschheit und der Gottheit der geringste Dienst am Frieden höher zu bewerten ist als aller kriegerischer Ruhm. So wird die Jugend der Träger einer neuen deutschen Zukunft sein.

Von gleich schicksalhafter Bedeutung für die deutsche Zukunft ist die Arbeit der deutschen Frau, insbesondere der deutschen Mutter. Ohne ihre Mitarbeit ist eine neue deutsche Tradition nicht denkbar, unter ihrer Mithilfe aber werden wir sehr bald zu einer solchen Tradition kommen, die eine viel festere Bürgschaft für den Frieden schafft, als sie in allen Rüstungen gegeben sein könnte. Es gab eine Zeit, wo man glaubte, daß die Aufgabe der deutschen Frau sich erschöpfte in der souveränen Beherrschung des Kochtopfes und der Hauswirtschaft. Diese Zeit ist vorüber, und man hat manchmal das Empfinden, daß diese sehr notwendige und nützliche Tätigkeit der Frau gerade jetzt in der Zeit der Ernährungs- und Versorgungsschwierigkeiten zu gering eingeschätzt und weder als Berufung noch als Beruf gewürdigt wird. Bei den Nazis gab es eine Zeit, da betrachtete man die Frau als Lebewesen für Züchtungszwecke, versuchte gleichzeitig aber, sie zu vermännlichen, indem man ihr die Panzerfaust in die Hand drückte, sie Granaten drehen ließ und an die Fliegerabwehrkanonen stellte. Das ist noch nicht ganz vorüber, aber die letzten Reste eines falschen Einsatzes der Frau, wie wir sie in den „Trümmerfrauen“ noch vor uns sehen, werden hoffentlich bald verschwinden. Dann ist der Weg wieder frei, vom Geistigen und Seelischen her die Frau zum Träger einer neuen Tradition zu machen. Die Frau ist die Seele der Familie und damit die Seele des Volkes. Was an seelischer Atmosphäre von ihr in der Familie auf die Jugend ausgeht, wirkt sich aus im reifen Menschen bis in sein spätes Alter.

Von der Familie aus bekommt die deutsche Jugend und die deutsche Zukunft ihre ersten und nachhaltigen Anstrengungen. Was das Kind in der Familie hört und sieht und erfährt: Es ist die Keimzelle für seine ganze menschliche Entwicklung. Es ist Aufgabe der deutschen Mutter, sie im Sinne wahren Menschentums zu beeinflussen. Aber auch sonst wird die Aufgabe der deutschen Frau in der Zukunft anders aussehen als bisher. Die deutsche Frau wird viel mehr als bisher mit ihrer gefühlsbetonten Eigenart das Gleichgewicht zwischen Mann und Frau herstellen. Wie in einer Ehe, so kann man sich auch im Leben eines Volkes nicht nur vom Verstand her, sondern auch vom Herzen her orientieren.

Die Gleichberechtigung der Frau ist für uns eine Selbstverständlichkeit. Wir kennen an sich eine Zurücksetzung der deutschen Frau im öffentlichen oder wirtschaftlichen Leben nicht, aber es ist nötig, daß die deutsche Frau sich nicht nur zu spezifisch fraulichen Aufgaben bekennt, sondern auf dem Gebiet der ganzen Politik sich gleichberechtigt und gleichverpflichtet fühlt.

Bei der Schaffung einer neuen deutschen Tradition spielt eine wesentliche Rolle auch die Erneuerung der deutschen Kultur. Die kulturellen Verheerungen, die das Nazitum angerichtet hat, muß man sich in ihrem ganzen Umfang klarmachen. Die Nazizeit war eine Zeit der völligen Kulturlosigkeit. Es gilt, eine neue Kultur zu schaffen. Es gilt, den Sinn weiter Schichten des Volkes für die Bedeutung und das Verständnis der Kultur zu wecken. Die Valuta der geistigen Werte steht in Deutschland tiefer als die Valuta des Geldes; Materialismus, Egoismus und Unmoral zeigen im deutschen Volke ihr grinsendes Gesicht. Es kann nicht anders sein, wenn ein Volk zwölf Jahre von Verbrechern regiert wurde, wenn es in einem sechsjährigen Krieg vernichtet und nach diesem Krieg der Not ausgesetzt wurde, dann können die Folgen nicht anders sein, als sie sich jetzt zeigen. Aber es muß unsere Aufgabe sein, mit warmem Herzen dazu beizutragen, daß diese Mißerscheinungen bald überwunden werden. Da wird auch der Kampf offenbar zwischen Kultur und Unkultur, zwischen Geist und Ungeist. Der Kampf wird nur dann siegreich zu Ende geführt, wenn jeder einzelne die letzte Kraft der Menschheit geistig und seelisch einsetzt.

Viel kann dazu das Schulwesen beitragen. Ich will darüber nicht näher referieren. Ich möchte aber eines sagen: Es ist nötig, daß unser deutsches Volk zum Träger eines wirklichen Idealismus gemacht wird. Ich weiß, es ist schwer, jetzt Idealismus zu predigen. Die Leute sagen: Gebt mir zu essen, zu trinken und anzuziehen, und laßt mich mit solchen Dingen in Ruhe! Das ist verständlich. Wir müssen aber diese Strömungen überwinden.

In der Kulturpolitik gibt es eine große politische Forderung: Das Recht des Menschen auf Erziehung und Bildung ist genauso ein Menschenrecht wie das Recht auf politische Freiheit. Diesem Recht sollen keine äußeren Grenzen gesetzt werden durch Geldbeutel oder Beruf der Eltern. Jeder Deutsche muß entsprechend seinen Fähigkeiten das Recht ha-

ben, sich das Maß von Bildung anzueignen, das seiner Begabung und seinem Willen entspricht.

Ein Wort über unsere Stellungnahme zur Religion. Der Redner einer uns sonst nicht fernstehenden Partei hat kürzlich gesagt: Die LDP betrachtet die Religion als ein Ding zweiter Ordnung. Das Gegenteil ist richtig. Wir lehnen es aber ab, die Religion zu benutzen als Aushängeschild, als parteipolitisches Werbemittel, das liegt uns fern. Das tun wir nicht aus Geringschätzung gegenüber der Religion, sondern aus Hochachtung vor ihr. Religion ist immer das persönlichste innere Vorrecht eines Menschen, mit dem er allein fertigwerden muß. Von der Wartburg her kommt die Erinnerung an das Wort: „Auf deinen Gott bist du allein gestellt, mit dem mußt du allein fertigwerden. Da hilft dir kein Priester und kein Heiliger.“

Wir wollen nicht, daß Staat, Politik und Religion sich eng miteinander verbinden. Die Geschichte der Menschheit zeigt, wie die Religion zu Schaden kommen kann, wenn sie sich mit dem Staat identifiziert. Denken Sie an viele Beispiele, wohin man kommt, wenn man Staat und Religion zu eng miteinander verkoppelt. Andererseits ist nicht zu verkennen, daß das Deutschtum und das Christentum jahrhundertlang in einer außerordentlich fruchtbaren Ehe gelebt haben.

Eine deutsche Baukunst kann man sich ohne die steingewordene Musik deutscher Dome nicht denken, die religiöse Musik nicht denken ohne die Motive von Bach, Bruckner und Beethoven, eine deutsche Malerei nicht ohne Dürer und Cranach.

Wir verlangen Achtung vor jeder Religion, Vermeidung jeden Zwanges zur Religion, Vermeidung jeder staatlichen Beeinflussung gegenüber der Kirche und umgekehrt. Religiöse Freiheit gibt die Gewähr, daß jeder die Möglichkeit hat, die Religion auszuüben, die seinem Bekenntnis entspricht. Nicht Geringschätzung, sondern Hochachtung haben wir vor der Religion.

Wahre Kulturpolitik ist nicht möglich ohne Sozialpolitik. Der Redner einer großen Partei hat einmal gesagt: Demokratie ist ohne sozialistische Einstellung nicht denkbar. Ich möchte einen anderen Satz danebenstellen: Demokratie ist nicht denkbar ohne soziale Gesinnung. (Bravorufe.) Das Soziale erklärt sich immer vom Menschentum her und hat mit dem Ökonomischen zunächst nichts zu tun. Soziale Gesinnung ist nichts mehr und nichts weniger als der Drang, allen helfen zu wollen, die der Hilfe bedürftig sind. Es gilt, sich von dieser Grundeinstellung aus zu orientieren. Wir müssen in dem Drang der unteren Schichten, emporzukommen, das Höchste und Idealste an Entwicklung überhaupt erkennen. Diesen Drang darf man nicht hemmen, sondern muß man fördern. Das gilt vor allem für den Arbeiter in der Industrie. Die industrielle Entwicklung hat dem Arbeiter den persönlichen Zusammenhang mit der Arbeit genommen und hat ihn dadurch unzufrieden gemacht. Wir können diesen persönlichen Zusammenhang des Industriearbeiters mit seiner Arbeit nicht wieder

schaffen, wohl aber können und müssen wir ihm vollständigen Ersatz dafür geben, das ist der persönliche Zusammenhang mit seinem Betriebe. Der Arbeiter soll sich in seinem Betrieb nicht fühlen als an einer Fronstätte der Arbeit, sondern an einer Heimstätte der Arbeit. Wenn seine Leistungen auch anderer Art wie die des Unternehmers sind, so sind sie doch von gleichem Wert, und als gleichgewerteter Wirtschaftsbürger im Arbeitsprozeß muß er sich fühlen können. Diese Zufriedenheit können und müssen wir dem Arbeiter wiedergeben, und wenn die Gewerkschaften, die Betriebsräte ihre Aufgabe in diesem Sinne betrachten, dann sind sie uns herzlich willkommene Bundesgenossen. (Beifall.) Falls sie aber sich als Träger eines neuen Klassenkampfes zeigen würden, würden wir Gegner sein. (Beifall.) Wir kennen das Wort Klassenkampf in unserem politischen Lexikon überhaupt nicht. Das gehört der Vergangenheit an. Im gleichen Augenblick, wo wir uns bemühen, mit unseren früheren Waffengegnern zum Ausgleich und zur Versöhnung zu gelangen, halten wir es für absurd, den alten Ladenhüter des Klassenkampfes herauszuholen. (Beifall.)

Wenn man mit Recht und mit Nachdruck von Völkerversöhnung spricht, so muß man auch von Volksversöhnung sprechen. Wir wollen keinen Kampf der Klassen und Schichten gegeneinander, sondern füreinander und miteinander. Wir wollen auch das Wort „Proletariat“ nicht mehr hören. Der Arbeiter muß vielmehr herausgehoben werden aus dem Zustand, der für die Nazizeit berechtigt war. Wir wollen aber auch nicht, daß andere Schichten in ein neues Proletariat herabsinken. (Sehr richtig.)

Wenn wir von den bisher entwickelten Grundgedanken ausgehen, dann werden wir den richtigen Weg finden zu einer Politik der politischen, staatlichen, wirtschaftlichen und sozialen Gerechtigkeit. Gerechtigkeit und Ordnung sind Ziel und Inhalt der Demokratie.

In diesem Sinne wollen wir auch eine Friedenspolitik betreiben, nicht, weil wir waffenlos am Boden liegen in einer Welt, die noch von Waffen starrt, sondern weil wir erfüllt sind von der Größe der friedlichen Menschheitsidee. Wir wollen, daß die Menschheit sich bald abgewöhnt, an Atombomben, Flugzeuge und Tanks zu denken. Das Streben jedes Menschen und jeden Volkes muß darum gehen: „Wie kann ich der Menschheit und meinem Volk am wirksamsten helfen, damit wir eine bessere, glücklichere Zukunft bekommen.“ (Beifall.)

Staatliche, wirtschaftliche, soziale und kulturelle Gerechtigkeit in unserem Volk und in der Menschheit, das sind die Grundgedanken und Grundziele unserer Arbeit. Wie diese Ziele im einzelnen eingerichtet werden, wird auf diesem Parteitag noch vorgetragen werden. Wo andere Parteien gleiche oder ähnliche Ziele verfolgen, werden sie uns herzlich willkommene Bundesgenossen sein. Was uns eint, müssen wir gemeinsam in die Waagschale werfen und uns dafür einsetzen. Vor allem müssen wir uns gegen nazistische Bestrebungen wenden. Jede Partei hat ihre Selbstän-

digkeit und völlige Unabhängigkeit. Es ist töricht, wenn man sagt, die LDP oder die CDU seien Schleppenträger der SED.

Es sind in neuerer Zeit neben den politischen Parteien andere demokratische Organisationen gegründet worden: FDGB, VdGB, Kulturbund, FDJ, Demokratischer Frauenbund. Alle diese Verbände verfolgen wichtige und wertvolle Zwecke: Wenn diese Organisationen sich aber als Hilfstuppe einer bestimmten Partei für die Zukunft betätigen sollten, so würden sie die Tendenz eines Einparteiensystems in sich schließen und von uns bekämpft werden müssen. (Beifall.) Wenn jedoch überparteiliche Organisationen entwickelt werden, wollen wir gern gemeinsam mit ihnen unsere Arbeit leisten.

Träger der politischen Willensbildung und Willenskonsolidierung können nach unserer Auffassung nur die politischen Parteien sein. (Bravorufe.) Das ist keine Mißachtung anderer Organisationen. Aber man soll nicht Art und Wert verwechseln.

Im allgemeinen haben die demokratischen Parteien in Deutschland eine dreifache Ausrichtung. Es ist parteimäßig zu verzeichnen eine Demokratie marxistisch-sozialistischer Orientierung, eine Demokratie, die die Politik vom Christentum her orientiert, und eine Demokratie der liberalen Weltanschauung.

Nach erst zweijährigem Bestehen kann der innere Ausbau des Parteiwesens nichts endgültig Abgeschlossenes sein. Im Hause Marx befinden sich drei Mietsparteien: die KPD, die SED, die SPD. Wir haben von unserem Standpunkt gar nichts dagegen einzuwenden, wenn diese drei marxistisch-sozialistischen Parteien sich zu einer Einheit zusammenschließen würden, aber in die Auseinandersetzungen, die hierüber zwischen den Beteiligten bestehen, mischen wir uns natürlich nicht ein. Die CDU ist auch dreigeteilt: Die bayerische CSU ist etwas anderes als die CDU des Herrn Adenauer, und diese wieder ist etwas anderes als die des Herrn Jakob Kaiser. Eine Vereinheitlichung würde uns keineswegs unsympathisch sein.

In dem Bestreben nach einheitlicher Zusammenfassung sind die liberalen und freien demokratischen Parteien sicherlich am weitesten vorangekommen, und ich möchte die Hoffnung nicht unausgesprochen lassen, daß der Kontrollrat die nachgesuchte Genehmigung zu einer einheitlichen demokratischen Partei Deutschlands erteilen wird. Auch wir werden nicht immer bis in alle Einzelheiten die gleiche Meinung haben. Das wäre langweilig und fortschritthemmend, aber in der politischen Grundeinstellung sind wir gleich, und der in uns lebendige demokratische Einheitsgedanke ist so stark, daß er Auseinandersetzungen über verschiedene Meinungen nicht zu scheuen braucht, sondern sie in der Gewißheit führen kann, daß über verschiedene Auffassungen im einzelnen hinweg immer eine einheitliche Linie gefunden werden wird. Das gilt auch für das Wesen der Liberal-Demokratischen Partei der Ostzone im besonderen. Wir wollen Verschiedenheiten der Auffassung über das, was in der praktischen Anwen-

derung unserer Gegensätze nützlich und notwendig ist, immer ruhig aussprechen und im Geiste der Parteifreundschaft Ausgleich und Verständigung finden. Die Mithilfe der gegnerischen Presse brauchen wir hierbei nicht. Sie ist uns zuweilen ganz aufschlußreich und interessant. Aber im allgemeinen tröstet uns die Erfahrung: „Es sind die schlechtesten Früchte nicht, daran die Wespen nagen.“

Man wirft zuweilen die Frage auf, ob wir eine Linkspartei oder eine Rechtspartei sind. Und ein temperamentvoller junger Parteifreund hat vor kurzem einmal auf einem Landesparteitag mit einer kleinen geistigen Anleihe bei dem früheren Generalstabschef von Schlieffen das Wort gesprochen: „Macht mir den linken Flügel stark.“ Unser Weg geht weder links noch rechts, sondern er geht geradeaus. (Beifall.) Reaktion und Diktatur, Faschismus und Ungeist sind in gleicher Weise unsere Feinde, ob sie von links oder rechts an uns herankommen wollen. Man hat auch die Frage aufgeworfen, ob wir eine Massenpartei werden möchten. Nun, wenn eine Partei wie wir im Osten zweieinhalb Millionen Wähler hat und wenn sie im gesamtdeutschen Raum über vier Millionen Wähler verfügt, so darf man sie auch schon massenmäßig als beachtliche Partei würdigen. Wir sind im übrigen aber keine Klassen- und Massenpartei, sondern eine Volks- und Staatspartei, und ebenso unerträglich, wie es bei den Nazis war, daß ein einzelner die Masse unter Druck setzte, ebenso unerträglich würde es sein, wenn die Masse den einzelnen unterdrücken würde. Die Demokratie ist niemals Massenherrschaft, sondern Volksherrschaft. Volk ist die Summe und die innere Zusammenfassung der einzelnen Menschen, Masse ist etwas anderes, und die Demokratie, die wir wollen, nicht weil unsere Gegner von früher [sie] uns vorschreiben, sondern weil wir sie als vornehmste Staatsform von uns aus erstreben, ist immer auch Aristokratie der politischen Gesinnung und des politischen Charakters. In einer solchen Demokratie sind die Ideen das Tragende, und die geistigen und seelischen Kräfte entscheiden über den Aufstieg eines Volkes. Zu ihm gehören das Streben nach Einheit und Freiheit des Vaterlandes, der starke und klare Wille zu echter Demokratie, zum Recht der Persönlichkeit, zu Toleranz und zu Volks- und Völkergemeinschaft.

Wir wollen uns freimachen von demagogischer Tätigkeit, Parlamente sind keine Antragsfabriken. Das Volk will keinen überspitzten Parlamentarismus, sondern praktisch helfende Tat. So wollen wir die Arbeit mit dem heutigen Tag im dritten Jahr unserer Tätigkeit beginnen.

Auch wenn uns unsere Arbeit manchmal zwingt, uns mit kleinen Dingen zu befassen in Gemeinden oder anderen Stellen, die Größe der Aufgabe, vor der das deutsche Volk als solches steht, bleibt. Auch in der kleinsten praktischen Arbeitsstätte soll dieser Gedanke lebendig sein. Wir wollen uns weiterhin als politische Gesinnungs- und Glaubensgemeinschaft zu bewähren suchen, als weltanschauliche Bekenntnisgemeinschaft, als politischer Freundschaftsbund deutscher Menschen gleichen Fühlens

und Strebens, als eine Gemeinschaft, deren ethische Kraft ausstrahlt auf immer weitere Kreise, die erkennen werden: „Hier kannst du bei aller Unrast der Zeit und bei aller Schicksalsschwere, die auf dir und deinem Volke lastet, eine politische Heimat finden, in diesem Heim ist Platz für alle Schichten, für jedes Alter, für Mann und Frau, für alle, die guten Glaubens und deutschen Willens sind.“ Wir wissen, daß unsere Arbeit nach wie vor schwer sein wird, aber wir scheuen die Verantwortung nicht, und wir leisten diese Arbeit nicht um des erhofften Dankes und Lohnes willen, sondern als sittliche Pflicht gegenüber Volk, Vaterland und Menschheit. Unsere Arbeit ist getragen von dem Glauben an das deutsche Volk. Auch von diesem Glauben gilt: Er kann Berge versetzen. Ich glaube an die Zukunft meines Vaterlandes, ich glaube an die Notwendigkeit des deutschen Volkes um seiner selbst und um der Menschheit willen. Dieser Glaube soll der Inhalt unseres Schaffens sein. Hierfür wollen wir ringen und kämpfen, bis über Trümmer und Asche ein neues, besseres, glücklicheres Deutschland sich erhebt. (Stürmischer Beifall.)

Quelle: Parteileitung der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands (Hrsg.), Zweiter Parteitag der Liberal-Demokratischen Partei Deutschlands vom 4. bis 7. Juli 1947 in Eisenach. Berlin 1947.

Dokument 3

Wilhelm Külz: „Über alle Zonen“. Artikel im Spiegel, 23. August 1947

Über Deutschlands Zukunft gehen bei den Besatzungsmächten die Auffassungen und Zielsetzung auseinander. Bei dem globalen Schachspiel, das jetzt um die Neugestaltung Deutschlands in Gang ist, ist Deutschland selbst kein aktiver Mitspieler, aber doch eine nicht unwesentliche Figur, von der der glückliche Ausgang abhängt. Damit ist Deutschland wiederum ein Weltproblem geworden. Es ist nicht gleichgültig, ob im geographischen Mittelpunkt Europas ein deutsches Volk von 70 Millionen sitzt, das wirtschaftlich zerrüttet und staatlicher Zersplitterung ausgeliefert ist, oder ob hier ein 70-Millionen-Volk lebt, das sich von einer gesicherten Bahn eine zusammengeschlossene staatliche Ordnung zulegen und sich als brauchbares Glied in die Völkergemeinschaft der Welt wieder einordnen kann.

Unsere früheren Gegner sind zum Teil noch von der Besorgnis erfüllt, daß ein zusammengefaßter deutscher Staat und eine leistungsfähige deutsche Wirtschaft wieder ein Gefahrenquell für die Weltsicherheit werden könnten. Diese Einstellung ist nach dem, was der Nazismus der Welt vorgeführt hat, bis zu einem gewissen Grade begreiflich. Aber die neue staatliche Gesinnung Deutschlands soll ja doch eben von Grund aus anders sein. Die Demokratie als friedenssichernde Staatsform Deutschlands wird um so schneller und fester an Boden gewinnen, je umfangreicher man ihr Chancen gibt für die Neuordnung in Deutschland.

Unsere Gegner von früher wollen mit Recht von uns bis zu einem gewissen Grad Entschädigung für das, was das Nazitum in ihren eignen Ländern verursacht hat. Glaubt ein einziger Staatsmann der Welt, daß ein wirtschaftlich und staatlich zersplittertes Deutschland eher Reparationen leisten könnte als ein zusammengeschlossener deutscher Staats- und Wirtschaftskörper? Die Antwort kann nicht zweifelhaft sein. Die deutsche Einheit wollen alle, die noch deutsch fühlen können. Wir wollen darüber hinaus auch den deutschen Einheitsstaat. Der Föderalismus stellt das Verschiedenartige und Trennende in den Vordergrund. Die Anhänger des Einheitsstaates stellen das Gemeinsame in den Vordergrund. Die meisten von denen, die von Föderalismus sprechen, meinen und wollen den Partikularismus.

Die bisherige Entwicklung in Deutschland hat sich vom Einheitsstaat entfernt. Wir haben in Deutschland jetzt schon wieder 15 Ministerpräsidenten, etwa 50 Minister und 2000 Abgeordnete, aber nicht einen einzigen Repräsentanten eines einheitlichen deutschen Staatswillens und nicht einen einzigen Repräsentanten einer gesamten deutschen Volksvertretung. Wir wollen demgegenüber vorbehaltlos den deutschen Einheitsgedanken um seiner selbst willen fordern, über alle Zonen und alle noch bestehenden Gegensätzlichkeiten der Besatzungsmächte.

Man hört zuweilen die Frage: Wollt ihr euch östlich oder westlich orientieren? Eine solche Frage gibt es für uns nicht. Für uns heißt es schlicht und einfach: Deutschland. Wir vermeiden es auch grundsätzlich, die Zonen gegeneinander auszuspielen. Die Tatsachen jeder Besatzungsmacht bringen naturnotwendige Erscheinungen mit sich. Diese Erscheinungen sind je nach der Mentalität der Besatzungsmacht verschieden. Aber gerade deswegen liegt es im deutschen Interesse, wenn die politisch Verantwortlichen sich bemühen, mit den Besatzungsmächten in ein Verhältnis des gegenseitigen Sichverstehenlernens zu gelangen, damit dieses recht bald übergeht in einen Zustand vertrauensvoller Zusammenarbeit. Eine Versteifung oder Verschärfung der zwischen den Alliierten noch bestehenden Gegensätzlichkeiten müßte sich auf uns immer verhängnisvoll auswirken. Deswegen liegt eine schließliche Überwindung dieser Gegensätzlichkeiten auch im deutschen Interesse. Es gibt vereinzelt törichte Menschen, die durch eine Verschärfung der Gegensätzlichkeiten sich eine Entlastung für Deutschland versprechen. Selbst der Gedanke eines Sonderfriedens einzelner Alliierten mit einzelnen Ländern oder Zonen Deutschlands ist in die Debatte geworfen worden.

Wir sind demgegenüber überzeugt, daß auch auf seiten der Alliierten wirklich ernsthaft eine solche Möglichkeit nicht erwogen wird, denn ein solcher Schritt würde nicht nur verhängnisvoll für uns sein, sondern noch verhängnisvoller für die Welt. Es wäre der Bankrott Gesamtdeutschlands, aber auch der Bankrott der alliierten Politik. Das Gerede von einer etwaigen kriegerischen Auseinandersetzung zwischen einzelnen bisher alliierten

Mächten ist der Gipfelpunkt der Leichtfertigkeit und Verantwortungslosigkeit. In unseren Reihen soll hierfür kein Platz sein.

Zuweilen werden auch Besorgnisse geäußert, daß Deutschland in zwei selbständige Staaten zerfallen könnte, in ein West-Deutschland und in ein Ost-Deutschland. Diese Besorgnisse sind schon ernsthafter Natur, denn in Wirklichkeit sind wir schon nicht in zwei, sondern in viel mehr Staaten zerfallen.

Bei der gegebenen Sachlage scheint kein anderer Weg zur Anbahnung einer staatlichen und wirtschaftlichen Einheit Deutschlands gegeben zu sein, als daß die Besatzungsmächte eine vorläufige deutsche Regierung einsetzen, die den Auftrag erhält, eine vorläufige deutsche Verfassung auszuarbeiten und Wahlen für eine gesamtdeutsche Volksvertretung auszusprechen, die dann ihrerseits eine endgültige Regierung und eine endgültige Verfassung schafft.

Es ist vor kurzem aus den Reihen der Alliierten die Entgegnung gefallen, das deutsche Volk bemitleide sich selbst zu sehr und beteilige sich nicht genügend an der Gestaltung seines Schicksals. Nun, daß die Lage des deutschen Volkes bemitleidenswert ist, kann niemand leugnen. Aber wenn es nicht mehr als bisher an der Neugestaltung seines gemeinschaftlichen Lebens mitarbeitet, so wird das seinen wesentlichen Grund darin haben, daß man ihm eine solche Mitarbeit in einem nach Ausmaß und Verantwortung nur recht bescheidenem Umfang ermöglicht.

Deshalb ist diese Antwort auf das angeführte Wort vielleicht berechtigt:

Versucht es noch umfangreicher als bisher und gebt uns die Freiheit zu selbständiger gestaltender Entwicklung. Ihr werdet es nicht zu bereuen haben!

Quelle: „DER SPIEGEL“, 23. August 1947.

Dokument 4

Theodor Heuss an Wilhelm Külz, 19. Dezember 1947. Stellungnahme zu Külz' Teilnahme am „Volkskongreß“ und seinem Bruch mit den Vereinbarungen des Koordinationsausschusses der DPD vom 3. November 1947 in Frankfurt/Main

Stuttgart-Degerloch, 19. 12. 47

Verehrter, lieber Doktor Külz,

diesen Brief schreibe ich nur ungern; er hätte wohl schon vor zwei bis drei Wochen geschrieben werden sollen, aber zunächst lagen wir hier in dem Gemeindevwahlkampf, der mich Tag um Tag in eine andere Stadt führte, und dann hätten wir im Landtag die abschließenden Etatberatungen, an denen ich in vollem Umfange teilnehmen mußte, zumal Dr. Haussmann zur Zeit erkrankt liegt. Der heutige Sonntag ist seit langem der erste sogenannte freie Tag, den ich gewonnen habe.

Ich bin sehr unglücklich über die allgemein politische und besonders über die parteipolitische Entwicklung der vergangenen Wochen. Daß die Stellungnahme der LDP in der Ostzone uns gewisse Schwierigkeiten machte, über die wir aber hinweggekommen sind, veranschlage ich nicht sehr hoch. Wir haben bei den Wahlen als einzige Gruppe gute Erfolge gehabt. Aber ich sehe, wie das sachliche Vertrauensverhältnis einen starken Stoß erlitten hat.

Als ich Ihnen vor einigen Wochen schrieb, daß zwischen Ihren Darlegungen über das liberaldemokratische Memorandum vor London, die Sie in Frankfurt gemacht haben, und den Pressemitteilungen ein Unterschied klappte, erhielt ich von Ihnen eine Antwort, die mich wenig befriedigen und überzeugen konnte.

Wir hatten in Frankfurt eine parteipolitische Cooperation vor London eindeutig abgelehnt und uns in unserer Entschliebung, auf die Forderung nach einer freien Nationalrepräsentation beschränkt. Sie haben dann im Osten führend an einer Aktion mitgewirkt, die wir, auch wenn sie vom Westen ausgegangen wäre, wie das Ihre Anregung war, abgelehnt hatten. Ich selber habe vom Frühjahr ab immer diesen Gedanken eines sich selber legitimierenden Mehrparteien-Gremiums abgelehnt, weil ich ihm die staatsrechtliche wie die moralische Qualifikation bestreite. Ich gebe zu, daß man darüber verschiedener Meinung sein kann, hatte aber den Eindruck, daß die Herren, die in Frankfurt waren, ohne daß ich mit irgend einem vorher darüber geredet hätte, meine grundsätzliche Auffassung überwiegend teilten.

In einem der Rundschreiben von Herrn Lieutenant wird mitgeteilt, daß der Einfall, etwas derartiges zu machen, von Dr. Schiffer stammt. Bei allem Respekt vor dessen geistiger Vitalität konnte gerade dieser Hinweis gerade auf mich wenig überzeugend wirken, denn ich weiß aus der gemeinsamen Fraktionsarbeit, daß es die Spezialität von Schiffer gewesen ist, Einfälle zu haben, die zunächst eine gewisse Brillanz haben. Daß die liberaldemokratische Partei der Ostzone den Weg, der dann zu dem sogenannten Volkskongreß führte, gegangen ist, wird hier als ein absoluter Bruch der Abrede von Frankfurt betrachtet. Nun ist es natürlich so, daß Sie sagen werden, wir sind in der Ostzone in unseren Entscheidungen unabhängig. Aber Sie dürfen dann nicht erstaunt sein, wenn von unserer Seite gesagt wird, daß mit dieser Haltung in einer so entscheidenden Frage die Voraussetzungen einer „Coordination“ und ihrer Konsequenzen zerbrochen sind.

Was ich dann von dem sogen. Volkskongreß las, bzw. was ich zufällig am Radio davon hörte, hat mich in meinem historisch-politischen Gefühl geradezu beelendet. Die übermittelten Reden-Fetzen, die ich vernahm, waren billiger Stahlhelm-Stil mit veränderten Vorzeichen, kein ernsthaftes Wort von der weltgeschichtlichen Problematik, in der wir drinstehen, Platitüden von Volksversammlungsphrasen. Konnte ein Mann von Ihrer po-

litischen Erfahrung einen Augenblick ernsthaft daran denken, daß die Londoner Konferenz den Applaus einer zweitausend[köpfigen] Menschenversammlung in Berlin, die höchst zufällig zusammengedrängt waren, als Geschichtsauftrag für Deutschland empfände. Vielleicht war es ganz schön, Menschen vor sich zu haben, die glaubten Geschichte zu machen. Einem halbwegs nüchternen Urteil mußte doch von Anbeginn klar sein, daß derlei nicht der Start ist, um zu einer Delegation von Rang zu kommen. Ich hätte ein solches Verfahren auch verschmäht und bekämpft, wenn es in der Westzone oder mit der Westzone gemacht worden wäre. Das ist ein Mißverstehen oder Mißbrauchen der Demokratie. Und dazu hin einfach schlechter Stil. Die Antwort aus London konnte keinem halb-sinnigen Menschen einen Augenblick zweifelhaft sein. Daraus ergibt sich, daß das ganze Arrangement trotz der außenpolitischen Fassade eine rein innenpolitische Sinngebung und vielleicht auch Quasi-Rechtfertigung besitzt.

In dieser Auffassung, die ich von Anbeginn hatte, werde ich bestärkt durch die Mitteilung der Zeitungen, daß dieser sogen. „Volkskongreß“ über seinen einmaligen Demonstrationscharakter hinaus eine Dauerinstitution werden soll. Es werden jetzt Landesvolkskongresse gemacht. Was ist denn das anderes als eine neue Firmierung dessen, was Ihr bis jetzt Antifaschistischen-Einheitsausschuß oder Block-Politik genannt habt. Da haben wir Euch nie weiter hereingeredet, obwohl ich das Verfahren im Zeitalter, wo man die parlamentarische Demokratie predigt, als innerlich brüchig ansehe. Nun aber ist die Geschichte mit einem neuen Namen, mit dem Anspruch einer gesamtdeutschen Verbindlichkeit plakatiert und das ist es, was wir mit aller Entschiedenheit ablehnen.

Ich will mich nicht pharisäerhaft zu einem Gerichtsherrn über die parteipolitische Situation der Ostzone aufwerfen. Ich spüre nur dies deutlich genug: von Demokratie und deutscher Entscheidung wird solange nicht die Rede sein können, als interne Parteibesprechungen in der Anwesenheit fremder Offiziere, gleichviel welcher Besatzungsmacht, stattfinden. Dieser Zustand macht eine sachliche Bewertung von Meinungsäußerungen überhaupt unmöglich. Wir können gar nicht übersehen, wenn wir Äußerungen und Entscheidungen der Parteifreunde aus dem Osten erhalten, ob diese ihrer inneren Auffassung entsprechen oder den Wünschen der Besatzungsmacht. Das schafft bei allem selbstverständlichen Willen, den einheitlichen Rhythmus der Gesinnungen zu erhalten, fortgesetzt unmöglich, ja unerträgliche Situationen. Versicherungen, daß man das besondere Vertrauen der Besatzungsmacht habe, können hier nicht wirken, und auch der Hinweis, den Herr Lieutenant wiederholt machte, was alles durch eine offene Aussprache erreicht oder verhindert worden sei, schlägt bei dieser Gesamtsituation wenig zu Buche.

Anregungen aus der britischen wie aus der französischen Zone, wie auch unser eigenes Bedürfnis haben die Frage entstehen lassen, ob wir

jetzt nach der neuen Situation den Coordinations-Ausschuß einberufen. Es sind verschiedene Termine in Vorschlag gebracht worden, auch verschiedene Orte. Wir selber hier wünschten Anfang Januar Stuttgart, da wir am 5. und 6. unsere seit Jahrzehnten traditionelle Tagung haben. Ich kann im Augenblick noch nicht übersehen, wie die telefonischen und telegrafischen Verhandlungen, die Ernst Mayer zu führen begonnen hat, praktisch verlaufen werden. Es ist dabei natürlich auch eine Vertretung der Ostzone sehr erwünscht. Aber ich stehe nicht an, Ihnen mit allem Freimut zu sagen, daß mir von verschiedenen Seiten gesagt wurde, daß man sich mit Ihnen nicht mehr an einen Tisch setzen werde und sofort den Ausschuß verlasse, da eine Erbitterung, wenn nicht Verbitterung über Ihr Mißachten der Grundlage der Frankfurter Beschlüsse entstanden ist. Ich selber gehe natürlich nicht so weit, da unsere alten Beziehungen mir es immer möglich machen werden, mit Ihnen ein offenes, sachliches Gespräch zu führen und da ich selber nur geringes Talent zum Ressentiment besitze. Aber wenn die Sitzung in Stuttgart stattfinden sollte, müßte ich selber wünschen, daß Sie nicht teilnehmen. Denn es würde nach der eindeutigen Haltung, die wir zu dem Volkskongreß eingenommen haben, unmöglich erscheinen, daß wir zu irgendeiner verwaschenen Entschließung kommen, und einen schroffen Bruch mit Ihnen möchte ich von hier aus vermeiden. Wollen Sie bitte nicht die Meinung haben, daß das Schicksal von Ostdeutschland und die ideelle Zusammengehörigkeit mit der liberal-demokratischen Partei in der Ostzone für unser Bewußtsein irgendwie blasser geworden wäre. Ich muß es mir versagen, in diesen Zeilen, die jetzt schon lang genug geworden sind, den Versuch zu machen, die augenblickliche weltpolitische Lage zu beurteilen; sachlich ist dazu kein Deutscher recht im Stande, und ich bin in diesen Dingen zur Zeit auch nichts anderes als ein x-beliebiger Zeitungsleser. Ich denke nicht daran, den Osten abzuschreiben, aber fürchte, daß die kommende Politik der Volkskongresse ein Scheidungsgefühl akzentuieren wird, das für die deutsche Gesamtlage nur unerwünscht sein kann.

Die Vorgänge in der CDU sind mir nach der sachlichen und personellen Seite im einzelnen undurchsichtig. Ich übersehe die Rolle nicht, die Nuschke dort jetzt spielt; die anderen Namen, die ich in der Zeitung las, sind mir eben nichts anderes als Namen, aber ich habe die Empfindung, daß Jakob Kaiser, den ich in meinem Leben noch nie gesehen habe, in der Niederlage eine deutsche Figur geworden ist, während Sie, so hart es ist, das auszusprechen, eine gewesen sind. Das schmerzt mich sehr, aber die Dinge müssen auch hart gesagt werden können.

Empfehlen Sie mich der Gattin und seien Sie begrüßt

Ihr

gez. Theodor Heuss

Quelle: Friedrich Naumann Stiftung, Archiv des Deutschen Liberalismus, Gummersbach, N 1-2935.

Kurzbiographien

Abramow, Oberst im Stab Marschall Sokolowskij.

Acker, Heinrich, (SED), Bürgermeister in Berlin.

Adenauer, Konrad (1876–1967), Jurist, seit 1906 Mitglied der Zentrumspartei. Beisitzender, seit 1908 erster Beisitzender der Stadt Köln, 1917 Oberbürgermeister. 1920 Mitglied des Preußischen Staatsrates, des Provinziallandtags und des Provinzialausschusses der Rheinprovinz. 1933 aus allen Ämtern entlassen, 1944 vorübergehend in Haft. 1945 kurzfristig Oberbürgermeister von Köln. 1946 Vorsitzender der CDU der britischen Besatzungszone, Mitglied des Landtags Nordrhein-Westfalen. September 1948 bis Mai 1949 Präsident des Parlamentarischen Rates. 1949–1963 Kanzler der Bundesrepublik Deutschland, seit 1950 Bundesvorsitzender der CDU.

Appenroth, Vorsitzender des FDP-Verbandes Delmenhorst.

Auchinleck, Sir Claude John Eyre (1884–1981), britischer Feldmarschall, lange in Indien stationiert, 1940 Leiter des britischen Norwegen-Unternehmens, Oberbefehlshaber 1941/42 im Nahen Osten, 1943–1947 in Indien.

Bachem, Wilhelm (geb. 1903), in der Weimarer Zeit Mitglied der Deutschen Demokratischen, später der Deutschen Staatspartei. Nach 1945 am Aufbau der CDU in Thüringen beteiligt, ab Dezember 1946 Leiter der Hauptabteilung Verkehr im thüringischen Ministerium für Wirtschaft, Arbeit und Verkehr, ab 1947 Leiter dieses Ressorts im Kabinett Eggerath, 1949 Staatssekretär im DDR-Verkehrsministerium, Rücktritt im Dezember 1950, Übernahme der Hauptgeschäftsstelle der CDU in Ostberlin, im Januar 1951 Flucht ins freie Berlin.

Bahner, sächsische Unternehmerfamilie. Vor 1933 Deutsche Demokratische Partei und Deutsche Volkspartei, Friedrich Naumann und Theodor Heuss nahestehend. Der Vater besaß eine große Strumpfweberei in Oberlungwitz, der Sohn Dietrich (1913–1987) war auch politisch aktiv. 1945 Eintritt in die LDP. Übersiedlung Dietrich Bahners nach Süddeutschland, 1946 Mitglied der FDP, 1967–1970 bayerischer Landesvorsitzender. Seine Versuche, Anfang der siebziger Jahre eine neue Partei zu gründen – 1974 „Deutsche Union“, 1975 „Aktionsgemeinschaft Vierte Partei“ –, scheiterten.

Balogh, Vorsitzender der FDP in Siegen.

Barnewitz, Frieda (1889–1961), nach 1918 in Berlin im Sozialbereich (mit Eugenia Schwarzwald) tätig. 1945 im LDP-Kreisvorstand Dresden-Land. Ihr Haus („Winzerhof“) in Radebeul war ein Treffpunkt der sächsischen Liberalen.

Barwinsky, Dr., LDP-Oberbürgermeister in Eisleben.

Bauch, Leiter der Parteischule Friedrichroda des LDP-Landesverbandes Thüringen.

Berger, LDP-Mitglied, Oberbürgermeister von Apolda. Von den Sowjets Anfang 1947 verhaftet.

Beveridge, William Henry Lord (1879–1963), britischer Nationalökonom und Sozialreformer. Arbeits- und Ernährungsminister während des Ersten Weltkrieges (1916–1919), 1919–1937 Direktor der London School of Economics, Vizekanzler der Universität London. Im Zweiten Weltkrieg Berater Churchills, der „Beveridge-Plan“ (Report on social insurance and allied services, 1942) bildete die Grundlage der britischen Sozialreformen nach 1945. Nach Kriegsende mehrere Reisen nach Deutschland, sprach sich nachdrücklich für Demontagestop und Aufnahme Deutschlands in den Europa-Rat aus.

Bezold, Otto (1899–1984), Jurist, bayerischer FDP-Politiker. 1946–1966 Mitglied des Landtages, 1949 Fraktionsvorsitzender. 1954 Wirtschaftsminister im Kabinett Högner, 1957 Innenminister der Regierung Seidl (bis 1959). Nach Rückkehr der FDP in den bayerischen Landtag (1970) Landtagsabgeordneter und stellvertretender Fraktionsvorsitzender. 1971–1979 Leiter der Thomas-Dehler-Stiftung.

Biermann-Ratjen, Hans Harder (geb. 1901), FDP-Politiker in Hamburg, August–Dezember 1945 Leiter der Kulturbehörde, Senator für Kultur in der Regierung Sieveking (1953–1957), für Kultur und Justiz im 3. Kabinett Brauer (1957–1961).

Blücher, Franz (1896–1959), Wirtschaftspolitiker und Bankfachmann. Während der Weimarer Republik Mitglied der Deutschen Volkspartei. Nach 1945 in Essen Mitbegründer der FDP, Vorsitzender der Partei in der britischen Zone. Nordrhein-westfälischer Finanzminister im 1. Kabinett Amelunxen (August–Dezember 1946). Im Frankfurter Wirtschaftsrat Fraktionsvorsitzender der Demokraten. 1949–1954 Bundesvorsitzender der FDP. Vizekanzler im 1. und 2. Kabinett Adenauer. 1956 Austritt aus der Partei, Gründungsmitglied der FVP (gegründet 30. 6. 1956). Deutsches Mitglied in der Montanunion.

Blume, Joachim (gest. 1948), Rechtsanwalt, Vorsitzender des LDP-Stadtverbandes Leipzig.

Börner, Vorsitzender des LDP-Kreisverbandes Cottbus.

Borm, William (1895–1987), 1924 Mitglied der Deutschen Volkspartei, seit 1945 LDP, 1947 Schatzmeister, 1948–1950 Vorsitzender des Landesverbandes Berlin. 1950 auf der Reise in die Bundesrepublik vom DDR-Staatssicherheitsdienst festgenommen, inhaftiert bis 1959. 1960–1969 Vorsitzender des Landesverbandes Berlin der FDP, seit 1963 Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses, 1965–1972 Berliner Bundestagsabgeordneter. Besaß starken Anteil an der FDP-Politik der siebziger Jahre.

Bretschneider, Arthur (1886–1949), vor 1933 Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei. 1945 Mitbegründer der DPD (später: LDP) in Dresden, Mitglied des Landesvorstandes Sachsen, 1946–1947 stellvertretender Landesvorsitzender. 1946 Abgeordneter im sächsischen Landtag, 1947 Mitglied des Zentralvorstandes der LDP. Ministerialdirektor der sächsischen Landesregierung. Auf dem Schandauer Parteitag (Oktober 1947) zum Nachfolger Hermann Kastners als Vorsitzender des LDP-Landesverbandes Sachsen gewählt, 1947–1949 Mitglied des Zentralvorstandes der LDP.

Bürgel, Ernst, LDP-Vorsitzender des Landkreises Dresden-Land, entschiedener Gegner der Külzschen Politik. Da an der Abwahl Kastners maßgeblich beteiligt, mußte er im November 1947 nach Berlin fliehen.

Büttner, Eva, LDP-Abgeordnete im sächsischen Landtag.

Damerow, Erich (1886–1972), nach Jurastudium im Kommunalwesen tätig, 1933 als Oberbürgermeister von Köthen amtsenthoben, „Schutzhaft“. 1945 Präsidialdirektor der Verwaltung der Provinz Sachsen (Abt. Wirtschaft), Juli 1946 Vizepräsident, Dezember 1946–1950 Minister für Land- und Forstwirtschaft, Handel und Versorgung des Landes Sachsen-Anhalt, Vorsitzender des Landesverbandes der LDP. Nach Külz' Tod Mitglied des Direktoriums der LDP (mit Lieutenant, Kastner und Moog).

Darmann, Frauenreferentin der LDP in Sachsen.

Dehler, Thomas (1897–1967), Jurist; bis 1933 DDP, 1944 KZ-Haft. 1945 Mitbegründer der bayerischen FDP, 1946–1949 ihr Vorsitzender. Mitglied des Parlamentarischen Rates, 1949 bis zu seinem Tode MdB. 1949–1953 Bundesjustizminister. 1953–1956 FDP-Fraktionsvorsitzender, 1954–1957 Parteivorsitzender. 1960–1967 Vizepräsident des Bundestages.

Dehne, Julius (geb. 1873), nach 1918 Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei, 1926–1927 Finanzminister im 1. Kabinett Heldt in Sachsen, nach 1945 Mitglied des LDP-Ortsvorstandes Radebeul.

Dieckmann, Johannes (1893–1969), Volkswirtschaftler, nach 1918 in der Deutschen Volkspartei tätig, zeitweise Mitarbeiter Stresemanns, Sekretär im Gebiet Osnabrück, Niederrhein, Sachsen, 1928–1933 Landtagsabgeordneter in Sachsen. 1933–1945 in der Wirtschaft tätig, 1945–1948 Direktor des sächsischen Kohlenkontors. 1945 Gründungsmitglied der „Demokratischen Partei Deutschlands“ (später LDP) in Dresden, Mitglied des Landesvorstandes Sachsen und des Zonenvorstandes sowie der „Reichsleitung“ der LDP. Sächsischer Landtagsabgeordneter 1946–1952. 1948 Justizminister und stellvertretender Ministerpräsident in Sachsen, 1948/49 Mitglied der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK). 1950 Präsident der Volkskammer, 1951 stellvertretender Vorsitzender der LDP, 1960 Stellvertreter des Staatsratsvorsitzenden der DDR.

Dovifat, Emil (1890–1969), Nestor der deutschen Zeitungswissenschaft. Nach Studium und journalistischer Arbeit 1928 a. o. Professor für Zeitungswissenschaft und Publizistik der Universität Berlin. In der NS-Zeit zweimalige Absetzung. Nach 1945 Mitbegründer der CDU in Berlin, 1946 wieder am Institut für Publizistik tätig, 1948 am Aufbau der Freien Universität Berlin beteiligt, Direktor des Institutes für Publizistik in Berlin.

Dreher, Vorsitzender des Kreisverbandes Bad Schandau der LDP.

Elster, Generalsekretär des LDP-Landesverbandes Thüringen.

Erzberger, Matthias (1875–1921), Volksschullehrer, später Redakteur des „Deutschen Volksblattes“ (Stuttgart), 1899 Mitbegründer der christlichen Gewerkschaften, 1903 Reichstagsabgeordneter des Zentrums, Führer des linken Parteiflügels. Wurde im Ersten Weltkrieg zum Verfechter eines „Verständigungsfrie-

dens“, maßgeblich an der Friedensresolution des Reichstags (Juli 1917) und am Sturz Bethmann-Hollwegs beteiligt. Im Kabinett Max von Baden (1918) Staatssekretär ohne Geschäftsbereich, unterzeichnete am 11. 11. 1918 den Waffenstillstandsvertrag. Februar–Juni 1919 Minister ohne Portefeuille im Kabinett Scheidemann, zuständig für Durchführung der Waffenstillstandsbedingungen. Reichsfinanzminister im Kabinett Bauer (21. 6. 1919–26. 3. 1920), stellvertretender Ministerpräsident (21. 6. 1919–3. 11. 1919). Von rechtsextremistischen ehemaligen Offizieren am 26. 8. 1921 ermordet.

Euler, August Martin (1908–1966), Studium der Rechts- und Staatswissenschaft. 1945 als Rechtsanwalt und Notar in Frankfurt/M., führend am Aufbau der hessischen FDP beteiligt. 1945/46 Landrat in Hersfeld, im Wirtschaftsrat der Bizone tätig. 1949 Mitglied des Bundestages, 1956 Austritt aus der FDP, Mitbegründer der FVP. Ab 1958 in EURATOM tätig.

Fiering, stellvertretender Landesvorsitzender der LDP in Sachsen-Anhalt.

Frank, Karl (geb. 1900), führendes Mitglied der DVP/FDP. Finanzminister im 3. Kabinett R. Maier in Württemberg-Baden (1951–1952), nach der Vereinigung der beiden südwestdeutschen Länder Finanzminister von Baden-Württemberg 1952–1960 in den Kabinetten R. Maier, G. Müller (1 und 2) und Kiesinger (1).

Frank, LDP-Stadtrat in Glauchau.

Friedensburg, Ferdinand (1886–1972), Jura- und Bergbaustudium, danach im preußischen Staatsdienst, 1920 Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei. 1925–1927 Vize-Polizeipräsident von Berlin. Regierungspräsident Kassel, Reichstagsabgeordneter der Deutschen Demokratischen Partei, 1933 in den vorzeitigen Ruhestand versetzt, widmete sich der Forschung. Präsident des Deutschen Institutes für Wirtschaftsforschung (DIW). 1945 Präsident der SBZ-Zentralverwaltung der Brennstoffindustrie, Mitglied der CDU. Im September 1946 von der SMAD amtsenthoben. 1949–1951 2. Bürgermeister von Berlin. 1952–1965 Mitglied des Bundestages. 1953 Professur an der Technischen Hochschule Berlin.

Fröhlich, August (geb. 1877), 1906–1918 Geschäftsführer des deutschen Metallarbeiterverbandes in Altenburg/Sa., SPD-Mitglied, 1913–1918 Stadtverordneter. 1918–1920 Staatsrat in Sachsen-Altenburg. 1920/21 stellvertretender Ministerpräsident, 1921–1923 Ministerpräsident des Landes Thüringen. 1924–1933 Abgeordneter des Reichstages. 1946 SED-Mitglied. Staatsminister (ohne Portefeuille) in den Kabinetten Paul (1946–1947) und Eggerath (1947–1952). 1946 Thüringischer Landtagspräsident. Bis zu ihrer Auflösung Alters- und Vizepräsident der Länderkammer der DDR. Später Abgeordneter des Bezirkstags Erfurt.

Fröhlich, Chefredakteur des „Dresdner Anzeigers“ während der Weimarer Zeit.

Füllsack, Paul (1893–1957), Stadtrat der SPD in Berlin, 1949–1951 Senator für Ernährung.

Gaertner, Alphons (1892–1949), seit 1920 Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei, 1927 deutscher Vertreter beim Internationalen Arbeitsamt (ILO) in Genf. Nach 1945 Mitbegründer der LDP in Thüringen, 2. Landesvorsitzender, Mitglied des Zentralvorstandes der Partei. Präsident der Thüringischen Landesbank, 1946

Vizepräsident des Landtages. Nach Külz' Tod von der SMAD als Nachfolger im Parteivorsitz vorgesehen, entzog er sich durch die Flucht nach Westdeutschland ob der „unhaltbar gewordenen Entwicklung in der Ostzone“.

Geschke, Ottomar, Vorsitzender der „Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes“ (VVN).

Golowtschiner, Major der Sowjetarmee, Mitarbeiter Tjulpanows.

Greve, Otto-Heinrich (1908–1968), Jurist, seit 1926 Deutsche Demokratische Partei, Mitglied des Reichsvorstandes der Jungdemokraten. 1938 als NS-Gegner aus dem Staatsdienst entlassen, Zulassung als Anwalt verweigert. April 1945 von US-Administration als Landrat in Greiz eingesetzt. Seit 1946 Rechtsanwalt in Hannover. Mitbegründer der FDP Niedersachsen, 1947 Mitglied des Landtages. In Coburg 1946 zusammen mit Lieutenant Geschäftsführer des Koordinationsausschusses der DPD. 1948 Übertritt zur SPD. Mitglied des Politischen Rates in Bonn, 1949–1961 Bundestagsabgeordneter, bis 1960 Vorsitzender des Wiedergutmachungsausschusses.

Grotewohl, Otto (1894–1964), 1910 Mitglied der Sozialistischen Arbeiter-Jugend (SAJ), SPD-Mitglied. 1920 Abgeordneter des braunschweigischen Landtages, 1922 Innen- und Volksbildungs-, danach Justizminister des Landes Braunschweig, 1926 Reichstagsabgeordneter. Seit 1926 Präsident der Landesversicherungsanstalt Braunschweig, 1932 von Ministerpräsident Klagges (NSDAP) amts-enthoben. 1938/39 inhaftiert, konnte sich nach dem 20. Juli dem Zugriff der Gestapo entziehen. 1945 führend im Wiederaufbau der SPD in Berlin und der SBZ, November 1945 Vorsitzender des Zentrallausschusses in der SBZ, wesentlich an der Vereinigung von KPD und SPD beteiligt, April 1946 neben Pieck Vorsitzender der SED, Mitglied des Politbüros und Zentralkomitees. Ab 1949 Ministerpräsident der DDR.

Grüne, Dr. iur., Rechtsanwalt, Vorsitzender der FDP in Bonn.

Hafner, Stadtrat in Auerbach, Vorsitzender des LDP-Ortsverbandes.

Hagen, Dr., LDP-Kreisvorsitzender Neuruppin.

Hausberg, Fritz, bis 1946 Vorsitzender, bis August 1947 Mitglied des LDP-Landesvorstandes Berlin.

Hecht, Kurt, Ortsvorsitzender der LDP in Fürstenwalde.

Hempel, Oberbürgermeister von Weimar, LDP-Mitglied.

Hermann, Leiter der Presse- und Informationsabteilung des LDP-Zonenparteivorstandes.

Hermes, Andreas (1878–1964), Zentrums Politiker; 1920–1922 Reichsernährungsminister, 1922–1923 Reichsfinanzminister. Mitbegründer der CDU 1945 in der SBZ, bis Dezember 1945 erster Vorsitzender. 1946 Übersiedlung in den Westen; 1947–1949 Abgeordneter des Wirtschaftsrats, bis 1961 Vorsitzender des Raiffeisenverbandes.

Heuss, Theodor (1884–1963), Studium der Kunstgeschichte und Nationalökonomie. Friedrich Naumann nahestehend. 1903 Mitglied der Freisinnigen Partei (seit 1908: Fortschrittliche Volkspartei). 1905–1912 Schriftleiter von Naumanns Zeitschrift „Die Hilfe“, 1912–1918 der „Neckar-Zeitung“ (Heilbronn). 1918 Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei, 1930 der Deutschen Staatspartei. 1920 Studienleiter, 1924–1933 Dozent der Hochschule für Politik, Berlin. Ab 1918 Schriftleiter der Zeitschrift „Deutsche Politik“ und ab 1923 der „Deutschen Nation“. 1924–1928 und 1930–1933 Abgeordneter des Deutschen Reichstags. 1933 Einschränkung seiner journalistischen Arbeit (u. a. Mitarbeit unter Pseudonym an der „Frankfurter Zeitung“). 1945–1946 Kultusminister in Baden, 1945 Mitglied, 1946 Vorsitzender der Demokratischen Volkspartei Deutschlands und Landtagsabgeordneter. 1948 Vorsitzender der FDP, Mitglied (und Fraktionsvorsitzender) im Parlamentarischen Rat. 12. 9. 1949 Wahl zum ersten Präsidenten der Bundesrepublik, 1954 Wiederwahl (1959 Ende der Amtszeit). Vielfältige Publikationen zu Politik und Kulturgeschichte, Biographien u. a.

Höpker-Aschoff, Hermann (1893–1954), Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei, seit 1922 Mitglied des preußischen Landtages, 1925–1931 preußischer Finanzminister, 1930–1933 Reichstagsabgeordneter der Deutschen Staatspartei. Nach 1933 Publizist, u. a. bei Fr. Naumanns Zeitschrift „Die Hilfe“. 1945 Mitglied der FDP, Generalreferent für Finanzen in Westfalen, danach Finanzminister des Landes Nordrhein-Westfalen. Mitglied des Parlamentarischen Rates, 1949 des Bundestages. 1951 erster Präsident des Bundesverfassungsgerichts.

Hollmann, Vorsitzender des Ortsverbandes Bremen der LDP.

Hübener, Erhard Wilhelm (1881–1958), Studium der Staatswissenschaft, dann im Staatsdienst. 1924 Landeshauptmann der Provinz Sachsen. 1933 abgesetzt. 1945 Mitglied der LDP. Mitglied der Provinzialverwaltung Sachsen-Anhalt. 1946 Ministerpräsident und Justizminister Sachsen-Anhalt. Am 16. 1. 1948 aus Protest gegen Entlassung von CDU- und LDP-Mitgliedern aus der Verwaltung Rücktritt als Justizminister, am 15. 8. 1949 auch vom Amt des stellvertretenden Ministerpräsidenten. Übernahme einer Professur für Verwaltungsrecht der Universität Halle.

Hull, britischer Generalmajor, Kommandeur der Militäarakademie Sandhurst.

John, Wilhelm (geb. 1885), nach Studium als Journalist tätig, u. a. „Berliner Morgenpost“. 1918–1933 Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei. 1936 wegen Ablehnung des Eintritts in die NSDAP als Redakteur entlassen. Nach 1945 am „Morgen“.

Kaiser, Jakob (1888–1961), Tätigkeit in der christlichen Gewerkschaft, Zentrumsmitglied. 1925 Landesgeschäftsführer der Christlichen Gewerkschaften in Rheinland-Westfalen, 1932 Reichstagsabgeordneter. Konnte sich nach dem 20. Juli der Verhaftung entziehen. 1945 Mitbegründer der CDU in Berlin, erster Vorsitzender der SBZ-Organisation. Dezember 1947 im Konflikt um den „Volkskongreß“ von der SMAD als Parteiführer abgesetzt. Stadtverordneter Berlin. Mitglied des Parlamentarischen Rates, 1949 Bundestagsabgeordneter, Minister für innerdeutsche Fragen, stellvertretender CDU-Vorsitzender, 1958 Rücktritt aus Gesundheitsgründen.

Kastner, Hermann (1886–1957), Jurist, 1914–1918 Dozent der Rechts- und Staatswissenschaft in Berlin und Breslau, Rechtsanwalt. Vor 1933 Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei. 1945 Mitbegründer der „Demokratischen Partei Deutschlands“ (später LDP) in Dresden, 1945–1947 Vorsitzender des Landesverbandes Sachsen, Mitglied des Zonenvorstandes. 1946–1948 stellvertretender Ministerpräsident und Justizminister des Landes Sachsen. 1947 in Bad Schandau als Landesvorsitzender abgewählt. Präsident des „Volksrates“ (gemeinsam mit Külz). Nach Külz' Tod im Direktorat der Partei, 1949 gemeinsam mit Karl Hamann Vorsitzender der LDP. 1948–1949 stellvertretender Vorsitzender der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK) der SBZ mit dem Ressort Finanzen. 1949–1950 stellvertretender Ministerpräsident der DDR. 1950 Parteiausschluß, Verlust der Regierungsämter. 1951 rehabilitiert. 1951 Vorsitzender des „Förderungsausschusses der Intelligenz“. 1956 Übersiedlung in die Bundesrepublik.

Kiefer, Helmut, Jugendreferent der LDP, Rücktritt aus Protest gegen die Teilnahme der Partei an der „Volkskongreß-Bewegung“.

Klapproth, stellvertretender Vorsitzender des LDP-Stadtverbandes Leipzig.

Koch, Waldemar (1880–1963), Dr. phil. habil., Dr.-Ing., Nationalökonom, 1915 bis 1918 stellvertretender Direktor des Institutes für Weltwirtschaft Kiel. 1930 Habilitation Berlin. In der Weimarer Zeit Deutsche Demokratische Partei, 1945 Mitbegründer und erster Vorsitzender der LDP in Berlin, auf sowjetischen Druck hin zurückgetreten. Ab November 1945 Professor an der Humboldt-Universität, 1949 Ordinarius für Betriebswirtschaft an der Technischen Universität Berlin, 1953 emeritiert.

Kolesnitschenko, Iwan Sasonowitsch, sowjetischer Generalmajor, Leiter der Verwaltung der SMA Thüringen, nach Tschujkows Abberufung dessen Nachfolger als Leiter der Verwaltung der Sowjetischen Militär-Administration Thüringens (VSMAT).

Kotikow, Alexander G. (1902–1981), 1920 Mitglied der KPdSU. Offizierslaufbahn, General der Roten Armee.

Külz, Helmut (1903–1985), Dr. iur., Studium in Oxford, Tätigkeit im englischen Justizdienst. 1928–1934 als Rechtsanwalt in Windhoek/Südafrika tätig. Seit 1934 Anwalt am Reichskammergericht in Berlin, Verteidiger in vielen politischen Prozessen, 1940–1945 in der Wehrmacht. Mitglied der LDP, im Landesvorstand Thüringen. Seit 1945 in der thüringischen Landesverwaltung, seit Dezember 1946 in den Kabinetten Paul und Eggerath als Justizminister. Seit 1947 zunehmende Konflikte wegen politischer Einflüsse der SED auf die Rechtsprechung, Demission (30. 6. 1948). Übersiedlung nach Frankfurt. 1948 Ministerialdirektor in der Wirtschaftsverwaltung der Bizone, 1950–1953 im Bundesministerium für Wirtschaft. Geschäftsführer des „Königsteiner Kreises“ (bis 1952). 1953 Senatspräsident, 1970–1971 Vizepräsident des Bundesverwaltungsgerichts. 1968 Honorarprofessor der Universität Gießen.

Kunze, Walther (1898–1977), vor 1933 Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei. Nach 1945 Mitglied der LDP, 1946 Finanzminister des Landes Brandenburg, Vorsitzender des Landesverbandes. März/April 1948 Flucht nach Westdeutschland, journalistische Tätigkeit. 1954–1963 Bürgermeister in Altona, Vorsitzender des LDP-Bundesbeirates der FDP.

Leber, Annedore (1904–1968), Mitglied der SPD. Jura-Studium. 1933 nach Verhaftung ihres Mannes Julius Leber Berufsverbot, Tätigkeit als Schneiderin. 1945 Leiterin des Frauensekretariats, Mitglied des Zentralausschusses der SPD. Februar 1946 Rücktritt von Parteiämtern als Protest gegen bevorstehende Zwangsvereinigung mit der KPD. Mai 1946–1950 Mitherausgeberin des „Telegraf“ (mit Paul Löbe und Arno Scholz). Mitglied des Berliner Stadtverordnetenhauses und (ab 1949) des Bundestags. Mitglied der deutschen UNESCO-Kommission und des Personalgutachter-Ausschusses der Bundeswehr.

Lemmer, Ernst (1898–1970), nach Studium der Nationalökonomie Journalist. 1918 Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei, 1924–1933 Reichstagsabgeordneter. 1933 Ausschluß aus dem „Reichsverband der deutschen Presse“, Tätigkeit für ausländische Periodika (u. a. Neue Zürcher Zeitung), 1945 Mitbegründer der CDU der SBZ, 1947 ihr zweiter Vorsitzender. Vizepräsident des „Kulturbundes zur demokratischen Erneuerung Deutschlands“, Mitglied im FDGB-Vorstand. Im „Volkskongreß“-Konflikt zusammen mit Jakob Kaiser seiner Funktionen enthoben. 1950 Mitglied des CDU-Vorstandes Berlin, 1956–1961 Landesvorsitzender. Seit 1952 Mitglied des Bundestages, 1956 Postminister, 1957 Minister für innerdeutsche Fragen, 1964 Vertriebenen-Minister.

Leuze, Eduard (geb. 1906), führendes Mitglied der DVP/FDP der französischen Besatzungszone. Seit 1960 Wirtschaftsminister der Kabinette Kiesinger (1 und 2) in Baden-Württemberg.

Liebers, Vorsitzender des LDP-Ortsverbandes Altenburg.

Liebler, Ralph (1901–1953), während der Weimarer Zeit Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei. Rechtsanwalt in Zittau. Vorsitzender des LDP-Kreisverbandes, 1946–1950 Abgeordneter im sächsischen Landtag, 1947–1949 stellvertretender Vorsitzender des Landesverbandes Sachsen, 1948 Mitglied des Hauptausschusses, 1951 Mitglied des Zentralvorstandes der LDP. 1948 Mitglied des Volksrates, 1949 der Volkskammer der DDR, 1950–1952 Justizminister in Thüringen, 1953 seiner Ämter enthoben.

Lieutenant, Arthur (1884–1968), vor 1933 Mitglied der Deutschen Volkspartei, dann der Deutschen Demokratischen Partei. 1945 Mitbegründer der LDP in Berlin. Seit Ende Juli 1945 (bis 1949) Geschäftsführer der LDP, Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes, enger Mitarbeiter von Külz. Stellvertretender Vorsitzender des Zentralvorstandes der LDP, nach Külz' Tod Mitglied des Direktatoriums der Partei. 1948–1949 Finanzminister in der Landesregierung Brandenburg. 1948 Mitglied des „Volksrates“. 1950 Parteiausschluß.

Loebe, Paul (1875–1967), SPD-Mitglied, journalistische Tätigkeit, 1920 Reichstagsabgeordneter, 1920–1932 Reichstagspräsident. 1933 „Schutzhaft“. 1945 Redakteur der sozialistischen Zeitung „Das Volk“, Mitglied des SPD-Zentralausschusses. Gegen die Vereinigung mit der KPD, SPD-Arbeit in Berlin, Mitherausgeber des „Telegraf“. 1949 Alterspräsident des ersten Deutschen Bundestages.

Loeser, Vorsitzender des LDP-Kreisverbandes Rochlitz.

Louis, von, Vorsitzender des LDP-Kreisverbandes Borna.

Lunze, Vorsitzender des LDP-Ortsverbandes Bautzen.

Mauttner, Captain, Verbindungsoffizier der amerikanischen Kommandantur zu Stadtverordnetenhaus und Oberbürgermeister von Berlin.

Menzel, Walter (1901–1963), SPD-Mitglied, Innenminister des Landes Niedersachsen im 1. (zugleich stellvertretender Ministerpräsident) und 2. Kabinett Amelungen (1946–1947) und im 1. Kabinett Arnold (1947–1950).

Mertens, Dr., Oberbürgermeister von Jena, LDP-Mitglied

Middelhaue, Friedrich (1896–1966), Verleger, FDP-Mitglied. Verkehrsminister 1954–1956 Nordrhein-Westfalen.

Molotow (Skrjabin), Wjatscheslaw Michajlowitsch (1890–1986), 1906 Mitglied der Russischen Sozialdemokratischen Arbeiterpartei (RSDAP), Bolschewiki. Ab 1917 leitende Funktionen in der Partei, 1921–1957 Mitglied des Zentralkomitees der KPdSU (B), 1926–1952 Mitglied des Politbüros. 1930–1941 Vorsitzender des Rates der Volkskommissare (d. h. Ministerpräsident) der UdSSR, 1939–1957 Außenminister, 1953–1957 erster Stellvertreter des Ministerpräsidenten, 1956 Vorsitzender des Komitees für Staatskontrolle der UdSSR. Verlust seiner Ämter und der Parteimitgliedschaft im Juli 1957.

Montgomery, Bernard, Viscount (1887–1976), britischer Militär. Im Zweiten Weltkrieg 1942 Oberbefehlshaber in Nordafrika, 1943 Kommandeur der britischen Invasionsstreitkräfte. 1945 Feldmarschall, Oberbefehlshaber der britischen Besatzungstruppen in Deutschland, Mitglied der Alliierten Kontrollkommission.

Moog, Leonhard (1882–1962), Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei, nach 1918 Stadtverordneter in Weimar und thüringischer Landtagsabgeordneter, führend in der Gewerkschaft der Angestellten (GAD). 1945 von US-Administration zum Leiter des thüringischen Finanzressorts ernannt. Gründungsmitglied der thüringischen LDP, 1945–1949 Landesvorsitzender der Partei, 1948 Mitglied des Zentralvorstandes der LDP. 1946 Mitglied des Landtags, seit Dezember 1946 Finanzminister Thüringens. Mitglied der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK). Januar 1950 Flucht in die Bundesrepublik.

Mossner, Gebrüder, die Brüder Günther (gest. Februar 1947), Julius und Karl Mossner führten bis 1933 einen Verlag in Berlin, den sie danach weitgehend (an Scherl) verloren. Nach 1945 Neuaufbau, u. a. Herstellung des „Morgen“, der Parteizeitung der LDP.

Mühlmann, Carl (1882–1966), 1945 LDP, 1954 Vizepräsident der DDR-Länderkammer. Mitglied des Zentralvorstandes der LDP, stellvertretender Oberbürgermeister von Potsdam.

Nasarow, P. F., sowjetischer Oberstleutnant, Referent in der Informations- und Propaganda-Abteilung der SMAD, zuständig für die politischen Parteien. Befäßte sich besonders mit der LDP (für SED waren Oberstleutnant B. Bychowski und Major Romm, für CDU Major A. Kratin zuständig).

Neumann, Arzt, LDP-Kreisvorsitzender Zittau.

Noblet, französischer General, Chef der politischen Gruppe der französischen Besatzungsbehörde.

Nuschke, Otto (1883–1957), Chefredakteur der „Berliner Volkszeitung“. Mitglied der DDP bzw. DStP. Nach 1919 in der Nationalversammlung, von 1921–1933 Abgeordneter des Preußischen Landtages. Mitbegründer der CDU, 1948–1957 ihr Vorsitzender. Stellvertretender Ministerpräsident der DDR von 1949–1957.

Ostrowski, Otto (geb. 1883), stieß früh zur sozialistischen Bewegung. Nach dem Studium Aufenthalt in England, ab 1918 kommunalpolitische Tätigkeit in Berlin, zuletzt als Bezirksbürgermeister. 1933 abgesetzt. 1945 kommunalpolitischer Sekretär des SPD-Zentralausschusses in Berlin. Bezirksbürgermeister Wilmersdorf. Oktober 1946 nach SPD-Wahlsieg Oberbürgermeister von Berlin. Am 17. 3. 1947 Rücktritt, da ihm die Mehrheit der Abgeordneten wegen eigenmächtiger Absprachen mit der SED das Vertrauen entzog.

Pasch, Mitglied des Landesvorstandes der LDP Berlin bis August 1947.

Passarge, Otto Karl Hermann, Oberbürgermeister von Lübeck.

Paul, Rudolph (1893–1978), Jurist, Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei. Im April 1945 von US-Administration als Oberbürgermeister von Gera eingesetzt. Präsident der Landesverwaltung Thüringen, April 1946 SED-Mitglied, Ministerpräsident. Am 1. 9. 1947 Flucht nach Berlin, Niederlassung in der US-Zone, Tätigkeit als Rechtsanwalt und Notar in Frankfurt/Main.

Pieck, Wilhelm (1876–1960), 1895 SPD-Mitglied, 1906–1910 Bürgerschaftsabgeordneter Bremen, 1907 Besuch der zentralen Parteischule der SPD, Anschluß an die Gruppe Luxemburg-Liebknecht-Mehring (Gruppe Internationale, 1915), November 1918 Spartakus-, dann Gründungsmitglied der KPD. 1921–1928 Abgeordneter des preußischen Landtags, 1928–1933 des Reichstags, 1930–1932 Mitglied des preußischen Staatsrates. Vorsitzender des KPD-Verbandes Großberlin, 1928 Mitglied des Exekutivkomitees der Komintern (EKKI). 1933 Emigration nach Frankreich, 1935 Vorsitzender des Zentralkomitees der KPD, Übersiedlung in die Sowjetunion, Generalsekretär der Komintern bis zu deren Auflösung (15. 5. 1943). 1945 Vorsitzender der KPD, 1946 (April) gemeinsam mit Otto Grotewohl der SED, Mitglied des ZK und des Politbüros. 1949 Präsident der DDR.

Pickert, Albrecht, FDP-Parteivorsitzender Hamburg.

Prokorni, LDP-Mitglied in Senftenberg, Landtagsabgeordneter der Partei in Sachsen-Anhalt.

Quidde, Ludwig (1858–1941), Historiker, engagierter Pazifist. Seine Satire „Caligula“ beendete seine wissenschaftliche Karriere. Führend in der DVP, 1919–1920 DDP, Mitglied der Nationalversammlung, 1914–1929 Präsident der Deutschen Friedensgesellschaft. 1927 Friedensnobelpreis (mit F. Buisson). 1933 Emigration in die Schweiz.

Rademacher, Willi (1899–1971), Kaufmann und Unternehmer, in der Weimarer Zeit Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei, 1945 Mitglied des Bundes Freies Hamburg, Mitbegründer der FDP. 1946 Bürgerschaftsmitglied Hamburg, 1946–1948 Landesvorsitzender. 1949–1965 Mitglied des Bundestages.

Rathenau, Walther (1867–1922), Industrieller und Politiker. Seit 1899 Vorstandsmitglied, 1915 Aufsichtsratsvorsitzender der AEG. 1914–1915 Aufbau der Kriegsrohstoff-Abteilung im preußischen Kriegsministerium. 1919 Mitglied der Deut-

schen Demokratischen Partei. Als Wirtschaftssachverständiger Teilnahme an den Verhandlungen in Versailles und Spa (1920). Minister für Wiederaufbau im 1. Kabinett Wirth (Mai – Oktober 1921), diffamiert als „Erfüllungspolitiker“. Teilnahme (z. T. inoffizielle) an den internationalen Wirtschafts- und Reparationskonferenzen. 1. 2. 1922 Außenminister im 2. Kabinett Wirth, Abschluß des Rapallo-Vertrages. 24. 6. 1922 durch zwei rechtsextremistische ehemalige Offiziere, Mitglieder der „Organisation Consul“, ermordet. Zahlreiche Publikationen zur Wirtschafts-, Sozial- und Kulturpolitik.

Rau, Heinrich (1899–1961), seit 1913 Mitglied der Sozialistischen Arbeiterjugend (SAJ), 1917 USPD, Mitbegründer von Spartakusbund und KPD. 1933 Verhaftung, 1935 Flucht, Emigration in die UdSSR. Teilnahme am Spanienkrieg, zuletzt Kommandeur der XI. Internationalen Brigade (Interbrigade). 1939 Leiter des Hilfskomitees für die Spanienkämpfer in Frankreich. 1942 an Gestapo ausgeliefert, KZ Mauthausen. 1945 Mitbegründer der KPD, Vizepräsident der Provinzialverwaltung Brandenburg (Ressort Landwirtschaft), 1946–1948 Mitglied des Landtages, Wirtschaftsminister. 1948 Vizepräsident der Zentralverwaltung für Industrie, Leiter der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK). 1949 Minister für Planung der DDR, seit 1950 stellvertretender Ministerpräsident. 1953 Minister für Maschinenbau, 1955 Minister für Außen- und innerdeutschen Handel, 1957 Mitglied des Wirtschaftsrates.

Reif, Hans, Volkswirt, 1945 Mitbegründer der „Demokratischen Partei Deutschlands“ in Leipzig, führte die Verhandlungen über deren Anschluß an die LDP in Berlin. Vorsitzender des Leipziger Stadtverbandes, 1946 Vorsitzender des Volkswirtschaftlichen Ausschusses der LDP, 1947 Mitglied des Landesvorstandes Berlin, bis zur Trennung des Berliner vom SBZ-Verband 1948 Mitglied des Zentralvorstandes der Partei.

Reuter, Ernst (1889–1953), nach Volkswirtschaftsstudium 1912 Eintritt in die SPD. Im Ersten Weltkrieg in russischer Gefangenschaft Anschluß an Bolschewiki, April 1918 Leiter des „Kommissariats für deutsche Angelegenheiten an der Wolga“ (zuständig für die Autonomie der Wolgadeutschen), nach Errichtung der wolgadeutschen Autonomen SSR Vorsitzender ihres Rates der Volkskommissare. Ende 1918 Rückkehr nach Deutschland, KPD-Mitglied. 1921 Übertritt zur SPD, Redakteur beim „Vorwärts“, kommunalpolitische Arbeit. 1931 Oberbürgermeister von Magdeburg, 1932 Reichstagsabgeordneter. 1933 Verfolgung und Emigration. 1939–1945 Professor für Kommunalwirtschaft an der Verwaltungsakademie Ankara. 1945 Verkehrsdezernent in Berlin, 1947 zum Oberbürgermeister gewählt, doch von der SMAD abgelehnt. 1948 Oberbürgermeister des freien Berlin, Seele des Widerstandes gegen die sowjetische Blockade. 1950 Regierender Bürgermeister, 1951 Präsident des Deutschen Städtetages.

Rexrodt, Wilhelm, LDP-Mitbegründer in Halle, 1948 stellvertretender Landesvorsitzender Sachsen-Anhalt, Mitglied des Hauptausschusses der LDP.

Robertson, Sir Brian, Generalleutnant, britischer Militärgouverneur.

Rupp, Dr. med., LDP-Ortsvorsitzender in Oelsnitz/Sachsen.

Sacharow, sowjetischer Major, Mitarbeiter Tjulpanows in der SMAD.

Schäfer, Hermann (1892–1966), nach Studium Tätigkeit als Journalist, 1920 Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei, 1925–1933 im Reichsvorstand.

Nach 1933 im Krankenversicherungswesen tätig. 1945 Mitglied der FDP Hamburg, 1946 Stellvertreter des Landesvorsitzenden, 1947 stellvertretender Vorsitzender der britischen Besatzungszone. 1949 Mitglied und 2. Vizepräsident des Bundestages, Fraktionsvorsitzender der FDP. 1956 aus Protest aus der Partei ausgetreten, Mitglied der FVP, 1961 Rückkehr zur FDP.

Schiffer, Eugen (1860–1954), Jurist, 1912–1917 Reichstagsabgeordneter der Nationalliberalen Partei. Oktober 1917 Unterstaatssekretär im Reichskanzleramt. November 1918 Staatssekretär. 1919–1924 Abgeordneter der Deutschen Demokratischen Partei im Reichstag, 1919 Reichs-Finanzminister, 1919–1921 Reichs-Justizminister und Vizekanzler. Grundlegende Arbeiten zur Justizreform und Rechtstheorie, Hauptwerk: „Die deutsche Justiz – Grundzüge einer durchgreifenden Reform“ (1928; zweite, völlig umgearbeitete Ausg. 1949). 1933 als Jude von jeder juristischen Tätigkeit ausgeschlossen. 1945 Mitbegründer der LDP in Berlin, Mitglied des Präsidiums und des Zentralen Parteivorstandes, Leiter der Justizverwaltung in der SBZ.

Schiller, Vorsitzender des LDP-Ortsverbandes Elsterberg.

Schirmer-Pröscher, Wilhelmine (geb. 1889), nach Drogisten- und Lehrerausbildung 1911–1918 als Lehrerin tätig. Nach 1918 Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei, ab 1930 der Deutschen Staatspartei. 1919–1948 beruflich als Drogistin tätig. 1945 Mitglied der LDP, Mitglied des LDP-Landesvorstandes Berlin bis August 1947. 1947 Mitbegründerin des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands (DFD), 1948–1963 Stadtverordnete der LDP in Berlin-Ost. 1949 Abgeordnete, 1950 Beisitzerin, 1954 Vizepräsidentin der Volkskammer. 1951 Mitglied des Politischen Ausschusses der LDP. 1954 Mitglied des Deutschen Frauenrates. 1958 Vize-Oberbürgermeisterin von Ostberlin.

Schljachtenko, sowjetischer General, Chef der SMA-Verwaltung Sachsen-Anhalt.

Schöpke, Anton (1904–1955), Stadtverordneter Berlin, stellvertretender Vorsitzender des Landesverbandes Berlin der LDP.

Scholz, Arno (geb. 1904), Journalist. 1922 Eintritt in die SPD, seit 1925 politischer Redakteur am „Vorwärts“. 1933 „Schutzhaft“, Berufsverbot. 1945 in der Verlagsredaktion des Nachrichtenblattes der Britischen Militärregierung („Der Berliner“), seit 1946 Mitherausgeber des „Telegraf“, rege Tätigkeit als politischer Publizist.

Schomburgk, Hans (1880–1967), deutscher Afrikaforscher, zahlreiche Berichte – auch als Film – über seine Afrika-Expeditionen.

Schreiter, Vorsitzender des LDP-Stadtverbandes Chemnitz.

Schroeder, Louise (1887–1957), SPD-Politikerin. 1920–1933 Reichstagsabgeordnete. 1946 Bürgermeisterin, 1947–1949 amtierende Bürgermeisterin in Berlin. 1949 Vertreterin Berlins im Bundestag, 1950–1957 Mitglied des Europa-Rates.

Schröder, Stadtrat der LDP in Weimar.

Schumacher, Kurt (1895–1952), Volkswirtschaftler, SPD-Mitglied. Im Ersten Weltkrieg schwerkriegsbeschädigt. 1920 Redakteur der „Schwäbischen Tagwacht“ in Stuttgart, 1924–1931 Landtagsabgeordneter in Württemberg, 1930 Mitglied des

Reichstags, 1933–1945 KZ-Haft, seit 1946 Vorsitzender der SPD, entschiedener Gegner der SED, Führer des Widerstandes der demokratischen Sozialisten gegen die Vereinigung mit der KPD. 1949 Mitglied des Bundestages und Führer der Opposition.

Schumacher, Dr., Leiter des FDP-Parteibüros in Bonn.

Schwarz, Ministerialdirektor der Provinzial/Landesverwaltung Sachsen-Anhalt, Mitglied des Landesvorstandes der LDP. Im März 1948 Gegenkandidat Damerows als Landesvorsitzender.

Schwenicke, Carl Hubert (geb. 1906), Dipl.-Ing., Dr. rer. pol., journalistische Tätigkeit, dann bei der Firma Siemens. Mitglied der Deutschen Volkspartei, nach 1945 der LDP. Vorsitzender des LDP-Landesverbandes Berlin, 1947 Konflikt, schließlich (1948) Bruch mit dem SBZ-Vorstand um Külz, Anschluß des Berliner Landesverbandes an die FDP. 1955 Konflikt um die Außenpolitik mit Th. Dehler, 1956 Austritt aus der FDP, Gründungsmitglied der FVP in Berlin. 1969 im Sozialbeirat der Bundesregierung, 1971 Eintritt in die CDU.

Semjonow, Wladimir Semjonowitsch (geb. 1911), 1939 Botschaftsrat in Riga, 1940 in Berlin. 1941–1942 im Volkskommissariat für äußere Angelegenheiten (Departement-Leiter), 1942–1945 Botschaftsrat in Stockholm. 1945 politischer Berater (Politsowjetnik) des Oberkommandierenden der SMAD im Range eines Generalobersten, 1949 Hochkommissar, 1954 Botschafter in der DDR.

Seydewitz, Max (1892–1987), 1907 Mitglied der SAJ, 1910 der SPD, 1919 Leiter der „Volksstimme“ (Halle/Saale), 1931 Chefredakteur des „Sächsischen Volksblatts“ (Zwickau). Oktober 1931 Gründung der Sozialistischen Arbeiterpartei (SAP) mit Dr. Rosenfeld, später Übertritt zur KPD. 1933 Emigration (Tschechoslowakei, Norwegen, Schweden). 1945 Rückkehr nach Sachsen, KPD, 1946 Intendant des Berliner Rundfunks, Chefredakteur des theoretischen Organs „Einheit“. 1947–1952 Ministerpräsident des Landes Sachsen. 1949 Abgeordneter der Volkskammer, Vorsitzender des Haushalt- und Finanzausschusses. 1952–1968 Generaldirektor der Staatlichen Sammlungen in Dresden. Zahlreiche Publikationen, auch politische und belletristische.

Seyfarth, Vorsitzender des LDP-Bezirksverbandes Chemnitz.

Siewert, Robert (geb. 1887), 1906 als Maurergeselle Eintritt in die SPD, Wanderschaft, viele Kontakte in der internationalen sozialistischen Bewegung (u. a. Lenin). 1919 Mitglied des Soldatenrates der X. Armee, Übertritt zur KPD, sächsischer Landtagsabgeordneter. Nach 1933 Parteiarbeit im Untergrund, 1935 Verhaftung, 1938 KZ Buchenwald. November 1945 Vizeministerpräsident des Landes Sachsen-Anhalt, seit Dezember 1946 auch Innenminister.

Sokolowskij, Wasilij Danilowitsch (1897–1968), nach Teilnahme am Bürgerkrieg und Einsatz als Offizier in Turkestan (1922–1929) in verschiedenen Funktionen der Roten Armee tätig. 1941 Stabschef, 1943 Kommandeur einer Front, 1945 als Armee-General Stellvertreter Marschall Shukows in Berlin, nach dessen Absetzung 1946 Nachfolger als Chef der SMAD. 1947 Marschall der Sowjetunion, 1949–1960 Erster Stellvertretender Verteidigungsminister, 1960 Verteidigungsminister. 1952–1961 Kandidat des ZK der KPdSU.

Sprenger, LDP-Mitglied, Oberbürgermeister von Bad Elster.

Steinhoff, Karl (geb. 1892), Verwaltungsjurist, Dr. iur., 1922 im Reichsministerium des Inneren tätig, 1923 SPD-Mitglied. 1923–1924 bei der sächsischen Gesandtschaft in Berlin tätig, 1926–1928 Landrat des Kreises Zeitz, 1928–1933 Regierungspräsident Gumbinnen, Vizepräsident der Regierung in Ostpreußen, 1932 durch von Papen und 1933 durch Göring zur Disposition gestellt. 1933–1945 in der Wirtschaft tätig. 1945 Präsident der Provinzialverwaltung Mark Brandenburg, 1946–1949 Ministerpräsident des Landes Brandenburg. 1949–1952 Innenminister der DDR. 1950–1954 Mitglied des ZK, 1950 Kandidat des Politbüros der SED. Seit 1952 Professur für Verwaltungsrecht an der Humboldt-Universität und Direktor.

Stoltzenberg, Wilhelm Frhr. von (1895–1955), Rechtsanwalt, in der Weimarer Zeit Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei. 1945 Mitbegründer der DPD/LDP in Leipzig, Vorsitzender des Bezirksverbandes. Nach Blumes Tod (1948) von den Sowjets als kommissarischer Vorsitzender des LDP-Stadtverbandes Leipzig eingesetzt. 1945 Vorsitzender des Hauptausschusses, Mitglied des Zentralvorstandes der Partei. 1946–1952 Abgeordneter im sächsischen Landtag. 1948 Mitglied der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK), 1949–1950 Staatssekretär im DDR-Aufbaumministerium. 1951 stellvertretender Vorsitzender des LDP-Landesverbandes Sachsen. 1953 Flucht in die Bundesrepublik.

Suhr, Otto (1894–1955), Dr. rer. pol., Gewerkschaftsarbeit, SPD. 1925–1933 Dozent der Hochschule für Politik, Berlin. 1933 arbeitslos, seit 1935 freier Journalist, u. a. „Frankfurter Zeitung“. Mai 1945 Referent beim Magistrat Berlin. August 1945 Hauptabteilungsleiter der Deutschen Zentralverwaltung für Industrie der SBZ. Da maßgeblich am Widerstand gegen die Vereinigung von SPD mit KPD beteiligt, Absetzung durch SMAD (April 1946). August 1946 Generalsekretär der Berliner SPD. Oktober 1946 Präsident des Berliner Stadtparlaments, Konflikt mit SMAD. 1951 Wahl zum Präsidenten des Berliner Abgeordnetenhauses, 1955 Regierender Bürgermeister von Berlin, 1957 Präsident des Bundesrates.

Thormann, LDP-Ortsvorsitzender in Borna.

Thürmer, Walter (geb. 1896), 1926 Mitglied der Deutschen Volkspartei, 1924–1945 Leiter und Mitinhaber eines Dresdner Unternehmens. 1930 Stadtverordneter Dresden. 1945 Mitbegründer der LDP in Dresden, 1945–1949 Kreisvorsitzender (Kreis Dresden-Stadt), Schatzmeister des Landesverbandes Sachsen. 1946 Stadtverordneter und Bürgermeister in Dresden, Dezernent für Wirtschaft. 31. 7. 1947 bis 23. 7. 1952 Minister für Gesundheit im 1. und 2. Kabinett Seydewitz. 1947 Mitglied der Deutschen Wirtschaftskommission (DWK), 1949 Abgeordneter der Volkskammer. 1949 Vorsitzender des Landesverbandes Sachsen, Mitglied des Zentralvorstandes der Partei. 1950/51 sächsischer Minister für Gesundheitswesen. 1950–1954 Mitglied des Nationalrates. 1952 Mitglied des Bezirksvorstandes Dresden, wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Technischen Hochschule Dresden.

Tjulpanow, Sergej Iwanowitsch (1901–1984), Mitglied der KPdSU, Teilnehmer am russischen Bürgerkrieg, danach Ingenieurstudium, Parteiarbeit in Leningrad, mehrere Reisen nach Deutschland in den zwanziger Jahren. Im Zweiten Weltkrieg Mitarbeiter der VII. Abt. der Politischen Hauptverwaltung der Roten Armee (GlawPURKKA), Antifa-Arbeit unter deutschen Kriegsgefangenen. 1945 Parteisekretär der SMAD, Chef der „Informations- und Propaganda-Abteilung“. Seit Beginn der fünfziger Jahre als Wirtschaftswissenschaftler an der Universität Leningrad, Inhaber des Lehrstuhls für „Ökonomie des modernen Kapitalismus“.

Ullmann, Walter, LDP-Ortsvorsitzender Radebeul.

Voss, Paul, Mitglied des FDP-Vorstandes Schleswig-Holstein.

Weigel, Maximilian, Rechtsanwalt, Dr. iur. Vor 1933 Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei, Abgeordneter des sächsischen Landtags. 1945 LDP-Mitglied, Vorsitzender des Ortsverbandes Annaberg, 1946 Landtagsabgeordneter.

Wettstein, LDP-Mitglied, 1946 Oberbürgermeister von Plauen.

Wildermuth, Eberhard (1890–1952), Jurist, preußischer Staatsdienst. 1918 Deutsche Demokratische Partei, 1945 DVP, Staatssekretär für Wirtschaft, 1947 Wirtschaftsminister in Württemberg-Hohenzollern. 1949 Minister für Wohnungsbau im Kabinett Adenauer, 1950 Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes der FDP.

Wolff, Georg (1882–1967), Philologe, in der Weimarer Zeit Mitglied der Deutschen Demokratischen Partei, 1925–1933 Vorsitzender des Deutschen Lehrervereins. 1945 Mitglied der LDP, Stadtverordneter in Berlin, 1948–1956 Kulturreferent beim Parteivorstand. 1956 Übersiedlung in die Bundesrepublik.

Zahn-Harnack, Agnes von (1884–1950), Dr. phil., Schriftstellerin, Tochter Adolf v. Harnacks. Verschiedene Frauenrechtlerin und Protestantin. 1926 Leiterin des Deutschen Akademikerinnen-Bundes (1933 aufgelöst). Nach 1945 Wiederknüpfung, 1947 Initiatorin des „Berliner Frauenbundes von 1947“.

Zeigner, Erich (1886–1949), Jurist, Dr. phil., SPD-Mitglied. Tätigkeit im sächsischen Justizdienst, 1921 Justizminister in Sachsen, 1922 Landtagsabgeordneter. 1923 Ministerpräsident der sächsischen Koalitionsregierung von SPD und KPD, Konflikt mit der Reichsregierung (Stresemann), Auflösung des Kabinetts durch Reichsexekution. Nach 1933 Verfolgungen und Verhaftungen, 1944 KZ Buchenwald. Juli 1945 Oberbürgermeister von Leipzig, SED, Mitglied des sächsischen Landtags.

Ziehl, Dr. iur., Landgerichtspräsident, Vorsitzender des Ortsverbandes Chemnitz (heute: Karl-Marx-Stadt).

Zimmermann, Vorsitzender der LDP-Ortsgruppe Berlin-Neukölln.

Zeittafel

1945

9. Mai	Kapitulation Deutschlands
23. Mai	Erklärung der Alliierten über das Ende der Regierung Dönitz
5. Juni	Errichtung des Alliierten Kontrollrates für Deutschland
9. Juni	Errichtung der Sowjetischen Militär-Administration Deutschlands (SMAD)
10. Juni	SMAD-Befehl Nr. 2 über die Zulassung von Parteien und Gewerkschaften
11. Juni	Gründungsaufruf der KPD
15. Juni	Gründungsaufruf der SPD
16. Juni	Gründung der Deutschen Demokratischen Partei (später LDP) in Berlin
26. Juni	Unterzeichnung der UN-Charta durch 50 Nationen Gründung der CDU in Berlin
1. Juli	Einmarsch sowjetischer Truppen in die westlichen Teile Sachsens, Sachsen-Anhalts, Mecklenburgs und in Thüringen
3. Juli	Britische und amerikanische Truppen im Westteil Berlins
4. Juli	Besprechung KPD–SPD–LDP
5. Juli	Gründungsaufruf der LDP
9. Juli	Einsetzung der Länderverwaltungen der SMA
10. Juli	Zulassung der LDP
11. Juli	Errichtung der Interalliierten Kommandantur Berlin
14. Juli	Bildung der „Einheitsfront der antifaschistisch-demokratischen Parteien“ („Blockparteien“) in Berlin
17. Juli–2. August	Potsdamer Konferenz
25. Juli	SMAD errichtet elf zentrale „Deutsche Verwaltungen“.
30. Juli	1. Sitzung des Alliierten Kontrollrats
3. August	Erstausgabe des „Morgen“
12. August	Französische Truppen rücken in Berlin ein. Erste gemeinsame Kundgebung der „antifaschistisch-demokratischen Blockparteien“ in Berlin
31. August	Beschluß über die Bodenreform in der Provinz Sachsen

10. September bis 2. Oktober	1. Außenministerkonferenz in London
21. September	Gründung des LDP-Landesverbandes Berlin
22. September	Verstaatlichung der Bodenschätze und Bergbaubetriebe in Thüringen
1. Oktober	Ergänzung des LDP-Parteivorstandes durch Vertreter aus Sachsen, Thüringen und Mecklenburg
24. Oktober	UNO-Beitritt der UdSSR, der Ukrainischen und Weißrussischen SSR
30. Oktober	SMAD-Befehl Nr. 124: Gründung der „Sowjetischen Aktiengesellschaften“ (SAG)
2. November	Auflösung des Nationalkomitees „Freies Deutschland“
19. November	Die UdSSR übergibt das Gebiet von Stettin an Polen
25. November	Wahlen in Österreich
29. November	Proklamation der „Föderativen Volksrepublik Jugoslawien“
1. Dezember	Külz löst Koch als Parteivorsitzenden ab Verlegung der „Reichsgeschäftsstelle“ der LDP vom Kurfürstendamm in den Sowjetsektor
19. Dezember	Hermes und Schreiber von der SMAD als Vorsitzende der SBZ-CDU abgesetzt
20.–21. Dezember	1. Tagung des „60er-Ausschusses“ zur Vorbereitung der Vereinigung von KPD und SPD

1946

4. Januar	Mit der Bildung des Landesverbandes Mecklenburg ist die LDP in allen Ländern der SBZ vertreten
3.–4. Februar	Delegiertenkonferenz der LDP in Weimar, Külz zum Vorsitzenden gewählt
9. Februar	Stalins Rede in Moskau: Beginn der Distanzierung von den Alliierten
1. März	Gründung der „Freien Deutschen Jugend“ (FDJ)
5. März	Churchills Rede in Fulton: Abgrenzung gegen die UdSSR
10. April	Sokolowskij löst Shukow als Oberkommandierenden der SMAD ab
21.–22. April	„Vereinigungsparteitag“: Zusammenschluß von KPD und SPD zur SED
25. April–12. Juli	2. Außenministerkonferenz in Paris
18.–20. Mai	FDP-Parteitag in Bad Pyrmont, Beschluß der Bildung eines Koordinierungsausschusses
30. Juni	Schließung der Grenzen zwischen SBZ und den

	britisch-amerikanischen Zonen auf Verlangen der SMAD
	Volksentscheid über die „Enteignung der Nazi-verbrecher“ in Sachsen
6.–8. Juli	Erster LDP-Parteitag in Erfurt: Wiederwahl von Külz
20. Juli	Frankreich und die UdSSR lehnen amerikanischen Vorschlag zum wirtschaftlichen Zusammenschluß Deutschlands ab
29. Juli–15. Oktober	Friedenskonferenz in Paris
1. August	Kommunalwahlprogramm der LDP
7.–15. August	Lieutenant in Hessen, Bayern und Württemberg-Baden zur Vorbereitung einer Koordinierungskonferenz der liberalen Parteien
1. September	Gemeindewahlen in Sachsen, LDP zweitstärkste Partei
6. September	Byrnes' Stuttgarter Rede
1. Oktober	Urteilsverkündung im Nürnberger Prozeß
12. Oktober	Gründung der „Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe“ (VdgB) in der SBZ
20. Oktober	Kreis- und Landtagswahlen in der SBZ
21. Oktober	Beginn der Deportation von Fachkräften aus der SBZ in die UdSSR
23. Oktober bis 16. Dezember	Erste Vollversammlung der UNO
4. November bis 11. Dezember	3. Außenministerkonferenz in New York
8.–9. November	Konstituierung des Koordinierungs-Ausschusses von LDP, FDP und DVP in Coburg
17. November, 12. Dezember	Errichtung von 5 administrativen Zentralorganen der SBZ durch die SMAD

1947

1. Januar	Abkommen über die Errichtung der britisch-amerikanischen Doppelzone („Bizone“) in Kraft
31. Januar	Külz' Unterredung mit Lord Beveridge
10. Februar	Pariser Friedensverträge mit Italien, Finnland, Ungarn, Rumänien und Bulgarien. Schiffers Vorschlag einer „deutschen Repräsentation“ für die Moskauer Außenministerkonferenz
28. Februar–2. März	1. Parteitag des LDP-Landesverbandes Sachsen-Anhalt in Halle
10. März–24. April	4. Außenministerkonferenz in Moskau. Differenzen

	über Reparationsfrage und staatlichen Aufbau im Nachkriegs-Deutschland: UdSSR für zentralistischen Einheitsstaat, Westmächte für föderative Struktur
12. März	Truman-Doktrin
17. März	Protest der USA gegen die sowjetische Einmischung in Ungarn
16.–17. März	Rothenburger Konferenz des Koordinierungsausschusses, Proklamation der „Demokratischen Partei Deutschlands“ (DPD)
12. April	Gründung der Liberalen Weltunion in Oxford
20. April	Landtagswahlen in der britischen Besatzungszone
8. Mai	Louise Schroeder amtierende Bürgermeisterin von Berlin. Unterredung Tjulpanow–Külz
10. Mai	Kredite der USA für Griechenland und Türkei
14. Mai	Zusage der Teilnahme an der Münchner Ministerpräsidenten-Konferenz durch den LDP-Ministerpräsidenten von Sachsen-Anhalt, Hübener
28. Mai	Zusage der SBZ-Ministerpräsidenten für die Münchner Konferenz
30. Mai	Der ungarische Ministerpräsident Ferenc Nagy erklärt in Bern seinen Rücktritt.
4. Juni	2. Landesparteitag der LDP Berlin SMAD-Befehl Nr. 138 über Errichtung der „Ständigen (ab Februar 1948: Deutschen [DWK]) Wirtschaftskommission“
5. Juni	Verkündung des Marshall-Planes
6.–9. Juni	Münchner Ministerpräsidenten-Konferenz
16. Juni	SMAD überträgt der Wirtschaftskommission (begrenzte) wirtschaftliche Exekutivgewalt. US-Militärregierung ordnet Bildung von Wirtschafts- und Exekutivrat für Bizone an
22. Juni–12. Juli	Pariser Marshall-Plan-Konferenz
24. Juni	Ernst Reuter zum Oberbürgermeister von Berlin gewählt
27. Juni	Sitzung des LDP-Vorstandes zur Vorbereitung des Parteitages
2. Juli	Die sowjetische Delegation verläßt die Marshall-Plan-Konferenz
4.–7. Juli	2. Parteitag der LDP in Eisenach
14. Juli	Unterredung Külz–Schwenicke über die Differenzen zwischen Berliner Landesverband und SBZ-Vorstand

23. Juli	Ablehnung des Marshall-Planes durch das ZK der SED
3. August	Rücktritt des Berliner LDP-Landesvorstandes
12. August	Veto der SMAD gegen die Ernennung Ernst Reuters zum Oberbürgermeister
1. September	Flucht des thüringischen Ministerpräsidenten Paul (SED)
6.–8. September	Parteitag der SBZ-CDU. Kaiser entgegen ausdrücklichen Wunsch der SMAD als Vorsitzender wiedergewählt
22.–27. September	Konferenz von Schreiberhau, Gründung des „Informationsbüros der kommunistischen und Arbeiterparteien“ (Kominformbüro)
12. Oktober	Bürgerschaftswahlen in Bremen
20. Oktober	Flucht des polnischen Oppositionsführers Mikołajczyk nach England
23.–26. Oktober	3. Parteitag der sächsischen LDP, Abwahl Kastners als Landesvorsitzender
30. Oktober	Besprechung Tjulpanows mit Külz und Lieutenant
3. November	Zweite Sitzung des DPD-Vorstandes in Frankfurt/Main, Forderung nach allgemeinen, freien, und geheimen Wahlen als Voraussetzung für Regierungsbildung
25. November bis 15. Dezember	Londoner Außenministerkonferenz
26. November	Aufruf der SED für den „Deutschen Volkskongreß“
27. November	Mißtrauensantrag der Berliner Stadtverordnetenversammlung gegen Polizeipräsident Markgraf anlässlich der Verhaftung des Journalisten Dieter Friede durch die Sowjets
30. November	Unterredung Tjulpanows mit Külz und Lieutenant
1. Dezember	Entscheidung des LDP-Parteivorstandes für Teilnahme am „Volkskongreß“
2. Dezember	Vorstand der SBZ-CDU lehnt Teilnahme am „Volkskongreß“ ab
6.–7. Dezember	(1.) „Deutscher Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden“
8. Dezember	Scharfer Angriff Eulers gegen Külz wegen Bruchs der Frankfurter Vereinbarungen
19. Dezember	Absage Theodor Heuss' an Külz
20. Dezember	Tjulpanow erklärt namens der SMAD die Absetzung Kaisers und Lemmers als CDU-Vorsitzende der SBZ
30. Dezember	Sowjets erzwingen Abdankung König Michaels, Rumänien Volksrepublik

1948

- 5.–7. Januar Tagung des Parteiausschusses in Weimar, Satzungsbeschluß gegen Külz
12. Januar Mißtrauenserklärung des LDP-Landesverbandes Berlin gegenüber dem SBZ-Parteivorstand, Aufforderung an Külz, sein Berliner Mandat niederzulegen
15. Januar Külz gibt sein Berliner Stadtverordnetenmandat zurück
16. Januar Ministerpräsident Hübener (LDP) von Sachsen-Anhalt demissioniert aus Protest gegen die Politik der SED
18. Januar Sitzung des DPD-Vorstandes in Frankfurt/Main, Ende der Zusammenarbeit der liberalen Parteien der westlichen Zonen mit der LDP
19. Januar Bildung einer „Landesgruppe Berlin“ der LDP durch den SBZ-Parteivorstand
25. Januar Billigung der Haltung des Landesvorstandes durch die Delegiertenversammlung des Berliner Landesverbandes
7. Februar Unterredung Sokolowskij mit Külz und Lieutenant
10. Februar Sitzung des erweiterten LDP-Parteivorstandes in Halle, Ausschluß des Landesverbandes Berlin
14. Februar Trennung des CDU-Landesverbandes Berlin von der CDU der SBZ
28. Februar Machtübernahme der KP in der Tschechoslowakei
6. März Amerikanisch-britisch-französische Übereinkunft in London über Bildung einer gemeinsamen Bundesregierung für ihre Besatzungszonen
- 17.–18. März „2. Deutscher Volkskongreß für Einheit und gerechten Frieden“, Wahl des „Deutschen Volksrates“ (400 Mitglieder)
19. März Konstituierung des „Deutschen Volksrates“ (provisorisches Repräsentativorgan der SBZ)
20. März Sokolowskij verläßt den Alliierten Kontrollrat
- 20.–21. März Landesparteitag der LDP Sachsen-Anhalt
1. April Beginn der sogen. kleinen Berliner Blockade
4. April Der brandenburgische Finanzminister Kunze (LDP) verläßt die SBZ
10. April Wilhelm Külz gestorben
16. April Bildung der Organisation für europäische wirtschaftliche Zusammenarbeit (OEEC).
Verbot des Verkaufs westlicher Zeitungen im Sowjetsektor Berlins

21. April	Gründung der „National-Demokratischen Partei Deutschlands“ (NDP)
23. April	Das „Direktorium“ der Parteileitung (Damerow, Kastner, Moog, Lieutenant) setzt Parteitag auf Juli/August fest
27. April	Lieutenant lehnt Teilnahme der LDP an 1.-Mai-Feier wegen deren sozialistischen Charakters ab
11. Mai	Beschluß über die Gründung der Freien Universität Berlin
13. Mai	LDP fordert für Wahlen ausschließlich Parteilisten
23. Mai–13. Juni	„Volksbegehren für die Einheit Deutschlands“
16. Juni	SMAD läßt „National-Demokratische Partei Deutschlands“ (NDP) und „Demokratische Bauernpartei Deutschlands“ (DBD) zu
20. Juni	Währungsreform in den drei westlichen Besatzungszonen
21. Juni	Zweijahres-Wirtschaftsplan der DWK für die SBZ
23. Juni	SMAD-Befehl über Währungsreform in der SBZ. Einführung der DM in den Berliner Westsektoren
24. Juni	Totale Blockade Berlins. Errichtung der „Luftbrücke“
23.–24. Juni	Warschauer Acht-Mächte-Konferenz (Sowjetunion und Volksdemokratien) mit Erklärung zur Deutschlandfrage
28. Juni	Bukarester Kominform-Konferenz schließt Jugoslawien aus
8.–10. Juli	Koblenzer Beratung der Ministerpräsidenten der westlichen Besatzungszonen über den in den „Frankfurter Dokumenten“ ausgesprochenen Auftrag zur Weststaatgründung
14. Juli	LDP fordert nachdrücklich Parität in der „Blockpolitik“
23. Juli	LDP-Fraktionsvorsitzender in Thüringen, Hermann Becker, verhaftet
27. Juli	Scharfe Angriffe der „Täglichen Rundschau“, des Organs der SMAD: „LDP-Führung auf dem falschen Wege“
29. Juli	Beschluß über die Änderung der SED-Parteilinie: Statt Massenpartei Kaderpartei
11.–23. August	Verfassungskonvent von Herrenchiemsee
27. August	SED-Demonstration im Berliner Stadtparlament, Otto Suhr vertagt die Sitzung
1. September	Konstituierung des Parlamentarischen Rates in Bonn

16. September	SED-Parteileitung beschließt Kampf gegen „Titoismus“ und Nationalismus
17.–19. September	Parteitag der CDU der SBZ
9. Oktober	Rücktritt Lieutenants auf sowjetischen Druck, Nachfolger Karl Hamann
20. Oktober	Verbot der „LDP-Informationen“ durch SMAD
22. Oktober	„Volksrat“ billigt Verfassungsentwurf
9.–10. November	Außenministerkonferenz der Westmächte für westeuropäische Integration Deutschlands
11. November	Mit der Verhaftung des Leipziger Studentenrats-Vorsitzenden Wolfgang Natonek (LDP) beginnt neue Verhaftungswelle
28. November	SED lehnt Wahlen in Berlin ab
1. Dezember	1. Lastenausgleichsgesetz in den westlichen Besatzungszonen
3. Dezember	Erklärung Hermann Kastners über die Notwendigkeit einer Kursänderung der LDP: die politische Linie sei „zu überdenken“
5. Dezember	Bei den Wahlen in Berlin (ohne Sowjetsektor) erreicht die LDP 16,1% der Stimmen (1946: 9,4%)
11.–12. Dezember	Zusammenschluß der liberalen Parteien der Westzonen zur „Freien Demokratischen Partei“ (FDP)
12. Dezember	Gründung des „Verbandes der Jungen Pioniere“ (kommunistische Kinderorganisation) der SBZ
21. Dezember	Bildung der Alliierten Kommandantur der drei Westmächte in Berlin

1949

5.–8. Januar	Moskauer Wirtschaftskonferenz der UdSSR und der Volksdemokratien (ohne Jugoslawien)
25. Januar	Bildung des „Rates für gegenseitige Wirtschaftshilfe“ (RgW) bekanntgegeben
27. Februar	3. LDP-Parteitag in Eisenach, Parteiprogramm mit nachhaltigem Bekenntnis zu parlamentarischer Demokratie und liberalen Prinzipien
5. März	Molotow als Außenminister der UdSSR abgelöst
17. März	Brüsseler Fünf-Mächte-Vertrag: Großbritannien, Frankreich und Benelux-Staaten verstärken ihr Defensivbündnis
19. März	„Volksrat“ nimmt Verfassungsentwurf der DDR an
4. April	Abschluß des Nordatlantik-Paktes (NATO)
11. April	Erste Ministerratstagung des Europa-Rates in Straßburg

26.–28. April	Erste RgW-Konferenz in Moskau
12. Mai	Ende der Berliner Blockade
15.–16. Mai	Wahlen zum „3. Volkskongreß“ in der SBZ
23. Mai	Verkündung des Grundgesetzes der Bundesrepublik Deutschland
23. Mai–20. Juni	Außenministerkonferenz der Siegermächte in Paris ohne Übereinkunft
29.–30. Mai	„3. Volkskongreß“ bestätigt die Verfassung der DDR
21. Juli	Gründung der „Nationalen Front“ der SBZ
29. Juli	Ende der Berliner Luftbrücke
14. August	Wahlen zum Deutschen Bundestag
7. September	Konstituierung des ersten Bundestags
12. September	Theodor Heuss zum Präsidenten der Bundesrepublik Deutschland gewählt
15. September	Adenauer zum Bundeskanzler gewählt
20. September	Bildung der ersten Bundesregierung
1. Oktober	Protest der UdSSR bei den drei Westmächten gegen die Konstituierung der Bundesrepublik
3. Oktober	LDP-Hauptausschuß stimmt Verfassungsentwurf der DDR zu
7. Oktober	Proklamation der „Deutschen Demokratischen Republik“ (DDR). Präsident Wilhelm Pieck
10. Oktober	UdSSR überträgt die von der SMAD ausgeübten Regierungsfunktionen auf die Provisorische Regierung der DDR (Ministerpräsident Grotewohl), SMAD in Sowjetische Kontrollkommission umgebildet
15. Oktober	Anerkennung der DDR durch die UdSSR

Abkürzungen

CDU(D)	Christlich-Demokratische Union (Deutschlands)
DBD	Demokratische Bauernpartei Deutschlands
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DDR	Deutsche Demokratische Republik
DFP	Deutsche Freiheitspartei
DPD	Demokratische Partei Deutschlands
DStP	Deutsche Staatspartei
DVP	Deutsche Volkspartei (nach 1945:) Demokratische Volkspartei
DWK	Deutsche Wirtschaftskommission
FDGB	Freier Deutscher Gewerkschaftsbund
FDJ	Freie Deutsche Jugend
FDP	Freie Demokratische Partei
FNSf	Friedrich-Naumann-Stiftung
FVP	Freiheitliche Volkspartei
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KPdSU	Kommunistische Partei der Sowjetunion (Bolschewiki)
LDP(D)	Liberal-Demokratische Partei (Deutschlands)
NDP(D)	National-Demokratische Partei (Deutschlands)
RgW	Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe
RIAS	Rundfunk im amerikanischen Sektor
SAJ	Sozialistische Arbeiterjugend
SBZ	Sowjetische Besatzungszone (Deutschlands)
SED	Sozialistische Einheitspartei Deutschlands
SMA(D)	Sowjetische Militär-Administration (Deutschlands)
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VdgB	Vereinigung der gegenseitigen Bauernhilfe
VVN	Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes
ZK	Zentralkomitee

Personenregister

Abramow 137, 183
Acker, Heinrich 89, 183
Adenauer, Konrad 13, 57, 183
Andre 94
Appenroth 61, 183
Auchinleck, Sir Claude John Eyre 77, 183

Bachem 131
Bahner, Dietrich 82, 127, 183
Balogh 44, 66, 67, 183
Barnewitz, Frieda 71, 72, 183
Barwinsky 111, 112, 183
Bauch 55, 74, 183
Baumann, Edith 151
Beel 124
Beer, Fr. 48, 78
Berger 71, 77, 184
Bergmann, Emil 151
Beveridge, William Henry 50, 184
Bezold, Otto 21, 64, 184
Biermann-Rathjen, Hans Harder 117, 184
Blücher, Franz 24, 65 f., 86 f., 117, 184
Blume, Joachim 115, 140, 184
Börner 72, 184
Borm, William 76, 184
Braun 65 f., 68, 80, 87
Bretschneider, Arthur 106, 115 f., 152, 184
Bürgel, Ernst 152, 185
Büttner, Eva 49

Cavazoni 139
Ciraolo 139
Conrad 54

Damerow, Erich 30, 41 f., 53, 112 f., 120, 124, 142, 152, 185
Darmann 55, 185
Dehler, Thomas 21, 23, 32, 152, 185
Dehne, Julius 72, 185
Dieckmann, Johannes 113, 139, 152, 154, 185
Dietel 113
Dohr 23

Dovifat 98, 185
Dreher 100, 115, 185
Elster 70, 185
Erzberger, Matthias 47, 146, 185 f.
Euler, August Martin 21, 36, 130, 152, 186

Falk Wilhelm 64
Fertsch 21
Fiedler, Max 111 f.
Fiering 142, 186
Fischer 88, 100
Flatter 113
Frank 124, 144, 186
Frankenhäuser 125
Freisler, Roland 119
Freymond, Erna s. Külz, Erna
Felix 52, 59, 88
Irene 59, 71
Friede, Dieter 41, 151
Friedensburg, Ferdinand 89, 98, 186
Fröhlich (Dr. med.) 54
Fröhlich (Dr.) 68, 186
Fröhlich, August 30, 94, 186
Füllsack, Paul 102, 186

Gaertner, Alphons 38, 71, 124, 130, 143, 186 f.
Gerber 99, 106, 116
Geschke, Ottomar 105, 187
Geske, Erich 151
Göde 107
Goerdeler, Carl 13
Golowtschiner 48, 93, 124, 187
Grabow 54
Greve, Otto-Heinrich 61, 64, 187
Grotewohl, Otto 34, 53, 57 f., 92, 102, 187
Grüne 68, 187

Hafner 144, 187
Hagen 136, 187
Hausberg, Fritz 98, 187
Hecht, Kurt 107, 187
Hempel 70, 120, 131 f., 187

- Heinemeier 61
 Hermann 52, 77, 187
 Hermes, Andreas 16, 21 f., 187
 Heuss, Theodor 11, 13–15, 20–22, 24,
 30, 32, 36, 45 f., 63 f., 87, 110, 120,
 152, 179–182, 188
 Hindenburg, Paul von 13
 Hitler, Adolf 7
 Höpker-Aschoff, Hermann 87, 188
 Holländer, Friedrich 96
 Holler 152
 Hollmann 10, 188
 Hübener, Erhard Wilhelm 28, 85 f.,
 188
 Hull 77, 188

 John, Wilhelm 138, 188
 Judeich, Heinz 59

 Kahlen 151
 Kaiser, Jakob 34, 36, 53, 57 f., 92,
 103 f., 182, 188
 Kastner, Hermann 31, 42, 58, 84, 106,
 114–116, 120, 124, 134, 136, 150, 189
 Kiefer, Helmut 44, 151, 189
 Killinger, Manfred von 14
 Klapproth 140, 189
 Klarner 67
 Koch, Waldemar 15–18, 93, 189
 Koch-Weser, Erich 11 f.
 Körtning, Otto 151
 Kolesnitschenko, Iwan Sasonowitsch
 64, 95, 147, 149 f., 189
 Kotelnikow 24
 Kotikow, Alexander G. 69, 189
 Külz, Addy 56
 Erna (geb. Freymond) 9, 43, 48, 70,
 79, 88, 130–132, 140
 Helmut 9, 13 f., 27, 52, 62–64, 73, 76,
 89, 103, 106 f., 120, 122, 124, 129, 139,
 147, 189
 Ludwig 8
 Ursula (geb. Reissmann) 129, 131 f.
 Kunze, Walter 145, 154, 189

 Leber, Annedore 90, 147, 190
 Lehmann, Irene s. Freymond, Irene
 Lechner 96
 Lemmer, Ernst 34, 104, 190
 Leuze, Eduard 152, 154, 190
 Liebers 74, 190
 Liebler, Ralph 115, 133 f., 190
 Lieutenant, Arthur 16, 21 f., 24, 32–34,
 36, 38 f., 42, 44, 50, 52, 57, 80 f., 88,
 93, 96, 102, 104–106, 115, 120, 123 f.,
 128, 134, 136 f., 151–153, 180 f., 190
 Loebe, Paul 65, 90, 147, 190
 Loeser 127, 190
 Louis, von 81, 190
 Lübs, Elisabeth 151
 Luther, Hans 11
 Lunze 99, 190

 Mahraun, Arthur 13
 Maier, Reinhold 20–23
 Markgraf, Paul 41, 126 f., 151
 Maron, Dora 14
 Marx, Wilhelm 11 f.
 Mauttner 82 f., 191
 Mayer, Ernst 21, 36, 182
 Menzel, Walter 90, 191
 Mertens 70, 191
 Middelhaue 36, 152, 191
 Molotow, Wjatscheslaw Michajlo-
 witsch 76, 191
 Montgomery, Bernard 77, 191
 Moog, Leonhard 23, 42, 62–64, 71, 89,
 120, 124, 130, 134, 139, 152, 154, 191
 Mossner (Gebr., Vlg.) 39, 52, 88, 136 f.,
 146, 191
 Mühlmann, Carl 124, 191

 Nasarow, P. F. 37, 40 f., 133, 137, 142,
 153 f., 191
 Neumann 100, 191
 Noblet 96, 191
 Nuschke, Otto 34, 41, 151, 182, 192

 Oertmann 109
 Ostrowski, Otto 24 f., 69 f., 147, 191

 Pasch 98, 191
 Paschasius, Amalie 67
 Fritz 67
 Passarge, Otto Karl Hermann 139, 192
 Paul, Rudolph 9, 102 f., 119, 149 f., 192
 Pferdekämper 98, 126, 144
 Pickert, Albrecht 66
 Pieck, Wilhelm 34, 45, 53, 57 f., 102;
 151, 192
 Pilz 59
 Prokorni 78, 192

 Quidde, Ludwig 13, 192

 Rademacher, Willi 82, 152, 192
 Rathenau, Walther 47, 146, 169, 192 f.
 Rau, Heinrich 139, 193

- Rautenstrauch 23
 Reif, Hans 33, 76, 80f., 93, 123, 192
 Reimann, Max 151
 Reissmann, Karl 131
 Reuter, Ernst 91, 148, 193
 Rexrodt, Wilhelm 142, 193
 Richter-Bahner 82
 Riemann 56
 Robertson, Brian 77, 193
 Rosenberg 110
 Runge 138
 Rupp 83f., 125, 193

 Sacharow 102, 148, 193
 Schäfer, Hermann 117, 193f.
 Scheffler 152
 Schiffer, Eugen 10, 15–17, 26, 53, 81,
 92, 104, 146, 180, 194
 Schiller 83, 194
 Schirmer-Pröscher, Wilhelmine 98,
 194
 Schljachtenko 54, 194
 Schmid (Stadtrat) 9, 79
 Schmid 112
 Schmitt, Georg 13f.
 Schöpke, Anton 29, 66, 73, 76, 98, 194
 Scholz, Arno 65, 90, 147, 194
 Schomburgk, Hans 102, 194
 Schreiber, Walther 16
 Schreiter (SA-Führer) 14
 Schreiter (Fabrikant) 114, 141, 194
 Schroeder, Louise 25, 91, 102, 105,
 148, 194
 Schröder 120, 194
 Schumacher 68, 195
 Schumacher, Kurt 26f., 35, 57, 65,
 128, 151, 167, 194f.
 Schwake 87
 Schwarz (Bürgermeister) 16
 Schwarz (Min.-Dir.) 142, 195
 Schwenicke, Carl Hubert 30f., 33,
 37f., 44, 50, 89, 93, 96, 98, 106, 120,
 122f., 126, 130, 134, 151–154, 195

 Semjonow, Wladimir Semjonowitsch
 137, 195
 Seydewitz, Max 139, 151, 195
 Seyfarth 141, 195
 Siewert, Robert 54, 195
 Sokolowskij, Wasilij Danilowitsch 39,
 71, 77, 85f., 121, 137f., 154, 195
 Sprenger 125, 195
 Stalin, Iosif Wissarionowitsch 7
 Steinhoff, Karl 91, 196
 Stoltzenberg, Wilhelm Frhr. von 57f.,
 140, 196
 Stresemann, Gustav 12, 147
 Suhr, Otto 102, 196

 Taube 107
 Teuring 144
 Thälmann, Ernst
 Thormann 75, 196
 Thürmer, Walter 115, 125, 196
 Tjulpanow, Sergej Iwanowitsch 34f.,
 37, 44, 52, 75–77, 91f., 105f., 128,
 148, 151, 196

 Ullmann 126
 Ullmann, Walter 71, 197

 Voss, Paul 60f., 197

 Wächter 60
 Wallot 138
 Weber, August 73
 Weigel, Maximilian 56, 197
 Westenberger 93
 Wettstein 83f., 125, 197
 Wildermuth, Eberhard 120, 197
 Wolff, Georg 89f., 197
 Theodor 11
 Zahn-Harnack, Agnes von 48, 197
 Zeigner, Erich 58, 139, 197
 Ziehl 55, 82, 115, 197
 Ziese, Liese 70
 Zimmermann 73, 94, 197

Geschichte der DDR

Hermann Weber
Die DDR 1945-1986

1988. 253 S. geb.
ISBN 3-486-52191-8
br. ISBN 3-486-52361-9
(Oldenbourg Grundriß
der Geschichte, Bd. 20)

Drei Jahrzehnte
Außenpolitik der
DDR

Bestimmungsfaktoren,
Instrumente, Aktionsfel-
der.

Herausgegeben von
Hans-Adolf Jacobsen,
Gert Leptin, Ulrich
Scheuner und Eberhard
Schulz.

2. Auflage 1980. 949 S.
ISBN 3-486-49332-0
(Schriften des For-
schungsinstituts der
Deutschen Gesellschaft
für Auswärtige Politik,
Reihe: Internationale
Politik und Wirtschaft,
Band 44)

Andreas Hillgruber
Europa in der
Weltpolitik der
Nachkriegszeit
1945-1963

3., Neubearb. Aufl. 1987.
204 S., geb.
ISBN 3-486-48933-X
br. ISBN 3-486-49103-2
(Oldenbourg Grundriß
der Geschichte, Bd. 18)

Der Weg nach
Pankow

Zur Gründungsgeschich-
te der DDR.

Mit Beiträgen von P.
Bender, M. Broszat, A.
Fischer, W. Leonhard, H.
Möller, H. Rudolph, H.
Weber.

1980. 91 S.
ISBN 3-486-50281-6
(Kolloquien des Instituts
für Zeitgeschichte)

Wolfgang Zank
Wirtschaft und Ar-
beit in Ostdeutsch-
land 1945-1949

Probleme des Wieder-
aufbaus in der Sowjeti-
schen Besatzungszone
Deutschlands.
1987. 214 S.
ISBN 3-486-53891-0
(Studien zur Zeitge-
schichte, Bd. 31)

Helga A. Welsh
Revolutionärer
Wandel auf Befehl?

Entnazifizierungs- und
Personalpolitik in Thürin-
gen und Sachsen (1945-
1948).

1989. 214 S.
ISBN 3-486-64558-7
(Schriftenreihe der
Vierteljahrshefte für
Zeitgeschichte, Bd. 58)

Die sowjetische
Besatzungszone
Deutschlands

Handbuch der staatlichen
Verwaltungen, Parteien,
gesellschaftlichen Orga-
nisationen und ihrer Füh-
rungskräfte 1945-1949.

Herausgegeben von Mar-
tin Broszat und Hermann
Weber im Auftrag des
Arbeitsbereiches Ge-
schichte und Politik der
DDR an der Universität
Mannheim und des Insti-
tuts für Zeitgeschichte,
München.

1989. Ca. 800 S.
ISBN 3-486-55261-9

Oldenbourg